

80. Sitzung

Donnerstag, den 07. Oktober 2004

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2005/2006 (LHG 2005/2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/3460 –

Erste Beratung

dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2004 bis 2008

Unterrichtung durch die Landesregierung

– Drucksache 14/3461; Vorlage 14/3601 – 5253

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/3425 –

Erste Beratung 5253

Fortsetzung der ersten Beratung.

In die Aussprache zum Landeshaushaltsgesetz 2005/2006 (LHG 2005/2006) wird der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3425 – einbezogen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3460 – wird zusammen mit dem Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2004 bis 2008 – Drucksache 14/3461, Vorlage 14/3601 – an den Haushalts- und Finanzausschuss, unter Beteiligung der Fachausschüsse gemäß § 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtags, überwiesen. 5327

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3425 – wird an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Innenausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen. 5328

Landesgesetz zur Aufhebung des Landesgesetzes über die Bindung der

Rückflüsse aus Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 14/3270 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 14/3470 – 5327

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3270 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 5327

...tes Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 14/3229 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses
 – Drucksache 14/3471 – 5327

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3229 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 5327

...tes Landesgesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 14/3380 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Innenausschusses
 – Drucksache 14/3472 – 5327

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3380 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 5328

Landesseilbahngesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 14/3381 –
Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
 – Drucksache 14/3473 – 5328

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3381 – wird in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils einstimmig angenommen. 5328

Erstes Landesgesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch Flexibilisierung landesrechtlicher Standards (Erstes Standardflexibilisierungsgesetz)
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 14/3407 –
Erste Beratung 5328

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3407 – wird an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 5328

Landesgesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB XII)
Gesetzentwurf der Landesregierung
 – Drucksache 14/3424 –
Erste Beratung 5328

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3424 – wird an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen. 5328

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Ministergesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung**

– Drucksache 14/3459 –

Erste Beratung.....5328

Der Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3459 – wird an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss überwiesen......5328

Landesgesetz über die Errichtung der LBS Landesbausparkasse Rheinland-Pfalz und zur Änderung sparkassenrechtlicher Bestimmungen

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 14/3462 –

Erste Beratung.....5328

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/3462 – wird an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen......5328

Landesgesetz zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB II)

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP

– Drucksache 14/3435 –

Erste Beratung.....5328

Der Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und FDP – Drucksache 14/3435 – wird an den Sozialpolitischen Ausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen......5333

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck (bis 17:00 Uhr); die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Hans-Artur Bauckhage, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner; Staatssekretär Bruch.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Dr. Edmund Geisen, Michael Hörter, Dr. Gerhard Schmidt, Heinz-Hermann Schnabel, Mathilde Weinandy; Staatsminister Walter Zuber.

Rednerverzeichnis:

Abg. Böhr, CDU:.....	5253, 5326
Abg. Bracht, CDU:	5302, 5325
Abg. Creutzmann, FDP:	5316, 5324
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5311
Abg. Dr. Schmitz, FDP:.....	5331
Abg. Frau Grosse, SPD:.....	5329
Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5324
Abg. Frau Thelen, CDU:	5330
Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:.....	5273, 5276, 5282
Abg. Hartloff, SPD:.....	5325
Abg. Kuhn, FDP:.....	5283
Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	5331
Abg. Mertes, SPD:	5264
Abg. Ramsauer, SPD:	5307
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:.....	5326
Beck, Ministerpräsident:	5291
Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:.....	5332
Präsident Grimm:.....	5253, 5264
Vizepräsident Creutzmann:.....	5325, 5326, 5327, 5330, 5331, 5332, 5333
Vizepräsidentin Frau Grützmaker:	5301, 5307, 5311, 5316, 5323, 5324, 5325
Vizepräsidentin Frau Hammer:.....	5273, 5276, 5282, 5283, 5291

80. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 7. Oktober 2004

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 80. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu schriftführenden Abgeordneten berufe ich Barbara Schleicher-Rothmund und Nils Wiechmann. Frau Schleicher-Rothmund führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Dr. Gerhard Schmidt, Michael Hörter, Heinz-Hermann Schnabel, Mathilde Weinandy, Dr. Edmund Geisen sowie Staatsminister Walter Zuber. Ministerpräsident Kurt Beck kann heute nur bis ca. 17:00 Uhr an der Sitzung teilnehmen, weil er zur Konferenz der Ministerpräsidenten nach Berlin reisen muss.

Gemäß der gestern beschlossenen Tagesordnung rufe ich die **Punkte 2** und **3** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2005/2006 (LHG 2005/2006)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3460 –
Erste Beratung**

dazu:

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz
für die Jahre 2004 bis 2008**

**Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 14/3461; Vorlage 14/3601 –**

**...tes Landesgesetz zur Änderung des
Landesfinanzausgleichsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3425 –
Erste Beratung**

Die Fraktionen haben für die Beratung der **Punkte 2** und **3** eine Redezeit von 90 Minuten je Fraktion beantragt. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Christoph Böhr, das Wort.

Abg. Böhr, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist alles andere als rosig. Es macht einen guten Sinn, Haushaltsberatungen im Blick auf die Antworten zu führen, die erfordert werden und erforderlich sind aufgrund der wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Da mag der Konjunkturhimmel ein wenig aufhellen, unsere Krise in Deutschland – das wissen inzwischen alle – ist keine Konjunkturkrise, sondern eine Strukturkrise.

Man kann sich zu diesem Thema einlassen, wie man will. Die Einlassungen sind nach wie vor sehr unterschiedlich, aber eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Ohne Veränderungen, und zwar ohne Veränderungen, die allein die Politik bewerkstelligen kann, wird es keine Besserung in Deutschland geben können.

(Beifall der CDU)

Ich weiß nicht, wer von Ihnen einmal in die Broschüre hineingeblickt hat, die uns vor wenigen Tagen zugegangen ist: Vorträge anlässlich der Jahreshauptversammlung des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie Rheinland-Rheinessen e. V. Dort berichtet der Vorsitzende, Diplomingenieur Günther Clos, von einem Gespräch mit einem mittelständischen Unternehmerkollegen aus England.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es lohnt sich schon, auch wenn der eine oder andere sich ärgert, einmal nachzulesen, was einem deutschen Mittelständler von einem britischen Unternehmerkollegen in diesem Gespräch gesagt wurde.

Ich zitiere ganz wenige Sätze: „Deutschland“, so sagt der Brite, „das ist heute das Land der Flops, der Krise und der verpassten Gelegenheiten.“

(Ministerpräsident Beck: Ach!)

Er fährt fort: „Ihr führt einen Veitstanz um so etwas Unbedeutendes wie das Dosenpfand auf und schickt deshalb sogar tausende von Arbeitsplätzen in die Wüste.“

(Heiterkeit bei der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU – Kuhn, FDP: Wer hat das gesagt?)

„Jetzt habt ihr statt Weißblechdosen eben Kunststoffflaschen in der Landschaft liegen.“

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will das jetzt nicht weiter zitieren. Der eine oder andere hat sich schon geärgert,

(Zuruf der Abg. Frau Grützmaker,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der Brite spricht dann über das Maut-System, über die Autoproduktion in Deutschland, über die Kosten des Sozialstaats.

Ich zitiere nur noch unseren deutschen Unternehmer, den Vorsitzenden des Verbandes. Der sagt dann –ich schließe mich dessen Beurteilung an, damit kein Missverständnis entsteht –: „Was unser englischer Freund etwas hämisch sagte, ist natürlich reine Schwarz-Weiß-Malerei.“

Natürlich ist es Schwarz-Weiß-Malerei, weil nicht alles schlecht, aber auch nicht alles gut ist in Deutschland. Ein kleines Körnchen Wahrheit ist bei dem, was dieser britische Unternehmer gesagt hat, natürlich dran.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb lohnt es sich schon, weil das der Rahmen der Auseinandersetzung ist, in der auch die rheinland-pfälzischen Haushaltsberatungen hineingehören, einmal ein wenig nachzusehen, wie denn die wirtschaftliche Lage in Deutschland wirklich ist.

Ich sagte am Anfang, sie ist alles andere als rosig. Diese Aussage gilt – wie könnte es auch anders sein; das ist jetzt überhaupt kein Vorwurf – natürlich auch für die wirtschaftliche Lage in Rheinland-Pfalz.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Bundesland ist nicht gut. Wir haben bei der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im Zeitbogen der Jahre 1991 bis ins Jahr 2003 je Einwohner und gemessen in Preisen des Jahres 1995 einen Zuwachs von 1,5 %. Der durchschnittliche Zuwachs der westdeutschen Länder liegt bei immerhin 7,5 %. Das ist eine Differenz von 6 %.

Wir sind mit dem Zuwachs beim Bruttoinlandsprodukt in diesem Zeitbogen, von dem ich sprach, auf dem letzten Platz der Länder in Westdeutschland. Wir lagen noch 1991 beim Bruttoinlandsprodukt auf Platz 7 im Reigen der 16 deutschen Bundesländer. Wir lagen im Jahr 2003 auf Platz 9.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt kann man das bemängeln – das tue ich –, man kann sich darüber ärgern. Nur eines ist die schlechteste Reaktion, glaube ich: wenn man sich selbst über die Lage froh redet.

(Beifall der CDU)

Wissen Sie, es gibt eine ganze Reihe so genannter Wohlfühlstudien. Ich freue mich auch, wenn Menschen sagen, dass sie gern in Rheinland-Pfalz leben. Ich lebe übrigens auch gern in Rheinland-Pfalz.

(Zurufe von der CDU: Wir auch!)

Ich kritisiere trotzdem die wirtschaftliche Entwicklung, die wir in den letzten 15 Jahren genommen haben.

Wenn ich dann eine Studie zitiere – wie das gestern geschehen ist –, in der beispielsweise die Zahl der Ikebana-Kurse bei Volkshochschulen gewertet wird und diese Zahl höher gewichtet wird oder genauso gewichtet wird wie der Zustand der Straßen in einem Land, dann habe ich so meine Zweifel, ob diese Studie wirklich ein nüchternes Bild der Wirklichkeit in unserem Land zeichnet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Unser Wachstum ist zu schwach. Wir haben vor allem eine zu geringe Arbeitsplatzsicht in unserem Land. Der Kern der Krise – hier beginnen sich dann schon die Geister zu scheiden – in Deutschland und in Rheinland-Pfalz ist die Tatsache, dass von Jahr zu Jahr mehr und mehr unter einer Unterbeschäftigung in Deutschland leiden und die staatlichen Einnahmen in einem immer

höheren Maße dazu genutzt und benutzt werden müssen, die Folgen und die Kosten dieser Unterbeschäftigung zu finanzieren, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –
Lelle, CDU: So ist es!)

Je mehr wir gezwungen sind, staatliche Einnahmen für diesen Zweck auszugeben – ich sage noch einmal ausdrücklich, gezwungen sind –, umso mehr fehlen uns natürlich die dringend notwendigen Mittel, um die Zukunftsinvestitionen zu tätigen, die wir tätigen müssten, um aus dieser Krise herauszufinden.

(Beifall der CDU –
Lelle, CDU: So ist es!)

Das ist eine Art Teufelskreis, in dem wir uns bewegen. Deswegen gibt es natürlich allen Grund, um den richtigen Weg aus dieser Krise zu ringen.

Wir tun das seit Jahren. Mit „wir“ meine ich uns alle. Wir ringen seit Jahren über Wege und Ziele, Verbände und Organisationen in Deutschland, Wirtschaftsinstitute, Parteien, Regierungen und Oppositionen, Minister und Ministerpräsidenten, der Bundeskanzler, selbst der Bundespräsident, der alte wie der neue.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber hat je einmal jemand gehört, dass ein nennenswerter Beitrag zu dieser Diskussion aus den Reihen der rheinland-pfälzischen Landesregierung gekommen ist? Ich kann mich an nicht einen einzigen solchen Beitrag erinnern.

(Beifall der CDU)

Das zeigt etwas von dem Perspektivenreichtum dieser Landesregierung.

Sehen Sie, ich habe gestern Abend einmal die Pressemitteilungen der Landesregierung der letzten Wochen und Monate durchgeblättert. Es gibt kaum ein Thema, das irgendwo auf der Welt jemanden beschäftigt, zu dem es nicht postwendend Pressemitteilungen der Landesregierung hagelte: Bei Fragen beispielsweise der Ankündigung landesweiter Wildwochen.

Im Herbst bieten viele Restaurants Delikatessen vom Reh.

Herbstzeit ist Wildzeit, vermeldet die Landesregierung.

Oder: Autofahren im Sommer ist auch für Tiere kein Vergnügen, meldet die Landesregierung.

(Heiterkeit bei der CDU)

Was mich aber besonders beeindruckt hat – ich habe mir das im Übrigen auch heruntergeladen –, ist das Stichwort „Rezepte“: Landesvertretung veröffentlicht Kochbuch Nummer 1. Dabei wird der bedeutenden Frage nachgegangen: Was machen eigentlich die Köche der rheinland-pfälzischen Landesvertretung, wenn im Sommerloch weniger Besucher als sonst zu bewirten

sind? – Antwort: Sie setzen sich hin und schreiben einige ihrer besten Rezepte auf.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, alles in Ehren! – Zu jedem Thema, das irgendwo unter Gottes Sonne eine Rolle spielt, äußert sich diese rheinland-pfälzische Landesregierung. Nur zu den zentralen und entscheidenden Zukunftsfragen wie Rente, Gesundheit oder Pflege werden Sie seit dem Abgang von Florian Gerster keine Stellungnahmen dieser Landesregierung irgendwo finden.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, das ist ein wenig bezeichnend für das Denken und natürlich auch das Handeln dieser Landesregierung: Wenn es um die wirklich wichtigen Zukunftsfragen geht, ist die Landesregierung stumm wie ein Fisch im Wasser.

Mich würde schon einmal interessieren, wo diese Landesregierung in der Rentendiskussion steht. Da wird das Feld Frau Nahles überlassen. Ist das, was Frau Nahles denkt, auch die Meinung der rheinland-pfälzischen Landesregierung? Ist das die Meinung der rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten?

Wo steht die Landesregierung bei der Debatte über die Reform der Gesundheit? Wo steht sie bei der Diskussion zu Fragen des Arbeitsmarktes? – Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage einmal alle: Gibt es irgendeinen Reformansatz, der sich mit dem Namen der rheinland-pfälzischen Landesregierung verbindet? – Wenn Sie dieser Frage nachgehen, werden Sie feststellen: Tiefes Schweigen im Walde. Nicht ein einziger Reformansatz, nicht ein Projekt verbindet sich mit dem Namen der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Ein Projekt, an dem man sich abarbeitet, eine Alternative zur herkömmlichen verteilungspolitischen Befriedigung von Ansprüchen, irgendeine Idee zwischen den wöchentlichen Ordensverleihungen, den zahlreichen Festlichkeiten, den vielen Preisausschreiben, den Events und den Festivals, die jedes Wochenende füllen, Sommer wie Winter und Winter wie Sommer, aber nicht ein Projekt, nicht eine Idee lässt sich mit dem Namen der Landesregierung verbinden.

Vor diesem Hintergrund einen Haushalt aufzustellen, der diesem selbst gewählten Anspruch gerecht wird, Zukunftsvorsorge zu betreiben – – – Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo soll denn dieser Anspruch, Zukunftsvorsorge zu betreiben, Maß nehmen? Entsprechend ist das, was dabei in 15 Jahren herausgekommen ist.

Im Bundesrat steht von vornherein die Enthaltung fest, und damit fühlt man sich von jeder Diskussion irgendeiner Streitfrage in dieser Republik entbunden. Wenn Sie einmal in andere Bundesländer blicken – nun können Sie relativ wahllos auswählen zwischen dem Saarland, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen oder Niedersach-

sen, selbst das Land Berlin, die Landesregierungen und die Ministerpräsidenten machen ihre Länder fit für die Herausforderungen der Zukunft.

(Ministerpräsident Beck: Berlin ist ein gesundes Bundesland! –
Creutzmann, FDP: Berlin war sehr gut!)

– Ja, Herr Ministerpräsident, selbst in Berlin wird unter Beteiligung einer Partei, von der ich nach wie vor große Zweifel habe, dass sie auf dem Boden dieser Verfassung steht, der Versuch unternommen, das Land für die Zukunft fit zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie das auf Rheinland-Pfalz übertragen, erscheint dieses Land wie ein großer Märchenpark. Bei uns ist alles so, wie es in der Vergangenheit war. Das Bemühen dieser Landesregierung konzentriert sich auf den einen Punkt, möglichst keine Veränderung herbeizuführen, alles so zu belassen, wie es einmal war. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, damit lässt sich Zukunft nicht gewinnen. Wir sind in einer Zeit der Veränderung und nicht in einer Zeit des Stillstands.

(Beifall der CDU –
Ministerpräsident Beck: Unglaublich!)

Ich weiß, dass dies so manchen beruhigt.

(Kuhn, FDP: Wo lebt er?)

– In Rheinland-Pfalz, Herr Kollege Kuhn. In Rheinland-Pfalz, wie Sie, denke ich.

(Pörksen, SPD: Das glaube ich nicht!)

– Ja, es ist aber so. Ich weiß, dass dies manchen erfreut. Aber der Preis, der für diesen Stillstand gezahlt werden muss, ist gewaltig.

Herr Finanzminister Mittler hat es uns gestern etwas verklausuliert vorgetragen: Das Land ist längst nicht mehr handlungsfähig. Unsere Verschuldung ist in eine Schwindel erregende Höhe geklettert. Alles und jedes, was wir tun – es ist wenig genug –, kann nur noch über Kredite finanziert werden. Jeder Euro Investition ist ein kreditfinanzierter Euro.

Jetzt ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Im bürgerlichen Leben nennt man so etwas konkursreif. Diese Lage haben wir inzwischen erreicht. Wir leben von der Substanz. Alles, was wir uns leisten, ob es richtig ist oder falsch, alles, was wir investieren, ist ausnahmslos über Kredite finanziert. Vor diesem Hintergrund das Ziel zu erreichen, das Herr Finanzminister Mittler gestern vorgetragen hat, eine neue Wachstumsdynamik zu erzeugen, ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Sehen Sie, andere Länder treten auf die Ausgabenbremse, weil es dort so ganz anders nicht ist als bei uns. Das behauptet auch kein Mensch.

(Dr. Gölder, CDU: So ist es!)

Natürlich haben wir in anderen Ländern ähnliche Probleme mit der Verschuldung und der drohenden Überschuldung. Aber andere Länder reagieren auf diese Lage.

(Dr. Gölter, CDU: So ist es!)

Andere Länder ziehen Schlussfolgerungen aus dieser Lage. Zu diesen Schlussfolgerungen gehört – ich sage bewusst, nicht als Einziges, aber auch –, dass man auf die Ausgabenbremse tritt. Ich war im Vorfeld der gestrigen Rede des Finanzministers sehr gespannt, was uns nun als Vorschlag unterbreitet wird, wo das Land Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren eine Sparanstrengung unternehmen will. Ich habe in dieser Rede mehrfach gehört, dass uns ein Sparhaushalt vorgetragen wird. Darüber werden wir gleich noch reden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Sparhaushalt, aber mit welcher Sparanstrengung denn? Wo soll denn eine Sparanstrengung in diesem Landeshaushalt stattfinden? – Ich habe die Rede aufmerksam verfolgt und habe sie noch einmal nachgelesen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dieser einstündigen Rede des Finanzministers zur Einbringung des Doppelhaushalts finden Sie nicht einen einzigen Sparvorschlag!

(Beifall der CDU)

Es wird dauernd das Ziel beschworen, und es wird wortreich dargestellt, dass der vorgestellte Haushalt natürlich ein Sparhaushalt sei.

(Kuhn, FDP: Ja!)

Aber es wird nicht in einem einzigen Punkt gesagt, wo eine Sparanstrengung in den nächsten zwei Jahren stattfinden soll.

(Kuhn, FDP: Doch, doch!)

Das ist bezeichnend für die Haushaltspolitik der Landesregierung, und zwar nicht nur für die kommenden zwei Jahre, sondern für die Haushaltspolitik der Landesregierung für die vergangenen 14 Jahre.

Immerhin sind wir so weit, dass von der Landesregierung eine ungewöhnlich hohe Nettokreditaufnahme zugegeben wird, weil sie zugegeben werden muss. Das steht im Finanzplan für die nächsten Jahre ausdrücklich drin. Ich kann mich an Haushaltsberatungen erinnern, in denen dies bestritten wurde. Dort wurden die Zahlen infrage gestellt. Über lange Jahre hinweg wurde das Spiel betrieben, einfach die Zahlen infrage zu stellen. Das geht jetzt nicht mehr. Es muss zugegeben werden, dass wir eine ungewöhnlich hohe Nettokreditaufnahme in Rheinland-Pfalz zu verantworten haben.

In der Stelle im Finanzplan, wo dieses Eingeständnis zu Papier gebracht worden ist, wird aber auch gleichzeitig sozusagen der Schuldige mitgeliefert, der dafür verantwortlich ist, dass wir eine ungewöhnlich hohe Nettokreditaufnahme zu bewerkstelligen, zu verantworten und zu verkraften haben. Der Schuldige für diese ungewöhnlich hohe Nettokreditaufnahme ist ausgerechnet der hoch gelobte, angeblich allseits geschätzte Pensionsfonds. Er

wird dafür verantwortlich gemacht, dass wir im Land Rheinland-Pfalz auch im Vergleich zu anderen Bundesländern eine so ungewöhnlich hohe Nettokreditaufnahme haben, dass wir uns auf einer im Ländervergleich einmaligen Höhe bei der Pro-Kopf-Verschuldung bewegen. Schuld daran ist der Pensionsfonds.

Der Pensionsfonds spielte gestern in den Ausführungen des Finanzministers auch eine gewisse Rolle. Ich fand, das war eine ganz schöne Passage, wie er davon gesprochen hat, dass er dem Landtag nun noch eine Delikatesse servieren wolle, sozusagen etwas für die Feinschmecker unter den Haushaltspolitikern. Diese Delikatesse war das Eckpunktepapier zur Reform des Beamtenrechts, das vorgestern veröffentlicht wurde und das gemeinsam vom Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, dem Vorsitzenden der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Bundesinnenminister der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Ich zitiere jetzt den Finanzminister aus seiner Rede gestern, nicht das Eckwertepapier. Es steht dort der folgende Satz: „Diese Lösung“ –also des rheinland-pfälzischen Pensionsfonds – „bietet sich auch für die übrigen Länder zur nachhaltigen Finanzierung der Beamtenversorgung an.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin mir sehr sicher, dass den Beteiligten nicht so ganz klar war, wie der Pensionsfonds in Rheinland-Pfalz funktioniert.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich lese noch einmal den Satz vor: „Diese Lösung bietet sich auch für die übrigen Länder zur nachhaltigen Finanzierung der Beamtenversorgung an.“ Wissen Sie, nachdem wir über den Pensionsfonds diskutieren, was wir schon seit vielen Jahren machen, so bitte ich um Aufklärung darüber, wie man eine Finanzierung mithilfe einer Schuldverschreibung vornimmt.

Der rheinland-pfälzische Pensionsfonds ist nichts anderes als ein Anspruchstitel. Es ist – bildlich gesprochen – sozusagen eine Kassette, in der von Jahr zu Jahr mehr Anspruchstitel und Schuldverschreibungen liegen. Jetzt füge ich ausdrücklich hinzu, was ich übrigens nie bestätigt habe, das hat durchaus einen guten Sinn, denn wir etatisieren Zukunftslasten mit diesem Pensionsfonds. Dadurch erhält der Haushalt ein Stück mehr Transparenz, ein Stück mehr Durchschaubarkeit, ein Stück mehr Verlässlichkeit, auch ein Stück mehr Wirklichkeitssinn. Das ist wahr. Wir etatisieren Ansprüche der Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir etatisieren sie aber nur auf dem Papier in Form von Schuldverschreibungen. Eine Finanzierung kann ich mit einer Schuldverschreibung überhaupt nicht bewerkstelligen.

(Beifall der CDU)

Die Finanzierung findet natürlich so statt, wie sie auch herkömmlicherweise stattfindet, nämlich über den Landeshaushalt. Man kann jetzt sagen, dagegen ist nichts zu sagen, gut. Vielleicht ist dagegen nichts zu sagen. Nur, einen Pensionsfonds dann als ein Instrument zur Finanzierung zukünftiger Belastungen des Haushalts darzustellen, ist wohl ein bisschen neben der Spur.

Deswegen bin ich sehr im Zweifel, ob bei näherem Hinsehen der Pensionsfonds dann in dieser Konstruktion das bundesweite Vorbild ist. Ich kann mir Pensionsfonds vorstellen, die diesem Namen und diesem Anspruch genügen und bei denen wirklich Geld in einem Fonds gesammelt und ein Kapitalstock aufgebaut wird, um dieser Zukunftsbelastung Rechnung zu tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ergebnis ist, dass im Land Rheinland-Pfalz der Schuldenberg von Jahr zu Jahr wächst. Er wächst aus einem einzigen Grund, nein, ich sage es ein bisschen fairer, er wächst vor allem aus einem einzigen Grund. Er wächst, weil uns seit Jahren die Ausgaben aus dem Ruder laufen.

Wir haben bei der Zunahme der Pro-Kopf-Verschuldung im Zeitbogen der Jahre 1995 bis 2003 inzwischen den ersten Platz unter allen westdeutschen Ländern. Das ist genau die Zeit, in der der Ministerpräsident Verantwortung für dieses Land trägt.

Das ist eine Zahl, die schlechterdings nicht zu bestreiten ist. Wir haben im Jahr 2003 im Ländervergleich Schulden pro Kopf in einer Größenordnung, die uns auf Platz fünf aller Flächenländer katapultiert hat, und zwar nach Schleswig-Holstein, Saarland, Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Diese liegen noch vor uns. Wir liegen vor Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen weit über dem Durchschnitt der deutschen Bundesländer, weit über dem Durchschnitt der alten Bundesländer. Rheinland-Pfalz liegt bei der Pro-Kopf-Verschuldung mit 637 Euro pro Einwohner über dem Bundesdurchschnitt und mit 791 Euro pro Einwohner über dem Durchschnitt der alten Flächenländer.

Die Folge ist eine ganz naheliegende, nämlich eine stetig und ständig steigende Zinsbelastung, die wir zu tragen haben,

(Creutzmann, FDP: Auch falsch!)

eine Zinsbelastung, die uns allmählich den Rest an Handlungsspielraum, den wir ohne diese Belastung hätten, nimmt. 1991 zahlte das Land für seine Schulden 787 Millionen Euro. Im Jahr 2004 wird das Land inklusive seiner Schulden aus den Nebentöpfen 1,126 Milliarden Euro Zinsen zahlen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Steigerung um 31 %. Wir reden über die Bedingungen, diese Schuldenlast bzw. diese Zinslast in einer Zeit des Niedrigzinseszinses zu verkraften. Ich spare mir jetzt, die Zahlen vorzutragen, die man unschwer ausrechnen kann, wenn das Zinsniveau auch nur geringfügig steigt. Dass es sinken wird, erwartet nun wirklich niemand. Es wird irgendwann steigen. Was das dann schlagartig an Zunahme einer jährlich zu verkraftenden Belastung bedeutet, ist unschwer auszurechnen.

Im Jahr 2006, also am Ende dieses Doppelhaushalts, werden es – unter der Annahme, dass wir immer noch den gleichen niedrigen Zinssatz wie heute haben, was eine eher riskante Annahme ist – bei gleich niedrigen Zinssätzen rund 1,28 Milliarden Euro sein. Im Blick auf das Basisjahr 1991 bedeutet das dann eine Steigerung von 62 %.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Das bedeutet, die jährliche Zinsbelastung im Zeitbogen der Jahre 1991 bis zum Jahre 2006 wird um 62 % zugenommen haben, dies trotz der Niedrigzinsphase. Entsprechend ist die Zinssteuerquote von 12,91 % auf 15,73 % gestiegen. Wer mir das nicht glaubt, kann in den Rechnungshofberichten der letzten Jahre nachlesen und findet das dort alles genauso bestätigt, wie ich es hier vortrage, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall der CDU)

Es hilft nicht, die Augen davor zu verschließen, weil diese Entwicklung nicht von alleine zu Ende geht. Jetzt komme ich noch einmal auf meinen Ausgangspunkt zurück. Diese Entwicklung erfordert vielmehr politische Weichenstellungen. Sie erfordert politische Entscheidungen. Sie erfordert politische Veränderungen.

Ich sage noch einmal, es sind die Ausgaben, nicht die Einnahmen, die unser Problem sind, was gern, sattsam und immer wieder bei jeder Gelegenheit von denen bestritten wird, die Verantwortung für diese Haushaltspolitik tragen. Die Steuereinnahmen in Rheinland-Pfalz sind mies, das ist wahr. Das hat übrigens etwas mit dieser Wirtschaftskraft unseres Landes zu tun. Wissen Sie, man kann nicht ständig sagen, die Kritik der Opposition an der Wirtschaftskraft dieses Landes ist Miesmacherei, um dann anschließend zu sagen, aber bei den Steuereinnahmen liegen wir schlecht. Das eine hat mit dem anderen sehr viel zu tun.

Natürlich ist eine Folge einer schwachen Wirtschaftskraft in unserem Land eine relativ miese Lage bei den Steuereinnahmen. Nur sind die Steuereinnahmen nicht das, was Sie als Gesamteinnahmen dieses Landes zu verbuchen haben. Die Steuereinnahmen sind nur ein Teil der Gesamteinnahmen. Wenn ich mir die Gesamteinnahmen anschau, also Steuereinnahmen auf der einen Seite, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen auf der anderen Seite hinzuaddiert – das gehört dann zusammen, damit man die Zahlen für die Gesamteinnahmen dieses Landes korrekt wiedergibt –, liegen wir ganz oben an der Spitze aller deutschen Bundesländer, auch wieder im Zeitbogen der Jahre 1991 bis 2003.

Die Steuereinnahmen des Landes vor der Zuweisung der Mittel aus dem Länderfinanzausgleich und der Bundesergänzungszuweisungen stiegen um 1,37 Milliarden Euro, was eine Steigerung um 24,68 % bedeutet. Die Steuereinnahmen nach dem Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen stiegen um einen Betrag von 1,84 Milliarden Euro. Das sind 30,19 %. Das bedeutet eine Differenz von fast 500 Millionen Euro, was ein gewaltiger Betrag ist.

Die Steuereinnahmen des Landes im Jahr 2004 mit 1,974 Milliarden Euro pro Einwohner nach Länderfinanzausgleich und nach Bundesergänzungszuweisungen, also die Gesamteinnahmen im Jahr 2004, haben unser Land Rheinland-Pfalz auf Rang zwei aller westlichen Flächenländer katapultiert. Die Legende also, wir wären haushaltspolitisch notleidend, weil uns die Einnahmen wegbrechen, entbehrt der Grundlage. Wir liegen auf Platz zwei bei den Einnahmen aller westdeutschen Bundesländer. Deswegen ist es so erstaunlich, dass wir trotz dieser verhältnismäßig guten Einnahmen

struktur inzwischen diese Rekordverschuldung mit uns herumschleppen.

Man muss das beides zusammen sehen, also die verhältnismäßig gute Struktur bei den Einnahmen des Landes und die gleichwohl bewerkstelligte Rekordverschuldung pro Kopf.

Die Folge dieser Kombination von Rekordverschuldung und wirtschaftlicher Schwäche ist die Tatsache, die uns jetzt so viel Beschwer macht. Jetzt zitiere ich wieder den Finanzminister von gestern. Das ist nicht meine Erfindung und meine Aussage. Das haben wir alle gestern hier gehört. Die Folge dieser Kombination von Rekordverschuldung auf der einen Seite und wirtschaftlicher Schwäche auf der anderen Seite ist die Tatsache, dass wir für Investitionen keinen Spielraum mehr in Rheinland-Pfalz haben. Das geschieht in einer Zeit, in der Investitionen dringend notwendig wären.

(Ministerpräsident Beck: Die höchste Investitionsquote aller Zeiten!)

– Herr Ministerpräsident, die Investitionsausgaben gehen zurück.

(Ministerpräsident Beck: Wie kann man so etwas sagen!)

Sie müssen sich einmal die Zahlen ansehen.

(Ministerpräsident Beck: Das stimmt auch nicht!)

Wir hatten im Land Rheinland-Pfalz im Jahr 1991 eine Investitionsausgabe von 1,52 Milliarden Euro.

(Ministerpräsident Beck: Die Quote steigt!)

Wir haben im Soll des Haushaltes 2004 eine Investitionsausgabe in der Größenordnung von 1,057 Milliarden Euro. Das sind 500 Millionen Euro weniger, nicht mehr, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Ich bin es einfach ein bisschen leid, dass behauptet wird, wir steigern unsere Ausgaben bei den Investitionen, wenn man mit Leuten diskutiert, die die Zahlen nicht zur Hand haben. Wir gehen bei den Investitionsausgaben zurück. Das ist die Wahrheit.

(Beifall der CDU)

Wir gehen bei den Investitionsausgaben in einer Zeit zurück, in der der Investitionsbedarf steigt.

Die Schere zwischen Investitionsbedarf und Investitionskraft öffnet sich in Rheinland-Pfalz immer mehr. Am Landesbetrieb Straße und Verkehr haben wir nach eigenen Aussagen einen Investitionsrückstau von 560 Millionen Euro. Das sind nicht meine Zahlen. Wir bauen in Rheinland-Pfalz neue Straßen nur noch zulasten des Bestandes. 560 Millionen Euro!

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bei den Hochschulen eine Lage, die sich gegensätzlich zu den offiziellen Stellungnahmen der Präsidenten darstellt. Wenn man auf Sie hört, ist in der Regel alles zum Besten bestellt. Wenn man aber mit den Betroffenen redet, die den Kopf dafür hinhalten müssen, dass ein Pflichtpraktikum nicht stattfinden kann und die den Studierenden erklären, wie sie in einer vorgeschriebenen Regelstudienzeit ihre Ausbildung absolvieren sollen, obwohl ein Pflichtpraktikum nicht stattfinden kann, dann ist die Lage anders. Das ist die Lage an unseren rheinland-pfälzischen Hochschulen im Gegensatz zu den offiziell beschönigenden Stellungnahmen.

(Beifall der CDU)

Unsere Hochschulen bluten finanziell aus. Wir haben eine Relation von Studierenden zu Professoren im Verhältnis 80 zu 1. Das kann man in Deutschland lange suchen, um eine solche Betreuungsrelation zu finden.

Im Jahr 2004 sinkt die Kaufkraft der Sachmittelletats der Universitäten zwischen 16 % und 30 % unter den Stand des Jahres 1997. Das sind die nüchternen Zahlen. Im Land Rheinland-Pfalz gibt es Grundmittel je Einwohner für Forschung und Lehre an den Hochschulen, Stand 2003, in einer Größenordnung von 129 Euro. Damit liegen wir 36 % unter dem Bundesdurchschnitt. Das sind uns unsere Universitäten wert.

Wir müssen die Überschrift von gestern lesen: Wissenschaft, Bildung, Forschung, Technologie, das ist unsere Zukunft. – Das ist unsere Zukunft. Aber man muss ein bisschen Geld in die Hand nehmen, um die Zukunft sicherzustellen. Das passiert nicht.

(Beifall der CDU)

Der Anteil der Mittel für Hochschulen und Wissenschaftsförderung an den Ausgaben des Landeshaushalts liegt bei 5,95 %. Im Bundesdurchschnitt sind es ziemlich genau 3 % mehr.

An den Universitäten werden die Fahrstühle abgestellt, um Stromkosten zu sparen. In den Semesterferien gibt es eine Kündigungswelle bei den Reinigungskräften, weil man Geld sparen muss, da man anders nicht mehr über die Runden kommt. Das ist unsere Lage.

Meine Damen und Herren, jetzt lesen wir alle mit glänzenden Augen, 125 Millionen Euro mehr für die rheinland-pfälzischen Hochschulen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, als ich zum ersten Mal die Entscheidung in der Zeitung gelesen habe, habe ich ziemlichen Respekt vor dem Koalitionspartner empfunden, der das durchgesetzt hat, was nicht ganz ohne Knirschen möglich war, wie ich mir vorstellen kann. Das gilt insgesamt auch für die Landesregierung, die gesagt hat, wir sehen das ein. Das ist nicht nur irgendso ein Gag, diese 125 Millionen Euro mehr für die Hochschulen, sondern es ist die Einsicht entstanden, dass dies dringend notwendig ist. Man muss sich anschauen, was von den 125 Millionen Euro auf dem Papier die Hochschulen tatsächlich erreicht. Wissen Sie, wie viel das im nächsten Jahr sein werden? Es gibt das 125-Millionen-Euro-Förderprogramm. Das ist eine stolze Zahl. Im Jahr 2005 werden von diesen 125 Millionen Euro gerade einmal

10 Millionen Euro unsere Hochschulen erreichen, schlappe 10 Millionen Euro.

(Creutzmann, FDP: Ist das nichts?)

Weitere 20 Millionen gehen in eine Rücklage. Wir werden sicher noch Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren, was mit dieser Rücklage im Einzelnen angesichts der finanziellen Lage der Hochschulen bewerkstelligt werden soll. Das sage ich, weil Herr Kollege Kuhn gefragt hat, ob das nichts ist.

(Kuhn, FDP: Das habe ich nicht getan!)

Ja, Herr Kollege Creutzmann war es. 10 Millionen ist nicht Nichts. Wenn ich sagen würde, 10 Millionen ist nichts, würde ich mich selbst Lügen strafen und könnte meinen ganzen Zahlensalat wieder mit nach Hause nehmen. Das wäre alles nichts wert. 10 Millionen ist schon etwas. 10 Millionen sind 10 Millionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der desaströsen Unterfinanzierung der rheinland-pfälzischen Hochschulen sind 10 Millionen zu schlapp, um überhaupt einen Inflationsausgleich für die Mängel der letzten Jahre zu bewerkstelligen. Das ist doch unsere Lage.

(Beifall der CDU)

Mich überrascht eines immer wieder. Darin sind Sie Weltmeister. Bei dem Titel 125-Millionen-Euro-Programm steht man innerlich stramm, wenn man das hört. Wenn 125 Millionen Euro in dieser finanzpolitisch schwierigen Zeit bereitgestellt werden sollen, hat man die Vorstellung, das Kabinett saß an heißen Sommertagen da und der Schweiß rann nur so herunter, um diese Anstrengung zu schultern. In Wahrheit reden wir über 10 Millionen Euro. Herr Kollege Kuhn, das ist der Punkt.

(Kuhn, FDP: Stimmt das?)

– Das stimmt. 20 Millionen Euro verstecken Sie in irgendeiner Rücklage zur Finanzierung der Zuschüsse für das Jahr 2006.

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Herr Kollege Kuhn wird das alles gleich richtig stellen, so vermute ich. Er wird uns beweisen, dass 125 Millionen Euro nach seiner Rechnung 125 Millionen Euro sind. Er wird uns vortragen, wie die 125 Millionen Euro als warmer Regen in den nächsten Jahren auf die Universitäten niedergehen werden.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Herr Kollege Kuhn, darauf bin ich sehr gespannt, und deswegen werde ich Ihre Rede aufmerksam verfolgen.

Ich rede von 10 Millionen Euro. Zur Weckung der Wachstumskräfte ist das nach meinem Empfinden ein wenig dürftig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da wir bei den Hochschulen sind, bietet es sich an, etwas zur Schule und

Bildung zu sagen. Ich will ausdrücklich feststellen, ich finde es gut und richtig, was der Finanzminister über vier Seiten seiner Haushaltsrede über Schulen, Bildung und Ausbildung gesagt hat. Ich finde nichts, was ich zu kritisieren hätte.

Er war sehr ehrlich in dem, was er vorgetragen hat. Er hat in diesen vier Seiten, bei denen er über Schule gesprochen hat, nicht in einem einzigen Satz etwas über Bildung gesagt, sondern er hat über vier Seiten über verbesserte Betreuung gesprochen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage noch einmal ausdrücklich: Uns wird immer unterstellt, wir wären in diesem Bereich zurückhaltend und würden den Betreuungsbedarf auf die leichte Schulter nehmen. Ich finde es gut und richtig.

Beispielsweise steht in dieser Rede: Ohne Zweifel ist die Ganztagschule nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sie ist darüber hinaus für viele Alleinerziehende die Bedingung dafür, einen Arbeitsplatz annehmen und damit auf Sozialhilfe verzichten zu können. – Ja, so ist es. Ich finde es gut und richtig, dass wir das in Rheinland-Pfalz tun. Das ist nicht mit einem einzigen Halbsatz, mit einer einzigen Silbe zu kritisieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bildung und Betreuung sind zwei Worte, die beide mit „B“ anfangen. Mit PISA hat Betreuung nichts zu tun. Ich möchte mir eine ergänzende Anstrengung nicht nur für Betreuung, sondern auch für Bildung wünschen. Das wäre mein Wunsch.

(Beifall der CDU)

Das wäre mein Wunsch vor allem dann, wenn man das in die Überschrift hineinschreibt. Ich fand die Rede gestern – ich weiß, dass ich von den eigenen Leuten dafür gescholten werde, aber das werde ich im Moment sowieso, deswegen kommt es auf das eine auch nicht mehr an –

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

in weiten Teilen sehr beeindruckend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was die Zielperspektive der gestrigen Rede angeht, muss ich lange darüber nachdenken, wo ich da einen Unterschied festmachen könnte. Ich sage das hier einmal so offen. Ich weiß, dass das für eine Opposition zu Beginn von Haushaltsberatungen nicht die komfortabelste Situation ist. Schöner ist es, wenn man Streitstand zu 100 % hat. Den haben wir aber nicht. Auch in diesem Punkt haben wir den nicht.

Der Überschrift dieser Rede „Schwerpunkte bilden für Wissenschaft, für Bildung, für Ausbildung, für Forschung“ stimmen wir zu 100 % zu. Aber dann muss man auch einen Schwerpunkt bilden. Dann kann man doch in der Rede nicht nur das beschreiben, was sowieso schon ist. Das ist mein Kritikpunkt. Hier wird wieder ein Etikett auf die Flasche geklebt. Das klingt wunderbar. Das stellt sogar die Opposition zufrieden. Jetzt sind wir einmal

ganz ehrlich, was wollen wir denn in dem Rahmen und den Möglichkeiten einer Landespolitik anderes machen, wenn wir Wachstumskräfte wecken wollen, als auf mittlere Sicht über die Förderung von Bildung, Ausbildung, Wissenschaft und Forschung diese Wachstumskräfte dann auch zu wecken? Das klingt alles wunderbar. Aber um Gottes und Himmels willen, dann muss man einen solchen Schwerpunkt auch bilden. Dann muss man im Etat auch nachweisen, dass man das getan hat. Das ist meine Kritik.

(Beifall der CDU)

Das Gleiche gilt übrigens auch für die Frage der Inneren Sicherheit. Das will ich hier jetzt gar nicht vertiefen. Auch da ist es durchaus richtig, diesen Schwerpunkt zu bilden. Die Schwerpunkte, die der Finanzminister hier gestern vorgetragen hat, waren exakt bis auf den letzten die Schwerpunkte, die wir hier bei Haushaltsberatungen seit Jahr und Tag vortragen.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt bin ich der Allerletzte, der sich nicht darüber freut, dass es diese Konvergenz gibt. Dann muss man aber auch ein bisschen etwas tun, um diese Schwerpunkte wirklich zu haushaltspolitischen Schwerpunkten zu machen. Das Problem ist, dass Sie nach wie vor weit hinter den Zielen zurückbleiben, die Sie sich selbst gesteckt haben.

Ich nenne einmal ein anderes Beispiel nach Bildung, Ausbildung, Hochschulen, Wissenschaft, Forschungsförderung, Sicherheit, Polizei, nämlich das mit dem Verstärkungsfonds für die Kommunen. Das kann man machen. Ich bin noch nicht einmal dagegen, es zu machen. Aber den Kommunen eine ganz kleine Verschnaufpause zu gewähren – gleichsam die halbe Stunde für die Henkersmahlzeit einzuräumen –, bevor es dann zum endgültigen Aus kommt, das hier als überlebensnotwendige Rettung der kommunalen Finanzen darzustellen, das hat aber mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist doch eine andere Welt.

(Beifall der CDU)

Auch da bleiben Sie weit hinter dem zurück, was Sie sich selbst als Ziel vorgegeben und vorgelegt haben. Im Übrigen wissen wir jetzt seit 14 Tagen, wie ernst es der Landesregierung mit der Rettung der kommunalen Finanzen wirklich bestellt ist. Manchmal ist es so, dass die Taten mehr sagen als die vielen wortreichen Erklärungen. Viele – auch rheinland-pfälzische – Kommunalpolitiker hatten immer noch so einen Rest an Vertrauen, dass die Landesregierung dann doch ein Einsehen haben könnte, was die kommunalen Finanzen anbelangt. Seit 14 Tagen sind alle eines Besseren belehrt worden. Ich sage das einmal so, wie ich das empfunden habe. Da ist ein Sachverständiger gegen seinen Willen abberufen worden – gegen seinen Willen! Es ist nicht die Wahrheit, was die SPD-Landtagsfraktion der Landtagsverwaltung schriftlich gemeldet hat, dass dieser Mann seine Arbeit niedergelegt habe. Dieser Mann hat das klar gestellt. Das ist gegen seinen erklärten Willen geschehen.

(Dr. Weiland, CDU: Hört, hört!)

Seitdem wissen wir, dass dieser Mann für die SPD unbrauchbar geworden war; denn dieser Mann hatte einen entscheidenden Nachteil: Er hat seinen Auftrag als Sachverständiger tatsächlich ernst genommen.

(Beifall der CDU)

Das hat ihn dann Kopf und Kragen gekostet, wobei der eigentliche Skandal natürlich der ist – deswegen werden wir in diesem Punkt auch nicht locker lassen –, dass die Regierung diese Abberufung durchgedrückt hat.

(Ministerpräsident Beck: Das ist zwar nicht wahr! –
Hartloff, SPD: Lächerlich!)

– Wenn das lächerlich ist, dann müssten Sie jetzt eigentlich gegen diese Behauptung dieses Mannes vorgehen.

(Jullien, CDU: Ja! –
Schmitt, CDU: Nur einer kann
Recht haben!)

Verstehen Sie? Entweder sagen Sie: „Peanuts, das interessiert mich nicht, deutscher Professor, soll er doch erzählen, was er will, was rührt das eine deutsche Eiche, wenn sich ...“.

Aber bei einem so schwer wiegenden Vorwurf, dass die Landesregierung die Mehrheitsfraktion und den Koalitionspartner unter Druck gesetzt hat, um diesen Mann abberufen zu müssen, müssten Sie eigentlich, wenn ich den hier wiederhole, gegen diese Behauptung vorgehen.

(Starker Beifall der CDU)

Ich fordere Sie auf, das zu tun, damit es da eine Klarstellung gibt. Ich möchte Sie nicht eines Sachverhaltes beschuldigen, der möglicherweise so nicht zutrifft. Aber dann muss das geklärt werden. Ich kann Ihnen nur sagen, was wir zur Klärung beitragen können, das werden wir tun.

(Schmitt, CDU: Tun wir gern!)

Wir werden in dieser Frage nicht locker lassen. Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen.

(Zurufe von der SPD)

– Wissen Sie, man kann das alles ins Lächerliche ziehen. Das würde ich an Ihrer Stelle gegebenenfalls auch. Aber solange Sie es bei einem so leichten Aufstöhnen belassen, wenn das hier vorgetragen wird, werden wir wiederholen – morgens, mittags und abends –, dass die Landesregierung das erzwungen hat.

(Schwarz, SPD: Ihr habt nichts
anderes zu tun!)

– Herr Kollege Schwarz, das hat nichts damit zu tun, dass wir nichts anderes zu tun haben, sondern das hat etwas damit zu tun, dass, wenn der Parlamentarismus einen Rest von Selbstwertgefühl behalten will, es nicht geht, dass in einer Enquete-Kommission ein unabhängi-

ger Sachverständiger, weil er der Landesregierung plötzlich nicht mehr genehm ist, gegen seinen erklärten Willen abberufen wird.

(Starker Beifall der CDU)

Herr Kollege Schwarz, das hat Zweitens etwas damit zu tun, dass die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen auch in unserem Land Rheinland-Pfalz eine dringende Notwendigkeit bedeutet. Es wissen doch alle, dass es so nicht mehr lange weiter gehen kann, wie sich das in den letzten Jahren entwickelt hat. Aber auch in dem Punkt kennen wir Ihre Meinung. Sie wollen es so belassen, wie es ist. Wissen Sie, das ist der Punkt, wenn man über Jahre Ihre Politik begleitet. Ich sage das noch einmal, damit die Wogen da jetzt nicht zu hoch gehen. Da ist nicht alles falsch. Im Gegenteil, da ist manches richtig, und es gibt manches, was wir gar nicht kritisieren können. Aber der Kern der Kritik, oder das, was wirklich an den Bedürfnissen der Zeit vorbei geht, ist die Tatsache, dass Sie am liebsten alles immer so behalten und belassen möchten, wie es ist. Ich kann das sogar ein bisschen verstehen nach dem Motto „Wer nichts macht, der macht auch keine Fehler“. Wer sich in Debatten einmischt, wo es drunter und drüber geht – ob das Rente, Gesundheit oder sonst etwas ist –, kriegt natürlich seine Wunden geschlagen. Aber nichts machen, worüber man sich aufregen könnte, sozusagen allein als Grundsatz, den man beherzigt, ist nicht genug. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Zeit ruft nach Veränderungen. Ohne Veränderungen werden wir die Probleme der kommenden Jahre nicht schultern.

Ich frage mich, so wie der Finanzminister gestern auch eine Frage gestellt hat – da stimme ich ihm auch zu –, als es um Bildung und Ausbildung ging, wo er eigentlich gesagt hat, im Grunde können wir es uns nicht leisten, und dann hat er dazugefügt – das ist übrigens auch meine Meinung, ganz ausdrücklich –: Aber wir können es uns noch weniger leisten, es nicht zu tun. – Ja, so ist es. So frage ich mich das auch im Blick auf notwendige Veränderungen: Können wir uns wirklich leisten, das zu leugnen? – Ich bin jedenfalls fest davon überzeugt, dass wir es uns am wenigsten leisten können, das zu leugnen, weil es nicht ohne Veränderungen gehen wird.

Was sind das für Veränderungen? Das will ich zum Schluss dann doch noch sagen. Ich glaube, es sind Veränderungen, die sich ein Ziel vornehmen müssen.

(Dr. Schiffmann, SPD: Da sind wir jetzt einmal gespannt!)

Es tut mir Leid, es sind Haushaltsberatungen, aber auch da muss man bei der Wahrheit bleiben. Auch jetzt bin ich sozusagen wieder auf der Linie der gestrigen Rede. Das, was der Finanzminister am Anfang seiner Rede gesagt hat, ist wirklich auch meine Überzeugung. Das eine Ziel, von dem alles andere abhängt und das ich verstehe, wenn ich davon rede, dass wir an Veränderungen nicht vorbeikommen, ist das Ziel, dass wir eine neue Wachstumsdynamik in Deutschland erzeugen müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Der Kern unserer Krise – ich sagte das am Anfang zumindest in einem Stichwort – ist unsere Unterbeschäftigung. Wenn wir einen Weg aus der Krise finden wollen, dann geht das nur über ein Wachstum, das uns einen Zuwachs bei der Beschäftigung bringt. Deswegen war ich, als ich mir gestern den Beginn dieser Rede anhörte, fast ein bisschen überrascht. Es ist genauso, wie es hier steht: Es kommt vor allem darauf an, im Rahmen der Möglichkeiten der öffentlichen Haushalte alles zu tun, dass die Wachstumskräfte gestärkt werden und im Zuge einer deutlichen konjunkturellen Erholung die Arbeitslosigkeit abgebaut wird und mehr Beschäftigung in Deutschland entsteht. –

Ich glaube, das ist in der Tat das alles überragende Ziel. Von der Erreichung dieses Ziels hängt alles andere ab. Es ist gestern von Gernot Mittler gesagt worden, mehr Beschäftigung entlastet nicht nur die Sozialsysteme, sondern leistet zugleich auch einen Beitrag zum Wachstum des Steueraufkommens und damit zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Ja, das ist der Weg: über mehr Wachstum zu einem Mehr bei der Beschäftigung zu kommen und über ein Mehr bei der Beschäftigung zu höheren Einnahmen nicht nur des Fiskus, sondern auch der Sozialkassen zu gelangen. Das ist der Weg.

Das steht im Übrigen auch im Finanzplan der Landesregierung fast wörtlich genauso drin: Nur durch das Erreichen eines höheren Wachstumspfad werden die Defizite signifikant abgesenkt werden können. Für einen erfolgreichen Weg aus der Verschuldung der öffentlichen Haushalte wird entscheidend sein, ob es schnell gelingt, über eine höhere Wachstumsdynamik die Arbeitslosigkeit drastisch zu reduzieren und die Beschäftigung spürbar zu erhöhen. – Ende des Zitats.

Wir werden die Arbeitslosigkeit nur reduzieren können, wenn wir zu einem Zuwachs bei der Beschäftigung kommen. Ich glaube, es gibt überhaupt kein Ziel deutscher Politik, das sich in seiner Bedeutung einigermaßen mit diesem einen großen Ziel, Menschen wieder in Arbeit und Brot zu bringen, messen lassen kann. Jeder öffentliche Haushalt muss sich daran messen lassen, ob er einen Beitrag leistet, dieses Ziel zu erreichen. Das ist der Weg. Der Schlüssel liegt beim Zuwachs bei der Beschäftigung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies umso mehr, als wir mit Blick auf die Entwicklung der Beschäftigung in Rheinland-Pfalz eine Talfahrt hinter uns haben. Wir haben 428,6 Erwerbstätige je 1.000 Einwohner. Das ist der 13. Platz in Deutschland. Wir liegen bei der Beschäftigungsquote sozusagen abgeschlagen auf dem drittletzten Platz. Auch in Rheinland-Pfalz nimmt die Zahl der Beschäftigten ab: 18.400 im Zeitrahmen der Jahre 2000 bis 2003 auf dem sowieso schon niedrigen Niveau, das wir haben. Wir müssen in Rheinland-Pfalz auch mit Blick auf die Erfordernisse, Bedürfnisse und Notwendigkeiten unseres Bundeslands an diesem Punkt ansetzen. Das ist der entscheidende Dreh- und Angelpunkt.

Soweit sind wir einig. Aber an dem Punkt endet die Einigkeit schlagartig; denn wenn wir dann mit der Debatte beginnen, wie das geht, welche Schritte wir jetzt einleiten müssen, was wir jetzt tun müssen, welche

Weichen wir jetzt stellen müssen, beginnt ab diesem Punkt der Streit zwischen Opposition, jedenfalls der großen Oppositionspartei, und der Landesregierung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben vielem, was zu tun ist, geht es ohne eines eben nicht, nämlich ohne eine große Steuerreform. An dem Punkt unterscheiden sich die Geister zwischen Landesregierung und Regierungschef auf der einen Seite und Opposition auf der anderen Seite wie Feuer und Wasser.

Die Landesregierung reibt sich im Kampf gegen eine solche Vorstellung einer großen Steuerreform auf. Ich zitiere die Formulierung „gegen die Bierdeckelstrategen“.

(Ministerpräsident Beck: Sehr gut!)

– Herr Ministerpräsident, wissen Sie – – –

(Ministerpräsident Beck: Sie haben mich richtig zitiert!)

– Ja. Ich habe es extra noch einmal nachgelesen.

Ich stimme da nicht dem Ministerpräsidenten zu, sondern dem Weltwirtschaftsforum Davos. Das Weltwirtschaftsforum Davos hat regelmäßig Untersuchungen über die Standortqualität von Ländern veranstaltet. Unter anderem hat es neben der Reglementierung des Arbeitsmarkts, den Steuersätzen, der Bürokratie die Komplexität von Steuersystemen untersucht.

Wissen Sie, auf welchem Platz die Bundesrepublik Deutschland bei einer weltweiten Bewertung nach einem einfachen und klaren Steuersystem landet? Wir stehen auf dem Platz 102 hinter Kenia, Mosambik, Kamerun, Senegal, Vietnam, von den mitteleuropäischen Ländern ganz zu schweigen. Diese stehen ziemlich alle ziemlich weit oben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da liegt unser Problem. Wenn ich dann in der „Berliner Zeitung“ – da habe ich auch das Zitat mit dem „Bierdeckelstrategen“ her – vom 1. Oktober 2004 lese: „Beck: Mehr Geld für den Staat“ – – – Ja, klar. Wer will dem widersprechen? Der Putz bröckelt von den Wänden unserer Schulklassen, und der Staat hat immer weniger Geld, um seine dringlichsten Aufgaben zu erfüllen. Alle Kommunalpolitiker wissen, wovon wir reden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber auf welchem Weg? Da kommt der Vorschlag des Ministerpräsidenten, auf dem Weg der Steuererhöhung.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Da kommt mein Vorschlag: auf dem Weg eines einfachen, durchschaubaren und entlastenden Steuersystems einer Steuerreform. Das ist der Unterschied.

(Beifall der CDU)

Es ist doch täglich zu erleben. Der Bundesfinanzminister hat festgestellt – ich weiß gar nicht, ob er wirklich überrascht war oder nur mit Blick auf seine Partei so tun musste, als wenn er überrascht wäre –, dass nach den drastischen und alljährlich wiederkehrenden Erhöhungen

bei Ökosteuer und Tabaksteuer die Erwartung, von Lieschen Müller weit mehr Geld in die Kasse zu bekommen, sich nicht bewahrheitet hat. Je mehr er die Steuern erhöht, umso weniger Geld bekommt er in die Kasse. Das ist doch der wahre Zusammenhang. Deswegen hilft uns eine Erhöhung der Steuern nicht weiter, sondern es hilft uns nur eine große Steuerreform weiter, die unser Steuersystem nicht nur durchschaubarer macht, sondern die auch mit einem Netto-Entlastungseffekt verbunden ist. Wir brauchen sie insbesondere um der Aktivierung im Lohnsteuereingangsbereich willen.

Wissen Sie, ich sprach eben davon – da sind wir uns in der Zielsetzung wieder einig –, wir müssen Wachstumskräfte wecken, damit wieder mehr Beschäftigung in Deutschland entsteht. Wie will ich mehr Beschäftigung in Deutschland entstehen lassen, wenn nicht auch im unteren Lohnsegment? Nicht durch immer komplizierter werdende Kombi-Lohnmodelle, sondern indem ich im unteren Lohnsegment den Leuten so viel in der Tasche belasse, wie sie brauchen, um auskömmlich leben zu können und nicht gezwungen sind, obwohl sie einen sozialversicherungspflichtigen Job haben, zum Sozialamt zu gehen und ergänzend Lohnhilfe zu beantragen. Lasst doch die Leute von dem leben, was sie verdienen, ohne dass der Fiskus zuschlägt. Das ist der Weg.

(Beifall der CDU)

Wenn wir diesen Weg nicht gehen, werden wir das Problem in Deutschland nicht lösen. Wissen Sie, wenn viele Hilfsempfänger zu Steuerzahlern werden, macht der Staat ein gutes Geschäft. Da kommt immer sofort die Frage der Finanzminister, wie wir das bezahlen wollen. Ich weiß auch, 17 deutsche Finanzminister sind gegen diesen Vorschlag. Das sind rote, das sind schwarze, 16 aus den Ländern, einer aus dem Bund. Alle frönen dieser statischen Betrachtung. Ich sage, jeder Hilfsempfänger, der zum Steuerzahler wird, jeder der aus der Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe herauskommt und schlimmstenfalls keine Steuern zahlt, aber auch keine Hilfsleistungen empfängt, bestenfalls sogar Steuern zahlt, also jeder Hilfsempfänger, der zum Steuerzahler wird, ist für den Staat das beste Geschäft, das er machen kann, auch für die Sozialkassen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich scheut, diesen Weg zu gehen, ist bald am Ende, er kommt aber nie zum Ziel. Wir sind in Rheinland-Pfalz am Ende: die Verfassungsgrenze im Nacken, den Kreditrahmen ausgeschöpft, jetzt kommen die Vermögensverkäufe. Das ist ein Thema, das uns in den nächsten Wochen beschäftigen wird. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass die Rechnung der Landesregierung, diese öffentliche Diskussion über unseren Haushalt und die Verschuldungsproblematik sozusagen vor dem weihnachtlichen Frieden zu versenken, damit sie dann, am 6. Januar, wenn die drei Könige uns beglücken, bei allen Beteiligten vergessen ist, nicht aufgehen wird, sondern das, was uns zur Beschlussfassung vorgelegt wird, wird uns in den nächsten zwei Jahren beschäftigen.

Jetzt kommen die Vermögensverkäufe mit dem Nachteil – – – Wissen Sie, das ist auch so ein Punkt. Natur-

lich kann man Vermögen verkaufen. Aber wenn man Vermögen verkauft und dann den Nachteil in Kauf nimmt, dass in Zukunft jährlich Einnahmen in einer Größenordnung von 133 Millionen Euro wegbrechen, dass es diese Einnahmen nicht mehr gibt, dann ist es schon eine schwierige Sache mit diesen Vermögensverkäufen.

Das alles zeigt, dass wir von der Substanz leben. Wachsende Zinslasten, Pensionsverpflichtungen, Einnahmenverluste nach Vermögensverbrauch usw. sind Vorbereitungen, die zur politischen Bewegungslosigkeit führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dennoch ist Geld vorhanden, wenn es um die politischen Hobbys des einen oder anderen geht. Viele haben mir in den vergangenen Tagen davon abgeraten, das vorzutragen, was ich dennoch vortrage. Sie haben gesagt: Wenn du das ansprichst, bringst du viele gegen dich auf. – Es mag vielleicht sein, dass ich viele gegen mich aufbringe. Dennoch sage ich es: Das, was sich die Landesregierung die Vorbereitung der Weltmeisterschaft kosten lässt, passt nicht in den Finanzrahmen der heutigen Zeit.

(Beifall der CDU)

Es ist überhaupt nicht die Frage, ob man selbst Fußballfan ist oder nicht. Für die Jahre 2004, 2005 und 2006 sind allein für die Staatskanzlei Mittel in einer Größenordnung von 441.400 Euro vorgesehen. Ich weiß, was jetzt gesagt wird. Jetzt wird gesagt, dass es doch nur 441.400 Euro seien. Im Einzelplan des Ministeriums des Innern und für Sport sind hierfür Personalkosten in Höhe von 530.000 Euro vorgesehen. Auch in diesem Fall kann man sagen: Es sind doch nur 530.000 Euro. Was sollen wir über Kleinvieh reden, das wenig Mist macht, während wir die großen Brocken nicht beeinflussen können.

Ich denke da anders. Gerade dann, wenn man die großen Brocken nicht beeinflussen kann, muss man über Kleinvieh reden; denn das ist das Einzige, was man beeinflussen kann. Mit diesem „nur“ können Sie natürlich diese Kritik ein ums andere Mal aushebeln.

Es sind nur 300.000 Euro, die für die Weltmeisterschaft im Haushaltsentwurf für das Ministerium für Umwelt und Forsten unter dem Titel „Green Goal – Klimaschutzkampagne Rheinland-Pfalz“ vorgesehen sind. Vielleicht kann mir jemand erklären, was das mit der Weltmeisterschaft zu tun hat. Für den Titel „Weltmeisterschaft und lokale Agenda 21“ sind „nur“ 100.000 Euro vorgesehen. Darüber hinaus gibt es den Titel „Regionalevents, Biosphärenreservat der Weltmeisterschaft, Außenstandorte Fischbach und Johanniskreuz“ für die Weltmeisterschaftsgäste. Das sind diese Bäume, die auf Höhenwegen über Seilstricke miteinander verbunden sind. Man tritt sicherlich keinem Fußballfan zu nahe, wenn man sagt, dass einem nach einem guten Fußballspiel der Sinn nach anderem steht als danach, über diese Fallstricke über diese Bäume zu wandeln.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, man kann natürlich sagen, dass es nur 10.000 Euro seien. Die Frage ist aber nicht, ob es nur 10.000 Euro sind, sondern ob wir uns angesichts der wirklich dramatischen Verschuldungslage

unseres Landes diese 300.000 Euro, diese 10.000 Euro und diese 600.000 Euro wirklich leisten können. Ich sage: Nein, wir können sie uns nicht leisten.

(Beifall der CDU)

Die Frage, ob das alles unverzichtbar ist, ist eine ganz andere Frage. Ich bin der Meinung, es sind mehr Gefälligkeiten gegenüber einer Gruppe, die man nicht enttäuschen möchte.

Auf Seite 20 des Finanzplans des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2004 bis 2008 steht: „Einsparungen stoßen dort an Grenzen, wo durch einzelne Maßnahmen die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Infrastruktur gefährdet würde. Kleinteilige und kurzfristige Eingriffe können erhebliche und dauerhafte Schäden hervorrufen und ehrenamtliche oder subsidiär arbeitende Strukturen handlungsunfähig machen. Eine solche Entwicklung soll in Rheinland-Pfalz verhindert werden.“

Da sind wir uns wieder einig. Eine solche Entwicklung soll in Rheinland-Pfalz verhindert werden. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht jede Einsparung im Eventhaushalt der Weltmeisterschaft 2006 führt zum Zusammenbruch der subsidiären Strukturen in unserem Land Rheinland-Pfalz. Dabei gibt es durchaus Unterschiede.

(Beifall der CDU)

Das ist deshalb wichtig, weil der Verzicht auf Einsparungen einen hohen Preis hat. Die Schulden des Landes sind in den Jahren von 1991 bis 2003 um rund 12,45 Milliarden Euro gestiegen. Das entspricht einer Steigerung von etwa 118 %. Im Vergleich dazu stieg das Bruttoinlandsprodukt im gleichen Zeitraum nominal um ca. 21 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung um etwa 29,5 %.

Vergleichen Sie einmal, wie wir unsere Schulden gesteigert haben, mit der Steigerung unseres Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 1991 betragen die Schulden des Landes etwa 14,7 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2003 sind es ca. 24,76 %. Das ist Politik auf Kosten der Substanz.

Wir beginnen nicht erst jetzt damit, die Substanz aufzuzehren, sondern wir haben bereits vor vielen Jahren damit begonnen, die Substanz aufzuzehren. Rheinland-Pfalz hat von 1995 bis 2003 doppelt so viele Schulden pro Kopf gemacht wie Baden-Württemberg. Das ist Politik auf Kosten der Substanz. Das ist ein Preis, den andere später zahlen müssen.

Wir werden im Jahr 2004 einschließlich der Nebenhaushalte neue Kredite im Wert von etwa 1,18 Milliarden Euro aufnehmen. Das ist fast genauso viel, wie wir an Zinsen für unsere Schulden zahlen müssen. Das ist Politik auf Kosten der Substanz.

Alle Investitionen können nur noch über Schulden bezahlt werden. Dieser Doppelhaushalt ist der letzte vor dem Jahr 2006. Das heißt, es ist ein Haushalt, in dem Bilanz gezogen wird über die Politik, die Haushaltspolitik

und die Finanzpolitik dieser Landesregierung nach 15 Jahren.

In diesen 15 Jahren sind 15 Milliarden Euro neue Schulden gemacht worden. Das entspricht einem Zuwachs von 136 %. Am Ende dieses Doppelhaushalts, wenn alles nach Plan läuft, was aber niemand weiß, haben wir eine Gesamtverschuldung von etwa 26,5 Milliarden Euro. In der gleichen Zeit hat die Landesregierung ein Vermögen von etwa 2,16 Milliarden Euro verbraucht durch dauerhaft belastende Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich und hat damit den Städten, Kreisen und Gemeinden etwa 1,2 Milliarden Euro aus der Tasche gezogen. Summa summarum sind das über 18 Milliarden Euro. Das ist weit mehr als das Eineinhalbfache eines Haushaltes dieses Landes. Das sind über 18 Milliarden Euro Schulden zulasten Dritter.

Auslöffeln müssen das andere, künftige Regierungen und Parlamente sowie vor allem die Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb sage ich noch einmal: Wenn heute nichts verändert wird, weil man es politisch nicht will, dann wird nichts mehr bewegt werden können, weil man der Not gehorchen muss. Das wird das Schicksal der nächsten Jahre sein.

Um es im Bild zu sagen: Damit es gemütlich warm bleibt im Zimmer, werden im Kamin die Türen und Fenster des Hauses verfeuert. Das ist ein ganz kurzfristiger Einmal-Effekt. Wenn das Kaminfeuer verloschen ist und die Fenster und Türen verbrannt sind, zieht der kalte Wind ein. Das werden wir in den nächsten Jahren erleben.

Ich erinnere mich an eine Rede des Herrn Ministerpräsidenten vor vielen Jahren, in der er anlässlich einer Haushaltsberatung den Begriff der Nachhaltigkeit eingeführt hat. Nachhaltigkeit und Zukunftsvorsorge sehen aber anders aus. Das ist ungefähr das genaue Gegenteil der Haushaltspolitik dieser Landesregierung. Mit diesem Haushalt wird die letzte Chance der Umsteuerung vertan. Andere werden es in Zukunft richten müssen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend starker Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, als Gäste im Landtag begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Klasse Bauzeichner im 3. Ausbildungsjahr und der Beruflichen Oberschule Technik der Berufsbildenden Schule Südliche Weinstraße Edenkoben sowie Schülerinnen und Schüler des Elisabeth-Langgässer-Gymnasiums Alzey, Leistungskurs Sozialkunde. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abgeordneter Mertes.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Stunde im Parlament ist eigentlich die Sternstunde der Opposition.

(Frau Schmidt, CDU: Das war sie auch! –
Beifall der CDU –
Heiterkeit bei der SPD)

– Das war sie auch. Frau Schmidt, da sind wir uns einig. Frau Schmidt, so viel Einigkeit mit Ihnen hatte ich schon lange nicht mehr. Das war die Sternstunde der Opposition. Sie hat die Krisen und Probleme, die wir in Deutschland, die wir in Rheinland-Pfalz und die wir in der Welt haben, gut beschrieben.

(Frau Schmidt, CDU: Die Lösungen
aufgezeigt!)

Dann haben wir auf die Lösungen gewartet. Die Lösungen liegen in den Weltmeisterschaftsanstrengungen dieses Landes in Kaiserslautern. Das sind die konkreten Einsparungen nach ungefähr einer Stunde und zehn Minuten. Meine Damen und Herren, das ist die Lösung.

(Starker Beifall der SPD und der FDP)

Ich habe mir das schöne Wort der Sparanstrengung gemerkt. Sparanstrengung: Anstrengen und sparen! – Wo war sie? Wo war das konkrete klare Sagen, wir werden die Amtsgerichte verringern, wir werden in den Schulen die Klassenstärken vergrößern und Lehrer freisetzen, wir werden die Polizeiinspektionen verringern, wir werden weniger Straßen bauen.

(Zurufe von der CDU)

Das wäre die konkrete Sparanstrengung gewesen.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Lieber Herr Kollege Böhr, wenn Sie sich wirklich den Abend mit den Presseerklärungen der Landesregierung um die Ohren schlagen, machen Sie etwas ganz anderes als ich. Das muss ich zugeben.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das war vergnüglich. Sie haben geradezu Interesse bei mir geweckt. Ich muss zugeben, ich habe im Sommer immer in die „BILD-Zeitung“ gesehen und habe darin von unserem Ölprinzen aus Trier gelesen. Die Benzinwut. Da musste Diesel um 1 Cent und Super um 2 Cent hochgehen und schon war Christoph Böhr mit interessanten Vorschlägen auf der Matte, wie wir das alles in den Griff bekommen – global, regional und in Deutschland. Meine Damen und Herren, da brauchen Sie uns keine Belehrungen zu geben. Sie haben ganz einfach auf das Pferd gesetzt nach dem Motto: Hauptsache, ich bin in der „BILD-Zeitung“. Es ist gerade egal mit welchem Thema.

(Dr. Weiland, CDU: Nur kein Neid!)

Das war eine wunderbare Voraussetzung für das, was danach gefolgt ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Man weiß, dass ich kein Fußballfan bin, aber eines bin ich: Ich bin ein Rheinland-Pfalz-Fan. Wenn wir, dieses Land Rheinland-Pfalz, die Chance bekommen, bei einem Weltereignis mit einer Rolle zu spielen, dann sollten wir diese Rolle annehmen. Sie haben sie so lange angenommen, wie es keine Schwierigkeiten gab.

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Wissen Sie, es gehört auch zur persönlichen Glaubwürdigkeit, ein Heft hochzuhalten „Nix Politik, nur Fußball“, im Dress von Kaiserslautern zu stehen und sich dann an dieses Pult zu stellen und wegen 10.000 Euro sozusagen die Wutz durchs Dorf zu jagen.

(Starker Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU)

Das gehört auch dazu.

(Dr. Weiland, CDU: Das hat aber gegessen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen diesen Beitrag von Rheinland-Pfalz zur Weltmeisterschaft.

(Dr. Weiland, CDU: Das scheint weh zu tun!)

Wir werden dieses Land als ein offenes, tolerantes und gastfreundliches Land für Fußballer und jeden anderen präsentieren.

(Dr. Weiland, CDU: Und Sachverständige!)

Genau das werden wir tun.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ja, das werden wir tun.

(Dr. Weiland, CDU: Und für Sachverständige!)

Schreien Sie nur. All das, was Sie in den vergangenen Wochen gemacht haben, ist zum Schreien. Schreien Sie nur.

(Beifall der SPD)

Jetzt will ich einmal ein paar Zahlen zum Fußball bringen.

(Lelle, CDU: Sie schreien!)

Die Landesregierung leistet den niedrigsten bundesdeutschen Beitrag zur Weltmeisterschaftsstationierung in Kaiserslautern. Das ist die Realität. Sie waren so lange dafür – natürlich Ihr Oberbürgermeister in Kaiserslautern –, wie das alles einfach und ohne Probleme ging.

Als es dann Probleme gab – der Bauherr ist der Oberbürgermeister, Herr Deubig von der CDU –, fingen Sie an, von diesem Zug abzuspringen,

(Dr. Altherr, CDU: Nein, die GmbH!)

weil Sie merkten, dass es Probleme gibt. Glauben Sie, mit dieser Politik würde jemand Vertrauen in die CDU Rheinland-Pfalz fassen können? Wie kommen Sie auf so eine Idee?

(Beifall der SPD und bei der FDP)

Ich habe willig auf die Alternativen gewartet. Sie haben eine Beschreibung abgegeben, die in vielen Dingen der Realität entspricht. Sie haben auch die Größe gehabt – das gehört dazu –, die brillante Rede von Gernot Mittler richtig zu würdigen. Sie haben sich sogar an ihr entlangehandelt. Das ist keine Frage. Das ist selten. Deshalb sollte man das auch als Kompliment zurückgeben. Das hat er gemacht.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Kollege Böhr, eines müssten Sie aber noch erklären: Wie bringen Sie Ihre großartige Idee der Vereinfachung der Steuerreform, von der Sie wissen, dass sie von 17 Finanzministern nicht mitgetragen wird, mit Ihrem neuen Wechsel im Gesundheitssystem zusammen? Wir können auch Kopfprämie sagen.

Wir wissen also, wenn die CDU morgen in Berlin regiert, wird Sie uns einen Systemwechsel in der Gesundheitsvorsorge bringen, nämlich jeder in der Familie zahlt eine Kopfprämie. Weil das aber sozial unausgewogen wird, braucht man Steuergeld im Umfang von bis zu 40 Milliarden Euro – 40 Milliarden! –, um das auszugleichen.

Okay, sagen wir, wir wären in dieser Lage. Das ist allerdings eine sehr gewagte Hypothese. Jetzt legen wir auf dieses noch die Steuerreform von Herrn Böhr drauf. Meine Damen und Herren, vielleicht sollten Sie einfach einmal mit Gernot Mittler essen gehen und den Taschenrechner mitnehmen. Das geht nämlich nicht auf. Nie und nimmer!

(Beifall der SPD)

Wenn Ihnen Gernot Mittler – das kann ich mir zwar nicht vorstellen – nicht sympathisch genug ist, versuchen Sie es doch einmal mit Edmund Stoiber. Der hat gestern in der „BILD-Zeitung“ gesagt, dass das nicht geht. Er hat gesagt, das geben die Haushalte nicht her. Sie verkaufen eine solche Politik auch noch unter dem Etikett des Einfacheren.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen einfache Steuermodelle nennen. Gehen Sie auf die Jungferninseln, die Cayman-Inseln, nach Monaco oder Andorra. Dort finden Sie wunderbare und einfache Steuersysteme. Damit kommen wir zu Ihrem englischen Freund. Ich habe das auch gelesen und auch das, was Herr Lohmann zur Verantwortung der Medien im Sommer gesagt hat. Das ist hochinteressant. Ein einfaches Steuersystem haben auch die Briten. Ich hätte Ihrem britischen

Freund gesagt, wenn er mich gefragt hätte: Interessant ist das schon, was du sagst.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Wir haben Probleme. Aber auf eines würde ich gerne eine Antwort wissen. Weshalb fliegen Woche um Woche die Briten mit Ryanair auf den Hahn, um sich dann in den Krankenhäusern der Umgebung die Hüfte machen zu lassen? – Das würde ich ihn gefragt haben.

(Beifall der SPD –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Meine Damen und Herren, das ist nur ein klitzekleiner Ausblick, ein Mosaiksteinchen, auf die soziale Wirklichkeit in England. Die haben vielleicht ein einfaches Steuersystem und auch kein Pfandsystem, aber schauen Sie sich einmal die Reihenhaussiedlungen der englischen Arbeiter an, und schauen Sie sich einmal die Slums in den Industriegebieten an. Dagegen ist dieses Land geradezu ein Paradies.

(Beifall der SPD)

Es ist natürlich schön zu behaupten, die Landesregierung wäre sozusagen stumm. Sie würde nur Kochrezepte und Ähnliches in ihren Pressemitteilungen verbreiten. Wir würden uns ganz klein machen, damit uns niemand bei irgendetwas erwischt. Ich muss Sie etwas fragen. Die FDP und Minister Bauckhage und der Ministerpräsident allemal werden das wissen. Wer hat denn die Steuerreform in der Bundesrepublik Deutschland möglich werden lassen? Das war Rheinland-Pfalz. Das war diese Landesregierung.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zurufe der Abg. Dr. Altherr
und Anheuser, CDU)

– Denken Sie daran. Wenn Sie reden, müssen Sie langsamer reden, sonst kommt es vorn nicht an. Herr Altherr, ich würde gern auf Ihren Zuruf antworten, weil es sich bei Ihnen lohnt.

Zweiter Punkt. Wir machen uns klein. Uns gibt es bundespolitisch nicht. Wer hat dafür gesorgt, dass wir den Ausbildungspakt gemacht und keine andere Lösung angestrebt haben? Das war doch diese Regierung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, über die Ganztagschule rede ich an anderer Stelle. Sie haben auch den Pensionsfonds angesprochen. Man kann darüber so reden. Sie haben im Grunde genommen gesagt, das ist nicht ganz richtig, aber auch nicht ganz falsch. Was ist aber das, was Sie ganz allein wollen? Da kam gar nichts. Das ist schon seit 1994 so. Wir haben hier eine Verantwortung für die Zukunft übernommen, die uns andere Länder nachmachen.

Meine Damen und Herren, genau das ist die Rolle von Rheinland-Pfalz. Wir sind in vielem Beispiel.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vielleicht sollte ich die Landesregierung doch einmal öffentlich dafür kritisieren, dass sie nicht wie die Bayern, die Nordrhein-Westfalen oder unsere geliebten Nachbarn, die Hessen, immer mit großem lauten Ton in Berlin agiert. Unsere Aufgabe als Rheinland-Pfälzer ist es oft, Dinge zusammenzubinden, die andere auseinander getrieben haben.

Meine Damen und Herren, dafür danke ich der Landesregierung deshalb, weil das manchmal eines Verzichts auf eigene Profilierung bedarf. Es ist aber klüger für dieses ganze Land.

(Beifall der SPD und der FDP)

Da wir gerade beim Land sind und Sie schon eine 15-jährige Bilanz aufgemacht und von dem kalten Wind gesprochen haben: Glückwunsch zu dem Bild. Wir verbrennen die Türen im Kamin.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Meine Damen und Herren, dieses Land ist in den 15 Jahren sozialer, bildungsfreundlicher, innovationsfreundlicher, forschungsfreundlicher und toleranter geworden. Das ist die Bilanz, die wir zu ziehen haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie glauben, es wäre die Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden der SPD, sich selbst zu loben, stimmt das nicht. Das haben uns die Wähler bestätigt. Das bestätigen uns heute schon wieder die Demoskopen.

Meine Damen und Herren, das bestätigen Sie. Sie bestätigen, dass das so ist; denn wenn man Ihren Kampf in Ihrer Partei sieht, kann man nur davon ausgehen, dass Sie sich sorgen, wie der März 2006 über Sie kommen wird.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

Meine Damen und Herren, eine Opposition, die sich einen solchen Kampf liefert, ist kein Beleg dafür, dass sie in der Regierung fähig wäre, gemeinsame Beschlüsse durchzusetzen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Eine Opposition, die so zerrissen ist, ist auch kein Beispiel dafür, dass sie dieses Land zusammenhalten kann.

Meine Damen und Herren, wer wie Sie immer noch in Nord und Süd denkt – das ist der Kernriss in Ihrer Partei –, der hält Rheinland-Pfalz nicht zusammen. Diese Fraktionen der SPD und der FDP denken in Erfolg für dieses Land und nicht in den Fragen Nord und Süd.

(Beifall der SPD und der FDP)

Donald Rumsfeld hat gesagt, was er vom Irak-Krieg hält. Er hat auch den berühmten Satz gesagt: Wenn du im Loch bist, grabe nicht weiter.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir, die SPD, sind dagegen in den Personal- und Sachfragen einig. Wir haben einen unangefochtenen populären Spitzenmann, den Ministerpräsidenten, und wir sind in einer reformbereiten, kooperativen Koalition. Dieses Land steht gut da.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ein Brief von drei älteren Herren – ich zähle auch schon fast dazu –, die landespolitisch keine wesentliche Rolle spielen – ich bin sehr höflich – hat gereicht, um Ihren Spitzenmann und die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen, die anscheinend eine ganz besondere Art und Weise von Politikverständnis hat, zu demontieren. Die Art und Weise will ich nicht beschreiben. Das müssen Sie mit sich selbst austragen. Die Dame braucht einen Brutus und hat ihn nicht gefunden.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Wenn Herr Rauen sagt, er wird selbst kandidieren, sieht man, dass diese Partei nun wirklich belegt hat, dass sie unfähig ist, die Verantwortung für dieses Land zu übernehmen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das war nur die Ouvertüre. Jetzt kommt auch ein kleines Largo. Kehren wir zurück zu den Themen des Haushalts.

Meine Damen und Herren, zum Haushalt gehört die Auseinandersetzung mit der Politik. Das hat auch Herr Kollege Böhr getan. Meine Auseinandersetzung beschäftigt sich auch mit den Visionen. Wurden diese vorgetragen? Was hat man für 2010 im Blick, außer dass man beschreibt, dass wir uns in einer Schuldenituation befinden? Das tun sich alle anderen Länder auch. Alle anderen Länder machen das ähnlich wie wir.

Ich habe mit Interesse die Rede von Herrn Weimar zu diesem Thema gelesen, wie er begründet, warum er zum vierten Mal einen verfassungswidrigen Haushalt vorlegt. Das ist alles hoch interessant. Die Wirklichkeit ist, dass die Leute wissen wollen, wohin es gehen soll.

Unsere Vision von Rheinland-Pfalz ist, dass wir jedem die Chance bieten, nach seinen Vorstellungen ein erfolgreiches Leben führen zu können. Wir wollen dafür die Zukunftschancen gerecht verteilen. Wir wollen ein Land werden, in dem jeder die Möglichkeit hat, neues Wissen zu erwerben, und das in Forschung, Entwicklung und neuen Technologien an der vordersten Stelle steht.

Meine Damen und Herren, man muss – diesen Satz habe ich unterstrichen – in diesem Land die neuen Technologien auch erproben und zulassen. Das sind Visionen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir wollen ein Land, in dem sich die Bürger mit einbringen können, mitmachen und mitverantworten. Vornehm nennt man das Bürgergesellschaft. Ich komme auch damit zurecht, wenn wir sagen: Wir wollen ein intaktes Land sein.

Auf diesen Grundsätzen bauen wir unseren Haushalt auf. Jeder soll in der Lage sein, ein erfolgreiches Leben zu führen. Wir wollen Zukunftschancen und Bildungschancen, Forschung ermöglichen, aber auch erproben. Wir wollen die Bürgergesellschaft.

Sie haben uns das Bild vorgetragen, wie Sie Rheinland-Pfalz sehen, nämlich in den schwärzesten Farben und ohne eine Perspektive nach vorn. Wir wollen, dass aus der Industriegesellschaft eine Wissensgesellschaft wird. Das wird bedeuten, dass in der Wissensgesellschaft das Wissen zum entscheidenden Produktionsfaktor wird.

Meine Damen und Herren, die Schlussfolgerungen dazu sind, dass wir die Bildung und lebenslanges Lernen unterstützen und die Veränderungen, von denen der Kollege Böhr gesprochen hat, und die Veränderungsbereitschaft ebenfalls akzeptieren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich an Ihre ersten Erfahrungen mit einem Commodore C 64 oder einem 286er Computer?

Dieter Schiffmann, du müsstest das. Er gehört bundesweit zu den Besten, was seine Homepage angeht. Das kann auch einmal im Parlament gesagt werden. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD)

Wer erinnert sich noch daran? Wenn man sich heute bei Aldi einen neuen Computer kaufen würde, würde man mit den Erfahrungen des 286er Computers einen Platten haben. Nichts würde laufen.

Es heißt lebenslanges Lernen. Ich war schon mehrfach bei der BASF. Soll ich Ihnen etwas sagen? Jedes Mal sind die Produktionsprozesse neuer, innovativer. Immer weniger Menschen stehen dort an bestimmten Geräten.

(Dr. Altherr, CDU: Fulminante Erkenntnis!)

Herr Creutzmann, Sie wissen es. Das heißt für die Menschen, sie müssen sich permanent weiterbilden. Sie müssen wissen – das ist auch ein Teil der Vision –, wir können im Wettbewerb nur bestehen, wenn wir besser sind; denn billiger werden wir auf keinen Fall, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Da der Kollege Böhr das Steuerniveau so kritisiert hat und ich unseren englischen Freund beschrieben habe, der hierher kommt und seine Hüfte machen lässt, weil er in Großbritannien sechs bis acht Monate auf einen Termin warten muss und wenn er 60 ist, vielleicht gar nicht mehr zugelassen wird zu einem Termin, – – –

(Schweitzer, SPD: So ist es!
Ganz genau!)

Dann hätte ich diesen englischen Freund gefragt, sage einmal, wenn wir aus London heraus sind und in Rich-

tung Cornwall fahren, findest du dann, dass die Infrastruktur der entspricht, die wir in der Eifel und im Hunsrück haben, oder sieht die vielleicht so aus, wie in diesen Filmen, die im ZDF von

(Dr. Weiland, CDU: Rosamunde Pilcher!)

Frau Pilcher gezeigt werden? So sieht es dort aus.

Meine Damen und Herren, wer eine Infrastruktur von unserer Qualität, von unserem Niveau haben will, der muss auch bereit sein, dafür zu zahlen.

(Dr. Weiland, CDU: Der Doktor und das liebe Vieh!)

Das genau ist eine der Voraussetzungen, die wir auch einen Teil unserer Vision von Rheinland-Pfalz nennen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Fast hat man schon etwas Zurückhaltung, über die Ganztagschulen zu reden. Das haben wir vor PISA, vor der Bundesregierung – so war es nun einmal – ganz allein gestemmt, und zwar ohne Sie. Heute sind die Töne etwas zurückhaltender.

(Dr. Schiffmann, SPD: Sehr richtig!)

Wir sind Ihnen dankbar dafür. Es war vorhin noch der Angriff auf die Familie.

(Dr. Schiffmann, SPD: Genau!)

Dazu wird inzwischen gesagt, es wäre nur Betreuung. Es ist ein pädagogisches Konzept, das dahintersteckt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn man immer so gern andere als Vorbilder sieht: Diese Landesregierung und diese Koalition haben dafür gesorgt, dass die pädagogischen Kosten für die Ganztagschule ganz allein beim Land liegen. In Bayern werden nur 60 % bezahlt, 40 % muss der Träger zahlen.

Das haben wir von Anfang an nicht gewollt. Dies ist auch ein Teil sehr konkreter Rheinland-Pfalz-Politik.

(Beifall der SPD und der FDP)

Natürlich hat der Herr Kollege Böhr Recht. Wir haben zum Teil Professoren- und Studentenrelationen, die schwierig geworden sind. Nur, was können wir dafür, wenn uns die Studenten aus anderen Ländern überlaufen?

Wir, die wir so schlecht sind, die wir so unbrauchbar sind. Da läuft man normalerweise immer zuhauf und zuhauf hin.

Meine Damen und Herren, wie verrückt muss eine solche Aussage sein. Wir werden überschwemmt aus anderen Ländern, und dann wird unser Universitätssystem

als schlecht und wenig leistungsfähig dargestellt. Mehr Unsinn kann man eigentlich kaum noch verbreiten.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wahr ist, dass es notwendig war, in diesem Zusammenhang 125 Millionen auf fünf Jahre – – – Er hat nicht die Unwahrheit gesagt, aber eben auch nicht die Wahrheit.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das ist eine Gratwanderung, die gerade noch erlaubt ist. Jeder weiß – Christoph Böhr weiß es auch –, es ist ein Fünfjahresprogramm, das in fünf Jahren mit jeweils 25 Millionen an die Universitäten geht.

Mit diesem Fünfjahresprogramm gehen wir über 2006, meine Herren in der ersten Reihe.

(Beifall und Heiterkeit der SPD und der FDP)

So viel Optimismus muss man haben.

(Schmitt, CDU: Haben wir auch!)

Jetzt gehen etwa 23 % des Landeshaushalts in die schulische Bildung. Das waren 2000 gerade einmal 18,7 % und dann 20,2 %, also 23 %. Man kann nicht sagen, wir würden dort an der falschen Stelle sparen. Im Gegenteil, bei der Bildung wird überhaupt nicht gespart, weil das die Voraussetzung für Forschung und Innovation ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir nehmen auch mit Ernst auf, was Sie zur Veränderung der Gesellschaft gesagt haben. Es ist vollkommen klar, dass – obwohl es grotesk ist, sich heute in einer Situation, in der man 4,5 Millionen Arbeitslose hat, Gedanken über das Jahr 2030 oder 2050 zu machen – dann die Erwerbstätigen um 8 Millionen 2030 und 2050, um die Hälfte zurückgegangen sind. Wer soll dann die Arbeit machen, die zu machen ist?

Kein Land kann es überstehen, auf Dauer Wohlfahrt und Wohlstand zu sichern, wenn jede Generation um ein Drittel kleiner ist als die vorhergehende. Davor stehen wir.

Wir versuchen nun, die Rahmenbedingungen zu ändern. Meine Damen und Herren, es ist merkwürdig, in den Ländern, in denen wir eine bessere Betreuung haben, in denen mehr Frauen erwerbstätig sind, gibt es auch mehr Kinder, weniger Arbeitslose und mehr Wachstum.

Nun will ich Ihnen die Vision von 1991 und die Realität von 2004 durchbuchstabieren. Wir haben zuerst den vollen Rechtsanspruch für den Kindergartenplatz geschaffen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben dann zweitens den nächsten Schritt, die volle verlässliche Halbtagschule geschaffen, meine Damen und Herren. Wir schaffen nun die Ganztagschule.

(Beifall der SPD und der FDP)

Herr Dr. Böhr, das hätte ich von Ihnen auf anderen Politikfeldern als Vision heute erwartet, dass Sie uns gesagt hätten, wie Sie glauben, wie man in diesem Land Alternativen machen kann.

Dieses Konzept wird noch nicht zu Ende sein. Wir wissen, wir stehen vor der Aufgabe, auch etwas für die „U 3“ zu machen. Wir wissen aber auch – das sagen wir in aller Offenheit, die Ministerin möge es mir verzeihen, wenn ich es offener als sie sage, sie muss da mehr zusammenhalten –, dass Berlin dann die Finanzierung so machen muss, dass wir sie als Finanzierung akzeptieren können.

(Beifall der SPD und der FDP)

Aber dass wir das machen wollen, dass uns das ein politisches Ziel ist, darüber gibt es gar keinen Zweifel. Ich glaube auch, wenn wir noch einmal zurückkommen, also überall da, wo mehr Frauen arbeiten als in Deutschland, gibt es auch mehr Kinder, höheres Wachstum und weniger Arbeitslosigkeit. Also muss doch die Politik, die Vision der Landesregierung, des Parlaments sein, diese Bedingungen zu schaffen, damit Frauen arbeiten können.

Ich denke, genau das ist in diesem Fall bewiesen. Wir werden das mit „U 3“ weiter fortsetzen können, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Über die Enquete-Kommission ist geredet worden. Ich schiebe das mit der Enquete-Kommission ein und werde dann etwas zu der Enquete-Kommission „Zukunft der Arbeit“ sagen.

Meine Damen und Herren, wir haben einen Themenwechsel in der Enquete-Kommission „Kommunen“. Wir waren der Meinung, dieser Themenwechsel begründet für uns – –

(Zuruf des Abg. Schmitt, CDU)

– Ich werde noch weiter reden, warten Sie ab; Sie kennen mich, ich habe kein Problem mit dem Blatt vor dem Mund.

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Jetzt wollen wir auch etwas zu dem Thema sagen. Wir haben das Konnexitätsprinzip gemeinsam diskutiert und es auch eingeführt.

(Schmitt, CDU: Nach jahrelanger Diskussion!)

– Wissen Sie, wenn ich an die CDU-Situation denke als Schüler: In den 50er-Jahren stellten Jahrzehnte eine kurze Zeit dar, wenn sich etwas geändert hat. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das Einzige, was bei Ihnen heute noch schnell geht, ist der Personalwechsel.

(Heiterkeit bei der SPD –
Schmitt, CDU: Billig, billig!)

Zurück zum Thema „Innenpolitik“. Wir sind politisch klar der Meinung – das ist auch in der Enquete-Kommission „Kommunen“ gesagt worden –, die Konnexität ist ein richtiger Schritt, damit wir gemeinsam diszipliniert mit Aufgaben und Finanzierungen umgehen, aber eine Sicherung in der Verfassung, die die Klagemöglichkeit für die einzelne Gemeinde schafft, bedeutet, dass wir alle anderen Landespolitikfelder, die Bildung, den Straßenbau, die Universitäten und die Polizei, einer Priorität Kommune unterordnen.

Das ist unangemessen. Deshalb sind wir politisch nicht dafür. Genau das ist unsere Begründung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie können weiter dagegen opponieren. Sie können das morgens, mittags und abends zu Lande und in der Luft – Herr Böhr, ich kann das noch ergänzen – immer wieder aufwerfen. Wir haben klar und konsequent gehandelt, und es gibt keinen Grund, wegen eines Gutachters, der gehen soll, einen solchen Ärger zu machen.

(Schmitt, CDU: Gehen soll?
Gehen musste!)

Wie viele Gutachter haben Sie eigentlich schon bei Ihren Enquete-Kommissionen verloren? – Danach hat kein Mensch gefragt. Wir hätten auch danach fragen können, ob das an Ihrer Führungskraft liegt. Das haben wir nicht getan.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen einen Punkt aus der Enquete-Kommission „Zukunft der Arbeit“ ernster aufgreifen, nämlich die Frage, wie wir eine Bildungsexpansion von unten zu organisieren haben. Wir müssen diejenigen fördern, die wir jetzt zum Teil nicht zum Abschluss bringen. Wir dürfen sie nicht abschreiben. Meine Damen und Herren, das heißt, individuelle Begabungen zu fördern. Wir haben auch mit Frau Bildungsministerin Ahnen darüber gesprochen: Wenn die Jahrgänge kleiner werden, werden wir weiter das Problem haben, qualifizierte Arbeitsstellen zu besetzen. Da aber die Voraussetzung zur Qualifikation eine Berufsausbildung ist, müssen wir es schaffen, jedem einen entsprechenden Abschluss zu verschaffen, damit er in die Berufsausbildung einsteigen kann. Dies wird bei kleiner werdenden Jahrgängen ein großes Problem werden. Es ist jetzt schon ein Problem. Ich bin froh darüber, dass wir es in einem guten Miteinander geschafft haben, den Ausbildungspakt in Rheinland-Pfalz – wenn auch noch nicht erfolgreich genug – zu vereinbaren.

Meine Damen und Herren, wir befinden uns auf den vordersten Plätzen, was die Ausbildungsplätze in Deutschland angeht.

(Creutzmann, FDP: So ist es! –
Beifall der SPD und der FDP)

Ich möchte nun etwas sagen, was ich mir nicht aufgeschrieben habe, worüber ich aber nachgedacht habe. Wir alle sind von den Industrie- und Handelskammern gebeten worden, Pate zu werden. Bei mehreren Besuchen in Unternehmen ist mir allerdings auch gesagt worden – ich kann es auf die Dauer nicht ausblenden, nur weil ich es nicht hören will, ich Sozialdemokrat bin und weil es eigentlich gar nicht sein darf –, dass Jugendliche auch nicht ausbildungsbereit sind. Bei jemandem, der mit vollgetackerten Ohren ankommt und sagt, er wolle Kaufmann werden, kann es durchaus sein, dass sich der Kaufmann fragt, ob das das richtige Outfit ist. Jemandem, der nicht bereit ist, die Hilfen in Anspruch zu nehmen, die wir ihm bieten, damit er besser lesen kann, damit er rechnen kann, dem muss ich sagen: Lieber Freund, wir nehmen dich eine Zeit lang bei der Hand. Aber irgendwann bist du für dich selbst verantwortlich.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich erwähne dies, weil es auch Leute gibt, die die Schuld dafür, dass nicht genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, ausschließlich den Ausbildungsunternehmen geben. Es ist manchmal – wenn auch der kleinere Prozentsatz, das sollten wir uns klar machen – auch die Schuld derer, die sich bewerben, und der Art und Weise, wie sie sich bewerben.

Meine Damen und Herren, wenn wir über Bildungsexpansion von unten reden, wollen wir auch über das Hochschulstudium reden. Wir ermöglichen mit unserem Hochschulgesetz ein gebührenfreies Erststudium durch die Einführung der Studienkonten. Das ist unsere Antwort auf die geplanten Studiengebühren anderer Länder, meine Damen und Herren. Das ist eine gute Antwort, das ist eine rheinland-pfälzische Antwort auf diese Herausforderung.

(Beifall der SPD und der FDP)

Über die 125 Millionen Euro der Hochschulen wird in den Einzelberatungen noch viel gesprochen werden. Andere Länder kürzen, wir steigern. Sie haben Recht: Es umgab uns keine Sommerluft, und der Schweiß tropfte uns auch nicht von den Stirnen, aber es hat uns den Schweiß in die Stirn getrieben, als wir überlegt haben, wie wir es sicher finanzieren können und wie wir dafür sorgen können, dass dies für die Profilbildung und für die besonderen Möglichkeiten speziell in der Forschung genutzt wird. Dies wird Staatsminister Professor Dr. Zöllner umzusetzen haben. Aber glauben Sie uns, ich bin sicher, Jürgen Zöllner wird eine ganze Menge dazu einfallen, unsere Universitäten in einen Zustand zu versetzen, der nicht dem entspricht, was Sie sagen.

Die Universität Trier, die vor mehr als 25 Jahren gegründet wurde, ist heute der größte Arbeitgeber der Stadt Trier und hat im Ranking regelmäßig einen Ruf unter den ersten zehn.

Die Universität in Mainz, die nach dem Krieg neu gegründet wurde und die größte Universität unseres Landes ist, hat ihre Probleme mit Räumen. Ich muss zugeben, ich war einmal dort gewesen, es ist eine eigene Stadt. Gestern hat Finanzminister Mittler aber beispielsweise die Investitionen erläutert, die wir dort tätigen werden. Die Universität hat einen Riesenruf in Sachen Chemie. Den werden wir auch bewahren, weil dieser Ruf aus Mainz auch der Ruf der BASF und der Ruf von Boehringer und von vielen hundert anderen Chemiebetrieben ist, die wir in Rheinland-Pfalz brauchen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, Kaiserslautern ist sozusagen nicht mehr zu toppen. Alle müssten bei dieser Universität neidisch werden. Das ist die Universität mit den meisten Ausgründungen in Unternehmen, mit der wir das verwirklichen, was die Kernidee ist: Forschen und Anwenden. – Wir wollen nicht, dass die Ausbildung oder das Studium nur die Forschungslabors der Firmen ersetzt. Aber sie dürfen es auch ersetzen. In dieser Reihenfolge wird daraus ein Schuh. Deshalb sind wir damit sehr zufrieden. Das Geld geht an die richtige Stelle. Rheinland-Pfalz hat Universitäten, die Schüler anziehen. Meine Damen und Herren, eine Einrichtung, zu der viele Leute gehen, ist regelmäßig keine schlechte Einrichtung.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Reden wir nun, nachdem wir über Bildung und über Forschung geredet haben, über die Wirtschaft. Meine Damen und Herren, die Stärken von Rheinland-Pfalz sind die folgenden:

Wir haben den Truppenabzug bewältigt. Ich gebe zu, wir hatten unsere Sorgen damit. Es waren so viele Flächen. Man traut sich fast nicht mehr zu sagen, dass man mit dem Hahn Erfolg hat und wir anstatt 800 zivilen Beschäftigten nun 2.500 andere haben und nicht nur der Zufluss an Passagieren, sondern auch an Cargolasten funktioniert. Meine Damen und Herren, dies geschieht in Rheinland-Pfalz im Kreis gemeinsam – nicht ganz gemeinsam,

(Heiterkeit bei SPD und FDP –
Beifall der FDP)

aber doch wesentlich gemeinsam, was diejenigen angeht, die die Verantwortung tragen. Wir machen das gemeinsam mit den Arbeitnehmern auf dem Flugplatz Hahn. Wir haben einen Tarifvertrag vereinbart, der niedriger ist als der von Frankfurt, der niedriger ist als der in der Bundesrepublik, weil wir Verständnis bei ver.di dafür gefunden haben zu sagen: Dies ist ein Starter-Flughafen. Er beginnt jetzt erst richtig. Wenn wir dann schon die Kosten von Frankfurt auf dem Faktor Arbeit haben, bekommen wir ihn nicht hoch. – Nun haben wir ihn hochbekommen und werden in diesem Jahr wahrscheinlich über 3 Millionen Passagiere haben. Meine Damen und Herren, der PRE-PARK und Pirmasens zeigen, es ist uns gelungen.

Was aber in der Bildungspolitik, wo wir gewonnen haben, fast wesentlicher ist, ist die Tatsache: Es gibt bei

uns keine ideologischen Schulstrukturdebatten. Wir haben die Bildungsausgaben erhöht.

Wir müssen der Opposition eigentlich vorwerfen, sie hat gar nicht gemerkt, dass wir mit dem Angebot der Regionalen Schulen auch gleichzeitig ein integratives Schulsystem errichtet haben. Die CDU-Bürgermeister und Landräte haben uns diese Schule aus der Hand gerissen. Wir konnten sie gar nicht so schnell backen, wie sie sie essen wollten. Das Gleiche gilt für die Schulen, die wir nun im Ganztagsbetrieb führen. Auch dies ist uns ohne eine ideologische Schuldebatte gelungen. Sie sehen, wie pragmatisch diese Koalition ist, wenn es um den Fortschritt geht, meine Damen und Herren. Sie ist einfach pragmatisch!

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

Wir sind ein exportstarkes Land. Exportstark bedeutet aber auch, wer exportiert, muss anscheinend wettbewerbsfähig sein. Wie soll es sonst anders gehen? Diese Wettbewerbsfähigkeit ist natürlich auch durch die Senkung der Gewerbesteuersätze in Rheinland-Pfalz möglich geworden. Wir sind deshalb stark, weil wir bei den Patentanmeldungen an fünfter Stelle liegen.

Meine Damen und Herren, mit besonderem Behagen sage ich, wir sind deshalb stark, weil wir stabile Regierungsverhältnisse haben und behalten werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es wäre jetzt unaufrichtig, wenn ich Ihren Beitrag dazu nicht würdigen würde.

Meine Damen und Herren, wir sind auch deshalb stark, weil wir in der Verkehrsinfrastruktur viel leisten, was natürlich später noch entsprechend moniert werden wird. Man kann darüber streiten.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Ich möchte Ihnen einmal eine Geschichte von Rohrbach erzählen. Das müssen Sie nicht unbedingt kennen. Es hat 400 Einwohner, ist überwiegend protestantisch und gehört zur Verbandsgemeinde Kirchberg. Es gibt eine Straße von Kirchberg nach Kirn. 20 Jahre lang hat diese Gemeinde gekämpft, also nicht nur in der Zeit, in der wir regieren.

Der Bürgermeister hat mir die Briefe vom Vorgänger gezeigt. Herr Minister Bauckhage, jetzt ist diese Ortsdurchfahrt gebaut. Nun werden Sie sagen: Was ist das Besondere? – Das möchte ich Ihnen sagen. Das Besondere ist, wenn wir solche Ortsdurchfahrten, die wir zu Hunderten bauen, haben, dann fängt die Dorferneuerung an. Dann fängt das Erneuern des Gesichtes des Dorfes an, weil die Leute alle sagen: Was soll ich mein Haus neu anstreichen, wenn die Straße noch kaputt ist und die übermorgen mit dem Bagger kommen und einen neuen Kanal legen? –

Meine Damen und Herren, das ist der Anfang einer Wertschöpfungskette, die beim Straßenbau beginnt und weitergeht.

(Beifall der SPD und der FDP –
Dr. Weiland, CDU: Das habe ich
ja noch nie gehört! Habt ihr
das erfunden?)

Das können Sie ruhig kritisieren. Das wird weniger von der CDU kritisiert. Die CDU bzw. der Herr Kollege Bracht hat es in der „Rhein-Hunsrück-Zeitung“ in einem Leserbrief kritisiert, das wären alles nur leere Ankündigungen, alles erst 2007. Dabei hat der Minister genau und korrekt mitgeteilt, wann er anfängt. Herr Kollege Bracht weiß natürlich genauso gut wie fast alle hier, wenn es auf der Liste des Landesstraßenprogramms steht, dann wird es auch abgearbeitet werden. Die Perspektive ist also vorhanden. Aber er musste ein bisschen herumtrotzen. Wenn man so lange in der Opposition wie Sie ist, ist das fast nicht mehr zu ändern. Da ist kein Systemwechsel mehr drin.

Meine Damen und Herren, wir haben eben auch gehört, dass wir einige soziale Probleme gehabt haben. Sie wissen, unserer Partei, der SPD, hat es viele Schwierigkeiten gemacht, damit zurechtzukommen. Herr Kollege Böhr, wir lesen immer sehr sorgfältig. Das Buch, das Sie mit Henning Scherf vorgestellt haben, habe ich noch nicht. Es ist jetzt eine gute Gelegenheit für Sie zu sagen: Ich schenke es Ihnen.

(Heiterkeit und Zurufe im Hause –
Jullien, CDU: Buchmesse!)

– Das machen Sie erst am Schluss der Rede, okay. Oder ich muss es mir kaufen. Wir lesen aber immer sehr sorgfältig das, was Sie sagen. Darüber sollte man nicht rasonieren. Vieles ist zutreffend.

Sie schreiben in der „Wirtschaftswoche“ am 23. September 2004: Nur wenn wegen sinkender Einnahmen des Staates und der Sicherungssysteme Leistungen eingefroren oder gar abgebaut werden, wird der Anreiz entstehen, sich mehr um die eigenen Belange zu kümmern. Nur wenn die Verführung nicht mehr besteht, scheinbar bedürftig zu werden, um staatliche Hilfe zu erhalten, wird es auf Dauer möglich sein, den tatsächlich Bedürftigen die Unterstützung zu geben, die sie allemal erhalten müssen.

Über diesen Satz kann man miteinander reden. Er bedeutet im Prinzip Hartz IV. Das ist es. Die wirklich Betroffenen sollen die Hilfe bekommen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Diejenigen, die noch etwas leisten können, müssen noch arbeiten.

Nur, meine Damen und Herren, wie war denn die Debatte im Sommer? Da waren gar nicht genug dicke Bäume auf der Wiese, wo wir Sie alle verschwinden sahen, außer Christoph Böhr, damit das klar ist.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Aber sonst habe ich niemanden gehört oder gesehen, nur die, wie Herr Milbradt, der plötzlich schon auf der Montagsdemonstration angemeldet war, der vorher noch gesagt hat, das würde alles nicht reichen, was wir machen. Im Vermittlungsausschuss hat die CDU draufgesattelt bis zum Gehnichts mehr, auch was die Möglichkeiten des Dazuverdienens anging.

Meine Damen und Herren, Gleiches gilt auch für die Medien. Die Medien haben auch erst im Sommer angefangen, darüber nachzudenken, was denn eigentlich die Aufgabe von Hartz IV ist. Die Aufgabe von Hartz IV wird immer kurz mit Fordern und Fördern beschrieben. Es geht um den Umbau unseres Sozialsystems, was wir eben alle wortreich und zustimmend gesagt haben. Ein System, bei dem jede Generation ein Drittel kleiner ist, kann nicht so weiterfahren wie in den 70er- und 80er-Jahren. Das ist die einfache Wahrheit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir haben Sie aber hinter den Büschen gesehen. Es war die große Mehrheit, das muss man sagen. Wir waren sehr allein und haben viel Dresche bekommen. Diejenigen, die zwei Tage nach der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen die Einschränkung der Tarifautonomie, die Abschaffung des Kündigungsschutzes, die Abschaffung des Rechts auf Teilzeitarbeit, die Kürzung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und die Kopfpauschale in der Krankenversicherung verlangen, erleben nun plötzlich, wenn man sie an ihren Gewändern erkennt, wie das dann ausgeht.

Diese Unehrlichkeit, in der Debatte im Sommer zu sagen, die Sozialdemokraten sind die einzigen, die man verantwortlich machen kann, hat nun auch demoskopisch die CDU erreicht.

(Beifall bei der SPD und
vereinzelt bei der FDP)

Glauben Sie, es ist eine schwierige politische Verantwortung, das Notwendige zu tun und absehbar zu wissen, dass man dafür bestraft wird. Wir haben darüber Mitglieder, Freunde, Wählerinnen und Wähler, viele verloren. Aber wir sind überzeugt, dass wir diese Medizin anwenden mussten.

Diese Überzeugung kommt auch aus einer historischen Erfahrung. Es ist für andere schwer nachvollziehbar, aber ich sage Ihnen, immer dann, wenn es in Deutschland schwierig war, mussten Sozialdemokraten notwendige Reformen tragen.

Nach dem Ersten Weltkrieg, als der Kaiser in Holland Holz gehackt hat, hat man uns die Brocken und den Versailler Vertrag hingeworfen und gesagt: Nun schaut einmal, wie ihr damit fertig werdet, mit dem Ruhrkampf und mit der Inflation. Da waren die Konservativen wie Sie – – –

(Zurufe des Abg. Licht, CDU)

– Vielleicht hat Ihr Großvater in Bernkastel das Finanzamt gestürmt. Vielleicht war er so. Sie würden es nie tun, da sind wir sicher!

(Beifall bei der SPD)

Nach dem Zweiten Weltkrieg, als Sie die verlorenen Gebiete noch immer in unserem Besitz gesehen haben, mussten wir die Debatte allein aushalten, dass das verloren geht und der Frieden mit verloren ginge, wenn man sie wieder nach Deutschland eingliedern würde.

Wenn wir die 16 Jahre Kohl sehen, wo wir keine Veränderungen hatten – – –

(Zurufe von der CDU)

– Ja, Sie sind nur schnell hiermit. Ich wollte gerade sagen, wo wir in der Opposition nicht dazu beigetragen haben, dass sich Veränderungen ergeben haben. Jetzt haben wir die Hauptlast allein zu tragen. Genauso ist es.

(Anhaltend Beifall der SPD –
Zurufe von der CDU: O je! –
Bischel, CDU: Sie haben es
allein beschlossen?)

– Nein, Sie haben es mit beschlossen. Die Tinte war aber noch nicht trocken, da waren Sie durch den Hinterausgang schon weg, dass Sie bloß keiner erkennen sollte. Über die Dämmerung waren Sie auch froh.

(Beifall der SPD –
Bischel, CDU: Wie Klein Fritzen
sich das vorstellt!)

– Nein, Klein Fritzen liest Milbradt oder Herrn Rüttgers in der Zeitung, wunderbar.

(Jullien, CDU: Wo war Herr Lafontaine?)

Wir wollen den Kollegen Böhr noch einmal zitieren. Er hat gesagt: Wir sollten auf Hartz nichts mehr draufsateln. – Meine Damen und Herren, das war der Satz. Der Rest von Ihnen war in den Büschen und in den Gräben verschwunden. Aber in der Zeit konnten Sie Ihre Intrigen wunderbar vorbereiten.

Lassen Sie mich noch wenige Sätze zum Haushalt sagen.

(Zurufe von der CDU –
Lelle, CDU: Er hat die Geschichte
heute neu geschrieben!)

– Wissen Sie, Sie können vielleicht Haushalt als etwas verstehen, wo man Zahlen herunterrattert, wo man sagt, rauf und runter, dies oder jenes. Es geht darum, ob das, was an Politik aus dem Landshaushalt heraus geschieht, die Menschen erreicht, ob es das ist, was die Menschen brauchen.

(Vizepräsidentin Frau Hammer
übernimmt den Vorsitz)

Wir reden jetzt noch über die Kommunen. Auch das hat Herr Kollege Böhr angesprochen. Wir haben die Alternative – er hat sie bewusst nicht genannt –, dass wir so vorgehen können, wie es im Gesetz steht, und verrechnen unsere Mindereinnahmen sofort mit den Kommunen. Dann fallen bei den Kommunen große Summen aus, die für Investitionen in der Gemeinde, in der Stadt oder im Kreis ausfallen.

Damit fallen uns im wesentlichen Bauaufträge aus. Wenn uns Bauaufträge ausfallen, dann fällt im Grunde der erste Schritt der Wertschöpfungskette, der innerhalb des Wirtschaftskreislaufes vorhanden ist, aus. Das war das Baugeschäft. Wollen wir das? Wir nicht. Wir haben gesagt, wir brauchen ein Verstedigungsdarlehen. Wer jetzt glaubt, es wäre unfair, aus diesem Darlehen einen Fonds in den Zeiten zu machen, in denen wir mehr Steuereinnahmen haben, dem muss ich sagen: Wir sollten dann zurück zur alten Geschäftsgrundlage gehen und schlicht und ergreifend unser Geld zurücknehmen und die Kommunen sitzen lassen.

Die Spitzenverbände sind nicht sehr fair im Umgang mit der Landesregierung. Wenn wir so verfahren würden, wie es das schöne Land Baden-Württemberg macht, dann wäre die Lage genau umgekehrt, dann würde es verrechnet, dann würde weniger Geld im kommunalen Finanzausgleich sein, dann würden weniger Aufträge in die kommunale Bauwirtschaft gehen.

Meine Damen und Herren, der Weg ist nicht nur richtig, sondern er ist goldrichtig. Er ist der einzige Weg, der aktuell den Kommunen jetzt helfen kann.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben Visionen, wir wissen, wo unser Land hingehen soll. Wir wissen, dass wir das Zutrauen der Menschen in diesem Land haben. Wir haben eine stabile Regierung. Wir wollen ein Land der Talente, der Technik und der Toleranz sein, genau das.

(Anhaltend Beifall der SPD
und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Wir begrüßen einen weiteren Gast bei uns im Landtag, und zwar den türkischen Generalkonsul Ahmet Nazif Alpman. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute im ersten Durchgang den Doppelhaushalt für die Jahre 2005/2006. Ich möchte an dieser Stelle zu diesem Doppelhaushalt reden. Wir überlegen, was Herr Kollege Mertes eben gemacht hat. Er hat gesagt, ich sage ein paar Worte zum Haushalt. Ich habe aber vergeblich gewartet.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich habe viel über Visionen gehört. Diese gehören natürlich zu einem Haushalt dazu. Sie müssen dahinter stehen. Ich habe viel über sozialdemokratische Identität gehört. Ich habe viel über Männerfreundschaften in der Koalition gehört, nicht durchgängig, aber auch. Zu dem

Haushalt und zu den Schwierigkeiten, die mit diesem Haushalt verbunden sind, habe ich wirklich wenig gehört, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann nicht sagen, das wurde alles von Herrn Mittler erledigt. Er hat sich gestern eher gedopt als überzeugt angehört, als er über den Haushalt gesprochen hat. Er hat viele Kurven um das vorgelegte Zahlenwerk gezogen. Dazu will ich später noch kommen.

Ich will zu Beginn etwas zur gesamtwirtschaftlichen Ausgangslage sagen. Das haben beide Vorredner auch gemacht. Das geschah in unterschiedlichem Tenor. Ich will es anders als Herr Dr. Böhr darstellen. Ich glaube, man kann feststellen, die deutsche Wirtschaft hat die Stagnation überwunden, die uns drei Jahre lang begleitet hat. Sie steht am Beginn einer konjunkturellen Aufwärtsentwicklung. Ich bin mir darüber im Klaren, dass die wirtschaftliche Belebung vor allen Dingen vom Export getragen wird. Das ist die Entwicklung in den USA und in Südostasien, dort insbesondere in China.

Wir sehen, dass sich die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen verstärkt. Das ist ein Trend, den wir über lange Zeit nicht beobachten konnten. Wir sehen, dass der private Konsum immer noch verhalten ist. Das ist ursächlich damit verbunden, dass wir eine sehr schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt haben.

Wenn wir sehen, was wirtschaftswissenschaftliche Institute prognostizieren und was dem Entwurf des Bundeshaushalts 2005 zugrunde liegt, dann sind das andere Wachstumsraten als die, über die wir in der vergangenen Woche gesprochen haben. Die Institute prognostizieren mittlerweile größtenteils noch höhere Wachstumsraten. Das sind alles Dinge, die wir drei Jahre lang nicht erlebt haben. Herr Dr. Böhr, das war Ihnen nicht ein Wort und eine Bemerkung wert. Das finde ich schon bemerkenswert.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Meine Damen und Herren, mit der Agenda 2010, mit der Steuerreform 2000 wurden auf Bundesebene Maßnahmen ergriffen, die einen entscheidenden Beitrag zur Lösung der strukturellen Probleme erwarten lassen. Sie kommen nicht alle sofort zum Tragen, weil Veränderungen und Effekte, die sich auf die Funktionsweise des Arbeitsmarkts, auf das Gesundheits- und Rentensystem, auf die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe beziehen, nicht sofort eintreten. Das geschieht verzögert in der Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Zustimmung der Parteien, die diese Reformen auf den Weg gebracht haben. Diese zögernde Zustimmungsteigerung stellen wir jetzt schon fest. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie stellen dies auch fest.

Wir ermöglichen mit diesen Strukturreformen auf Bundesebene, Lohnnebenkosten zu senken. Wir sorgen bezüglich demographischer Probleme und deren Auswirkungen vor.

Ich will an dieser Stelle ganz deutlich sagen, darauf kann sich niemand ausruhen. Das gilt auch für die rotgrüne Bundesregierung. Der Reformkurs darf nicht aufhören. Er muss darauf zielen, dass entstehende Gerechtigkeitslücken beseitigt werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit meine ich, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe entschlossen angegangen werden muss. Man muss offen sein für Modifikationen, wenn sich herausstellt, dass sich in Form der Grundversicherung eine Armut festgemacht hat. Wir müssen dann reagieren. Das müssen wir sehr genau begleiten, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einem nächsten Schritt bei dieser Reformagenda brauchen wir die Einführung der Bürgerversicherung. Das ist ein Versicherungsmodell, das auf Solidarität und Wettbewerb basiert. Das dient als Grundlage für eine Reform der Krankenversicherung. Das bedeutet, jeder zahlt mit Einkommensbezug und unter Einbeziehung aller Einkommensarten ein. Nur so bekommen wir ein leistungsfähiges, solidarisches und vor allen Dingen bezahlbares Versicherungssystem hin, Herr Dr. Böhr. Herr Mertes hat Ihnen die Zahl von ungedeckten 40 Milliarden Euro vorgehalten. Ich will mich auf das beziehen, was aus Ihren eigenen Reihen von Herrn Seehofer und anderen aus Ihrer Schwesterpartei genannt wird, nämlich dass Sie eigentlich auf eine Deckungslücke von 100 Milliarden Euro mit Ihrem Konzept zusteuern. Das ist weder bezahlbar, solidarisch noch umsetzbar.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist diese Haushaltsdebatte mit einer gewissen Art von Optimismus zu führen. Durch die Veränderungen auf Bundesebene und durch die eingeleiteten Refomschritte wurde ein Veränderungsprozess auf den Weg gebracht. Ich sage noch einmal, der von Herrn Mittler gestern vorgetragene Optimismus wirkte eher wie ~~ge~~dopt als überzeugt.

Denn wenn wir nach 13 Jahren Rotgelb und nach bald zehn Jahren Kurt Beck auf diesen Doppelhaushalt, der uns vorgelegt wurde, schauen, wirkt dieser merkwürdig saft- und kraftlos. Ich weiß, buntes Schillern war noch nie Ihre Stärke, aber so wenig Farbe und so wenig Verantwortung für die drängenden Zukunftsfragen eines Landes habe ich hier noch nicht erlebt. Das sage ich ganz ausdrücklich auch in Anbetracht der Visionen, die hier eben von Herrn Mertes angeführt wurden. Diese Visionen finden sich in diesem Haushalt nicht durchgehend. Das will ich Ihnen auch deutlich machen.

(Lelle, CDU: Genauso ist es!)

Ich finde, viel mehr merkt man die Versäumnisse aus langen Jahren, weil Sie wenig mutige Entscheidungen zum Sparen getroffen haben, weil Sie wenig mutige Entscheidungen zum echten Subventionsabbau getroffen haben, weil Sie wenig mutige Entscheidungen zum

Abbau von öffentlichen Aufgaben getroffen haben und weil Sie keine echte Vorsorge für die explodierenden Personalkosten, insbesondere für die Versorgungsleistungen für eine älter werdende Beamten- und Beamtinnengesellschaft, getroffen haben.

(Ministerpräsident Beck: Na, na!)

Aber das war alles lange vorhergesagt. Das war auch lange vorher gerechnet. Allein Sie erschöpfen sich – auch da muss ich Herrn Mertes widersprechen – jetzt eher in einem Koalitionsgezänk als in enger Koalitionsverbundenheit. Vor allen Dingen wollen Sie vor der nächsten Wahl keine unangenehmen Wahrheiten auspacken, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Haushalt läuft Ihnen aus dem Ruder. Ihre Trickereien, Ihre ungedeckten Wechsel auf eine rosige Zukunft weisen wir Ihnen seit Jahren nach. Jetzt natürlich bei einem Haushalt, der in ein Landtagswahljahr hineinzeigt, fehlt Ihnen erst recht der Mumm für zukunftsweisende Entscheidungen.

Ich sage Ihnen, Ihre Schwerpunktsetzungen im Haushalt gehen zulasten der Zukunft, da Sie sie mit Schulden und mit Vermögensveräußerungen bezahlen. Das ist das altbekannte Muster der Landesregierung. Mit diesem Haushalt führen Sie es fort und machen keine Kehrtwende, meine Damen und Herren.

Ich will Ihnen ein paar Beispiele nennen. Mehr getrieben als aus innerer Überzeugung wird bei den Hochschulen Besserung versprochen. Aber die versprochenen und dringend notwendigen Millionen kommen dort nicht an. Aber so gewinnt man nicht Zukunft, so setzt man sie aufs Spiel.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Personalkostenentwicklung versuchen Sie, sich durch Ausgabenverlagerungen von der LBB über den LSV und jetzt zur Universität Mainz gesundzurechnen. Ich sage nicht, dass es falsch ist, dies in eigene Betriebe und Globalhaushalte zu verlegen, aber wenn man einen Überblick über die Personalkostenentwicklung des Landes gibt, muss man diese natürlich mit einbeziehen. Das tun Sie nicht; denn dann müssten Sie feststellen, dass die Summe der Ausgaben für Personalkosten in diesem Haushalt nicht weniger, sondern mehr wird. Zusammengekommen macht die Personalkostenquote 48 % des Haushalts aus. Stellen Sie sich das einmal vor. 48 % ist fast die Hälfte dieses Landeshaushalts. Wenn das in diesem Tempo der Steigerung weitergeht – ich sehe nicht, dass Sie eine Wende einleiten – und wenn das in dem Tempo mit dem Anstieg der Versorgungsleistungen weitergeht, dann wird es noch mehr werden als die 48 %. Das wird diesem Land letztendlich die Luft für weitere Veränderungen und Verbesserungen, die notwendig sind, abdrücken, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als weiteres Beispiel nenne ich Zukunftsinvestitionen in die Kinderbetreuung. Herr Mertes hat es angesprochen.

Ich bin froh, dass Sie die U-3-Betreuung in den Mund genommen haben, aber es fehlt Ihnen doch wirklich der Wille, in diesem Bereich energisch und zügig voranzugehen.

(Hartloff, SPD: Das ist eine Behauptung, die durch nichts belegt ist!)

– Das ist keine Behauptung, die durch nichts belegt ist. Schauen Sie doch bitte einmal in Ihren Haushalt hinein. Wo machen Sie hier einen Push in diesem Bereich.

(Mertes, SPD: Wir streiten erst einmal mit denen, die Mittel geben müssen!)

Es fehlt Ihnen der Wille, auf dem von Rotgrün vorgezeichneten Weg im Bund mitzugehen und dafür entsprechende viele Euros lockerzumachen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mertes, SPD: Das ist doch kein Weg, das ist ein Trampelpfad!)

Wo wir bei der Kinderbetreuung sind, die neuen Millionen, die Sie für die Kinderbetreuung veranschlagen, sind Gelder der Kommunen. Ich würde Sie bitten, dass Sie das immer dazusagen. Sie verfügen da nämlich über Mittel der Kommunen. Sie rechnen es sich aber in Ihrer persönlichen und politischen Lobeshymne immer dem Land an. Es sind Gelder der Kommunen. Ich finde es richtig, weil diese auch dafür zu sorgen haben. Aber ich finde, es gehört dazugesagt, dass es Gelder der Kommunen sind, und es gehört dazugesagt, dass Sie gleichzeitig die Investitionsmittel, die vom Land kommen, in diesem Haushalt für die Kindertagesstätten und für die Kinderbetreuung zurückfahren.

(Schmitt, CDU: So ist das! Richtig!)

Das ist die ganze Wahrheit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Beck: Das sind Finanzausgleichsmittel! Wieso sind das Mittel der Kommunen? Wenn ich so etwas höre!)

Statt im Großen das Ruder herumzuwerfen, versuchen Sie im Kleinen, etwas Licht auf das Alltagsgrau Ihres Haushalts zu werfen. Ich habe das über das Frühjahr, über den Sommer, über den Herbst, der jetzt beginnt, wieder beobachtet: Preisverleihungen, PR-Aktionen, jede Menge Gutachten. – Jedes Gutachten, das vorgestellt wird, wird mit einem Medientermin des Professors oder manchmal auch einer Professorin – aber das ist immer noch seltener – mit dem Minister oder der Ministerin wohlfeil dargestellt, aber oft auch in hohem Maße unverbindlich. Offen bleiben die bleibenden Wirkungen auf die praktische Politik.

Meine Damen und Herren, wenn ich schon bei den zentralen Punkten Ihrer Mängelverwaltung bin, nicht einmal bei Ihren eigenen Renommierprojekten haben Sie die Lage im Griff. Aus Ihren so genannten Leuchttürmen

werden nach und nach schwarze Löcher, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mertes, SPD: Oh!)

Ein Beispiel ist das Arp-Museum:

(Mertes, SPD: Was glauben Sie, wie wir darunter leiden?)

seit 13 Jahren versprochen, seit 13 Jahren auf wackligen Füßen mit windigen Millionen-Finanzierungen und mit zweifelhaften Partnern. – Wenn Sie darunter leiden, kann ich Ihnen eine Empfehlung geben: Nicht einfach leiden und aushalten, sondern dann zupacken und es was verändern. Schauen Sie in den Haushalt hinein. Mittlerweile sind die von Ihnen erwarteten Kosten um weitere 6 Millionen Euro auf fast 33 Millionen Euro davongelaufen. Damit ist es das teuerste Bauprojekt außerhalb des Hochschulbaus oder außerhalb des Baus von Justizvollzugsanstalten.

(Bracht, CDU: Alles über Schulden! – Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

– Ja, ja. Ich habe es aber nur einmal in der Größenordnung verglichen. Das alles, weil Sie es nicht geschafft haben, rechtzeitig die Kurve zu bekommen. Das ist das Problem mit Ihren Renommierprojekten. Sie renommieren gern und zahlen aber später dann dafür, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch die größte öffentliche Baustelle des Landes, der Flugplatz Ramstein, glänzt mit viel zitierten Merkwürdigkeiten, aber auch mit Kostensteigerungen für das Land – auch das ist im Haushalt veranschlagt –, die natürlich nicht vorherzusehen waren und wo Gelder nachgeschossen werden müssen, allerdings ohne dass wir jetzt in diesem Haushalt erkennen können, dass ein echter Gewinn für die von Fluglärm geplagten Menschen aus der Pfalz dabei herauspringt. Das hätten wir uns anders vorgestellt. Darum haben wir auch immer auf andere Umsetzung gedrängt, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo wir schon in der Pfalz sind, kann ich Ihnen auch nicht ersparen, über den WM-Ausbau des Fritz-Walter-Stadions zu sprechen. Ich bin Fußballfan. Ich bin auch Rheinland-Pfalz-Fan. Aber ich interessiere mich für das gesamte Land Rheinland-Pfalz und für die Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger. Ich finde, in einer solchen Gesamtkonstellation muss man sich in einer solchen haushaltspolitischen Situation jede Million überlegen, die in diese WM-Ausrichtung gesteckt wird, und zwar gut überlegen. Da setzt meine Kritik an. Die haben Sie sich nicht gut überlegt. Es gab ein kritisches Kostenmanagement ohne ein Eingreifen von Ihnen. Es gab keine Frage nach dem Warum und Wofür, warum sich die Kosten so entwickeln und wofür, und schon gar nicht danach, ob der WM-Auftritt der Pfalz mit den Protago-

nisten der Landesregierung nicht doch etwas weniger prunkvoll hätte ausfallen können.

(Mertes, SPD: Wir geben einen Zuschuss, aber wir bauen nicht, Frau Kollegin!)

– Ja, das weiß ich. Das war aber die Konstruktion, die Sie gewählt haben und die von der Landesregierung eingetütet wurde.

(Mertes, SPD: Entschuldigung, ob Sie den Bau eines Gemeindehauses nehmen oder ein Stadion!)

Das war Ihre Konstruktion mit der Stadiongeseellschaft. Genau das war es.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Frau Kollegin Thomas, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Creutzmann?

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Nein.

(Mertes, SPD: Madame ist ungehalten!)

– Entschuldigung, an der Stelle nicht. Ich bin sicher, Sie werden noch reden.

Herr Creutzmann, ich würde das auch beantworten, aber lassen Sie mich jetzt beim WM-Ausbau und bei dem Fritz-Walter-Stadion bleiben.

(Kuhn, FDP: Ja, ist in Ordnung!)

Ich bin der Meinung, wir hätten uns eher an Otto Rehaegel orientieren müssen: mit Wenigem das Optimum erreichen oder vielleicht auch etwas mehr.

(Ministerpräsident Beck: Was der jetzt damit zu tun hat, weiß ich nicht!)

Das hätte Pate stehen müssen, und nicht die Art, wie die Olympischen Spiele in Athen ausgerichtet wurden. Das war nämlich Ausgeben, Ausgeben, Ausgeben, koste es was es wolle! Das dicke Ende kommt erst nach den Spielen und nach den Wahlen 2006.

Meine Damen und Herren, das lassen wir Ihnen so nicht durchgehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zurück zum Haushalt und zum Großen und Ganzen: Ich habe mit Interesse einige Veröffentlichungen von David Osborne gelesen, von dem in diesem Jahr in Amerika ein Buch mit dem Titel „The price of government“ erschienen ist. Er hat sich zu der Art, wie man in finanziellen Krisen mit dem Haushalt umgeht, geäußert. Ich

will Ihnen einen kleinen Ausschnitt vorlesen. Da heißt es: „Der übliche Weg der Politik, mit einem drohenden Defizit umzugehen, ist, die Ansätze des letzten Haushalts zu nehmen und sie zu kürzen. Das ist so, als wenn man an einem Mittelklassewagen mit einem Schweißbrenner oder einer Blechschere herumschneidet, um sein Gewicht zu reduzieren. Einige zehn Millionen aus diesem Wagen herauszuschneiden, macht ihn aber nicht zum Kompaktauto. Es macht ihn zum Wrack. Nötig ist stattdessen ein von Grund auf neu gestalteter Haushalt.“

Ich glaube, das ist das Grundproblem dieser Haushaltspolitik und dieser Landesregierung.

(Mertes, SPD: Das ist ein Problem unseres Landes mit den Menschen!)

– Nein.

Es ist das Grundproblem dieser Landesregierung und mit dem Vorgehen dieses Haushalts. Ich bin überzeugt, dass, wenn man zu einer grundsätzlichen Neuaufstellung kommt, sich Schwerpunkte setzt und diese nicht finanziert, indem man sagt, dann veräußern wir Vermögen oder wir nehmen noch etwas mehr Schulden auf, sondern man vermittelt diese Prioritäten, dann kann man auch in diesem Land zu Veränderungen kommen. Aber wenn man hier schneidet, und wenn man nicht mehr schneiden will – – – Im Moment wollen Sie nicht mehr schneiden. Also, wenn man es dann hier holt und sich zusätzlich verschuldet, dann kommt man in der Haushaltspolitik auf keinen grünen Zweig.

Deswegen wird es entscheidend sein, dass man bei diesem und allen nachfolgenden Haushalten eine Reihenfolge von Bewertungen einhält, die heißen, Aufgabenüberprüfung oder Aufgabenkritik – wie immer man es nennen mag –, die Frage, welche Aufgaben abgebaut werden können – Herr Mertes, da habe ich von Ihnen im letzten Jahr noch Ankündigungen gehört, aber es kam nicht mehr viel hinzu –, dass man dann überlegt, wo man kooperieren oder etwas auslagern kann, und drittens eine Steuerung in der Umsetzung hat. Ich glaube, bei der Aufgabenüberprüfung und vor allen Dingen bei der Steuerung treten bei dieser Landesregierung ständig Defizite auf.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deswegen fällt die haushaltspolitische Bilanz so aus, wie sie bei Ihnen ausfällt. Ich hätte von einem Finanzminister, von Ihnen, Herr Mittler, erwartet, dass Sie eine ehrliche Bilanz aufgestellt hätten. Sie haben sich auch schon einmal in früheren Jahren als ehrlichen Makler eingeführt. Aber das, was gestern von Ihnen vorgelegt wurde, war keine ehrliche Bilanz. Ich habe auf das Manuskript gesehen, und es verschwammen mir die Buchstaben vor den Augen.

(Ministerpräsident Beck: Haben Sie Ihre Brille vergessen!)

Ich dachte, diese Rede müsste eigentlich überschrieben werden mit „Es gilt nur das gebrochene Wort“.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Mittler, es war im Kern eine Ihrer Botschaften, dass Sie gesagt haben, 2008 wollten wir ohne Neuverschuldung sein.

(Schmitt, CDU: Es war schon einmal 2006!)

– Es war schon einmal 2006. Das ist richtig.

Dann haben Sie die Bedingungen angeführt, die Ihnen im Weg stehen, und gesagt, dass es nicht geht. Okay, das Wort gebrochen: Es hätte vielleicht auch eine Entschuldigung dazugehört.

(Ministerpräsident Beck: Kein Mensch hat sein Wort gebrochen!
Das ist Quatsch!)

Dann haben Sie gesagt, wir sind 2008 schon zufrieden, wenn wir keine neuen Vermögensverkäufe machen. Aber letztendlich haben Sie gesagt, wir haben bis 2008 auch noch unser letztes Hemd verkauft.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Das war die Botschaft, die Sie gestern in diesem Bereich Vermögensveräußerungen gesetzt haben: in den nächsten zwei Jahren allein 1,2 Milliarden Euro, und mit dem, was 2007 und 2008 gezahlt wird, noch mehr. – Das ist alles das Gegenteil von restriktiver Haushaltspolitik und Ausgabenpolitik, die Sie für sich in Anspruch nehmen, die Sie auch für die vergangenen Jahre in Anspruch nehmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Sie nur einmal daran erinnern, was im vergangenen Jahr war. Da haben Sie – die Haushaltsrechnung folgt noch – in Ihrer bisherigen Bilanz dargelegt – so viel zu Haushaltsvollzug und restriktiver Ausgabenentwicklung –, dass Sie trotz eines Nachtragshaushalts, den wir beraten und beschlossen haben, mit Ihrer Neuverschuldung 500 Millionen Euro, also eine halbe Milliarde Euro, über dem lagen, was Sie veranschlagt hatten. So viel zu restriktiver Haushaltspolitik. Das ist etwas, was Sie vielleicht noch auf das Papier schreiben, aber tatsächlich nicht umsetzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Laut Haushaltsplan verringern sich die Personalkosten 2005 gegenüber 2004 um 54,9 Millionen Euro. Auch das haben Sie angeführt. Tatsächlich ist es aber nicht so, wie suggeriert wird, dass Personalkosten gespart werden, weil Sie – dies wissen wir – 77 Millionen Euro eingestellt haben, um Lohn- und Gehaltserhöhungen zu bezahlen. Einen großen Batzen, nämlich 160 Millionen Euro insgesamt, haben Sie in den Globalhaushalt für die Universität Mainz eingestellt.

Ich habe Ihnen vorhin schon einmal gesagt, wie hoch der Personalkostenanteil dieses Haushalts ist, wenn man die 900 Millionen Euro Personalkosten in den Nebenhaushalten, in den Landesbetrieben usw. hinzunimmt. Da kommen wir auf über 48 % des Gesamthaushalts. Dann konstatieren Sie: Wie in den vergangenen

Jahren ist auch innerhalb des Zeitraums der Finanzplanung eine restriktiv gestaltete Anpassung des Personalkörpers notwendig.

Meine Damen und Herren, das kann ich nicht sehen: weder im Finanzplan noch in dem, was Sie im Haushalt vorgelegt haben. Fakt ist, dass wir auch im Vergleich mit den anderen Bundesländern mit den Personalkosten nicht einen Deut besser liegen. Fakt ist, dass Sie Risiken im Haushalt darüber nicht abbilden. Sie sind weit davon entfernt, auch bei dem, was sich im Finanzplan zur Entwicklung der Versorgungsausgaben befindet. Fakt ist, dass das, was Sie sagen und womit Sie Vorsorge betreiben, der Pensionsfonds, doch schon längst wieder belastet ist. Alles, was Sie im Pensionsfonds eingestellt haben, nutzen Sie doch derzeit, um an den Pensionsfonds Ihr Vermögen zu veräußern, also die Forderungen aus den – – –

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

– Alles das.

(Mertes, SPD: Dann bleibt es in der Landesfamilie!)

– Es bleibt in der Landesfamilie. Aber Sie haben natürlich alles, was in Ihrem Pensionsfonds hätte sein können, schon längst verbraucht. Sie müssen also danach, wenn diese Pensionslasten anfallen, sich diese Ausgaben wieder hereinholen, und zwar über Kredite und Verschuldung wie jedes andere Bundesland, das keinen Pensionsfonds hat.

(Mertes, SPD: Das erklären wir Ihnen im Ausschuss noch einmal!)

– Das brauchen Sie mir nicht mehr zu erklären. Herr Mertes, das habe ich schon lang verstanden.

(Pörksen, SPD: Scheint mir nicht so!)

Jetzt zur Ausgabensteigerung: Auch da lügen Sie sich in die Tasche. Sie sagen, wir haben in den nächsten beiden Jahren niedrige Steigerungsraten. Aber Sie haben sich das zurechtgeschustert. Wenn Sie die Steigerungsrate von Ausgaben von 0,3 % im Jahr 2005 nehmen, und wir nehmen die Auslagerung der Uni Mainz hinzu, dann kommen Sie bei 0,7 % an. Dann schauen wir auf das, was Sie in globale Minderausgaben und sonstwo hineingebuttert haben, damit Sie nach außen attraktive Werte vermelden können. Da sind wir ruck, zuck bei einer Steigerungsrate von fast 1 %. Das ist noch weniger als der Durchschnitt der vergangenen Jahre. Wenn wir das für 2006 weitertragen, dann landen wir auch da bei einer Steigerungsrate von über 1 %. Damit entfernen Sie sich von dem, was der Finanzplanungsrat zugibt. Das ist das, was auf dem Papier steht. Ich bin gespannt, was hinten herauskommt. Ich kenne Ihre Disziplin im Ausgabenvollzug.

Meine Damen und Herren, das nur als einen kurzen Einblick in das, was Sie tatsächlich an Haushaltsrisiken und nicht gedeckten Schecks in diesem Haushalt haben.

Herr Mertes, dazu hätte ich von Ihnen gern ein paar Worte gehört. Aber vielleicht macht das Ihr Freund, Herr Kuhn, nachher in seiner Rede.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Lelle, CDU: Der wird sich hüten! –
Weitere Zurufe aus dem Hause)

– Da kann ich schon einmal gespannt sein; denn Herr Mertes hat versucht, den Eindruck zu erwecken, dass in dieser Koalition einer für den anderen einsteht.

(Mertes, SPD: So ist es!)

Aber das Komische ist, dass dieser Eindruck außen nicht mehr wahrgenommen wird. Ich bin sicher, er wird auch innerhalb dieses Hauses nicht mehr so wahrgenommen.

(Kuhn, FDP: Können Sie es noch
einmal wiederholen! Ich habe
nicht aufgepasst!)

– Herr Kuhn, es kommt schon noch.

Bereits zu Beginn der Legislaturperiode traf die Beschreibung Ihres Parteikollegen, Herrn Dieckvoß, zu. Sie erinnern sich sicherlich noch daran. Er hat konstatiert: Die Gemeinsamkeiten dieser Koalition sind längst verbraucht.

(Heiterkeit des Abg. Kuhn, FDP)

Das war zu Beginn des Jahres 2001.

(Creutzmann, FDP: Auch Menschen
können sich irren! –
Mertes, SPD: Juristen allemal!)

Heutzutage vergeht keine Woche, in der Ihr Gerede nicht an die Öffentlichkeit dringt – mit dem Blick auf Sie, Herr Kuhn, dringen soll.

Ich kann nur konstatieren: Diese Koalition ist flügelahm. Gemeinsame Koordinaten fehlen ihr.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Unruhe im Hause)

Ich nenne Ihnen ein paar Beispiele. Jüngstes Beispiel ist, dass Herr Ministerpräsident Beck dafür wirbt, dass die absolut niedrige Steuerquote moderat erhöht werden soll. Was passiert? Sein Vize donnert dagegen und unterstellt ihm Steuererhöhungspläne. So habe ich Ihre Presseerklärung verstanden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleiches gilt für das Hochschulprogramm im Land. Wir kennen die kleinen Nickeligkeiten. Diese haben wir alle bereits gelesen und gespeichert. Egal, ob bei der Frage der Studiengebühren oder des Ladenschlusses, es knirscht in dieser Koalition an allen Ecken und Enden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Mertes, SPD: Sie hören fast
das Gras wachsen!)

Ich weiß, dass man das unter Männern so macht. Dann kommt eine tiefe kehlige Lache und man glaubt, man habe es damit beseitigt. Das ist aber nicht so, Herr Mertes.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Energiepolitisch wird die FDP zu einer echten Belastung.

(Lewentz, SPD: Das sind die
Männerfreundschaften!)

Einem Vorstoß bei erneuerbaren Energien steht die FDP im Land im Weg. Ich habe noch gut die Debatte der vergangenen Plenarsitzung im Ohr, als Herr Staatssekretär Eymael sagte, es gebe überhaupt keine Notwendigkeit, bei den geplanten Strompreiserhöhungen der Stromkonzerne mit einem staatlichen Mittel einzugreifen; denn das regelt der Markt.

(Creutzmann, FDP: Richtig!)

Ich weiß noch sehr genau, dass der Herr Ministerpräsident daraufhin gesagt hat, dass er vielleicht überlegen müsse, viel stärkeren Eingriffen zuzustimmen, weil der Markt das nicht regelt und weil es wichtig sei, den Verbraucherschutz über parteipolitisches Kalkül zu stellen, Herr Creutzmann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Ich will Ihnen Ihr parteipolitisches Kalkül benennen. Strompreiserhöhungen würden Sie am liebsten der rot-grünen Bundesregierung in die Schuhe schieben.

(Creutzmann, FDP: So ist es!)

Das ist für Sie in Ihrer politischen Situation immer noch mehr wert als der Schutz der Verbraucher,

(Creutzmann, FDP: Schwachsinn!)

unabhängig davon, ob es Private oder solche bei Unternehmen sind, meine Damen und Herren.

(Creutzmann, FDP: Das sind
Unterstellungen!)

So viel noch zur Männerfreundschaft: Seit der Kommunalwahl kann man landesweit beobachten, wie sich die FDP davonschleicht. Herr Eymael ist zurzeit nicht im Raum, der schon heftig im Bezirkstag schleicht.

Meine Damen und Herren, wer so unsolidarisch und zerstritten ist, der hat keine Kraft für einen richtigen Reformkurs. Ich stelle das im Haushalt bei jedem Einzelplan fest.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen, was neben dem, was Sie an Schwerpunktsetzungen im Haushalt formulieren, noch notwendig ist, wenn man einen zukunftsfähigen Haus-

halt vorlegen will. Notwendig ist die Fortsetzung der bzw. ein energischer Einstieg in die Haushaltskonsolidierung.

Investitionen in Wissen und Forschung sind in Ordnung, meine Damen und Herren. Das ist auch bei uns schon seit Jahren ein Schwerpunkt. Wir haben das manchmal unter dem plakativen Titel „Bildung statt Beton“ beschrieben. Das hören wir nun auch von anderer Seite. Wenn wir uns auf die Strategie des Europäischen Rates, also auf die Lissabon-Strategie einlassen, wenn wir uns auf das einlassen, was die rotgrüne Bundesregierung als Linie vorgegeben hat, nämlich eine Stärkung im innovativen Bereich, eine Stärkung der Forschung, des Hochschul- und Bildungsbereichs, wenn wir uns darauf einlassen und daran mitarbeiten wollen, dass Europa zum dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt wird, dann müssen wir dafür Mittel freimachen, aber nicht nur neue Gründe für neue Schulden suchen.

Ich möchte das an einem ganz konkreten Beispiel deutlich machen. Schade, dass Herr Böhr jetzt nicht anwesend ist, weil ich ihn in diesem Kontext gern mit angesprochen hätte. Er hat vorhin davon gesprochen, dass wir Innovationen und Forschung vorantreiben müssen. Ich frage mich aber, weshalb sich die CDU-Fraktion auch in diesem Jahr wieder geweigert hat, auf den Vorschlag der Bundesregierung bzw. der rotgrünen Koalition in Berlin einzugehen, die Eigenheimzulage auslaufen zu lassen und die bis zum Jahr 2008 frei werdenden Mittel in Bildung, Forschung und Hochschulen zu stecken. Das wäre der richtige Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das will ich auch dieser Landesregierung ins Stammbuch schreiben. Das ist der richtige Weg, weil wir dann Mittel hätten, mit denen wir Bildung und den Hochschulbereich stärken können. Dann hätten wir nicht die Linie, die Sie einschlagen, nämlich dass wir uns weiter verschulden und dafür keine Kompensation haben.

Das ist in Anbetracht der demographischen Entwicklung die richtige Schwerpunktsetzung. Erforderlich ist also eine Rücknahme der Förderung in Beton und eine Zunahme der Förderung in Forschung und Bildung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Meine Damen und Herren, damit würden bis zum Jahr 2008 ca. 3 Milliarden Euro für den Bund und rund 3 Milliarden Euro für die Länder und Gemeinden freigesetzt. Damit wäre in Rheinland-Pfalz einiges zu machen. Das wäre auch ein entschlossenes Fortschreiten beim Subventionsabbau. Das verkneifen Sie sich aber. Dabei kneifen Sie, nicht nur im Bund, sondern auch auf Landesebene.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben diese Mittel doch so eingestellt. Haben Sie gestern nicht gehört, was Herr Mittler gesagt hat? Ich will Ihnen das noch einmal anhand von Zahlen benennen: Die Höhe der Subventionen stagniert nach den Zahlen der Landesregierung – also keine Rückwärtsentwick-

lung – im Jahr 2004 auf der Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro und im Jahr 2006 auf der Höhe von ca. 1,4 Milliarden Euro. Das machen Sie im Bereich des Subventionsabbaus, nämlich nichts. Das ist weder ein Voranschreiten noch eine Entwicklung in diesem Bereich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Bereich, bei dem Sie gerade vor der Landtagswahl eine Konsolidierungspause einlegen. Das ist aber genau das, was wir uns nicht leisten können, wenn wir an die gesamte Haushaltssituation denken.

Meine Damen und Herren, noch ein Beispiel zum Bereich des Aufgabenabbaus. Ich bin sehr dafür, dass unsere Landesregierung die Initiativen anderer Landesregierungen unterstützt und damit unsere Finanzverwaltung entlastet, indem wir als Länder künftig auf die Einnahmen aus der Kfz-Steuer verzichten und die bisherigen Einnahmen aus der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer umlegen. Damit hätten wir in den Steuer- und Finanzverwaltungen der Länder erhebliche Freiräume geschaffen. Sie wissen, wie personalintensiv der Einzug der Kfz-Steuer ist. Ich merke das selbst, wenn zu uns der Bescheid kommt. Dadurch hätten wir zusätzliche Freiräume geschaffen und müssten nicht auf eine Einnahmequelle verzichten.

In diesem Bereich wünsche ich mir Unterstützung; denn dadurch würden zusätzliche Freiräume geschaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme nun auf die Schwerpunkte zu sprechen, die Sie für diesen Haushalt benannt haben. Beginnen werde ich bei dem Bereich der Innovation, der Forschung und der Hochschulförderung. Ich habe vorhin bereits darauf hingewiesen, dass wir die Linie unterstützen, die vom Europäischen Rat vorgegeben wurde, und auch die Linie, die von der Bundesregierung vorgegeben wurde. Zu dem, was Sie vorgelegt haben, sage ich jedoch, dass wir schon weiter sein könnten. Wir hatten Ihnen bereits für dieses Jahr vorgeschlagen, die rheinland-pfälzischen Hochschulen mit 15 Millionen Euro mehr auszustatten. Außerdem haben wir eine klare Favorisierung für eine Verbesserung der Forschungsinfrastruktur an den Hochschulen und einer besseren Personalausstattung zum Ausdruck gebracht.

Das sind zwei Dinge, die für die Lehre und die Forschung in der Grundausstattung richtig sind. Herr Böhr hat das richtig gesagt. Sie sehen für das nächste Jahr lediglich 10 Millionen Euro vor, die aus ihrem Sonderprogramm dort hineinfließen sollen. Der Rest von 20 Millionen Euro soll in Rücklagen gehen. An dem Konzept arbeiten sie auch immer noch.

Meine Damen und Herren, wenn man diese chronische Unterfinanzierung der Hochschulen beseitigen will, muss man das zügig und entschlossen angehen. Dann bleiben wir nicht bei einer Höhe von 3 Millionen Euro aus dem Sonderprogramm stecken – das war das, was sie für dieses Jahr mobilisiert haben –, sondern wir müssen tatsächlich dahin kommen, diese zusätzlichen Mittel zu

mobilisieren und den Hochschulen schnellstmöglichst zur Verfügung zu stellen.

Im Zusammenhang mit diesem Hochschulsonderprogramm habe ich aber noch eine weitere Frage. Herr Kuhn, das ist ziemlich erklärungsbedürftig. Vielleicht können Sie das nachher erklären.

(Kuhn, FDP: Ja, ich schreibe mir das auf!)

Nach dem Zahlenwerk des Haushalts sollen für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur im Jahr 2005 43 Millionen Euro weniger ausgegeben werden, obwohl für dieses Haushaltsjahr bereits 30 Millionen Euro aus dem Hochschulsonderprogramm in den Haushalt eingestellt worden sind. Ich kann mir das nicht erklären. Sie reißen neue Löcher auf, setzen eine neue Überschrift über ein Programm, stopfen aber damit nur einen Teil der Löcher. So sieht das aus bei Ihrem Vorstoß für Innovation, Forschung und Hochschulförderung. Da sind Sie einiges an Erklärungen schuldig.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Überschriften reichen eben nicht aus, um Zukunft zu gewinnen.

Herr Kuhn, es reicht auch nicht aus, ungedeckte Schecks auszustellen, so wie Sie das gemacht haben. Es geht nicht, dass man ein Dreivierteljahr für ein Programm trommelt und nachher mit leeren Versprechungen in diesem Haus bzw. vor den Hochschulen steht.

(Creutzmann, FDP: Stellen Sie keine falschen Behauptungen auf!)

Meine Damen und Herren, zur Ausgestaltung des Programms auch einige Anmerkungen. Die Mischung zwischen den Ausgaben, die wir schon lange gefordert haben, ist zum Teil in Ihrem Programmwurf, so wie Sie ihn vorgesehen haben, enthalten. Promotionsmöglichkeiten für Fachhochschulabsolventen. Blättern Sie einmal in unseren zurückliegenden Haushaltsanträgen nach, was wir dazu vorgeschlagen und beantragt haben. Stärkere Verankerung der Fachhochschulen in der Region und in Kooperation mit Unternehmen.

Aufgaben, die schon lange den Hochschulen ohne zusätzliches Geld aufgebürdet wurden, sollen jetzt zusätzlich vergütet werden. Es sollen Anreize beim Fortschreiten der Lehrerausbildung, bei der Kinder-Uni und bei den konsekutiven Studiengängen, die eingerichtet werden, gegeben werden. Das sind Dinge, die wir mit forciert haben und die wir mit auf die Tagesordnung gesetzt haben.

Nichtsdestoweniger bleiben Sie aber mit dem, was Sie an Profilbildung sehen wollen, meiner Meinung nach zu stark außerhalb der Hochschule; dies einmal mit dem, was Sie im Forschungsbereich finanzieren. Herr Zöllner, da will ich jemanden zitieren, den Sie selbst zurate gezogen haben, nämlich die Arbeitsgruppe „Hochschulentwicklung Rheinland-Pfalz“. Die hat gesagt: „Neben den An-Instituten sollen die Hochschulen, auch die Fachhochschulen, sich bemühen, Forschung und Ent-

wicklung möglichst innerhalb der Hochschulen und im Hauptamt zu betreiben. Dies ist auch im Hinblick auf die Etablierung forschungsbasierter Masterangebote unbedingt erforderlich. Die Rahmenbedingungen für Forschung müssen weiter verbessert werden.“ Ich bin davon überzeugt, dass ein Hochschulsonderprogramm, oder wie immer wir es nennen wollen, einen ordentlichen Batzen als Reinvestitionsprogramm für die Forschungsausstattung in den Hochschulen haben muss. Das sehe ich nicht.

Meine Freude über ein Max-Planck-Institut, das zusätzlich nach Kaiserslautern kommt, ist das eine, aber meine Sorge, dass sich dort die Mittel bündeln und sie in den Hochschulen fehlen, bleibt bestehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können viel in Wissenstransferstellen und anderes stecken, aber der beste Wissenstransfer von den Hochschulen in Wirtschaft und Gesellschaft geschieht in erster Linie und am wirksamsten über die Ausbildung hoch motivierter und hoch qualifizierter Hochschulabsolventen sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen. Deshalb muss ein großer Teil dieser Mittel in die Grundausstattung und die Verbesserung der Forschungsvoraussetzungen in den Hochschulen gehen. Deshalb werden wir uns um die Ausgestaltung dieses Programms mit Ihnen noch heftig anlegen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Innovation findet aber nicht nur in den Hochschulen statt, sondern Innovation findet in vielen anderen Bereichen statt. Dazu habe ich weder von Ihnen, Herr Mittler, noch von Herrn Mertens eben ein Wort gehört.

Der gesamte Begriff „Umwelt/Natur“ kam in Ihrer Rede und in der des Fraktionsvorsitzenden kein einziges Mal vor. Sie müssen aber doch wissen, dass Rheinland-Pfalz nicht nur ein Produktionsstandort mit globalisierungsbedingt schwachen Wachstumskräften ist – ich schiebe Ihnen das gar nicht alles in die Schuhe –, sondern dass Rheinland-Pfalz auch ein Naturstandort mit starken Wachstumskräften ist. Auf mindestens 17 % unserer Landesfläche befinden sich Naturschätze von europäischer Bedeutung, nämlich die Natura-2000-Gebiete. Diese wichtigen rheinland-pfälzischen Naturressourcen werden eben nicht durch Straßenbau oder konventionelle Landwirtschaft erhalten, sondern durch naturgemäße, zumindest aber verträgliche und behutsame Entwicklung, die eine Nutzung vielerorts ausschließt. Genau dafür brauchen wir in einem Landeshaushalt auch Mittel. Genau darauf müssen wir auch einen Blick werfen. Auch das ist ein Teil von Innovation.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umwelt- und Naturschutz erleben wir bei Ihnen eher wie Feigenblätter, aber es müssten Lorbeerblätter werden. Sie dürfen nicht nur notdürftig Bereiche abdecken, sondern Sie müssen auch dort, wo das notwendig ist, über gesetzlich vorgeschriebene Mindeststandards hinausgehen. Das sage ich ganz platt: Das gibt es nicht für „um-

me“, sondern da muss man Hirnschmalz und Finanzen hineinstecken. Dafür werden wir uns engagieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch im Bereich der Energiepolitik steckt ein enormes Innovationspotenzial. Wir sind der Meinung, Rheinland-Pfalz braucht ein klares Klimaschutz- und Energieprogramm. Bisher wird das Potenzial der erneuerbaren Energien nämlich nicht optimal ausgeschöpft. Dafür sorgen schon die Herren auf dieser Seite und im Wirtschaftsministerium, wo die Bremser für solche Programme sitzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Förderung, die auf Bundesebene vorangebracht wird, darf nicht dazu führen, die Anstrengungen auf der Landesebene einzustellen, sondern sie sollte durch eigene Maßnahmen in diesem Land begleitet und potenziert werden. Ich sage Ihnen, nicht nur in Bezug auf den Klimaschutz und eine umweltverträglichere Energieerzeugung im eigenen Land ist ein solches Programm und ist eine solche Schwerpunktsetzung wichtig, sondern all diese Technologien entwickeln sich zu Exportslagern.

Herr Ministerpräsident, lassen Sie an sich das noch einmal vorbeiziehen, was uns in China und Japan begegnet ist. Dort ist man an Windenergieanlagen interessiert, und zwar massig. Dort ist man an anderen Energieerzeugungsmöglichkeiten interessiert, weil der dortige Energiebedarf so groß ist und weil die Chinesen wissen, dass sie dies nicht alles mit zentralen Kraftwerken versehen können. In Japan war das das Gleiche. In der Partnerregion Iwate gab es ein starkes Interesse an der Biomasseverwertung und an der Verwertung von Holz für die Energiegewinnung. Also wären wir doch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir diese Chancen nicht nutzen würden und wenn wir nicht darauf einen Hauptschwerpunkt der Innovation in diesem Land setzen würden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt – das will ich gar nicht verschweigen – natürlich gute Ansätze im Land. Das sind wissenschaftliche Einrichtungen wie der Umweltcampus in Birkenfeld, die Transferstelle an der Fachhochschule in Bingen, die Uni in Kaiserslautern und in Teilbereichen auch das IMM. Natürlich gibt es in diesem Bereich gute Ansätze, aber wir müssen diese Entwicklung puschen, wir müssen sie puschen, wir müssen diese Entwicklung in unserem Land puschen.

(Pörksen, SPD: Das tun Sie mit Ihrer Rede schon!)

Wir müssen sehen, dass die Landesregierung bei diesem Punkt nicht an einem Strang zieht. Wir brauchen angefangen bei der Biomasse eine Orientierung an der Biomassepotenzialstudie, das heißt, wir brauchen energische Schritte, wenn es darum geht, regionale Verarbeitungs- und Verteilungsstrukturen aufzubauen. Wir brauchen die Unterstützung von regionalen und lokalen Bündnissen der Lieferanten und der Versorger. Wir

brauchen jede Menge Grips, der sich in Forschungsansätzen und weiterem Forschungsbedarf mit spannenden Fragen beschäftigt, nämlich wie man Pufferspeicher für Strom aus Windkraft und Sonne schafft, weil da natürlich noch ein Nachteil in diesen Energieträgern liegt und da ein riesiger Bedarf bei den Unternehmen bis hin zu den großen Konzernen vorhanden ist.

Wie schaffen wir es, Stromnetze anzupassen? Wie schaffen wir virtuelle Kraftwerke aus dezentralen Anlagen? Möglich ist, all diese Punkte, bei denen es derzeit noch Schwierigkeiten bei der Einspeisung gibt, durch eine Kooperation von Erzeugung und Wissenschaft zu lösen und zu entwickeln. Hier sind unsere Chancen. Wir müssen sie nutzen. Aufgabe der Landesregierung ist es, das zu unterstützen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Innovation im Verkehrsbereich müsste auch ein Thema werden. Mir sind die Bilder aus China und Japan noch sehr präsent. Was passiert, wenn die Chinesen die gleichen Mobilitätsbedürfnisse wie wir entwickeln? Ich will nicht nur über die Klimabelastung reden. Ich kann mir durchaus vorstellen, welche Konsequenzen das direkt vor Ort hat. Dann geht nämlich nichts mehr. Deswegen müssen wir im Verkehrsbereich nicht nur einseitig auf den Straßenbau setzen, wenn es um die Entwicklung im Verkehrsbereich geht,

(Creutzmann, FDP: Das wird doch gar nicht gemacht!)

sondern wir müssen Wissenschaft und Praxis daransetzen, um auch hier innovative und moderne Dienstleistungsangebote hinzubekommen, anstatt auf die alte Struktur zu setzen, nämlich: Wir bauen Straßen, und damit schaffen wir Wachstum. – Das ist es eben nicht mehr. Es ist auch nicht ein Transrapid. Kein Chinese würde eine zweite Strecke dafür bauen. Wir brauchen andere Ideen.

Ich will Ihnen das noch einmal sagen. Gerade gestern haben Forschungsinstitute, nämlich das IBW an der Universität Karlsruhe und INFRAS in Brüssel, eine europaweite Studie über die Folgekosten des Verkehrs vorgestellt. Das ist etwas, was Sie ständig ausblenden, wenn Sie für Ihren Kurs des Infrastrukturausbaus argumentieren.

Diese Studie hat gesagt: Der größte Kostentreiber ist der Straßenverkehr. 83 % der Gesundheits- und Umweltkosten des Verkehrs gehen auf das Konto des Straßenverkehrs. Für Deutschland wurden die Folgekosten des Verkehrs in Höhe von 150 Milliarden Euro errechnet. Davon fallen 130 Milliarden Euro auf den Straßenverkehr.

Meine Damen und Herren, das sind Kosten, die laufen in Ihren Rechnungen nie mit. Solange wir nicht anfangen, diese Kosten mitzudenken, sind wir weder innovativ noch modern, umwelt- oder menschenverträglich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Hier würde ich etwas mehr Engagement des Finanzministers erwarten; denn unter einer Überschrift „Nachhaltige Finanzpolitik“ müsste auch eine nachhaltige Verkehrspolitik stehen. Wir wollen alle mobil sein. Wir müssen auch alle mobil sein.

Herr Creutzmann, es gibt aber intelligentere Lösungen als das, was Sie vorschlagen.

(Staatsminister Bauckhage: Sagen Sie einmal eine!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum letzten Punkt und zu einem unserer zentralen Anliegen, wo wir glauben, dass dieses Land beherzt nach vorn gehen muss. Neben Innovation, Forschung, Hochschule und Bildung brauchen dieser Landeshaushalt und dieses Land einen weiteren Schwerpunkt. Ich habe vorhin in einem Dialog mit Herrn Mertes ausgeführt, dass wir ein energisches Voranschreiten beim Ausbau der Betreuungsangebote benötigen. Wir wollen das besonders im Bereich der Betreuung der unter 3-Jährigen beherzt machen.

Wenn man, wie es Herr Mittler gestern gesagt hat, die Erwerbstätigenquote in Rheinland-Pfalz anheben und dazu kommen will, dass man die bestausgebildete Frauengeneration mit in den produktiven und erwerbsproduktiven Prozess hineinholen will, muss man diese Bedingungen verbessern. Sonst bleiben wir dabei, dass viele Frauen nicht in den Erwerbsprozess hineingehen können und von Transferleistungen abhängig sind, weil sie zu Hause angebunden sind. Dann bleiben wir dabei, dass wir Chancen für die Entwicklung von Kindern verpassen, weil sie gute Betreuungs- und Fördermöglichkeiten verpassen. Ich glaube, deswegen bleiben Sie auf dem halben Weg stehen, wenn Sie über die Verbesserung der Betreuungsangebote reden, aber die Betreuung der unter 3-Jährigen nur am Rand miterledigen wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen einen klaren Schwerpunkt setzen. Dort müssen wir vorankommen. Wir können uns nicht wie Herr Mittler an einem Ein-Satz-Zitat der Untersuchung des Berlin-Instituts festhalten und in die Tasche lügen und sagen: Darin steht doch, Rheinland-Pfalz würde die besten Betreuungsangebote bieten.

Schauen wir einmal genauer hin, sehen wir, dass im Berlin-Institut nur Kindergartenangebote betrachtet wurden. Von Angeboten für unter 3-Jährige, Hort- und anderen Angeboten ist keine Rede. Natürlich ist die Anzahl der im Kindergartenbereich zur Verfügung stehenden gut. Sie reicht aber nicht für die Bedürfnisse der Kinder, der Familie und der Unternehmen aus, die auf gut ausgebildete Leute zurückgreifen wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen, dieser Kraftakt wird sich rechnen. Die Kinderbetreuung gerade für die Kleinsten kommt allen zugute, und zwar den Kindern, den Eltern und der Gesellschaft insgesamt. Mittelfristig zahlt sich dies in direktem Geld aus. Ich will Ihnen nur noch einmal zwei Zahlen aus dem Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung nennen, das im August 2002 ver-

öffentlicht wurde. Dieses hat Folgendes errechnet: Wenn 1.000 Akademikerinnen mit einem Kind im Krippenalter durch den Ausbau der Kinderbetreuung wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, werden innerhalb kürzester Zeit 8,1 Millionen Euro Einkommensteuer und 10,4 Millionen Euro Sozialversicherungsbeiträge zusätzlich erbracht. Ich sage Ihnen nicht, was noch dazukommt, weil man zusätzliche Stellen einrichtet und natürlich Arbeitsplätze schafft. Wer die Erwerbsquote erhöhen, bestausgebildetste Frauen mit hineinnehmen und Kinder optimal fördern will, muss in diesen Bereich investieren, und zwar nicht zögerlich, sondern entschlossen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Mittler, Herr Bauckhage, Herr Beck, Sie wissen wahrscheinlich selbst ganz genau, dass der Haushalt kein großer Wurf ist, nicht einmal ein kleiner. Nicht umsonst haben Sie die Haushaltsberatungen mit Ihrer Regierungsmehrheit verhindern wollen.

(Hartloff, SPD: Verhindern wollen! – Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Sie wollten intensive Haushaltsberatungen verhindern. Nichts anderes war Ihr Bestreben. Entschuldigen Sie bitte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD – Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Die Kollegin Frau Thomas hat das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Betroffene Hunde bellen. So ist das. Sie waren die ganze Zeit still.

Herr Geschäftsführer, ich habe Sie in dem Punkt doch einmal getroffen. Sie waren einer der Vollstrecker in diesem Bereich. Die Blamage soll mit einem Schnelldurchgang und einer Etatabstimmung, von der Sie hoffen, dass sie im Vorweihnachtstrubel untergeht, klein gehalten werden.

(Frau Grützmaker, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ist es!)

Ihnen fällt zur Gestaltung einer zukunftsgerichteten Landespolitik außer dem, was an Visionen und Zielen formuliert wurde, konkret in Ihrem Haushaltswerk nichts Weiteres ein. Sie verweisen, verschieben, beschönigen und ducken sich vor den tatsächlichen Problemen weg.

Herr Schwarz, ich habe Ihnen einige genannt. Der permanente Streit in der Koalition tut sein Übriges.

(Creutzmann, FDP: Hör! Hör!)

Meine Damen und Herren, für die drängenden Zukunftsaufgaben, sei es in der Kinderbetreuung, an den Hochschulen oder bei der Ökologie, haben Sie nichts mehr zuzusetzen. Hier werden wir Sie einiges lehren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Wir haben weitere Gäste im Landtag, und zwar Mitglieder des SPD-Ortsvereins Achtelsbach und Hausfrauen aus Sonnenberg-Winnenberg sowie Schülerinnen und Schüler der 12. Klasse, Leistungskurs Sozialkunde, des Albert-Schweitzer-Gymnasiums Kaiserslautern. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, FDP:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Thomas, zunächst vielleicht zur Aufmunterung eine kleine Geschichte. Vor nicht allzu langer Zeit hat eine deutsche Wissenschaftlerin eine Untersuchung im Rahmen ihrer Habilitation vorgenommen und Koalitionen in Deutschland miteinander verglichen. Ich kann mich noch gut daran erinnern, sie hat eine genaue Analyse der bestehenden Koalitionen in Deutschland vorgenommen. Das Ergebnis hat mich persönlich nicht verblüfft. Auch da war Rheinland-Pfalz Spitze.

(Beifall bei FDP und SPD)

Das Ergebnis war klar und eindeutig – zum einen, was die menschliche Zusammenarbeit anbelangt, was den Erfolg anbelangt, was die gemeinsamen Politikkonzepte anbelangt, eine Reihe von Kriterien – mit Abstand die beste Koalition. Wenn Sie hier ständig dies so vor sich hertragen und den untauglichen Versuch unternehmen, Unstimmigkeiten in der Koalition hochzustilisieren, wird es langsam peinlich, weil jeder hier im Saal weiß, warum Sie das tun.

(Beifall bei FDP und SPD)

Dabei ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Dabei soll es zunächst einmal bleiben. Das war schon unangenehm und etwas peinlich. Jedenfalls ist es mir so vorgekommen.

Meine Damen und Herren, Sie gestatten mir, dass ich einiges zu den Rahmenbedingungen sage. Trotz der festgestellten leichten Herbstbelebung haben die Arbeitsämter in Deutschland im vergangenen Monat die höchste September-Arbeitslosigkeit seit sieben Jahren registriert. Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit sieht noch keine Besserungstendenz auf dem Arbeitsmarkt. Auch in Rheinland-Pfalz ist die Arbeitslosigkeit im September im Vergleich zum Vorjahresmonat leicht gestiegen, auch wenn es im Vergleich zum August einen spürbaren Rückgang gab. Besonders positiv – das

sollte man auch erwähnen – ist in Rheinland-Pfalz, dass vor allem jüngere Menschen wieder vermehrt Arbeit gefunden haben.

Trotz der weiterhin schwierigen Arbeitsmarktlage ist die wirtschaftliche Entwicklung, wenn man sich die Analyse anschaut, eher positiv. Die Konjunktur hat an Schwung gewonnen. Das Wachstum reicht jedoch noch nicht aus, um sich bereits jetzt positiv bei den Arbeitslosenzahlen bemerkbar zu machen.

Die zaghaften Ansätze für eine wirtschaftlich positivere Entwicklung schlagen sich natürlich auch noch nicht in einer verbesserten Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte nieder. Jahrelange wirtschaftliche Stagnation und hohe Arbeitslosigkeit haben dazu geführt, dass allen öffentlichen Haushalten – Bund, Ländern und Gemeinden – die Einnahmen weggebrochen sind. Wir wissen das; wir haben das leidvoll erfahren.

Die Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte in Deutschland wird sich erst dann verbessern, wenn durch Reformen die Konjunktur- und Beschäftigungskrise überwunden wird.

Wir brauchen in Deutschland die Kraft der Erneuerung. Erste Reformen werden auf den Weg gebracht. Ich hoffe in diesem Zusammenhang, dass die Umsetzung von Hartz IV erfolgreich sein wird.

(Beifall bei FDP und SPD)

Kaum jemand bestreitet, dass weitere, auch schmerzhaftere Reformen folgen müssen.

Meine Damen und Herren, da die weggebrochenen Einnahmen alle öffentlichen Haushalte treffen, überrascht es nicht, dass auch die Aufstellung des Doppelhaushalts 2005/2006 in Rheinland-Pfalz in der Tat nicht einfach war. Wo war sie schon einfach? Wir haben die Haushaltsberatungen im Bund verfolgt. Ich habe sie im Übrigen auch in Hessen verfolgt. Ich habe auch die Reden meiner Kollegen gelesen. Darauf komme ich noch zurück.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplans ist die Einnahmenseite weitgehend unserem Einfluss entzogen. Aber wir können und werden durch die Fortsetzung des Sparurses den Weg der Haushaltskonsolidierung im Land fortsetzen. Wir können und werden finanzpolitische Prioritäten setzen, um in Rheinland-Pfalz die Wachstumskräfte zu stärken und damit Beschäftigungsimpulse zu geben.

(Beifall bei FDP und SPD)

Daran misst die FDP-Fraktion den vorliegenden Haushaltsentwurf. Alle staatlichen Aufgaben müssen auf das notwendige Maß reduziert werden, um die notwendigen Kernaufgaben finanzieren zu können.

Aufgaben, die noch gestern nachvollziehbar politisch positiv bewertet wurden, müssen heute und wohl auch in der Zukunft nach anderen, und zwar nach härteren Kriterien beurteilt werden. Wir müssen uns immer darüber im Klaren sein, dass fast alle politischen Entscheidungen,

die heute getroffen werden, nicht nur die jetzige Generation betreffen. Unsere Entscheidungen wirken fort und beeinflussen die Rahmenbedingungen für die kommenden Generationen. Unsere Zukunft wird also in der Gegenwart gestaltet.

Meine Damen und Herren, der notwendige Umbau der öffentlichen Haushalte ebenso wie der sozialen Sicherungssysteme kann und wird – ich bin optimistisch – die Voraussetzungen für die Gesundung unseres Gemeinwesens schaffen. Es wird unseren Kindern und Enkeln eine gestaltbare Zukunft aus ihrer eigenen Verantwortung ermöglichen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktion ist überzeugt davon, dass es möglich ist, den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit von Umbau- und Sparmaßnahmen zu vermitteln, wenn sie breit angelegt, ausgewogen und nachvollziehbar vermittelt werden.

(Beifall bei der FDP –
Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Es wird funktionieren. Ich bin fest davon überzeugt. Im Übrigen müssen sie entscheidungsstark und konsequent umgesetzt werden. Zu diesem Thema haben wir heute das eine oder andere gehört.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es unsere politische Aufgabe, die Ausgabenseite so zu gestalten, dass die übergeordneten politischen Ziele erfüllt werden. Entsprechend den am 14. September im Ministerrat beschlossenen Eckwerten enthält der Doppelhaushalt 2005/2006 nur geringe Ausgabensteigerungen in Höhe von 0,3 % – wir rechnen die Universität Mainz einmal heraus – bzw. 0,8 %. Damit unterschreitet Rheinland-Pfalz die im Finanzplanungsrat verabredete Obergrenze von jahresdurchschnittlich 1 %. Rheinland-Pfalz leistet somit seinen wichtigen Beitrag zur Einhaltung der Defizitgrenze des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Für die FDP-Landtagsfraktion ist dies von großer Bedeutung.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, viele Einspareffekte gehen auf die Sparbeschlüsse vom November 2002 zurück. Wir erinnern uns: Die FDP-Fraktion hatte sie mit gefordert, sich immer konsequent zu ihnen bekannt und dazu beigetragen, sie ohne Abstriche durchzusetzen. Das war kein einfaches Unterfangen.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP-Fraktion hat Führungsstärke gezeigt, und der Erfolg und die Akzeptanz dieser Maßnahme in der Bevölkerung hat ihr Recht gegeben.

Wie vorausschauend die Sparbeschlüsse von 2002 waren, zeigt sich in den erzielten Basiseffekten des Nachtragshaushalts 2003 und im Vollzug des Haushalts 2004. Die Sparbeschlüsse werden auch in dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2005/2006 fortwirken.

Die SPD/FDP-Koalition in Rheinland-Pfalz bewältigt die Folgen der dramatischsten Finanzkrise, die wir je in Deutschland hatten, besser als die meisten anderen Bundesländer.

(Beifall bei FDP und SPD)

So ist es im bundesweiten Vergleich alles andere als selbstverständlich, dass der vorgelegte Haushaltsplanentwurf 2005/2006 verfassungskonform ist. Eine Mehrheit der Bundesländer ist im Gegensatz zum wiederholten Mal nicht in der Lage, verfassungskonforme Haushalte vorzulegen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Nachbarland Hessen – mit Sicherheit kein ressourcenarmes Bundesland – verfehlt bereits zum vierten Mal die Verfassungsgrenze. Auch der Bund tut dies zum dritten Mal.

Die Koalition erreicht die Verfassungskonformität des Haushaltsplanentwurfs trotz der Einbeziehung der Auswirkungen der Steuerreform 2005 mit 250 Millionen Euro, trotz hoher Zuführungen – auch dabei bleiben wir – an den Pensionsfonds in Höhe von 160 Millionen Euro und 190 Millionen Euro und trotz des Stabilisierungsfonds für die Kommunen.

Trotz dieser Maßnahmen sind diese Haushalte verfassungskonform.

Ich räume ein, die Erreichung des Ziels ist schwierig und nur durch Einbeziehung – da machen wir kein Geheimnis draus – nicht steuerlicher Einnahmen erreichbar. In der derzeitigen Situation ist es aber nicht nur gerechtfertigt, sondern auch sinnvoll, die Einnahmелücken durch die Aktivierung von Vermögen zu überbrücken.

Andere Länder und Gebietskörperschaften verzichten auf Rückstellungen für die künftig rasant ansteigenden Vorsorgeaufwendungen ihrer pensionierten Beamten. Die Koalition in Rheinland-Pfalz hingegen hat bereits 1996 begonnen, mit dem Pensionsfonds Vorsorge zu treffen. Das ist und bleibt – auch wenn Sie es kleinreden oder nicht ganz verstehen – ein Erfolg der Koalition in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, einzigartig ist auch die Hilfe für die Kommunen durch das Verstetigungsdarlehen. Natürlich ein Darlehen; das sind keine Geschenke. Aber die Wirkung für die Kommunen ist äußerst positiv und wird von ihnen auch anerkannt.

Das Verstetigungsdarlehen ist eine Weiterentwicklung im Übrigen im Stabilisierungsfonds und ist eine sehr kluge und für die Kommunen segensreiche Einrichtung. Diese Hilfe führt zu Belastungen im Haushalt, die wiederum andere Bundesländerhaushalte nicht haben. Auch das muss man berücksichtigen, wenn wir von einem verfassungskonformen Haushalt sprechen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Leistung ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass sich die Steuermindereinnahmen im Zeitraum 2000 bis 2006 auf 600 Millionen Euro beziffern und im selben Zeitraum die Pensionsausgaben um 600 Millionen ansteigen, sodass sich allein daraus – das wurde schon erwähnt – eine Differenz von 1,2 Milliarden Euro ergibt.

Meine Damen und Herren, bei der Einordnung in den mittelfristigen Finanzplan von 2004 bis 2008 kann sich der ungefähr in der Mitte liegende Doppelhaushalt gut sehen lassen. Er liegt voll im Zielkorridor der Planung.

Ein wesentliches Ziel in der mittelfristigen Finanzplanung ist die Tatsache, dass die Ausgaben weniger wachsen als die Einnahmen. Die relative Steigerungsrate der Ausgaben ist nur halb so hoch wie die erwartete Steigerungsrate der Einnahmen.

In der mittelfristigen Finanzplanung verringert sich infolgedessen der Finanzierungssaldo deutlich, und die Nettokreditaufnahme wird – das sage ich bewusst – bis 2008 ebenso kräftig abgesenkt, wenn sich – das haben wir immer gesagt – die im Übrigen immer vorsichtig und seriös gemachten Prognosen erfüllen. Diesen Zusatz – wer kennt schon die Zukunft – muss man immer machen. Das haben wir auch gemacht.

Im Jahr 2002 hat niemand, auch niemand im Saal, diese Finanzkrise vorausgesagt. Diese Aussagen waren immer konditioniert und werden es logischerweise in der Zukunft immer sein.

Meine Damen und Herren, auch in dieser schwierigen Phase gelingt es uns, den notwendigen politischen Gestaltungsraum durch unsere Haushaltspolitik auszufüllen.

Hierzu zählt auch der Grundsatz: Gerade in schwieriger Zeit muss investiert werden. Es sind namhafte Investitionsquoten für 2005 und 2006 sowohl im Kernhaushalt als auch in den Landesbetrieben vorgesehen. Das sind Zahlen, wie sie in anderen Bundesländern nicht erreicht werden.

Die Nettokreditaufnahme im Konzern beträgt für 2005 – wie bekannt – 1,2 Milliarden Euro und für 2006 1 Milliarde Euro. Daraus ergibt sich aber immerhin eine gesicherte Differenz zur Verfassungsgrenze.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einige Anmerkungen zur bevorstehenden Steuerschätzung im November dieses Jahres machen.

Fällt sie ungünstiger aus – davon gehe ich aus –, so werden wir auch weiter auf einen verfassungskonformen Haushalt setzen. Auch dann werden wir darauf setzen. Ist sie dagegen günstiger, werden wir uns dafür einsetzen, dass die zu erwartenden Mehreinnahmen nicht zu Mehrausgaben, sondern zur Verringerung der Neuverschuldung heranzuziehen sind.

Warten wir ab. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen. Warten wir also diesen November zunächst einmal ab.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Die Schlussfolgerungen sind also folgende: Im Haushaltsplanentwurf 2005/2006 setzt die Koalition Schwerpunkte, der Sparkurs wird fortgesetzt, der Haushalt ist verfassungskonform.

Der Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung wird eingehalten, die Investitionen bleiben auf hohem, relativ gesehen, sogar auf sehr hohem Niveau. Dem Grundsatz von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit wird entsprochen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich muss eigentlich etwas zur Position des Landes im Vergleich zu anderen Bundesländern sagen, weil es heute Morgen mehrfach angesprochen wurde.

Sie gestatten mir, dass ich einiges im Zusammenhang wiederhole, weil es notwendig ist. Die vergleichsweise gute wirtschaftliche Situation von Rheinland-Pfalz ist das Ergebnis einer klugen Wirtschaftspolitik und richtiger finanzpolitischer Schwerpunkte.

Vergleicht man die Situation mit der wirtschaftlichen Lage anderer Bundesländer, stellt man schnell fest, dass Rheinland-Pfalz zu den wirtschaftlich erfolgreicherer Ländern gehört. Wir werden auch in Zukunft die Grundlagen für ein auskömmliches Wirtschaftswachstum und eine im Vergleich zu anderen Ländern geringere Arbeitslosigkeit schaffen können.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich kann – ich habe es heute Morgen wieder gehört und in den letzten Wochen vernehmen müssen – beim besten Willen kein Verständnis dafür aufbringen, wenn Sie auf öffentlichen Veranstaltungen und heute Morgen den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz wirklich ohne Grundlage schlechtreden, und dies mit mehr als dubiosen Begründungen, wie wir sie heute gehört haben.

(Beifall der FDP und der SPD)

Sehen Sie nicht, dass Sie mit Ihrer öffentlichen zur Schau gestellten und – gestatten Sie mir, dass ich das so hart sage – verzerrten Wahrnehmung dem Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz und damit seinen Bürgerinnen und Bürgern schaden könnten, wenn man Ihre Argumente wirklich ernst nähme.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, ich will zur Klarstellung der Verhältnisse einige Fakten vortragen. Ich nenne die Quellen dazu, deren Kompetenz und Bonität in der Tat unumstritten sind, auch wenn Andeutungen zu hören waren, als gäbe es Zweifel. Dann nennen Sie bitte einmal diese Zweifel an den Quellen, die ich noch einmal zum Teil auch wiederhole:

1. Rheinland-Pfalz nimmt bundesweit den zweiten Platz beim Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ein, vergleicht man nur die alten Bundesländer, sogar Platz 1.

2. Die „Wirtschaftswoche“ beziffert die Steigerung des BIP in Rheinland-Pfalz von 1997 bis 2001 mit 14,8 %. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 10,7 %.

3. Im Wirtschaftsdynamik-Ranking nimmt Rheinland-Pfalz nach Sachsen und Niedersachsen Platz 3 ein. Dabei werden 30 Indikatoren des Wachstums bewertet. Diese sind seriös.

4. In der Arbeitslosenquote reiht sich Rheinland-Pfalz auf Platz 3 nach Baden-Württemberg und Bayern ein. Der Abstand zu Hessen ist so groß wie schon lange nicht mehr.

5. Das „Handelsblatt“ und Prognos haben Mainz als eine der größten Wachstumsregionen in Deutschland identifiziert.

6. Beim Mittelstandsbarometer, das die Firma Ernst & Young ermittelt hat, belegt Rheinland-Pfalz in der regionalen Förderpolitik Platz 1.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, Mittelstandspolitik wird, wie diese Ergebnisse ausweisen, durch Wirtschaftsminister Hans-Artur Bauckhage glaubwürdig und erfolgreich vertreten. Hierfür sind wir ihm besonders dankbar.

Rheinland-Pfalz ist das Land des Mittelstands. Deshalb ist die Förderung der mittelständischen Strukturen unseres Landes vorrangiges Ziel und Ergebnis der Wirtschaftspolitik in Rheinland-Pfalz.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, Deutschland braucht Reformen. Das gilt gleichermaßen für den Bund, die Länder und die Kommunen. Wir brauchen Reformen, die diesen Namen verdienen.

Wir müssen langfristig denken und die Strukturen nachhaltig ändern. Nur wenn sich die einzelnen Reformen zu einem überzeugenden Gesamtkonzept vereinen, wird sich Vertrauen und die notwendige Durchschlagskraft für eine Redynamisierung der Wirtschaft entwickeln.

Die SPD/FDP-Koalition in Rheinland-Pfalz hat ihre Hausaufgaben gemacht. Rheinland-Pfalz ist Vorreiter bei der Modernisierung des öffentlichen Sektors. Die Modernisierung der Justiz- und der Finanzverwaltung, der Agrarverwaltung, der Forstverwaltung und die Neuausrichtung der mittleren Verwaltungsebene sollen hier als Beispiele genügen.

Andere ließen sich hinzufügen, etwa die Reformen im Kulturbetrieb, die von der FDP-Fraktion – das sage ich bewusst an dieser Stelle – nachdrücklich unterstützt werden. Wissenschaftsminister Professor Jürgen Zöllner geht genau den richtigen Weg zwischen Breitenförderung, etwa mit dem Kultursommer Rheinland-Pfalz, und der Spitzenförderung, etwa in der Theaterlandschaft, und im Übrigen auch der Nachwuchsförderung, die – wenn Sie es gelesen haben – keine Kürzungen mehr erfährt.

In einer wirtschaftlich schwierigen Phase mit hohen Arbeitslosenquoten und schleppender Konjunktur bewegt sich die Haushaltspolitik in der Tat auf einem schmalen Grat. Dem Gebot des eisernen Sparens steht die Verpflichtung gegenüber, politisch handlungsfähig zu bleiben. Deshalb müssen wir intelligent Ausgaben kürzen und dürfen die Konjunktur nicht zusätzlich schwächen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

An den notwendigen Stellen müssen wir nach Kräften investieren. Das bitte ich – das sage ich sehr freundlich –, vor allem auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu bedenken, wenn sie wieder, wie wir heute gehört haben, aus unserer Sicht abwegige Vorschläge unterbreiten, wie dies in den letzten Haushaltsberatungen der Fall war. In diesen Bereichen sind wir meilenweit auseinander. Aber ich habe Ihre Ausführungen heute Morgen gehört, und diese Hoffnung habe ich leider nicht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das habe ich nicht verstanden! –
Zurufe der Abg. Dr. Schmitz und
Creutzmann, FDP: Abwegig!
Abwegig!)

– Ich habe leider nicht die Hoffnung, dass Sie von Ihren abwegigen Vorschlägen Abstand nehmen werden. Sie sind nach unserer Einschätzung abwegig. Denken Sie einmal darüber nach, was damit gemeint ist.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu den Schwerpunkten der Reformen in Rheinland-Pfalz. Die Regierungskoalition in Rheinland-Pfalz setzt auch in Zeiten knapper Haushalte politische Prioritäten. Unsere politischen Schwerpunkte sind nachhaltig, das heißt, sie sind 2005 und 2006 vergleichbar und liegen auf der Linie mit denen der vergangenen Jahre. Die Bürgerinnen und Bürger können sich auf unsere Politik verlassen. Wir bilden Vertrauen. Dafür steht – das sage ich vor diesem Hintergrund ganz bewusst – in besonderer Weise der Ministerpräsident dieses Landes. Unsere politischen Schwerpunkte, mit denen wir die Zukunft für Rheinland-Pfalz erfolgreich bestreiten und im Wettbewerb mit anderen Ländern erfolgreich bestehen werden, bleiben unverändert:

- Bildung und Forschung,
- Mobilität, Infrastruktur sowie
- Innere Sicherheit.

Als vierten Bereich möchte ich die Verbesserung der kommunalen Finanzen ansprechen. Wir wissen, dass wir als Land eine Menge tun. Wir wissen aber auch – das soll an dieser Stelle noch einmal gesagt werden –, dass wir dringend eine Gemeindefinanzreform brauchen. Das Defizit der Gemeinden insgesamt beträgt 10 Milliarden Euro. Daher kann dieses Vorhaben in der Tat nicht auf die lange Bank geschoben werden. Dazu gibt es eine Reihe von Vorschlägen auch von unserer Seite, und wir brauchen dringend einen neuen Anlauf, damit wir dieses Problem nicht aus den Augen verlieren, auch wenn sich die Einnahmensituation der Kommu-

nen, wie gestern von Herrn Staatsminister Mittler verdeutlicht, verbessert hat. Dies darf aber nicht dazu führen, die Gemeindefinanzreform auf die lange Bank zu schieben.

In diesem Zusammenhang erwähne ich auch gern die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Verfassung von Rheinland-Pfalz. Dies ist in der Tat eine strukturelle Verbesserung zugunsten der kommunalen Haushalte. So kann man es sehen, und so sehen wir es.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf einen weiteren Schwerpunkt unserer Politik eingehen, nämlich Bildung und Erziehung. Der Finanzminister hat es gestern zu Recht hervorgehoben: Rheinland-Pfalz liegt auf Platz 1 der westlichen Flächenländer, wenn es um Betreuungsmöglichkeiten für Kinder geht.

Durch das neue Kindertagesstättengesetz haben wir 2002 neue finanzielle Anreize für die Träger geschaffen, um rechtzeitig auf den demographischen Wandel zu reagieren und die Chance zu nutzen, Ganztagsangebote, Hort- und Krippenplätze zügig auszubauen.

Der Ausbau einer qualitativ guten und auf die unterschiedlichen Lebenssituationen der Familien zugeschnittenen Kindertagesbetreuung ist – das sehen wir auch so – ein vordringliches politisches Ziel. Deshalb begrüßt die FDP auch im Grundsatz das Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG).

(Beifall der FDP und der SPD)

Wir halten jedoch die Finanzierung durch Hartz IV für keinen realistischen Weg der Umsetzung des TAG. Die von der Bundesregierung prognostizierte Entlastung der Kommunen von 1,5 Milliarden Euro steht auf tönernen Füßen. Wir begrüßen deshalb, dass diese Landesregierung mit einem entsprechenden Änderungsantrag im Bundesrat auf diese Tatsache hingewiesen hat.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, man sollte nach unserer Ansicht sehr offen über mögliche Finanzierungsalternativen nachdenken.

(Billen, CDU: Zum Beispiel?)

– Zum Beispiel konkret einen Vorschlag, den ich an dieser Stelle mache: Ein schrittweises Abschmelzen der Eigenheimzulage zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung hätte beispielsweise den Charme, dass man die demographische Entwicklung im zweifachen Sinne berücksichtigen würde:

(Hartloff, SPD: Kinderbett statt Eigenheim!)

- im Hinblick auf die Wohnungsbau-, Stadt- und Dorfentwicklungspolitik und
- im Hinblick auf die Förderung junger Familien.

Meine Damen und Herren, die strukturelle Unterrichtsversorgung in unserem Land ist gut. Vor allem im Be-

reich der berufsbildenden Schulen werden besondere Anstrengungen unternommen. Noch bestehende Defizite haben ihre Ursache nicht in fehlenden Mitteln und Stellen, sondern im Mangel an Lehrkräften. Das weiß auch die Opposition.

Die Ganztagschule in Rheinland-Pfalz läuft gut. Es gibt entsprechende Umfragen oder Befragungen, die dieses unterstreichen: hohe Akzeptanz bei Schülern, Lehrern und Eltern. Wir haben inzwischen 235 Ganztagschulen im Lande. Die Zahl wird noch über 300 gesteigert werden.

Meine Damen und Herren, wenn in diesem Zusammenhang Bundesbildungsministerin Bulmahn ausführt, dass alle wichtigen Anstöße zur Fortentwicklung des Bildungssystems in den vergangenen Jahren vom Bund gekommen seien, fehlen mir schlicht die Worte.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Die von ihr immer wieder genannte Ganztagschule ist nicht an Berliner Schreibtischen entwickelt worden, sondern hat von Rheinland-Pfalz aus ihren Weg gemacht.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Auch die Hochbegabtschulen in Kaiserslautern und Mainz, zukünftig auch in Trier und Koblenz, haben Vorbildcharakter für ganz Deutschland.

(Beifall der FDP und der SPD)

In Trier wird im nächsten Schuljahr eine weitere Hochbegabtschule umgesetzt, und 2006 wird Koblenz folgen.

Wir brauchen in Rheinland-Pfalz keine Ratschläge, wenn es um größere Eigenständigkeit von Schulen geht. Darin haben wir längst gehandelt.

Meine Damen und Herren, ich ärgere mich wirklich, aber in der Politik sollte man sich nicht jeden Tag erkennbar ärgern. Aber manchmal kann ich es auch nicht zurückhalten. Zentralistische Vorstellungen kommen leider nicht nur von der Bundesbildungsministerin, sondern ähnliche Stimmen sind in Berlin über die Parteigrenzen hinweg weit verbreitet. Ich sage in diesem Zusammenhang sehr deutlich: Die FDP-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag will keine von Berlin aus auf den Weg gebrachte Einheitsschule für alle Schüler in Deutschland. Das wollen wir nicht. Wir wollen den föderalen Wettbewerb, und Rheinland-Pfalz wird diesen Wettbewerb auch in Zukunft erfolgreich bestehen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, Niedersachsen schlägt mit dem Ausstieg aus der Kultusministerkonferenz einen Weg ein, der – ich sage es einmal vorsichtig – zu Recht kritisch hinterfragt wird. Dieser Vorstoß sollte jedoch nach unserer Einschätzung genutzt werden, da ähnliche Überlegungen schon auf dem Weg sind, um die avisierten Schranken und effizientere Strukturen aufzubauen. Vielleicht ist dies auch der Weg, um zu einem Kompro-

miss zu kommen. Ich sage voraus, es wird einen Kompromiss geben.

Dazu gehört auch die nach unserer Einschätzung notwendige Abschaffung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung mit ihrem bürokratischen Apparat. Die meisten ihrer Aufgaben sind überflüssig, andere könnten bei dieser Gelegenheit in eine reformierte Kultusministerkonferenz integriert werden.

Wir sollten die KMK auch nicht schlechter reden als sie ist. Nachdem sich viele Jahrzehnte in diesem Gremium möglicherweise zu wenig bewegt hat, verspüren wir zurzeit durchaus einen Aufbruch.

So bezeichnete der deutsche PISA-Forscher Jürgen Baumert, von dem ich im Übrigen sehr viel halte, kürzlich die neuen bundesweiten Bildungsstandards als eine Meisterleistung. Die Opposition wird gestatten, dass ich auch an dieser Stelle darauf hinweise, dass an der Entwicklung dieser Standards das Land Rheinland-Pfalz – wir können es Ihnen nicht ersparen – und auch die FDP-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, was ich auch gern sage, nicht unmaßgeblich beteiligt waren.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Wir danken auch der Ministerin für ihre sehr gute Arbeit.

Angemahnt hat Baumert eine Reform der Lehrerbildung mit einem stärkeren Praxisbezug. Auch auf diesem Gebiet darf sich Rheinland-Pfalz als Vorreiter sehen. In Zukunft wird vom ersten Semester an der Bezug zum Schulalltag gewährleistet, ohne dass es zu Abstrichen bei der fachwissenschaftlichen Ausbildung kommt.

Meine Damen und Herren, natürlich wird eine reformierte KMK auch dringend gebraucht. Föderalismus ist nämlich nicht mit Kleinstaaterei gleichzusetzen. Das kann es nicht sein.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Wettbewerb braucht auch in der Bildungspolitik einen vernünftigen Rahmen. Wichtig sind die wechselseitige Anerkennung von Schulzeugnissen, Bildungsabschlüssen, Zugangsberechtigungen zur Hochschule und nationale Bildungsstandards.

Die Mobilität von Familien muss in Zukunft nicht nur erhalten bleiben, sondern dort, wo sie etwas eingeschränkt ist, erleichtert werden. Das sind die Kernaufgaben einer Kultusministerkonferenz, die in Zukunft straffer und effizienter von den Ländern organisiert wird.

Innerhalb dieses Rahmens sollte jedes Land und – soweit möglich – jede einzelne Schule ihren Weg allein bestimmen. Wettbewerb führt zu Qualität, Zentralismus führt zu Nivellierung.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Das gilt auch für den Bereich der Hochschulen. Mit dem von uns geforderten und heute mehrfach angesprochenen, in der Koalition vereinbarten 125-Millionen-

Hochschulprogramm für die kommenden Jahre, also jeweils 25 Millionen pro Jahr, Herr Kollege Böhr,

(Hartloff, SPD: Man kann es nicht oft genug sagen!)

hat die SPD/FDP-Koalition den Wissenschafts- und Hochschulstandort Rheinland-Pfalz kräftig gestärkt, während andere Länder ihre Mittel für die Hochschulen kürzen.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich möchte noch zwei Bemerkungen dazu machen. Herr Kollege Böhr, zum einen garantieren wir, woran Sie Zweifel haben – Frau Thomas hat sich ähnlich artikuliert –, dass diese 25 Millionen Euro fließen werden.

(Böhr, CDU: Wohin?)

– In die Hochschulen. Sie irren sich in einer bestimmten Frage. Darüber können wir gern im Ausschuss reden. Sie irren sich, ich sage es Ihnen. Ich stehe dafür, andere stehen in diesem Saal auch dafür. Diese 25 Millionen Euro werden Jahr für Jahr fließen. Es muss Ihnen doch zu denken geben, dass die Hochschulpräsidenten unisono erst einmal nicht den geringsten Zweifel daran haben, dass wir sie mit diesem Programm, das mit ihnen erörtert wurde, rückhaltlos unterstützen. Da frage ich mich, warum man das Urteil dieser vielen Präsidenten unserer Hochschulen in Rheinland-Pfalz so gering einschätzt.

(Beifall der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, diese zwei Mal 25 Millionen Euro, gleich 50 Millionen Euro, wenn wir den Doppelhaushalt nehmen, gehen zusätzlich in die Grundausstattung. Diese wird verbessert. Das Profil der Hochschulen wird geschärft, und Spitzenleistungen werden gefördert.

Es steht mehr Geld für dringend benötigtes Personal in der Lehre im Interesse unserer Studierenden zur Verfügung. Erstmals schreibt das Land, was ich besonders charmant finde – im Übrigen über das hinausgehend, was die FDP selbst angeregt hat –, einen Wettbewerb „Lehre“ aus. Darüber kommt Dynamik hinein, und es werden Anreize geschaffen. Wir haben in der Tat einen großen Verbesserungsbedarf im Bereich der Lehre, obwohl sich schon viel getan hat. Aber ich halte diesen Wettbewerb für einen wirklichen Motor für mehr Qualität. Wir fördern Exzellenzen in Forschung und Lehre. Elite entsteht nicht aus der Retorte, wie man sich das manchmal in Berlin vorstellt, sondern Elite entsteht im Wettbewerb. Die rheinland-pfälzischen Hochschulen sind für diesen Wettbewerb gut gerüstet, besser gerüstet als vorher.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, so wird im Raum Kaiserslautern beispielsweise Informatikkompetenz auf Weltniveau gebündelt. Die Max-Planck-Gesellschaft hat sich in einem Wettbewerbsverfahren für die Ansiedlung eines neuen Instituts für Software-Systeme in Kaiserslautern

und Saarbrücken entschieden. Damit hat sich der Standort gegen Konkurrenz von so renommierten TU-Standorten wie Aachen, Darmstadt, Karlsruhe und München durchgesetzt. Das ist eine große Leistung.

(Beifall des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal eine Bemerkung machen. Es kommen seltsame Informationen. Es ist falsch, wie es von den GRÜNEN behauptet wird, dass die Errichtung dieses Max-Planck-Instituts über Gebühr aus diesem Programm finanziert würde. Da hatte der eine oder andere vielleicht eine unbegründete Befürchtung. Dies wird nicht der Fall sein. Auch diese Befürchtung wollen wir zerstreuen.

Es ist schön, dass von diesem neuen Max-Planck-Institut in Verbindung mit der Technischen Universität Kaiserslautern und weiteren außeruniversitären Einrichtungen enorme Wachstumsimpulse ausgehen werden. Die Mittel für Bildung und Forschung sind Investitionen in die Arbeitsplätze von morgen. In Anlehnung an die Formulierung von Herrn Professor Dr. Zöllner, Wissen schafft Zukunft, möchte ich ergänzen: Wissen schafft Arbeit. Wissen ist der Rohstoff unseres Landes.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wissen ist aber noch mehr. Wissen schafft auch Freiheit. Bildung ist die elementare Voraussetzung für Freiheit, Toleranz und Leistungsfähigkeit des Individuums. Bildung schafft das ethische Gerüst für eine freie Gesellschaft. Gerade in einer immer komplexeren Welt geht ohne Bildung die Orientierung verloren. Auch vor diesem Hintergrund sollten wir die jüngsten Wahlerfolge extremistischer Gruppierungen sehen, die die FDP-Fraktion und Sie alle hier in diesem Saal sehr ernst nehmen.

Soziale Tugenden, Kenntnisse und Fertigkeiten sind die Grundlagen, damit die Bürger ihre Lebensentwürfe eigenverantwortlich gestalten können.

(Beifall der FDP)

Für uns Liberale ist Bildung Bürgerrecht, und es ist von uns maßgeblich mit geprägt worden, worauf ich stolz bin. Auch deshalb ist es richtig, dass wir in Rheinland-Pfalz der Bildung insgesamt einen so hohen Stellenwert einräumen.

Ich komme nun zur Infrastruktur und Mobilität. Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion unterstützt nachdrücklich, dass wir mit dem Doppelhaushalt 2005/2006 die Mobilitätsoffensive fortsetzen und dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur einen zusätzlichen Schub verleihen.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Infrastruktur und Mobilität sind für Rheinland-Pfalz lebensnotwendig. Infrastruktur und Mobilität sind der entscheidende Motor und eine unabdingbare Voraussetzung für Beschäftigung und Wachstum – manchen gefällt das nicht – und für die Ansiedlung für Unternehmen. Deshalb bleibt das Mobilitätsprogramm nicht nur erhalten, es wird verstärkt.

Der Landesbetrieb Straßen und Verkehr wird in beiden Haushaltsjahren bei den Zuweisungen namhafte Steigerungen erfahren. Für den Neu-, Um- und Ausbau von Landesstraßen stehen jeweils rund 90 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung. Man sollte nicht das eine gegen das andere ausspielen, wie es bei den GRÜNEN geschieht.

Es ist keine Alternative, hier in diesem Bereich zu sparen. Beides gehört zusammen. Wir wollen beides tun. Wir wollen die Infrastruktur stärken, wir wollen die Bildung entsprechend finanzieren und ihr einen entsprechenden Stellenwert zuordnen.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist gerade in unserem Flächenland Rheinland-Pfalz Voraussetzung, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können, auch wenn Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, jede Straßenbaumaßnahme ablehnen.

Als zukunftsgerichtete Investition ist auch das Engagement des Landes bei der Förderung von erneuerbaren Energien zu sehen. Auch da wird versucht, eine Schelle umzuhängen, die dort nicht hingehört.

Energie ist, wie wir alle wissen, nach den Arbeitskosten der größte Kostenfaktor in der Wirtschaft. Was die Kostenentwicklung bei der Energie angeht, so wissen wir, dass wir weltweit und in Rheinland-Pfalz ein Problem haben.

Wenn wir über Energie sprechen, wissen wir alle, dass wir über einen sehr komplexen Sachverhalt sprechen. Natürlich haben wir die Klimafrage, die mit den CO₂-Emissionen verbunden ist. Andererseits müssen wir sehen, dass aus Ländern, deren Industrieentwicklung außerordentlich stürmisch verläuft – wie erwähnt China oder Indien – gigantische Zuwächse an Energieverbrauch vermeldet werden. Die Preissteigerungen bei der Energie sind auch in Deutschland zu einem ernststen Konjunkturrisiko geworden.

Für den Bereich Energie, Technologie und Innovation sind die Landesmittel deutlich verstärkt worden. In diesem Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik von Minister Bauckhage ist ein echter Aufbruch zu verzeichnen, was uns sehr freut.

Wenn man sich vor Augen hält, dass seit 1998 der Staatsanteil am Strompreis infolge von Ökosteuern, EEG- und KWK-Gesetz von 25 % auf 40 % gestiegen ist, so muss es in Zukunft darauf ankommen, erneuerbare Energien gezielter und effizienter zu fördern. Ein Beispiel für ineffiziente Förderung hat kürzlich der wirtschaftspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Bernhard Braun, geliefert. Am 3. September hat er die Landesregierung aufgefordert, die Windenergie zu fördern, weil sie bereits Marktreife erlangt habe. Wenn etwas Marktreife erreicht hat, verbietet sich in einer Marktwirtschaft geradezu die weitere staatliche Förderung. Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, wie

sehr die Grünen in Rheinland-Pfalz auf Staatswirtschaft setzen, Herr Dr. Braun, wirtschaftspolitischer Sprecher.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD –
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nicht finanzielle Förderung, sondern
eine Baugenehmigung!)

Da sind Ihre Kollegen in Baden-Württemberg schon sehr viel weiter.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nicht finanziell, sondern beim Bauen!)

Da der Bund nach unserer Einschätzung über das EEG die Windenergie über Gebühr fördert, kommt es einem Aufruf zur Verschwendung von Steuergeldern gleich, wenn Sie zusätzliche Steuergelder des Landes einfördern.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Ich komme jetzt zu einem anderen Bereich der erneuerbaren Energien. Rheinland-Pfalz ist in der glücklichen Lage, in den Bereichen der Biomasse und der Tiefengeothermie klare Standortvorteile gegenüber anderen Ländern zu besitzen, die entsprechend genutzt werden müssen.

(Beifall der FDP)

Die Energiepolitik des Wirtschaftsministers hat deswegen besonders die Energiegewinnung aus Biomasse und Geothermie im Blick, nicht zuletzt auch deswegen, weil diese Energieformen im Gegensatz zur Wind- und Solarenergie grundlastfähig sind und damit zuverlässige Energiequellen darstellen.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt im Doppelhaushalt ist und bleibt die Innere Sicherheit. Die Koalition stellt die notwendigen Mittel für eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung bereit und wird den neuen Herausforderungen gerecht.

Die FDP-Fraktion folgt auch in diesem Bereich nicht den zentralistischen Vorstellungen, wie sie beispielsweise Bundesinnenminister Otto Schily immer wieder artikuliert. Auch da haben wir einen parteiübergreifenden Dissens. Der rheinland-pfälzische Justizminister Herbert Mertin hat zu Recht darauf hingewiesen, dass derjenige die Beweislast trägt, der eine Verlagerung von Kompetenzen will. Bisher ist man den Beweis schuldig geblieben, dass eine Terrorabwehr zentralistisch organisiert wirksamer läuft. Vor dem Hintergrund der zurzeit geführten Diskussionen warne ich vor überzogenen zentralistischen Forderungen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP)

Minister Mertin hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass wir nicht mit einem grenzenlosen Streben

nach Sicherheit die Freiheit aufs Spiel setzen dürfen. Mir sind jene Personen zutiefst suspekt, womit ich nicht bestimmte Personen meine, die Panik verbreiten, um die Freiheit scheinbarweise kassieren zu können. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall der FDP und vereinzelt
bei der SPD –
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

In Rheinland-Pfalz haben wir die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gefunden. Das gilt auch für das Polizei- und Ordnungsbehördengesetz, unabhängig davon, ob jetzt noch einmal das Gesetz an der einen oder anderen Stelle präzisiert wird, wovon ich ausgehe, dass wir es tun werden.

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal darauf hinweisen, dass die Landesregierung im Bereich der Personalausgaben einen Kurs fährt, der sehr hart ist. Das geschieht mit der geforderten Effizienzdividende von 1,8 %. Das ist der richtige Weg, der alles andere als leicht ist.

Zur Beglaubigung der Anstrengungen, Personalkosten einzusparen und Bürokratie abzubauen, nenne ich in Kürze folgende Projekte:

Bei der Reform der Mittelinstanz können wir belegen, welche Personalkosten eingespart werden. Die Umsetzung der Agrar- und Forstreform ist mit dem Ziel zu nennen, Dienststellen und Personal einzusparen. Die schon erwähnte Finanzverwaltungsreform und die Reform der Katasterämter gehören dazu. Das könnte man weiter fortsetzen. Das Besondere an diesen Reformen in Rheinland-Pfalz ist, dass es der Landesregierung jeweils gelungen ist, im Einvernehmen mit den Mitarbeitern einen erheblichen Konsens herbeizuführen, um soziale Härten bei diesen Reformmaßnahmen zu vermeiden. Das ist ein Stück Verlässlichkeit bei dieser Politik in Rheinland-Pfalz, bei der Politik der Koalition.

Um das Paket der Reformmaßnahmen abzuschließen, weil wir über den Haushalt reden, verweise ich noch einmal auf die gelungene Optimierung des Haushaltsplans selbst. Er ist inhaltlich und formal vereinfacht und damit verbessert worden. An qualitativer Verbesserung hebe ich besonders die Kosten-Leistungs-Rechnung und die Leistungsvereinbarungen hervor. Mit ihnen wird eine stärkere Ausrichtung an politischen Zielen und an den ihnen entsprechenden administrativen Leistungen vorgenommen.

Meine Damen und Herren, wie sind die Zukunftsaussichten für unser Land insgesamt zu beurteilen? Wir beurteilen die Zukunftsaussichten für unser Land vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fakten insgesamt optimistisch.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Dass dies auch die Menschen in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus so sehen, lässt sich beispielsweise an demographischen Studien ablesen. Das schon erwähnte Berliner Institut für Weltbevölkerung will ich nicht noch einmal bemühen. Wenn man das subsumiert, steht

unser Land bezüglich der Zukunftsaussichten hervorragend da.

Der Wettbewerb wird sich in den kommenden Jahren verschärfen, in unserem Land zwischen den Regionen, in Deutschland zwischen den Bundesländern, in der EU zwischen Staaten und weltweit. Rheinland-Pfalz stellt sich dem Wettbewerb. Wir wollen mindestens so erfolgreich sein wie Bundesländer, die im Moment noch vor uns stehen. Das sind nicht mehr viele. Wir haben guten Grund, optimistisch zu sein.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Wenn wir uns über Zukunftsaussichten Gedanken machen, müssen wir jene Tatsachen besonders in den Blick nehmen, dass nämlich der Wettbewerb bereits in den Elternhäusern, in den Schulen und in den Hochschulen entschieden wird. Ich möchte noch einige wenige grundsätzliche Bemerkungen machen.

Mit unseren enormen Investitionen in das Bildungssystem stärken wir die Chancen der jungen Generation. Die Gesellschaft kann dann aber auch erwarten, dass ihr die junge Generation dafür etwas zurückgibt.

Deshalb hielte ich es auch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten für richtig – da haben wir möglicherweise ein Sandkörnchen in der Koalition, aber auch das werden wir hinkriegen –, wenn die Hochschulen in unserem Land in Zukunft über die Einführung von nachgelagerten Studiengebühren entscheiden könnten. Von einem Akademiker, der auf der Grundlage einer guten und teuren Bildung, die von der Gesellschaft finanziert wird, heute viel Geld verdient, kann man erwarten, dass er einen Teil dieser Bildungskosten der Gesellschaft zurückerstattet. Das sollten wir von ihnen erwarten können.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Das ist die Kehrseite der Freiheit. Das ist die Verantwortung, dass jedem, der von den Leistungen der Gesellschaft profitiert, klar sein muss, dass er etwas zurückzugeben hat.

(Mertes, SPD: Die Bäckergehilfen zahlen den Kindergartenbeitrag zurück!)

Die Welt verändert sich ständig. Die Halbwertszeiten werden kürzer. Erfolgreich wird auf Dauer nur ein Land sein, das durch Forschung, Technologie und Innovation auf den Wettbewerb vorbereitet ist. Jeder andere Politikentwurf, der sich zum Beispiel gegen die Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur und damit gegen Arbeitsplätze richtet, hätte zu wesentlich schlechteren Ergebnissen in Rheinland-Pfalz geführt.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss und fasse zusammen:

Die zentralen Probleme –sehr hohe Arbeitslosigkeit, schwaches Wirtschaftswachstum, hoch verschuldete

Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden – bedrücken uns alle.

Unsere Antwort darauf ist die konsequente und unbeirrbar Fortsetzung einer soliden Haushalts- und Wirtschaftspolitik.

In der Haushaltspolitik verfolgen wir weiter die Ziele der Sparsamkeit, der Verfassungsmäßigkeit des Haushalts und der Förderung der notwendigen Investitionen sowie das Ziel, die Kommunen zu unterstützen.

Die Politik der SPD/FDP-Koalition ist seit vielen Jahren auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Die Schwerpunkte sind und bleiben Bildung und Forschung, Innere Sicherheit, Mobilität und Infrastruktur sowie die erwähnte Unterstützung der Kommunen, Wirtschaftsförderung, Energie und Technologietransfer und nicht zuletzt auch Bürokratieabbau.

Die FDP befürwortet das Haushaltsgesamtkonzept, die Leitlinien und die Eckwerte des Haushaltsplanentwurfs 2005/2006 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung. Trotz der schwierigen Situation sind die richtigen Schwerpunkte markant gesetzt worden. Damit ist der Haushaltsentwurf die richtige Antwort, die man in der aktuellen Situation geben kann.

Wir sehen die Zukunft unseres Landes positiv. Unser Leitmotiv heißt nach wie vor „Soziale Marktwirtschaft“. Wenn sich den Menschen eine verlässliche Zukunft erschließt, sind sie nach meiner Überzeugung bereit, sich einzubringen, mitzuziehen und die Kraft aufzubringen, unser Land weiter nach vorn zu bringen.

Meine Damen und Herren, in den kommenden Wochen werden wir unbeschadet der Zustimmung zum Gesamtkonzept die einzelnen Positionen der Einzelpläne sorgfältig auf ihre politische Plausibilität prüfen. Wir erwarten in den nächsten Wochen ebenfalls einen konstruktiven Dialog mit der Opposition.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Hammer:

Das Wort hat Herr Ministerpräsident Beck.

Beck, Ministerpräsident:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst beim hohen Haus für die Aufnahme der Beratungen zu diesem Doppelhaushalt bedanken, den die Landesregierung für die Jahre 2005 und 2006 vorgelegt hat. Ich bedanke mich für kritische Anmerkungen und will von vornherein sagen, dass wir sehr aufmerksam und sehr sorgfältig die Kritik an dem, was wir vorgeschlagen haben, aufnehmen und prüfen werden. Ich möchte aber auch genauso deutlich sagen, dass ich Wert darauf legen würde, dass ein Maß an Differenziertheit bei dieser Kritik dann auch hinsichtlich der von uns zu erwar-

tenden Reaktionen eingefordert werden darf, das letztendlich zu einem wirklichen Dialog führen kann.

Ich bedanke mich bei Herrn Kollegen Mertes und Herrn Kollegen Kuhn für die grundsätzliche Übereinstimmung mit den politischen Linien, die dieser Landeshaushalt ausdrückt, und ich bedanke mich dafür, dass eine Reihe von Positionen deutlich geworden ist, die meines Erachtens in der Tat in der Lage sind und auch notwendig sind, damit dieses Land Rheinland-Pfalz die Zukunft nehmen kann, die wir den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land schuldig sind.

Insoweit wollen wir das umsetzen, was Herr Kollege Mittler gestern in seiner Haushaltsrede deutlich gemacht hat. Wir wollen die Wirtschaftskräfte in Rheinland-Pfalz stärken, eine ganz zentrale Aufgabe in einer diffizilen konjunkturellen, nationalen und internationalen wirtschaftlichen Situation, und wir wissen, dass wir trotz der Schwierigkeiten, die wir finanzpolitisch haben, insgesamt in Deutschland und in allen Ländern und den Kommunen, dennoch in dieser Zeit die entscheidenden Zukunftsaufgaben anpacken müssen und fortführen müssen, soweit sie angepackt sind.

Das ist natürlich in besonderer Weise der Sektor der Forschung und der Wissenschaft. Das ist der Bereich der Schule und der Bildung. Zu diesem Bereich der Bildung zähle ich die berufliche Bildung ausdrücklich mit hinzu. Es war immer unser Ziel, berufliche Bildung und allgemeine Bildung als gleichwertig herauszustellen. Wir haben dies in den vergangenen Jahren miteinander erreicht, und wir wollen nicht, dass ein Zweig dieses Bildungssektors mangels Qualität oder mangels einer entsprechenden Menge an angebotenen Ausbildungsplätzen wieder zurückfällt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Es kann auch überhaupt keine Frage sein, dass die Mobilität einer Gesellschaft eine entscheidende Grundlage für ihren wirtschaftlichen Erfolg, aber auch für die Freiheit der Menschen darstellt. Deshalb unterstreiche ich in vollem Umfang, dass das, was wir uns zu Beginn dieser Legislaturperiode unter der Überschrift „Mobilitätsmilliarde“ vorgenommen haben, mit diesem Haushalt nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt sein wird, Herr Kollege Bauckhage. Das ist notwendig vor dem Hintergrund der Veränderung Europas. Nach dem Fall der Mauer und des Stacheldrahts, der uns geteilt hat, müssen wir die Ost-West-Verbindungen genauso leistungsfähig machen, wie die Nord-Süd-Verbindungen es vorher gewesen sind und wie schließlich auch dort die Substanz erhalten werden muss.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das gilt im Übrigen für alle Verkehrsbereiche. Ich denke, dass wir in Rheinland-Pfalz auf einen beachtlichen Mix hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur schauen können. Wir haben noch Bedarfe im Bereich des Bundesfernstraßenbaus. Wir konnten trotz der finanziellen Enge und trotz manchen Rückschlags – ich erinnere an die Maut-Debatte – doch erreichen, dass im Bundesverkehrswegeplan das Land Rheinland-Pfalz alles andere

als schlecht weggekommen ist. Wir werden dafür sorgen, dass dies auch in der Umsetzung so bleibt.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir konnten erreichen, dass hinsichtlich der weiteren Ertüchtigung unserer Wasserwege wichtige Investitionen in der Zukunft vorgenommen werden. Ich erinnere insbesondere an den Schleusenbau an der Mosel.

Ich möchte daran erinnern dürfen, dass wir mit dem Flughafensystem, das wir anstreben und zu dem wir die entscheidenden Grundlagen geschaffen haben, nämlich Frankfurt am Main und Frankfurt-Hahn, hinsichtlich der fliegerischen Anbindung unseres Landes, ergänzt durch Zweibrücken und ergänzt um manchen Verkehrslandeplatz, eine Situation haben, die auch hinsichtlich der internationalen Verkehre in der Zukunft entscheidende Perspektiven eröffnet. Es kommt darauf an, dass man auf allen Wegen gut erreichbar ist und dieses Land Rheinland-Pfalz seine zentrale Chance auch wirklich nutzen kann, nämlich eine Drehpunktfunction darzustellen, zwischen West- und Osteuropa, im Herzen Europas liegend, den Nationen und den Kontinenten, die mit uns kommunizieren, die mit uns ökonomisch zusammenarbeiten wollen, uns als entscheidenden Drehort anbieten, um Geschäfte in Europa machen zu können und natürlich umgekehrt aus Europa hinaus auch in diese Regionen der Welt hinein.

(Beifall der SPD und der FDP)

Denjenigen, die immer gesagt haben – ich gehöre dazu –, dass wir alles tun müssen, um anstelle einer einseitigen Ausrichtung auf den Straßenbau einen Mix an Verkehrsmaßnahmen und Verkehrsmöglichkeiten zu schaffen, können wir in diesem Land Rheinland-Pfalz sagen, dass in keinem anderen Land auch nur annähernd so viel in den Schienenverkehr investiert worden ist, wie dies für Rheinland-Pfalz gilt.

(Beifall der SPD und der FDP –
Creutzmann, FDP: So ist es!)

Das Zusammenwirken, das Versöhnen von Ökonomie und Ökologie ist in Rheinland-Pfalz an dieser Stelle in beachtlicher Weise umgesetzt. Wenn wir dieses Niveau halten, es an der einen oder anderen Stelle ergänzen und erreichen können, was hinsichtlich weiterer Schnellbahnverbindungen im pfälzischen Bereich über das Saarland nach Frankreich und über entsprechende Anbindungen nach Luxemburg auf dem Weg ist, sowie die über ein weiteres Schnellbahnnetz bereits vollzogene Anbindung über den Westerwald in den Kölner Raum, in den Norden und den Süden der Bundesrepublik und darüber hinaus, dann können wir davon reden, dass wir alles andere als Provinz im negativen Sinn des Wortes sind. Wir liegen mitten in einer Verkehrsinfrastruktur, die eine riesige Chance darstellt. Deshalb habe ich überhaupt keine Neigung, mich für das, was wir da gemacht haben, auch noch zu entschuldigen. Wir haben eine Menge auf den Weg gebracht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das, was weiterhin notwendig ist, wird auf den Weg gebracht, weil wir es unseren Kindern und Enkeln schuldig sind.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich glaube, dass es immer auch darum geht, die Situation so einzuschätzen und aufzunehmen, wie sie sich im internationalen Vergleich und aus nationaler und regionaler Sicht darstellt. Deshalb ist es richtig und wichtig, in dieser Situation den Gesichtspunkt der Inneren Sicherheit zu einem Schwerpunkt zu machen und in besonderer Weise zu betonen; denn wir alle wissen, dass manches, was derzeit die internationalen Voraussetzungen für eine gute Zukunft in Deutschland und Europa beeinflussen kann, nicht unmaßgeblich vom Erhalt der Sicherheit abhängig ist. Wir müssen eine potenzielle Gefahr – nicht in Rheinland-Pfalz; Gott sei Dank kann man da sagen – weltweiter terroristischer Bedrohung in unsere Betrachtungen und unsere Verantwortung mit einbeziehen müssen. Das ist nun einmal die Wahrheit. Wir müssen uns auf vielfältigste Weise damit auseinandersetzen, aber auch in der Art und Weise, dass wir in dem Rahmen, wie wir es können, Vorsorge im eigenen Land treffen, abgestimmt mit dem, was in Deutschland insgesamt notwendig ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Perspektive will ich diesen Zielsetzungen, die mit diesem Doppelhaushalt ausgedrückt werden sollen, hinzufügen. Es ist eine Perspektive, die sich nicht in großen Zahlen, aber in einer großen Anstrengung ausdrückt, die wir alle miteinander weiterführen sollten. Wir wollen und wir müssen – davon bin ich überzeugt – dieses Land zu einem Land machen, in dem bürgerschaftliche Verantwortung einen noch viel stärkeren Stellenwert einnimmt, als dies heute schon der Fall ist. Die demographische Entwicklung in Deutschland, die auch an uns in Rheinland-Pfalz nicht vorbeigeht, wird uns dazu zwingen. Wir sollten nicht abwarten, bis wir zu Reaktionen gezwungen sind, sondern wir wollen und werden uns darauf vorbereiten und alles tun, damit Menschen, die sich engagieren, als beispielhaft herausgestellt werden, damit andere Menschen – dies erhoffen wir uns –, insbesondere junge Menschen, diesem Beispiel, für das Gemeinwesen, für die Gemeinschaft etwas Positives zu tun, folgen und gezeigt bekommen, das ist uns etwas wert, wert im immateriellen Sinn.

(Beifall bei SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Thomas, Herr Kollege Böhr, deshalb habe ich nur begrenzt Verständnis für die Polemik gehabt, die natürlich zu jeder Haushaltsrede mit dazu gehört, wir würden da „Festchen“ feiern und hier Preise übergeben. Ja, das werden wir weiter tun, weil wir den Menschen sagen wollen: Wenn ihr etwas für euer Gemeinwesen tut, dann wissen wir es anzuerkennen. – Ich bekenne mich ausdrücklich dazu.

(Beifall der SPD und der FDP –
Creutzmann, FDP: Sehr gut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und verehrte Kollegen, natürlich ist es nicht einfach, ein Zahlenwerk in die Zukunft hinein zu entwickeln, das zum einen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, diesen inhaltlichen Zielen und dem Gebot der Sparsamkeit gleichermaßen verpflichtet ist und zum anderen diese von mir vorhin angesprochene Diffizilität in der derzeitig aktuellen wirtschaftlichen Situation betrachtet.

Wir haben in Deutschland eine Menge geschafft. Wir haben noch manches vor uns. Aber dass wir miteinander eine Steuerreform auf den Weg gebracht haben, deren letzte Stufe zum 1. Januar des kommenden Jahres in Kraft tritt, was uns erneut erhebliche Einnahmeherausfälle in diesem Haushalt bringen wird, aber insgesamt doch dazu führt, dass am Ende die Leute, die am unteren Ende der Skala des Einkommens liegen, nur noch 15 % Steuer bezahlen müssen, und man dann, wenn man zwei Kinder hat und die Finanztransfers für diese Kinder mit eingerechnet bis zu 37.000 Euro keine direkten Steuern mehr in Deutschland bezahlen muss und wir auf der anderen Seite die Unternehmen erheblich entlastet haben, dann ist das etwas, das sich auf der Habenseite – in zunehmendem Maß zeigt sich dies auch an Konjunkturdaten – niederschlägt und seine Wirkungen nicht verfehlt.

Ich bin schon dankbar dafür, dass Herr Kollege Mertes vorhin noch einmal deutlich gemacht hat, dass es diese Steuerreform – dies sage ich jetzt einmal mit aller Unbescheidenheit – ohne dieses Land Rheinland-Pfalz und seine vermittelnde Wirkung und Interventionen nach beiden Seiten der damaligen Interessen so nicht gegeben hätte.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn gestern vermeldet wurde, dass die Krankenkassen in Deutschland auf eine Rücklage jetzt in einer Größenordnung von 4 Milliarden Euro blicken, und wir wissen, dass sie noch vor Jahresfrist ähnliche Größenordnungen – wir wissen die Zahlen nicht so genau; zumindest ich weiß sie nicht so genau – an Überschuldung und Kreditaufnahmen hatten, dann wird deutlich, dass das, was gemacht worden ist, was sich Gesundheitsreform nennt, offensichtlich nicht so daneben gewesen ist, wie viele gemeint haben, es darstellen zu müssen. Die Wirkungen kommen. Ich bin hoffnungsfroh, dass sie auch dergestalt kommen, dass die Beiträge jetzt sinken und damit das erreicht wird, was wir erreichen wollten, nämlich die Nettoeinkommen der Menschen verbessern und auf der anderen Seite gerade arbeitsintensive Betriebe – Stichwort „Mittelstandspolitik“ – im Bereich der Lohnzusatzkosten entlasten.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

– Herr Kollege Dr. Altherr, es ist wohl wahr, dass es ein Werk war, an dem gemeinsam gearbeitet worden ist.

Es ist aber wohl auch wahr, dass mancher Teile dieser Reform geboren hat und sich hinterher zur Vaterschaft

nicht mehr bekennen wollte. Ich erinnere an die 10 Euro Praxisgebühr und anderes mehr. Sei es drum.

Die Wirkungen, die eintreten sollten, treten ein, und es wird niemand ernsthaft behaupten, dass die Gesundheitsversorgung und -vorsorge in Deutschland in den vergangenen knapp zehn Monaten schlechter geworden ist. Das wird niemand ernsthaft behaupten. Also: Wir mussten Reformen vornehmen, auch im Bereich der Altersvorsorge, und da steht auch noch mancher Schritt bevor. Es gibt unterschiedliche Konzepte. Man wird die Diskussion abzuwarten haben.

Ich bin aber durchaus hoffnungsfroh, dass wir als Land Rheinland-Pfalz und natürlich auch bundesweit unseren Beitrag leisten und insgesamt die Aufgabe erfüllen können, diese Reformen umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich an die Frage der Arbeitsmarktreformen denke, dann hoffe ich sehr, dass die zweieinhalb Monate, die uns noch bleiben, bis Hartz IV in Kraft tritt, weiterhin so wie bisher in Rheinland-Pfalz genutzt werden. Ich kann Frau Kollegin Dreyer nur danken für die Art und Weise, wie sie mit diesem Thema umgegangen ist. Zu Zeiten, als man sich anderswo noch um Grundsätze gebalgt hat, hat man in Rheinland-Pfalz den Kontakt zu den Kommunen gesucht. Ohne große Verwerfungen ist es möglich gewesen, dass die beiden kommunalen Gebietskörperschaften, die von der Optionslösung Gebrauch machen wollten, dies auch konnten. Zwischenzeitlich ist es so, dass in den anderen kommunalen Gebietskörperschaften die Arbeitsgemeinschaften in einem fortgeschrittenen Stand der Vorbereitung sind, sodass wir die Hoffnung haben können, dass zum 1. Januar 2005 die notwendigen Schritte getan sind und diese von allen politischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland gewollte neue Organisation des Arbeitsmarkts geschaffen worden ist.

Ich bin davon überzeugt, dass wir am Ende den Menschen helfen werden, weil wir es nicht mehr zulassen dürfen, dass ein Teil der Menschen, die von der Sozialhilfe leben, aus dem Blickpunkt der Bemühungen um Arbeitsplatzvermittlung herausgerät. Das darf schlicht und einfach nicht mehr sein. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten. Frau Thomas, ich unterstreiche das; denn wir nehmen das sehr ernst. Wir müssen auch den Frauen, die mit Kindern sitzen gelassen worden sind, die vorher überhaupt keine Alternative als die Sozialhilfe hatten, wieder eine Chance geben. Wir dürfen nicht Menschen verlieren. Wir dürfen nicht junge Leute einfach abschreiben, die noch nie etwas Konstruktives in ihrem Leben getan haben, weil das Elternhaus versagt hat, weil sie selbst versagt haben oder weil es an einer Kombination von vielen Gründen liegt. Wir dürfen nicht zulassen, dass für diese Menschen ein Leben in der Sozialhilfe vorprogrammiert ist und die anderen dafür bezahlen. Außerdem machen diese Leute dann Ärger. Das ist zwangsläufig damit verbunden. Damit musste Schluss gemacht werden, meine Damen und Herren. Damit wird jetzt Schluss gemacht in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben eine Menge auf den Weg gebracht. An der einen oder anderen Stelle zeigt sich, dass das, was vorangebracht worden ist, uns durchaus auch im konjunkturellen Bereich weiterbringt und damit auch beim unbedingt notwendigen wirtschaftlichen Wachstum, das wir drei Jahre lang – zumindest in nennenswerten Größenordnungen – in Deutschland vermisst haben.

Ich habe gerade die gestrige Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ vor mir liegen. In einem Artikel macht der BDI deutlich, dass für das Jahr 2005 ein Anziehen der Konjunktur erwartet werde.

Außerdem liegt die heutige Ausgabe der „Financial Times Deutschland“ vor mir. Das ist kein Blatt, das verdächtigt werden könnte, der jetzigen Berliner Regierung besonders nahe zu stehen. Vielleicht erinnern Sie sich daran, dass die „Financial Times Deutschland“ die Zeitung war, die vor der vergangenen Bundestagswahl das Tabu gebrochen hat, die Wahl einer anderen Bundesregierung zu propagieren. Das ist also kein Blatt, das der sozialistischen Umtriebe verdächtigt werden könnte. Herr Kollege Jullien, ich sehe schon, wie Sie so schauen.

(Zuruf des Abg. Dr. Altherr, CDU)

– Wenn man die Misserfolge der Vergangenheit kritisiert, dann muss man auch bereit sein, die eingetretenen Erfolge zumindest zur Kenntnis zu nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich rate zur Lektüre dieses Artikels, weil dieses düstere Bild, das Herr Dr. Böhr heute Morgen verbreitet hat, hier viel aufgehellter dargestellt wird: Man sei dabei nachzukalkulieren und gehe davon aus, dass das Wachstum im ersten Quartal des Jahres 2004 höher als ursprünglich angenommen ausfalle. Diese Tendenz gelte weiterhin für das Jahr 2004. Es wird darauf hingewiesen, dass entgegen bisheriger Annahmen insgesamt in Deutschland im Juni 173.000 Menschen mehr als ursprünglich gemeldet gearbeitet haben. Die Korrektur geht auf drei Faktoren zurück – man höre und staune –, auf die Zahl von Minijobs, die Ich-AGs und die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs, die spürbar höher gewesen sei als bisher vermeldet, und zwar in einer Größenordnung von 0,3 %. Das sind 80.000 Stellen.

Ich rate also allen, denen der Himmel nicht düster genug sein kann, diese Seite auch einmal zu sehen. Sie wissen, dass es manchmal gut ist, wenn man den Regenbogen rechtzeitig erkennt, weil man sonst den neuen Bund mit Sicherheit verfehlt.

(Schmitt, CDU: Uiuuiuiui!)

– Das war biblisch gemeint. Ich habe gedacht, die Christdemokraten hätten das jetzt alle gleich drauf, aber ich muss dennoch darauf hinweisen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, bei der Binnenkonjunktur ist die Waage noch nicht in einer Bewegung hin zum Gu-

ten, wie wir es uns wünschen. Diese Feststellung hat diesen Haushaltsentwurf mit geprägt. Das will ich auch an einigen Zahlen deutlich machen.

Bitte gestatten Sie mir zuvor jedoch einen Blick auf die Fakten im Land Rheinland-Pfalz. Sie sind zwar schon einmal angesprochen worden, aber ich möchte sie dennoch wiederholen, weil Wiederholungen uns alle lehren. Deshalb ist es gut, wenn man es immer wieder tut, zumal die Aufnahmebereitschaft bei einigen Teilen dieses hohen Hauses begrenzt zu sein scheint.

Zum Wirtschaftswachstum: Dieses Land ist nicht, wie ständig behauptet wird, irgendwo am Ende. In den vergangenen beiden Jahren waren wir in der Spitzengruppe der Länder des Wirtschaftswachstums. – Quelle: Statistisches Amt des Bundes und der Länder.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn das, was Wirtschaftsinstitute – darunter McKinsey und andere – veröffentlicht haben, beispielsweise in der „Wirtschaftswoche“, die auch nicht dazu neigt, sozialdemokratische Regierungen übermäßig als positiv zu beschreiben – in all diesen Blättern wird die Rolle des Landes Rheinland-Pfalz beschrieben –, sind das Untersuchungen, die ein völlig anderes Bild wiedergeben als das, was heute deutlich geworden ist.

(Beifall der SPD und der FDP)

An dieser Stelle wäre ich dankbar, wenn wir den Teil, der sich auf die so genannten weichen Standortfaktoren bezieht, nicht damit abtun würden, es würden Ikebana-Kurse oder Ähnliches zusammengezählt. Wenn das Zusammenwirken von Bürgern und die Akzeptanzbereitschaft von Bürgern eine Rolle spielt – auch unter ökonomischen Gesichtspunkten –, dann sollten wir sagen, dass es Gott sei Dank so in Rheinland-Pfalz ist, nicht aber so wie an manch anderer Stelle, wo alles und jedes verhindert wird.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich weiß, dass eine hohe Exportquote immer auch mit Risiken verbunden ist. Ich sehe aber auch bezogen auf die Tatsache, dass wir nach Bremen deutlich höher als andere hinsichtlich der Exportquote dastehen, keinen Beleg dafür, dass unsere Unternehmen schlechter aufgestellt wären oder von diesem Land schlechter behandelt würden als anderswo. Das kann sicher nicht Ursache eines solchen Erfolgs sein.

(Beifall der SPD und der FDP)

So wichtig Großunternehmen wie die BASF, Daimler-Chrysler und Schott auch sind, wir haben auch viele Mittelständler, die über eine enorm hohe Exportquote verfügen.

Ich bin der Meinung, das zeugt von deren Kreativität und ihrer Innovationskraft. Das wollen wir erhalten, unterstützen und fortführen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Arbeitslosenquote will ich ebenfalls noch einmal erwähnen. Es ist zu Recht in Deutschland so, dass wir vieles von dem, was wir tun, und die Erfolge von Politik und Wirtschaft an der Arbeitsmarktsituation messen – das geschieht zu Recht –; denn ein Wirtschaftssystem, das viele Menschen nicht mehr mitnehmen würde, hätte einen entscheidenden Mangel. Deshalb muss das Streben nach einer guten Beschäftigung für die Menschen immer zentral sein.

Es ist aber auch eine Wahrheit, dass wir erneut in den vergangenen Jahren und erneut in allen Monaten dieses Jahres an drittgünstigster Stelle der Arbeitsmarktziffern in dieser Bundesrepublik Deutschland lagen und gegenüber den vor uns liegenden Bayern aufgeholt haben und den Abstand gegenüber Hessen vergrößert haben. Auch das zeigt, dass wir zumindest nicht auf einem so falschen Weg sein können, wie dies versucht worden ist, heute darzustellen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Das aufgreifend, was ich einleitend zur Bedeutung der beruflichen Bildung gesagt habe, will ich auch in diesem Fall auf die Ausbildungsquote hinweisen. Quelle ist die Bundesagentur für Arbeit. Nach Mecklenburg-Vorpommern steht Rheinland-Pfalz an zweiter Stelle. Wir werden miteinander, mit dem Instrumentarium des ovalen Tisches, mit der vereinbarten Lösung auf Bundesebene, die in Rheinland-Pfalz eine eigene Ausgestaltung hat, die wir – Herr Kollege Bauckhage, Frau Kollegin Dreyer, Frau Kollegin Ahnen und ich – gemeinsam mit den Unternehmen des Landes Rheinland-Pfalz unterschrieben haben, bis zum Ende des Jahres um jede junge Frau und um jeden jungen Mann ringen und versuchen, ihnen einen Ausbildungsplatz oder einen Praktikantenplatz zu verschaffen, um ihnen eine Chance zu geben, in das berufliche Leben hineinzufinden. Ich bin zuversichtlich, dass wir das auch in diesem Jahr wieder schaffen werden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich bin gern bereit, dass wir uns diesen Auseinandersetzungen, die immer nur im Vergleich etwas aussagen, stellen und wir uns diesbezüglich auch Ihrer Kritik stellen. Man darf aber diese Seite der Betrachtung, die aus harten Fakten besteht, nicht einfach ausblenden.

Meine Damen und Herren, uns liegen Beurteilungen der regionalen Förderpolitik der Länder vor. Man muss sich immer fragen, ob das, was man macht – zugegeben mit viel Steuergeld –, richtig ist und ob es Wirkung entfaltet. Offensichtlich entfaltet es auf der Seite der Arbeitsplätze Wirkung. Wir wissen alle, dass wir nicht aus der Ebene der Bundesrepublik Deutschland und Europas einfach ausscheren und sagen können, bei uns ist die Welt völlig heil und in Ordnung, aber in Relation zu anderen haben wir eine Menge erreicht. Bei den Ausbildungsplätzen ist das offensichtlich auch der Fall.

Wenn ich mir dann das so genannte Mittelstandsbarometer ansehe, zeigt sich, dass in Rheinland-Pfalz, befragt vom Institut Ernst & Young, eine Zustimmung zur Förderpolitik und zur Unterstützung vorhanden ist, die nach Schulnoten bemessen bei 2,73 liegt. Befragt wor-

den sind 1.600 mittelständische Unternehmen. Nach uns kommt Sachsen mit 2,71. Das geht dann weiter mit Baden-Württemberg, das bei 2,39 liegt. Die Zustimmung in einer Quote, die nach oben bis fünf positiv gestaffelt ist, ist so, dass Rheinland-Pfalz die beste Beurteilung, die beste Note bekommt. Offensichtlich sehen die Unternehmen auch, dass das, was wir tun, auf jeden Fall nicht daneben sein kann, sonst würden solche Untersuchungen nicht zu so einem Ergebnis führen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Zugegeben, über den Faktor „Wohlstandsindex“ mag man streiten können. Sicher ist es schön, in einer wunderschönen Landschaft zu leben, aber die Tatsache, dass wir dort hinter Bremen ebenfalls auf der zweiten Stelle liegen, zeigt zumindest, dass die Menschen in diesem Land nicht unzufrieden sind. Nicht unzufrieden zu sein, ist nicht nur ein Wert an sich, sondern das hat auch etwas damit zu tun, dass man gern hier lebt und man, wie wir hoffen, auch gern hier Familien gründet. Dies ist die entscheidende Grundlage für die Zukunft dieses Landes. Die Tatsache, dass viele junge Familien über die benachbarten Grenzen aus Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zu uns kommen, um hier zu leben, sich hier ein Häuschen zu bauen und damit Wohneigentum zu erwerben, vermag ich allenfalls als Kompliment, aber nicht als kritischen Punkt, wie das häufig geschieht, zu betrachten; denn da wird auch unser Schulsystem mitbewertet. Das darf man nicht außer Acht lassen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wenn wir bei der Gesamtbewertung der Zukunftsfähigkeit der Länder an drittbestigster Stelle rangieren, zeigt mir auch dies, dass wir auf dem Weg, den wir beschreiten, den wir beschritten haben und den wir weiter beschreiten sollten, nie stillstehen dürfen, sondern wir versuchen müssen, in zügigen Schritten voranzukommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will darauf verzichten, noch einmal darauf zurückzublicken, wer denn bei welchen Reformschritten wie Unterstützung geleistet hat. Ich will auch auf ein paar Zitate verzichten, die ich mir ursprünglich zum Stehen zu notwendigen Reformen vorgenommen hatte.

Herr Kollege Böhr, das, was Sie in einigen Zeitungsartikeln in den vergangenen Wochen, überwiegend in den Sonntagszeitungen, gesagt haben – ich habe sie vor mir liegen –, ist für mich nicht mit dem, was Sie eingefordert haben, zusammengehangen.

(Böhr, CDU: Tja!)

„Böhr, CDU: CDU muss sozialer werden.“ Das ist immer ein guter Vorschlag. Wenn sich das auf Hartz IV bezieht, habe ich mich gefragt, wie das in Einklang zu bringen ist mit der Forderung, die Sie heute Morgen aufgestellt

haben, dass wir das alles noch viel stringenter machen müssten.

(Böhr, CDU: Das ist ganz einfach:
Dass neben dem Fördern auch
das Fordern stehen muss,
dass Hartz IV – –)

– Da haben Sie völlig Recht.

(Böhr, CDU: Eben!)

– Sie haben das aber ein bisschen anders gesagt. Jetzt fordern Sie mich doch heraus. Sie haben gesagt, wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob wir auf Hartz IV noch draufsatteln.

(Böhr, CDU: Ja!)

Sie haben in Ihrem Interview nirgendwo etwas zum Schaffen von Angeboten gesagt. Das hat mich doch sehr nachdenklich gemacht. Mag sein, dass das vielleicht verkürzt in der Presse dargestellt worden ist. Das geht mir manchmal auch so.

(Böhr, CDU: Das habe ich vielleicht den
eigenen Parteifreunden gesagt, dass
nicht der Eindruck erweckt werden
darf, dass nach Hartz IV der Kahl-
schlag beim Kündigungsschutz
kommen soll!)

– Dafür bin ich sehr dankbar. Mir geht es wirklich um einen Dialog, weil ich der Meinung bin, dass wir uns die Kraft erhalten müssen. Auf geraume Zeit wird in Deutschland nur etwas bewegt werden können, wenn wir wegen der unterschiedlichen Mehrheiten in den beiden Bundeskammern einen Grundkonsens haben, wie wir das hinbekommen sollen. Wenn Sie sagen, das mit dem Kündigungsschutz ist nicht meine Ebene, das machen wir nicht, nehme ich dies gern zur Kenntnis, weil das zeigt, dass es da noch Felder gibt, wo man in Deutschland durchaus gemeinsam etwas bewegen kann. Das ist gar keine Frage.

(Beifall der SPD und der FDP)

Gestatten Sie mir, dass ich vor diesem Hintergrund zu den Haushaltsziffern zurückkehre. Es ist natürlich so, dass wir hinsichtlich der Einnahmen – das kann man nicht wegdiskutieren, Herr Kollege Mittler hat die Zahlen genannt, nämlich 600 Millionen Euro weniger, als wir noch vor zwei Jahren an Steuereinnahmen prognostiziert bekommen haben, die uns jetzt zur Verfügung stehen – vor einer riesigen Herausforderung stehen. Wir wollen uns aber gar nicht verstecken und haben auch nicht gesagt, da die Einnahmen so viel niedriger sind als ursprünglich erwartet, geben wir auf und sagen, nach uns die Sintflut, und wir legen einen nicht verfassungskonformen bzw. einen von den Ausnahmeregelungen der Verfassung geprägten Landeshaushalt vor. Wir haben versucht, Ihnen einen Haushalt vorzulegen, der den Maßgaben des Artikels 117 unserer Verfassung entspricht. Es liegt Ihnen ein Haushalt vor, der auch den EU-Stabilitätskriterien entspricht.

Auch das ist wichtig, weil wir nicht den Bund kritisieren können – dieser schafft es nicht –, wenn wir es selbst nicht schaffen würden.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vor diesem Hintergrund ging es darum, Sparbemühungen zu unternehmen, die nicht nirgendwo nachlesbar sind.

(Vizepräsidentin Frau Grützmacher
übernimmt den Vorsitz)

Wenn man nicht liest, liest man natürlich nichts – das ist wohl wahr –, was ich natürlich nicht unterstellen will. Wenn man liest, würde es mich wundern, dass man das übersehen hat.

Ich will Ihnen einige Zahlen nennen. Wir können sie im Laufe der Haushaltsdiskussionen noch sehr intensiv miteinander vertiefen. Sie wissen, dass wir im Herbst 2002 in einer Klausursitzung des Landeskabinetts und in diesem hohen Haus in Form eines Nachtragshaushalts – von den Etatberatungen im Jahr 2004 bestätigt – ein sehr hartes Sparkonzept vorgelegt haben.

Sollte es jemand vergessen haben, ich erinnere mich noch daran, dass ich zu Haushaltsberatungen hereingekommen und unter Galgen durchgelaufen bin, die nicht irgendjemand, sondern mir gegolten haben. Ich erinnere mich an Protestaktionen vor den Toren dieses hohen Hauses, an denen einige Damen und Herren, die mir direkt gegenüber sitzen, teilgenommen haben. Deren traurige Augen über diese Demonstrationen konnte ich zumindest in den Fernsehberichten nicht genau ausmachen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich an Veranstaltungen vor mehr als einem Jahr, in denen Leute mit Transparenten und Trillerpfeifen gegen die Einschnitte protestiert haben, die wir vorgenommen haben. Ich kann mich nicht erinnern, dass mir seitens der Opposition zu dieser Zeit jemand zur Seite gestanden und gesagt hätte: Das ist ungerecht. Wir wollen eigentlich noch mehr sparen. Es muss noch viel tiefer eingeschnitten werden. – Ich kann mich nicht erinnern, dass das so gewesen sein sollte.

Wir haben insgesamt gegenüber dieser Zahl 2002 – Sie brauchen immer eine Orientierung, sonst sind Zahlen sehr relativ – mit diesem Haushalt ein Einsparvolumen von 424 Millionen Euro vorgelegt,

(Creutzmann, FDP: Hört! Hört!)

davon im Bereich der Personalausgaben 133,661 Millionen Euro, im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben 60,817 Millionen Euro, im Bereich des Subventionsabbaus – von Frau Kollegin Thomas immer wieder gern eingefordert – einen Betrag von 98,378 Millionen Euro, dabei von den investiven Subventionen 57,592 Millionen Euro und den nicht investiven Subventionen 40,785 Millionen Euro.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Verehrte Frau Kollegin Thomas, Sie sagten: „Ihr müsst endlich einmal mit dem Subventionsabbau Ernst machen.“ Ich frage Sie ernsthaft: In welchen Größenordnungen wollen Sie hier noch hineinschneiden?

(Beifall der SPD und der FDP)

Sie wissen, dass in dieser Position die Hochschulen, die Kindergärten, die gemeinnützigen Initiativen, der Sport etc. enthalten sind.

Herr Kollege Braun, natürlich sind sie drin. Da muss man den Kopf schütteln. Wenn man sagt, hier müsst ihr weiter hineinschneiden, sage ich: Oh, Ohren spitzen, vielleicht kommt ein guter Vorschlag. – Wenn dann keiner kommt, muss ich sagen, dass ich das nicht akzeptieren kann.

(Beifall der SPD und der FDP –
Creutzmann, FDP: Sehr gut!)

Wir haben die übrigen nicht investiven Zuschüsse, die nicht Subventionen nach der Definition des Subventionsbegriffs in der Bundesrepublik Deutschland sind, in einer Größenordnung von 51,97 Millionen Euro zurückgeführt. Wir haben die übrigen Investitionsausgaben in den Hauptgruppen 7 und 8 – damit das für die Haushälter nachvollziehbar wird – um 64,9 Millionen Euro zurückgeführt. Aus dieser Position – es gibt noch ein Sammelsurium von vielen kleinen Einzelpositionen, die sich auf 10,757 Millionen Euro belaufen – ergeben sich 424 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, ich habe nichts dagegen, wenn Sie die Zahlen genauer haben und sich Zeit nehmen wollen. Ich habe es mir im Einzelnen auflisten lassen und kann die Zahlen auch auf die Hauptgruppen, auf jeden einzelnen Bereich und die Ressorts herunterbrechen. Es ist niemand ungeschoren geblieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es sind 424 Millionen Euro. Ich lasse mir gern sagen: Wir machen Vorschläge – es kann noch etwas drin sein –, aber nur, wenn diese nicht unserer Politik als Koalition zuwiderlaufen. Ich bitte um Verständnis, dass wir unsere Politik und nicht die anderer Leute weiterhin machen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich habe Ihnen – das ist ernst gemeint – erneut Gespräche angeboten. Diese Gespräche können zu solchen Ergebnissen führen. Wir schlagen keine Türen zu. Wir erwarten diesmal, dass nicht nur Wünsche geäußert werden, sondern auch an der einen oder anderen Stelle gesagt wird, wo eingeschnitten werden muss. Das ist unverzichtbar.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf einige entscheidende Orientierungspunkte dieses Doppelhaushalts noch einmal hinweisen. Es ist davon gesprochen worden, dass der Pensionsfonds eigentlich eine gute Sache wäre, aber die Art und Weise, wie er konstruiert sei, wurde kritisiert.

Ich finde, es wäre eine seltsame Verkürzung der Verantwortungssicht einer Regierung, wenn man einen eigenen rechtlich abgesicherten Fonds, der nicht einfach nach dem Motto angreifbar ist, es reicht im Haushalt nicht, dann holen wir einmal schnell 100 Millionen Euro heraus, nicht dazu nutzen würde, um dann, wenn man Kredite am Kreditmarkt aufnehmen muss, nicht zu schauen, ob man nicht bei seinem eigenen Fonds, der nicht Gewinne wie eine private Bank macht und nicht zusätzliche Kosten für die Verwaltung ansetzen muss, und der bei einer Verzinsung, wie sie sonst üblich ist, seine Substanz erhält. Das ist eine Betrachtung, bei der man sagen muss: So einfach ist das Leben nicht. Sie würden uns zu Recht nicht verzeihen, wenn wir es anders machen würden und mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler uns erlös umgingen.

Diese Positionen zusammen mit dem, was wir in den letzten Jahren und erneut in diesem Haushalt für die Kommunen in diesem Beistandspakt kreditieren – wir sind bereit, diesen dauerhaft fortzuführen –, sind erhebliche Größenordnungen.

Mit diesem Doppelhaushalt, über den wir reden, wird der Pensionsfonds auf 900 Millionen Euro angewachsen sein. Mit diesem Doppelhaushalt werden wir an die Kommunen Mittel in Höhe von 680 Millionen Euro kreditiert haben, die uns zustünden und die wir im nächsten Jahr verrechnen könnten. Mit den 680 Millionen Euro hätten wir Ihnen einen Doppelhaushalt vorlegen können, der ganz stolze Zahlen aufweist.

Ist es unser Recht, in einer solchen Situation so zu verfahren? Andere Länder tun es. Ich finde das nicht, weil das, was über den Zustand der Kommunen gesagt worden ist – die Übertreibung weggenommen –, tendenziell richtig ist. Sie sind in einer schwierigen Lage.

Wenn ich Wirtschaftsimpulse von unserem Haushalt über die hohe Kreditquote erwarte, muss ich versuchen, den Kommunen, die noch wichtigere Aufträge an die regionale und örtliche Wirtschaft geben, zu helfen, dass sie nicht ihre Investitionen so zusammenstreichen müssen, dass all die Effekte wieder zunichte gemacht werden, die durch uns und die bundesweite Politik angestoßen wurden. Deshalb tun wir das.

Es ist nicht so, dass man einfach sagen kann: Macht zusammen genommen 2,1 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt neue Schulden. – Diese 900 Millionen Euro stehen auf der Haben-Seite. Bei anderen Ländern sind diese nicht in der Rechnung enthalten. Wir haben nach wie vor bei den Kommunen ein Guthaben in Höhe von 680 Millionen Euro, die damit auf der Haben-Seite stehen, die aber nicht hereinkommen, weil wir dies aufgrund der gesellschaftlichen Verantwortung und der Verantwortung gegenüber der kommunalen Selbstverwaltung für richtig halten. Das darf man auch einmal sagen. Man muss essen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann habe ich erneut dieses Lied davon gehört, das diese Landesregierung, vor allen Dingen seit ich ihr vorstehe, zu den großen Schuldenmachern gehört. Ich werde nicht müde

– ich habe es Ihnen versprochen; versprochen ist versprochen –, Ihnen die Wahrheit immer wieder von diesem Pult aus zu sagen. Das, was dort behauptet worden ist, hat mit der Wirklichkeit nur sehr entfernt etwas zu tun. Der Mond ist auch ein Gestirn, aber er ist deswegen noch nicht die Sonne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den Jahren 1980 bis 1991 – da haben bekanntlich nicht wir regiert – sind die bereinigten Gesamtausgaben um 6,2 % gestiegen. Damals waren die Vorgaben des Finanzplanungsrates 3 %, also lagen sie in diesen elf Jahren um 3,2 % höher, als es der Finanzplanungsrat für verantwortlich gehalten hat. Dann schauen wir einmal auf die Kreditfinanzierungsquote. In den gleichen Jahren 1980 bis 1991 hatten sie im Durchschnitt eine Kreditfinanzierungsquote von 9,3 %. Schauen wir auf den nächsten Zeitraum, in dem wir jetzt die Verantwortung haben. Dort kommen wir – den jetzt vorliegenden Haushalt einbezogen – auf eine Kreditfinanzierungsquote von 8,5 %, das heißt, im Allgemeinen unter sachkundigen Thebanerinnen und Thebanern, der Haushalt hat sich strukturell nicht so verschlechtert, wie Sie uns versuchen deutlich zu machen, sondern wir haben deutlich günstiger gewirtschaftet, als Sie dies getan haben. Wir haben auch – da haben Sie Recht – mit den relativ niedrigen Zinsen Glück. Es war aber auch nicht so, dass Sie in dem zu vergleichenden Zeitraum nur Hochzinsphasen hatten. Sie haben damals deutlich höher über den damaligen Verhältnissen gelebt und gewirtschaftet, als dies heute in unserer Verantwortungszeit der Fall ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Schauen wir uns die bereinigten Gesamtausgaben an. Das waren in dem Vergleichszeitraum – ich sagte es – plus 6,2 %. Es waren bis 2004 – jetzt kommt der neue Haushalt hinzu – plus 0,9 %. Bei Ihnen 6,2 % im Durchschnitt Mehrausgaben, jetzt 0,9 % im Durchschnitt. Es kommen für 2005 jetzt 0,3 %, unter Berücksichtigung der Ausgliederung der Universität Mainz 0,7 % hinzu, und es kommen für 2006 0,8 % dazu. Meine Damen und Herren, wer vor dem Hintergrund dieser Zahlen sagt, diese Regierung, meine Regierung, habe bei den Ausgaben einfach drauflos gewirtschaftet, der verliert die Realitäten völlig aus dem Blick. Er sagt definitiv die Unwahrheit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich weiß, manche und mancher von Ihnen setzt darauf, dass das so kompliziert ist, dass die Leute uns ohnehin nicht verstehen. Wenn man heute sagt, die machen zu viel Schulden, dann ist das richtig, weil wir objektiv in Deutschland alle zu viele Schulden machen. Das ist wohl wahr. Das will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Aber wer so tut, als wären wir relativ zu früheren Regierungen die Schuldenmacher, der erzählt den Leuten die Unwahrheit. Das möchte ich noch einmal dick unterstreichen. Im Übrigen bleibe ich dabei, Sie bekommen die Zahlen immer wieder aufs Neue.

(Beifall bei SPD und FDP)

Wir haben über politische Schwerpunkte gesprochen. Auch dazu will ich die eine oder andere Bemerkung machen. Es ist natürlich so, dass wir einige Punkte im-

mer wieder herausgreifen und versuchen, in diesem Land Rheinland-Pfalz die Zielmarke ein Stück nach vorn zu setzen und dort Motivation und Herausforderung zu erzeugen, wo eine solche Zielmarke in die Zukunft hinein gesetzt wird. Das war die Landesgartenschau in Kaiserslautern. Das war die Entwicklung, die wir uns im Bereich der Konversionsliegenschaften zuerst in Zweibrücken, später in Bitburg und an anderen Stellen – sie sind erwähnt worden –, Hahn usw., vorgenommen hatten. Das waren Zielmarken, die mit der Landesgartenschau Trier verbunden waren. Das wird eine Zielmarke sein, die auf 2011 mit der Bundesgartenschau in Koblenz verbunden ist. Das ist eine Zielmarke, die mit dem Ziel 2006/2007, mit dem Konstantin-Jahr, gemeinsam mit Luxemburg und den benachbarten europäischen Regionen Kulturregionen zu sein, verbunden ist. Dazu gehört auch, als sich uns die Chance eröffnete, uns darum zu bewerben, dass Kaiserslautern einer der Standorte für die Fußballweltmeisterschaft sein kann. Ich möchte gern einmal hören, wenn ich jetzt hier stehen würde und Rheinland-Pfalz hätte es nicht geschafft, einer der Austragungsorte zu werden, was in diesem hohen Hause los wäre.

(Beifall bei SPD und FDP)

Jetzt ist es wahr: Es hat Probleme gegeben damit, dass dort ein Stadion vom Verein nicht mehr getragen werden konnte und in eine neue Rechtsstruktur gekommen ist. Die Landesregierung, die sich immer aus den Geschäften eines jeden Vereins herausgehalten hat, hat immer geholfen, wenn Hilfe notwendig war. Bei jedem mittelständischen Unternehmer tun wir dies, bei einem Sportclub auch, im Übrigen nicht nur bei dem 1. FC Kaiserslautern. Wenn Sie wüssten, wo wir schon überall geholfen haben. Es ist nicht überall so öffentlich geworden. Das ist auch gut so. Dazu bekenne ich mich auch, verehrte Frau Thomas, dass Millionen von Menschen in diesem Land, und darüber hinaus, an Sportveranstaltungen – das gilt auch für Volleyball und viele andere Sportveranstaltungen – ihre Freude haben. Das gehört in der Gesellschaft auch mit dazu,

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass man diese Seite des Menschen, die etwas mit Emotionen zu tun hat, auch unterstützt. Es hat aber auch etwas mit harten Fakten zu tun. Wenn Sie sehen, wie die Stadt Mainz durch die Erfolge von Mainz 05 auflebt, dann wäre es einfach Unfug, wenn sich eine Regierung in die Ecke stellen und sagen würde: Damit haben wir nichts zu tun. – Wir helfen, wo wir können und soweit es verantwortbar ist.

(Beifall bei SPD und FDP)

Herr Kollege Dr. Böhr, ich habe ausdrücklich Wert darauf gelegt, dass die Titel für das Rahmenprogramm – das andere haben andere zu finanzieren – dieser Fußballweltmeisterschaft in diesem Haushalt erkennbar herausgehoben werden. Wir hätten sie auch verstecken können: da 10.000 Euro und dort 50.000 Euro. – Bei insgesamt sinkenden Titeln hätte man das noch nicht einmal gemerkt. Dann hätte ich sagen können, die allgemeinen Titel sind nicht um 10 Millionen gesunken,

dann wären sie um 8 Millionen gesunken. Niemand in diesem Haus hätte das gemerkt. Ich halte nichts davon, weil ich mich offensiv zu diesem Datum „Fußballweltmeisterschaft 2006“ bekennen will. Ich möchte, dass Pirmasens, dass Bitburg mit seiner Sportschule und viele andere mehr davon partizipieren können, dass fünf, sechs Mannschaften und tausende von Menschen über einige Wochen in unserem Land sind. Ich möchte, dass wir beispielsweise – deshalb habe ich das Beispiel des Parks in Ludwigswinkel, eine großartige Sache für die Ökologie und das Ökosystem Pfälzer Wald – auch diese Seite unseres Lebens in diesem Zusammenhang vorzeigen können, dass behinderte Menschen einbezogen werden und Kultur dargeboten werden kann, weil wir für einige Wochen im Blickpunkt der Weltöffentlichkeit stehen. So wollen wir uns auch präsentieren, damit wir hinterher sagen können: Dieses Land Rheinland-Pfalz hat für sich im besten Sinne des Wortes Werbung gemacht in dieser Zeit.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich möchte den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes Rheinland-Pfalz sagen, nein, sie müssen keine Sorgen haben. Wir finanzieren nicht mit ihren Steuermitteln irgendwelche Profifußballer oder -ringer oder worin auch immer sie professionell sein mögen.

Wir finanzieren in Infrastruktur,

(Beifall des Abg. Creutzmann, FDP)

in Infrastruktur von Sportvereinen, die einen Unternehmenswert – das hat die Universität Kaiserslautern untersucht – eines mittelständischen Unternehmens von weit über 1.000 Beschäftigten haben, die wiederum eine Grundlage für Einkommen von vielen hundert mittelständischen Unternehmen darüber hinaus in Kaiserslautern, in Mainz, in Trier und an anderer Stelle darstellen.

Das ist der Punkt. Das kann man desavouieren. Das weiß ich. Es ist nichts schöner, als in einem Hinterzimmer zu sagen: Schaut einmal, für euch haben sie kein Geld, aber nach Kaiserslautern oder nach Mainz oder wo auch immer hin, da stecken sie das Geld hin.

Wer die Steuersituation kennt und weiß, dass sich Sportvereine, beispielsweise Profivereine, von der Lohnsteuer, wie andere auch, nicht freischreiben können, weiß auch, dass auf der anderen Seite eine Menge hereinkommt. Dazu zu helfen, das ist nicht unschicklich, glaube ich.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, CDU)

Vielleicht habe ich damit einen Beitrag leisten können, diese unglückliche, diese verzerrte Diskussion, die wohlfeil ist, aber genauso falsch, ein bisschen richtig zu rücken.

(Beifall der SPD und der FDP)

Verehrte Frau Kollegin Thomas, gestatten Sie mir, auch ein Wort in diesem Zusammenhang zu Arp und dem Arp-Museum zu sagen. Das ist genauso. Natürlich gibt

es immer ein Publikum dafür zu sagen: Wie kommen die denn dazu, jetzt Geld für ein Museum auszugeben, wo wir insgesamt zu wenig haben?

Eine verlockende Situation. Aber ich will zwei Dinge sagen. 1. Wir geben auch dort Geld aus für Investitionen, also Geld, das wieder in den Wirtschaftskreislauf hineinfließt.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2. Wir hatten die rein zufällige, aber glückliche Situation, Anteil zu haben am Welterbe eines großen Künstlerpaares. Das war ein Zufall. Das war nicht mein Verdienst und nicht der Verdienst von anderen Menschen.

Es war Zufall, dass jemand, der Erbe war, dort am Bahnhof Rolandseck gelebt und seine Arbeit gemacht hat.

Wir wissen alle, wenn wir dieses Welterbe nicht zusammenhalten – die Bedingung, dass wir es annehmen und behalten können, ist von den Erblässern so verfügt, dass ein angemessenes Museum geschaffen wird –, dann wird dieses einmalige Erbe in alle Welt zerstreut.

Wir wissen alle, dass es Angebote und auch schon Verkäufe gegeben hat. Wir mussten, wie ich finde, entscheiden: Lassen wir das zu, oder machen wir das, was Generationen vor uns in unendlich schwierigeren Situationen getan haben, nämlich dass ein Kulturerbe zusammengehalten worden ist. Machen wir das auch in unserer Zeit? Ich will Ihnen offen sagen, mir ist das sehr schwer gefallen.

Als wir bis Anfang dieser Woche in China und in Japan unterwegs waren und wir in Tokio – Sie waren auch dabei, Frau Kollegin Thomas – diese Ausstellung, die dort als Wanderausstellung unterwegs sein wird im kommenden Jahr, präsentiert haben und dort mit Kunstfachleuten und Sachverständigen in Kontakt kamen und gesehen haben, wie dieses Erbe, wie dieses Werk von Hans und Sophie Arp in einem anderen Teil der Welt gewürdigt wurde, da ist mir wieder deutlich geworden, dass wir trotz dieser schwierigen Abwägung aus meiner Sicht nicht falsch entschieden haben.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir haben die Verantwortung, das zusammenzuhalten. Wir haben uns dafür entschieden, zugegeben in schwieriger Zeit. Die Gelder, die wir einsetzen werden in Investitionen und Baumaßnahmen, werden damit in Aufträge fließen. Ich bin überzeugt, dass es insgesamt eine gerechtfertigte, eine notwendige Entscheidung war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zur kommunalen Situation sagen. Wir werden sicherstellen – Sie können dies im Haushalt nachlesen –, dass die Mittel zu Hartz IV in vollem Umfang an die Kommunen weitergegeben werden. Das werden pro Jahr 18,6 Millionen Euro sein. Dazu kommt noch ein Anteil, der ohnehin unmittelbar bei den Kommunen anlandet.

Wir haben – darüber habe ich gesprochen – mit dem Beistandspakt – wir bieten an, ihn in einen Stabilitätspakt umzuwandeln und dauerhaft zu machen – in erheblichem Maß, 680 Millionen Euro, in den letzten vier Jahren – wenn ich diesen Doppelhaushalt mit einrechne, den wir besprechen – an Mitteln bei den Kommunen gelassen und uns auf den Buckel genommen als Kredite, um zu helfen.

Wir haben eine Situation, Gott sei Dank, bei den Kommunen, dass die Gewerbesteuer deutlich besser läuft in diesem Jahr als in den vergangenen Jahren – gut plus 40 % –, bei den Städten, die dies auch besonders nötig haben, noch mit einem höheren Prozentsatz und mit steigender Tendenz.

Wir haben auf Bundesebene mit dazu beigetragen, dass auf die Umlage verzichtet worden ist bzw. diese wieder erheblich reduziert worden ist. Aus all diesen Ansätzen ergibt sich eine deutliche Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung.

Aber ich gehöre auch zu denen, die Ihnen Recht geben – eine Rede vor zehn Tagen beim Städtetag belegt, dass ich das auch dort sage, wo mein Wort eingefordert wird –, dass wir nicht am Ende sein dürfen hinsichtlich einer kommunalen Finanzreform, die freilich auf Bundesebene gemacht werden muss. Wir müssen einen weiteren Schritt gehen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich will jetzt nicht rechnen oder richten, warum die letzte nicht zustande gekommen ist, dass sie im Vermittlungsausschuss kaputtgemacht worden ist. Wir brauchen einen weiteren Schritt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur so viel will ich zu der Enquete-Kommissions-Diskussion sagen: Wissen Sie, ich weiß gar nicht, was für Vorstellungen Sie über das Zusammenwirken zwischen einem Fraktionsvorsitzenden oder zwei Fraktionsvorsitzenden und einem Regierungschef haben. Mir käme es überhaupt nicht in den Sinn, dem Kollegen Mertens oder dem Kollegen Kuhn vorschreiben zu wollen, was sie machen sollen.

Die wissen selber, was sie zu machen haben. Verlassen Sie sich darauf. Dass wir aber miteinander reden und nicht so tun, als dürfte ich von dem, was er macht, nichts wissen und umgekehrt, das macht unsere Situation aus. Ich kann mich herumdrehen und muss keine Angst haben, dass dort einer mit dem Dolch im Gewande steht.

(Beifall der SPD und der FDP –
Zuruf des Abg. Schmitt, CDU!)

– Herr Kollege Schmitt, auch nicht eine, nicht einmal eine Oberbürgermeisterin oder Landrätin.

(Beifall bei SPD und FDP –
Schmitt, CDU: Was unbequem ist, darf
nicht weiter tätig werden! Unbequeme
werden abberufen!)

– Ich habe nichts dagegen. Wenn Sie diesen Sturm im Wasserglas weiter veranstalten wollen, dann könnte einer Regierung Schlimmeres passieren an Herausforderungen. Das will ich Ihnen sehr offen sagen.

(Beifall der SPD)

Worum es mir in der Sache geht, jetzt einmal ernsthaft.

(Schmitt, CDU: Da bin ich jetzt gespannt!)

– Na ja, das ist gut, dass Sie auch einmal gespannt sind. Das ist nämlich selten, dass Sie wirklich auf eine Sachaussage gespannt sind.

(Schmitt, CDU: Es ist die Frage, ob es sich lohnt!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir können doch nicht ernsthaft ein Konstrukt in eine Verfassung schreiben, dass einer von drei Partnern gegenüber dem zweiten Partner, dem Land, das seinerseits über seine Einnahmen so gut wie nicht selbst bestimmen kann, dann Anspruch hat, dass der Dritte, in dem Fall die Kommunen, ihren Bedarf immer voll gedeckt bekommen zulasten dessen mittendrin, der abhängig davon ist, was der oben an Einnahmen bestimmt, der aber immer nach unten nach Bedarf bezahlen muss.

Wer so etwas konstruiert, konstruiert das Ende einer fairen Partnerschaft und eines fairen Miteinanders zwischen Staat und Kommunen.

(Beifall der SPD und der FDP)

Ich kann mir theoretisch auch manches ausdenken. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber diejenigen, die Politik machen müssen – das ist morgen der eine und vielleicht irgendwann der andere von uns –, die werden darauf zu achten haben, dass das Ganze noch miteinander funktioniert.

(Schmitt, CDU: Das ist unbestritten!)

– Ja, das ist unbestritten. Aber Sie machen doch genau wegen dieser Frage diesen Aufstand.

(Schmitt, CDU: Nein, das ist kein Umgang mit Sachverständigen! Das kann man so nicht machen!)

– Herr Kollege Schmitt, ich merke, ich werde von Ihnen noch nicht verstanden. Diejenigen, die wissen, worum es mir in der Sache geht, wissen auch, was ich damit sagen will. Es kann nicht sein, dass Leute außerhalb der politischen Verantwortung gemeinsam ein Konstrukt zimmern, das zwischen einem Land und seinen Kommunen ein Verhältnis dergestalt entstehen lässt, dass die Kommunen immer fordern können und das Land immer bezahlen muss, egal, ob es weiß, woher es das Geld nehmen soll oder nicht. Sagen Sie mir einmal, wie wir vor diesem Hintergrund Schulen, Hochschulen, Polizei und

alles andere noch aufrechterhalten sollen. Das geht so nicht! Das sage ich Ihnen in aller Klarheit!

(Beifall der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, es zeugt aus meiner Sicht von der Entfernung, die Sie vom Zeitpunkt der Verantwortung innerlich noch empfinden.

Ich wollte das deutlich machen, damit nicht der Eindruck entsteht, ich verstecke mich in dieser Frage. Aber wenn behauptet wird, ich hätte dem Kollegen Mertes die Hand geführt, kann ich nur sagen, er hätte mir zu Recht „draufgekloppt“. Davon können Sie ausgehen. Ich wünsche Ihnen viel Freude bei dieser Diskussion.

Aber es hat überhaupt keinen Sinn, die andere, ernsthafte Debatte mit Ihnen darüber zu führen, wie wir eine Finanzreform in Deutschland entwickeln können, die den Kommunen wirklich hilft und nicht so tut, als könne man Lasten vom einen zum anderen verschieben und damit sei geholfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage noch einmal, wir halten die Mittel, die an die Kommunen fließen, nicht nur stabil, sondern sie werden weiter steigen. Die Finanzausgleichsmasse wird im kommenden Jahr um über 24 Millionen Euro und im darauffolgenden Jahr um über 41 Millionen Euro steigen. Wir tun also das, was man in dieser Situation tun kann. Ich denke, das ist insgesamt verantwortliches Handeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kam mir darauf an, inhaltlich einige Schwerpunkte zu unterstreichen, die dieser Haushalt erreichen soll, und einige der schönen und üblichen Angriffspunkte – zumindest aus meiner Sicht – zurechtzurücken. Ich hoffe, dies ist mir objektiv belegt gelungen. Entscheidend wird sein – davon bin ich fest überzeugt –, dass wir die beiden kommenden Jahre mit dem notwendigen Realitätssinn für das, was noch zu tun ist, begehen, aber auch mit dem Maß an Optimismus, das diese Gesellschaft wieder dringend braucht, um die kreativen Kräfte freizusetzen, die letztendlich die Grundlage jeden erfolgreichen Wirtschaftens und jeder erfolgreichen sozialen und kulturellen Gemeinschaft sind. Darum wollen wir uns weiter bemühen.

Ich danke noch einmal den Koalitionsfraktionen für die Unterstützung in den Linien, die dieser Haushalt anlegt, und wünsche uns erfolgreiche Beratungen.

(Anhaltend Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Meine Damen und Herren, ich möchte Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder der THW-Ortsgruppe Landau, die bei der Flutkatastrophe 2002 und beim Hochwasser in Frankreich 2003 zum Einsatz kamen. Herzlich willkommen im rheinland-pfälzischen Landtag!

(Beifall im Hause)

Des Weiteren begrüße ich Auszubildende für den Beruf des Groß- und Einzelhandelskaufmanns/-kauffrau des Rewe Großhandelsverbraucherdienstes Mainz. Ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Bracht von der CDU-Fraktion. Ihm stehen noch 22 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Abg. Bracht, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die zweite Runde der heutigen Debatte damit eröffnen, zum Ausdruck zu bringen, dass ich mich in den wenigen Tagen, die uns zur Verfügung standen, bemüht habe, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion zu den Haushaltsdaten, insbesondere das Haushaltsgesetz, den Haushaltsplan und den Finanzplan zu lesen. Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, gerade der Finanzplan, dessen Lektüre ich Ihnen empfehle, liest sich wie ein Märchenbuch, wie eine Sammlung vieler Märchen.

Herr Ministerpräsident, genau dort hinein passt auch ein Teil dessen, was Sie vorhin ausgeführt haben.

(Ministerpräsident Beck: Wenn es unterhaltsam war!)

Ich möchte speziell einen Punkt erneut aufgreifen, über den wir uns schon mehrfach auseinander gesetzt haben. Sie haben zum wiederholten Mal Zahlen und Daten von Jahren miteinander verglichen, die man so nicht vergleichen darf.

(Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

Sie haben bezüglich der Verschuldung des Landes, der Kreditfinanzierungsquote, die 80er- und die 90er-Jahre miteinander verglichen. Dabei haben Sie aber völlig unterschlagen, dass in den 90er-Jahren völlig andere Daten in die Zahlen eingegangen sind und deshalb die Daten der beiden Jahrzehnte nicht miteinander zu vergleichen sind. Allein die Bahnreform hat in den 90er-Jahren rund 700 Millionen DM ausgemacht und damit die Basis völlig verändert, sodass die Zahlen absolut nicht vergleichbar sind. Das, was Sie in dieser Frage getan haben, war unredlich. Herr Ministerpräsident, Sie sollten es unterlassen. Es ist Ihrem Amte nicht würdig, die Bürger in dieser Form für dumm zu verkaufen.

(Zurufe von der SPD: Oh! –

Beifall der CDU –

Ministerpräsident Beck: Was weh tut, hört man nicht gern!)

Meine Damen und Herren, in der Märchensammlung des Finanzplans – die Reden, die wir gehört haben, schließen sich daran an – müssen die Opposition, der Bundesrat und die Weltkonjunktur den bösen Wolf spielen, der für alles Schlechte verantwortlich ist. Der große

und gute König Kurt und seine tapferen Frauen und Mannen

(Ministerpräsident Beck: Sehr gut!)

wehren das Wolfsrudel ab und lenken alles zum Guten.

(Ministerpräsident Beck: Ja!)

Alles, was die Opposition jemals behauptet hat und jetzt wieder behauptet, ist Lug und Trug und frei erfunden.

(Ministerpräsident Beck: So schlimm würde ich es nicht sehen!)

Meine Damen und Herren, dieser Finanzplan, die gestrige Rede des Finanzministers und die heutige Rede des Ministerpräsidenten lesen sich wie ein Märchenbuch. Das allein wäre noch nicht schlimm. Das Problem ist, Ihre Darstellungen sind ein Märchen. Statt dieser falschen und zum großen Teil beschönigenden Darstellungen zur Situation in unserem Land müssen wir leider feststellen, dass die Schulden des Landes weiter rasant steigen und diese Landesregierung nichts tut, um sie zu stoppen. Im Gegenteil, in den kommenden beiden Jahren sollen sie durchschnittlich wieder um mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich steigen.

Wir müssen feststellen, dass die Landesregierung das Vermögen des Landes verprasst.

(Ministerpräsident Beck: Verfrühstückt!)

In Ihrer Regierungszeit von 1991 bis 2006 werden Sie mit diesem Haushaltsplan sage und schreibe 2,1 Milliarden Euro unwiederbringlich verbraucht haben. Die Erträge aus diesem Vermögen gehen verloren. Unsere Kinder müssen sehen, wie sie die bestehenden Aufgaben durch höhere Steuern finanziert bekommen.

Es ist auch kein Märchen, dass die Zinslast des Landes weiter steigt. Sie wiederholen immer wieder das Märchen von der hohen Investitionsquote. Was zählen Sie denn dazu? – Erinnern wir uns einmal an das Kommunaldarlehen. Keine Kommune ist in der Lage, das Kommunaldarlehen, das am Ende der beiden Haushaltsjahre 600 Millionen Euro betragen wird, für Investitionen zu verwenden, da regelmäßig und überall die Verwaltungshaushalte nicht ausreichen und das Geld dafür verwendet werden muss. Eine hohe Investitionsquote ist in diesem Land mit einem ganz großen Fragezeichen zu versehen.

(Zuruf des Abg. Hohn, FDP)

Sie erzählen uns weiterhin das Märchen, dieses Land habe ein Einnahmenproblem. Ich wiederhole, dieses Land hat kein Einnahmenproblem, sondern dieses Land hat ein Ausgabenproblem. Christoph Böhr hat das heute Morgen im Einzelnen belegt. Ich brauche das nicht zu wiederholen.

(Frau Schmitt, SPD: Falsche Behauptungen werden nicht durch Wiederholung richtiger!)

Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident, das Märchen, das Sie uns präsentieren, ist kein gutes Märchen. Sie sollten es nicht weitererzählen. Stattdessen erwarten wir von Ihnen in den Ausschussberatungen der kommenden Wochen klare Antworten auf die Fragen, die dieser Märchenhaushalt bisher nicht beantwortet.

Weshalb bilden Sie nun einen Globalhaushalt für die Universität Mainz, eine Forderung, die Sie uns jahrelang abgelehnt haben?

Tun Sie es jetzt, weil Sie in der Klemme sind und sonst keinen verfassungskonformen Haushalt hinbekommen? Ist die Verfassungsgrenze tatsächlich eingehalten oder durch Auslagerungen nur vorgetäuscht? Wir erwarten von Ihnen eine detaillierte Aufgliederung des Finanzgeflechts rund um den Pensionsfonds. Darüber ist genügend gesprochen worden. Ich möchte das jetzt nicht wiederholen.

Wir erwarten von Ihnen Antworten auf die Frage, wie Sie es fertig bringen wollen, dass Ansprüche des Landes aufgrund von Einlagen bei Kreditinstituten so weiter veräußert werden können, dass aus 400 Millionen Euro Einlage 400 Millionen Euro Einmalzahlung im Jahr 2005 an das Land fließen sollen. Viele andere Fragen im Zusammenhang mit der Veräußerung von Wohnbauvermögen stellen sich uns. Da haben Sie Einnahmen einkalkuliert, die aus unserer Sicht zumindest derzeit nicht durchschaubar sind. Im Haushaltsplan haben Sie auch keine Erläuterungen beigefügt – das finde ich nicht in Ordnung –, die aus sich heraus so verständlich sind, dass man daraus Schlüsse ziehen kann, was damit gemeint ist.

(Frau Schmitt, CDU: Im Haushaltsgesetz steht das doch deutlich drin!)

Es fehlt diesem Haushaltsplan in ganz hohem Maße gerade in diesen beiden Fragen an Haushalt Klarheit und auch an Haushaltswahrheit.

Wir vermuten, dass mit diesen Optimierungen, die Sie postulieren, die Sie dort beschreiben, eine weitere verdeckte Kreditaufnahme verbunden ist, dass Sie also Nebenhaushalte bilden, über die Sie weitere Kreditaufnahmen bewerkstelligen wollen. Es sind viele Fragen. Wir werden das in den Ausschussberatungen vertiefen.

Ich habe selten einen Haushaltsentwurf gesehen, der bereits beim ersten Lesen so viele und so entscheidende Fragen aufwirft und offen lässt. Man hat das Gefühl, es soll etwas vertuscht werden. Da werden uns Märchen erzählt. Man hat das Gefühl, das Parlament soll für dumm gehalten werden. Aber Sie können sicher sein, wir werden bohren, bis die Dinge klar sind.

Zum FCK ist heute schon einiges gesagt worden. Herr Minister, gestern haben Sie bemerkenswerterweise gar nichts dazu gesagt. Es war schon interessant, dass Sie das total umschiffen haben. Erst heute, nachdem unser Fraktionsvorsitzender das Thema angesprochen hat, sieht sich die Regierung auch genötigt, dazu etwas zu sagen.

Ich möchte noch einmal wiederholen, es ist schon merkwürdig, dass Sie uns vor eineinhalb Jahren, als das Finanzdesaster beim FCK im Landtag zur Debatte stand, hoch und heilig versprochen haben, 15,1 Millionen Euro aus dem regulären Haushalt und 6 Millionen Euro aus dem Investitionsstock seien alles, damit sei Schluss. Mehr sei das Land nicht in der Lage und nicht bereit, für diesen Stadionausbau zu geben. Das war die Zusage, die Sie diesem Parlament gegeben haben.

Bevor Ausschreibungsergebnisse vorliegen, hat das Land jetzt plötzlich schon mit den Verantwortlichen vor Ort ausgehandelt, dass man bereit ist, zwei Drittel der Mehrkosten zu übernehmen. Jetzt ist die Ausschreibung da, der Kladderadatsch ist da. 11 Millionen Euro soll das Land jetzt zusätzlich zahlen. Ich finde es schon ein Stück merkwürdig, was da passiert. Das wirft auch Fragen auf, ob diese Bereitwilligkeit zur Hilfe über zusätzliche Schulden des Landes etwas mit den Beziehungen des Ministerpräsidenten zum FCK zu tun hat.

(Ministerpräsident Beck: Zu wem?
Zu dem Oberbürgermeister?)

Oder ist diese Landesregierung gar in stärkerem Maße, als wir das bisher wissen, mitverantwortlich für die seinerzeitige Insolvenz des FCK

(Ministerpräsident Beck: Was soll denn das? Eine Unverschämtheit ist das!)

und die jetzt entstehenden Mehrkosten beim Stadionausbau? Das sind Fragen, zu denen wir von Ihnen Antworten erwarten, Herr Ministerpräsident.

(Schmitt, CDU: Mehr Gelassenheit, Herr Ministerpräsident! –
Ministerpräsident Beck: Das hat nichts mit Gelassenheit zu tun! Im Privatleben würde ich ihn verklagen! Unglaublich!
Das läuft hier alles durch!)

Zu dem gigantischen Popanz, der jetzt im Umfeld der Weltmeisterschaft aufgebaut wird, hat unser Fraktionsvorsitzender bereits eine ganze Reihe von Beispielen genannt. Ich finde es schon bemerkenswert, was da jetzt alles geschieht.

(Staatsminister Mittler: Erklären Sie einmal, was das mit den privaten Beziehungen heißt!)

– Ich habe nichts zu privaten Beziehungen gesagt. Ich habe von Beziehungen gesprochen, nicht von privaten.

(Staatsminister Mittler: Erklären Sie das einmal, was das heißt!)

Es geht jetzt um die Weltmeisterschaft und den Popanz, den Sie dort aufbauen, meine Damen und Herren von der Regierung.

(Ministerpräsident Beck: Eine Unverschämtheit!)

Ich glaube, es ist nicht in Ordnung, was Sie da tun, dass Sie dort in so hohem Maße Veranstaltungen machen. Da ist jeder Minister mit allem Möglichen vertreten. Es fehlt nur der Justizminister. Wo ist er? Er hätte noch einen Kongress zum Thema „Rechtsprechung in Fußballstreitigkeiten rund um die WM“ abhalten können. Das hat er nicht gemacht. Aber alle anderen Minister sind dabei. Alles, was Sie dort machen, wird über Schulden finanziert.

Wenn man sieht, für was alles Geld ausgegeben wird und was alles über Kredite finanziert wird, dann frage ich mich doch allen Ernstes: Haben wir sie noch alle? Haben die, die so etwas machen, noch alle Tassen im Schrank?

Meine Damen und Herren, wenn ich privat Geld im Überfluss habe, kann ich damit machen, was ich will. Wenn ich aber das Geld der Steuerzahler verwalte und zu wenig Geld habe, um die wichtigen Kernaufgaben des Landes zu finanzieren und schon dafür Kredite aufnehmen muss,

(Hartloff, SPD: Sie laden die Gäste in das Finanzamt Kaiserslautern Süd ein und vermarkten so die WM!)

dann mache ich nicht auch noch so einen Blödsinn. Meine Damen und Herren, das ist wieder einmal ein ganz typisches Beispiel dafür, wie diese Regierung jetzt über 14 Jahre hinweg mit dem Steuergeld, dem Geld der Bürger, umgegangen ist. Deshalb haben wir das Finanzproblem und können die Kernaufgaben des Staates nicht mehr ausreichend finanzieren.

(Ramsauer, SPD: Unglaublich!)

Nicht wegen der Weltkonjunktur, dem Bundesrat oder der bösen CDU.

(Hartloff, SPD: Nein, weil bei uns alles anders ist als in den anderen Ländern!)

Meine Damen und Herren, Herr Minister, in Ihrer gestrigen Einbringungsrede haben Sie nach der Darstellung all der guten Dinge, die Sie tun wollen, gesagt –ich zitiere –: „Meine Damen und Herren, dies alles fordert uns finanzwirtschaftlich bis an die Grenze des Leistbaren und noch ein Stück mehr. Bei einer Bewertung allein unter fiskalischen Aspekten könnte man zu dem Ergebnis kommen: Wir können es uns eigentlich nicht leisten.“ – So haben Sie gesagt. „Doch ich bleibe dabei: Auf den Feldern Schule, Bildung, Wissenschaft, Forschung und Betreuung nicht zu investieren, können wir uns noch weniger leisten.“ – So weit das Zitat.

(Beifall bei der CDU)

Herr Minister, wir können Ihnen da in vollem Umfang zustimmen. Da gibt es überall Nachholbedarf, weil Sie es über Jahre hinweg versäumt haben, Ausreichendes in diesem Bereich zu tun. In manchen der von Ihnen aufgelisteten Bereichen tun Sie immer noch zu wenig. Aber wenn Sie das so feststellen, dann müssen Sie sich doch auch die Frage stellen, ob es denn wirklich keine anderen unbedeutenderen Aufgaben gibt, in die die

Landesregierung noch immer viel Geld pumpt, wo man dafür stattdessen etwas sparen könnte.

(Ministerpräsident Beck: Sagen Sie mir doch einmal ein Beispiel!)

– Ich komme dazu, Herr Ministerpräsident. Alles, was Sie zusätzlich tun, alle Programme, die Sie stolz verkünden, müssen Sie doch komplett über Schulden finanzieren. Das ist doch das Problem. Sie können die Kernaufgaben des Staates nicht mehr seriös finanzieren. Wenn Sie die Wirtschaftskräfte stärken wollen – Herr Ministerpräsident, Sie haben das angesprochen, was richtig ist, das müssen wir wollen –, dann dürfen Sie das nicht in erster Linie oder ausschließlich über Schulden machen. Kreditfinanzierung reduziert wegen der damit verbundenen Nachteile den Großteil der Vorteile der Investitionen. Das ist das Dilemma, in dem wir stecken.

(Pörksen, SPD: Wie denn nun? Wo sparen?)

Herr Minister, wenn Sie selbst zugeben, dass das Land eigentlich über die Grenzen des Leistbaren hinausgeht, wenn Sie sagen, unter fiskalischen Gesichtspunkten können wir uns das eigentlich nicht leisten, dann muss das doch gerade für den Finanzminister, aber nicht nur für ihn, zwingend zu der Konsequenz führen, dass unwichtigere Finanzaufgaben gestrichen werden. Das tun Sie aber nicht.

(Beifall bei der CDU –
Hartloff, SPD: Nennen Sie uns jetzt einmal welche! Wo kommt die Liste?)

Das haben Sie über 14 Jahre hinweg nicht gemacht. Deshalb sind Sie heute nicht mehr in der Lage, die Zuschüsse zu Schulbauten dann zu bezahlen, wenn die Kosten bei den Trägern anfallen. Deshalb sind Sie heute nicht in der Lage, den unendlichen Investitionsstau im Straßenbau aufzulösen.

Deshalb sind Sie nicht in der Lage, ausreichend Lehrer für eine vernünftige Unterrichtsversorgung einzustellen.

(Zurufe von der SPD)

Weil Sie nicht bereit sind, verantwortlich mit dem Steuergeld der Bürger umzugehen, – –

(Pörksen, SPD: Das kostet alles nichts!)

– Hören Sie zu, Sie können etwas lernen.

(Pörksen, SPD: Von Ihnen?)

– – sind Sie nicht in der Lage, ausreichend für Recht und Ordnung sowie die Sicherheit in unserem Land zu sorgen. Weil Sie nicht bereit sind, Aufgabenkritik zu üben und bei Bildung neuer Schwerpunkte alte zu streichen, sind Sie nicht in der Lage, Ihrem Verfassungsauftrag

nachzukommen und die Kommunen aufgabenangemessen finanziell auszustatten.

(Beifall bei der CDU –
Hartloff, SPD: Von wann ist Ihre Rede?)

– Von letzter Nacht, damit Sie es genau wissen.

(Hartloff, SPD: Das entschuldigt
manches!)

Mit jedem Euro weiterer Verschuldung machen Sie unser Land weniger zukunftsfähig. Mit jedem Euro weiterer Verschuldung laden Sie zusätzliche Lasten auf unsere Kinder. Das haben Sie jetzt 14 Jahre lang so gemacht. Sie haben auch in guten Zeiten keinerlei Vorsorge getroffen. Selbst jetzt bei relativ hohem Wirtschaftswachstum, was Sie angesprochen haben, machen Sie es nicht. Eigentlich müssten Sie doch jetzt sparen.

(Hartloff, SPD: Kommen jetzt die
Vorschläge? Wann kommen die?)

Sie haben damit geprotzt und stolz hier verkündet, wir haben ein hohes Wirtschaftswachstum. Wenn Sie sich nach Keynes darauf berufen, Schulden aufnehmen zu dürfen, damit Sie antizyklisch etwas tun können, damit die Konjunktur angeschoben wird, müssten Sie in der Konsequenz dann, wenn ein Wirtschaftswachstum vorhanden ist, wenn die Konjunktur anzieht, die Bremse anziehen. Dann müssten Sie Schulden zurückführen. Das tun Sie aber nicht.

(Ministerpräsident Beck: Das ist
körperlicher Schmerz, was
Sie da machen! –

Hartloff, SPD: Wir müssten jetzt
schon bremsen?)

Das ist der Fehler Ihrer Politik.

Sie nehmen Schulden auf, gehen aber nicht hin und sparen, wenn es möglich ist.

(Hartloff, SPD: Wenn Sie das meinen – – –)

– Sie haben über viele Jahre nicht gespart. Das ist Ihr Dilemma.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Nicht einmal jetzt, wo die Konjunktur anzieht, sind Sie bereit, die Schulden abzubauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung und an ihrer Spitze der Ministerpräsident ziehen stattdessen lieber als lieber Onkel übers Land, der immer etwas zu verteilen hat,

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

so als müsste das, was verteilt wird, nicht vorher erarbeitet und als Steuer den Menschen abgenommen werden. Aber halt, im Märchen geht das anders. Da fallen

die Goldtaler vom Himmel. Im Märchen dieser Landesregierung kann man unerschöpflich Schulden machen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das dient immer dem Konjunkturpflänzchen, egal, was unsere Kinder dazu einmal sagen.

Meine Damen und Herren von der Regierung und den regierungstragenden Fraktionen, wenn Sie uns jetzt wieder vorwerfen, wir würden nur kritisieren und keine konkreten Vorschläge machen, wo man sparen kann, dann läuft dieser Vorwurf wie jedes Mal in mehrfacher Hinsicht ins Leere. Nach unserer Verfassung ist es zum Ersten nicht Aufgabe des Parlaments und erst recht nicht der Opposition, einen Haushaltsentwurf oder einen Alternativentwurf vorzulegen.

(Pörksen, SPD: Nur meckern!)

Das ist natürlich allein Ihre Regierungsaufgabe.

(Frau Schmitt, SPD: Damit wollen
Sie sich qualifizieren für 2006?)

– Frau Kollegin Schmitt, wenn Sie das nicht können, dann hören Sie auf, wir übernehmen.

(Zurufe von der SPD)

Zum Zweiten empfehlen wir als Basis eines vernünftigen Haushalts, dass Sie endlich damit beginnen, Ihre Einnahmen realistisch zu schätzen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Über viele Jahre hat diese Landesregierung die Einnahmen des Landes – ich behaupte, bewusst – zu hoch veranschlagt, um nicht mehr sparen zu müssen. Ich nenne das in höchstem Maß verantwortungslos.

(Ramsauer, SPD: Das ist eine
Unverschämtheit!)

Ich komme zum dritten Punkt. Beginnen Sie endlich im konsumtiven Bereich der Ausgaben dieses Landes zu kürzen und verpassen Sie nicht weiter stattdessen Landesvermögen. Wenn Sie wissen wollen, wo man sparen kann, dann fangen Sie bei den zahllosen, in Hochglanz und mit Farbbild des Ministers oder des Ministerpräsidenten erscheinenden, niemand im Land interessierenden Broschüren an, die nicht der Information, sondern ausschließlich der Selbstdarstellung dienen.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie wissen wollen, wo man sparen kann, beginnen Sie mit den vielen dutzenden Modellversuchen, mit denen die unmöglichsten Dinge versucht werden. Häufig, nicht immer, geschieht dies nicht, weil man tatsächlich glaubt, dass aufbauend auf solch einem Versuch etwas Vernünftiges als Dauereinrichtung zu schaffen wäre, sondern um Bittsteller zufriede-

den zu stellen und nicht nein sagen zu müssen. Muss man solche Dinge wirklich über Schulden finanzieren?

(Schweitzer, SPD: Das ist die Rede vom vorigen Jahr!)

– Ja, Ihre Einwürfe werden auch nicht besser.

Verschwendung wird auch in einer Vielzahl von Gutachten- und Berateraufträgen erkennbar, die diese Landesregierung ständig vergibt. Die Frau Kollegin hat das angesprochen. Millionen gibt diese Landesregierung dafür aus. Allein zwischen Juli 2002 und Januar 2004 wurden für 95 Berateraufträge und Gutachten 6,2 Millionen Euro ausgegeben.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Meine Damen und Herren, dieses Land hat schließlich rund 80.000 hoch qualifizierte Mitarbeiter. Es dürften Gutachter und Berater von außen nur in Ausnahmefällen und nicht im Regelfall notwendig sein.

(Schweitzer, SPD: Ihr habt doch zusätzliche beantragt!)

Meine Damen und Herren, bei allem, was dieses Land finanziell unternimmt, gilt es bei jährlich über einer Milliarde zusätzlicher Schulden und einem Schuldenberg Ende 2006 von über 26 Milliarden Euro immer unabdingbar zu fragen, ob die Aufgabe so wichtig ist, dass ich dafür einen Kredit aufnehmen kann und muss.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, das muss man bei vielem, was Sie finanzieren, verneinen. Wo ist der Kollege Billen? Das gilt auch für die berühmten Ackerrandstreifenprogramme und für viele andere Umweltprogramme dieses Landes.

(Hartloff, SPD: Hochwasserschutz aufgeben!)

Herr Ministerpräsident, vielleicht schränken Sie und Ihre Minister Ihre Hobby-Days – der Begriff ist schon genannt worden – auf Kosten der Steuerzahler ein bisschen ein. Solange wie Geld da ist, dass der Ministerpräsident regelmäßig mit seinen Sicherheitsbeamten und Begleitung beim FCK bei den Heimspielen auftaucht,

(Ministerpräsident Beck: Das ist unglaublich!)

solange Geld da ist, dass der Ministerpräsident mit seinem Tross am Wochenende von Freizeitevent zu Freizeitevent sich fliegen lassen kann, nur um bei mehreren Veranstaltungen anwesend sein zu können,

(Hartloff, SPD: Jetzt wird es langsam unverschämt!)

solange Sie, Herr Ministerpräsident, ein ganzes Heer von Bediensteten haben,

(Hartloff, SPD: Jetzt wird es langsam unverschämt!)

das nur den Auftrag hat, lediglich ausreichend fernsehereife Veranstaltungen zu organisieren, damit sie in den Medien gut ankommen,

(Ministerpräsident Beck: Das ist größte Unverschämtheit, die ich bisher gehört habe! Bedrohe ich mich selber?)

gibt es Sparmöglichkeiten in diesem Haushalt, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Hartloff, SPD, und weitere Zurufe von der SPD)

Vielleicht fangen wir einfach einmal mit diesen einfachen Dingen an.

(Hartloff, SPD: Geht es um Freizeitbereich oder um Sicherheit?)

Meine Damen und Herren von der Regierung, machen Sie endlich ernst mit dem Ziel, die Personal- und Sachkosten für die Verwaltung von Politik bei gleichzeitigem Aufgaben- und Regelungsabbau nachhaltig zu senken.

(Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Stellen Sie einfach einmal alle Sachleistungen des Landes auf den Prüfstand.

(Hartloff, SPD: Immer noch steigerungsfähig!)

Führen Sie sie nur weiter, wenn Sie nachweisbar zukunftsorientiert sind. Konzentrieren Sie Zuschüsse und Zuweisungen aus dem Landeshaushalt auf Vorhaben mit besonderer landespolitischer Bedeutung, auf Vorhaben, die Arbeitsplätze schaffen, die Bildungschancen verbessern, die die Vereinbarkeit von Familie und beruflicher Tätigkeit unterstützen und ehrenamtliches Engagement fördern.

Meine Damen und Herren, wenn Sie das tun, bin ich mir sicher, leisten Sie bereits dadurch einen wirksamen Beitrag zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung,

(Schweitzer, SPD: Was ein peinlicher Auftritt! – Zuruf der Abg. Frau Schmitt, SPD, und weitere Zurufe von der SPD)

und zwar ohne zusätzliche Schulden zu machen und ohne Vermögen zu verschleudern. Sie werden dadurch in der Lage sein, gesteigerte Investitionen zu tätigen und dadurch zusätzlich Wachstum und Beschäftigung zu fördern.

(Schweitzer, SPD: Ist Ihnen das nicht peinlich, was Sie sagen oder sind Sie so abgestumpft?)

Meine Damen und Herren ich komme zum Schluss.

(Hartloff, SPD: Das ist das Beste, was Sie heute sagen! –

Schweitzer, SPD: Das ist das Beste, was Sie heute gesagt haben! –

Ministerpräsident Beck: Sie sollten sich wirklich schämen, das ist – –)

Meine Damen und Herren, wir fordern von Ihnen,

(Staatsminister Mittler: Dass Sie sich anständig benehmen!)

dass Sie die Sicherung der Kernaufgaben der Landespolitik als oberstes Ziel Ihrer Politik ansetzen.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt noch mehr, wenn man die demographische Entwicklung perspektivisch mit in den Blick nimmt. Ich glaube, diese Entwicklung müssen wir noch weiter in unserer gemeinsamen Politik stärken.

(Schweitzer, SPD: Ein Gurkenschneider! – Zuruf des Abg. Hartloff, SPD)

Meine Damen und Herren, wo habe ich denn den Schlusssatz?

(Zurufe von der SPD)

– Da ist er. Ich wollte zum Schluss sagen: Leisten Sie einen Beitrag, dass die künftigen Generationen nicht auf uns schimpfend herunter schauen müssen. Leisten Sie einen Beitrag für die finanzwirtschaftliche Handlungsfähigkeit dieses Landes. Statt nichts zu tun, als auf Pump und mit den Erlösen aus dem Verkauf von Vermögen zu leben, verlangen wir von Ihnen, dass Sie nicht weiter auf steigende Steuereinnahmen hoffen, sondern endlich das Heft in die Hand nehmen und eine kurz- und mittelfristig wirksame Strategie zur stetigen Senkung der jährlichen Neuverschuldung auf den Weg bringen. Dieses Land und unsere Menschen haben es verdient, besser regiert zu werden. Fangen Sie endlich damit an oder treten Sie ab.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Herr Kollege Ramsauer hat das Wort.

Abg. Ramsauer, SPD:

Lieber Herr Kollege Bracht, ich denke, Sie haben allen Grund, einmal darüber nachzudenken, ob Sie sich beim Ministerpräsidenten entschuldigen wollen.

(Beifall der SPD)

Sie haben vorhin gehört, wie der Ministerpräsident ganz ausführlich dargelegt und begründet hat, was es für dieses Land bedeutet, wenn dieses Land Austragungsort eines solchen internationalen Ereignisses wird. Wenn Sie sich dann unterstehen, ihm private Interessen zu unterstellen, ist das eine Ungeheuerlichkeit.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der FDP –
Schweitzer, SPD: Es sind
Christdemokraten!)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat gestern den Entwurf des Doppelhaushalts eingebracht. Herr Minister Mittler, ich möchte Ihnen für die Klarheit und Deutlichkeit Ihrer gestrigen Rede danken. Sie war so deutlich, dass dem Oppositionsführer heute Morgen gar nichts mehr dazu eingefallen ist.

(Jullien, CDU: Was?)

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsentwurf, den wir beraten, entspricht nicht nur den Vorschriften unserer Landesverfassung, sondern er entspricht auch den Empfehlungen des Finanzplanungsrats. Zum wiederholten Male ist uns heute vorgeworfen worden, wir wollten diesen Haushalt im Schweinsgalopp durchpeitschen und wollten ihn nicht in einer ausreichenden Zeit beraten. Ich darf sie darauf hinweisen, dass es 50 Arbeitstage sind. Der Deutsche Bundestag, dessen Haushalt um ein Zehnfaches größer ist, schafft es in 60 Tagen. Wir werden es doch ähnlich wie die Hessen und die Thüringer auch schaffen, die keinen Tag länger haben.

Wir schaffen doch sonst auch mehr als die anderen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wenn man natürlich intern viel mehr zu tun hat, hat man natürlich wenig Zeit, sich auf den Haushalt zu konzentrieren. Das hat man heute auch merken können.

(Frau Kohnle-Groß, CDU: Also hör' mal, was soll das denn?)

Ich sagte, dieser Haushaltsentwurf ist verfassungskonform. Er entspricht den Finanzplanungsratsrichtlinien und setzt uns dennoch in die Lage, unsere politischen Schwerpunkte zu stärken. Heute ist viel darüber geredet worden, aber ich will noch einmal sagen, dass es uns auch ein Anliegen ist, eine stabile Finanzausstattung für die Kommunen zu gewährleisten – ich komme später noch einmal darauf zurück –, und dass es uns ein wichtiges Anliegen ist, die klassischen Investitionen auf im Ländervergleich hohem Niveau fortführen zu können.

Meine Damen und Herren, zusätzlich wollen wir in Bildung und Wissenschaft in einem Maß investieren, wie wir das für notwendig halten, in einem Maß, wie wir es meines Erachtens gerade noch finanzieren können. Dennoch wird es uns in der Kontinuität der letzten Jahre erneut gelingen, den Anstieg der Landesausgaben auch nominal gut unter 1 % zu begrenzen. Dies ist vor dem Hintergrund unserer verglichen mit anderen Ländern hohen Belastungen etwa durch die Konversion militärischer Anlagen mehr als bemerkenswert.

Zur Sicherung der Zukunft unseres Landes versuchen wir darüber hinaus, alles zu tun, den beginnenden, sich noch nicht selbst tragenden konjunkturellen Aufschwung nicht zu gefährden. Wir werben weiter um Vertrauen und wollen Maßnahmen unterlassen, die die wirtschaftliche Dynamik einschränken könnten. Vor diesem Hintergrund ist das Motto dieses Haushalts zu sehen, Wachstumskräfte zu stärken, Bildung, Innovation und Forschung zu fördern.

(Beifall der SPD und der FDP)

Denn nicht nur für den rheinland-pfälzischen Haushalt gilt: Ohne ausreichendes Wachstum verbunden mit einer kräftigen Erholung der Steuereinnahmen können die gesetzte Konsolidierungsziele nicht erreicht werden. Meine Damen und Herren, alle staatlichen und kommunalen Haushalte haben zurzeit ein Einnahmenproblem. Genauer gesagt haben sie ein Steuereinnahmenproblem. Dies gilt auch für unser Land Rheinland-Pfalz. In der Tat ist die Steigerung der Schuldenlast alles andere als erfreulich. Nur ist es unehrlich, so zu tun, wie es Kollege Böhr heute Morgen getan hat und Herr Bracht eben auch, als sei dies ein spezifisches rheinland-pfälzisches Problem.

Meine Damen und Herren, das ist ein Problem der ganzen Gesellschaft. Deswegen lohnt es sich auch, einmal genauer hinzuschauen. Wenn wir uns heute Morgen haben vorhalten lassen müssen, dass Rheinland-Pfalz bei den Steuereinnahmen auf Platz 2 stünde, muss man genau hinschauen und sehen, dass dies auch ein Ergebnis der Zuweisungen und des Finanzausgleichs ist und von Platz 2 bis Platz 10, wo wir eigentlich im Ausgang stehen, nur ganz geringe Differenzen sind. Das ist gerade das Ziel und das Ergebnis eines Finanzausgleichs. Insofern sollten wir uns hier nicht auf den Arm nehmen lassen.

(Beifall der SPD und der FDP –
Schweitzer, SPD: Das kapiere
die nicht!)

Nach drei Jahren wirtschaftlicher Stagnation ist trotz der massiven Steuersenkungen der letzten Jahre die Stimmungslage in der Bevölkerung, zumindest teilweise, immer noch von Unsicherheit geprägt. Die Einleitung der dringend erforderlichen Reformen in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und die zunehmenden Prozesse der Globalisierung haben zusätzlich zu diesem Stimmungstief beigetragen, das sich Gott sei Dank im Augenblick zu wandeln scheint. Aber vor diesem Hintergrund sind in allen öffentlichen Haushalten in den letzten drei Jahren die Steuereinnahmen weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückgeblieben und die Defizite entsprechend gestiegen.

Wie schwierig die Lage auch für Rheinland-Pfalz ist, zeigen zwei Betrachtungen. Ich sage bewusst „auch“; denn sie ist für alle Länder so. Angenommen, die Steuereinnahmen wären seit dem Jahr 2000 so gestiegen, wie man das für ein normales Wachstum unterstellt hätte, nämlich für 2 % und 1,5 % Inflationsrate, dann hätten wir in 2005 und 2006 jeweils rund 2,2 Milliarden Euro Mehreinnahmen und einen ausgeglichenen Haushalt.

(Bracht, CDU: Hätten! Das ist
eine Wunschvorstellung!)

Wie ist es aber tatsächlich? Tatsächlich hat das Land gegenüber dem Ist-Ergebnis des Jahres 2000 voraussichtlich noch einmal 600 Millionen Euro geringere Einnahmen zu verkräften. Wir müssen trotz erheblicher Einsparmaßnahmen und der vorgesehenen bzw. schon vollzogenen Auslagerungen aus dem Kernhaushalt rund 200 Millionen Euro höhere Personalausgaben veranschlagen. Dennoch – ich denke, das ist ein Erfolg, der

nennenswert ist – können wir in Rheinland-Pfalz von einem realen Nullwachstum der Gesamtausgaben sprechen. Das ist für sich gesehen ein Konsolidierungserfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD)

Allerdings müssen wir aufgrund der dramatischen Steuereinnahmenentwicklung feststellen, dass nicht alle mittel- und langfristigen Konsolidierungsziele erreicht werden konnten und ein verfassungskonformer Doppelhaushalt 2005/2006 nicht allein durch weitere Ausgabenkürzungen, sondern nur durch ergänzende Maßnahmen auf der Einnahmenseite vorgelegt werden kann. Angesichts der Struktur des Landeshaushalts kämen alternativ in der erforderlichen Größenordnung, wenn man sich nur auf die Ausgabenkürzung begrenzen wollte, die nicht vertretbare massive Kürzung von Investitionsausgaben oder gar Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich infrage.

Meine Damen und Herren, beides wollen wir nicht und können wir nicht wollen. Alle Bundesländer befinden sich in dieser Situation. Alle ergreifen Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Einnahmenseite. Wenn Herr Böhr das heute Morgen als singulären Fall hat darstellen wollen, dann sage ich immer wieder – ich wiederhole es in diesem Hause immer wieder –: Fensterreden halten, durch diese Fenster über den Rhein schauen, sehen, was in Hessen los ist – es ist heute schon darauf hingewiesen worden –, zum vierten Mal ein nicht verfassungsgemäßer Haushalt. – Vor diesem Hintergrund ist manche hier vorgetragene Kritik wenig überzeugend.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wir sind mit unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik auf dem richtigen Weg. Zahlreiche Analysen unabhängiger Beobachter bescheinigen Rheinland-Pfalz gute Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung.

(Pörksen, SPD: Sehr wahr!)

Auch das haben wir heute wieder erleben können, es gibt so etwas wie selektive Wahrnehmung. Wenn man Statistiken oder Untersuchungen betrachten kann, kann man sich immer die Negativbeispiele herausuchen, oder man kann – so wie ich es tue – auch die positiven herausuchen. Ich sage Ihnen jetzt einmal das Positive. Die „Wirtschaftswoche“ hat im August 2004 untersucht, welche der 16 Länderregierungen ihr Land seit 2001 am stärksten vorangebracht haben und wo sich einerseits die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen und andererseits das Umfeld für die Wirtschaft am besten entwickelt haben. Rheinland-Pfalz belegte einen hervorragenden dritten Platz und überzeugte – Zitat – „vor allem durch solides Wachstum“, solides Wachstum insbesondere – worauf wir auch stolz sind – deutlich bei den steigenden Pro-Kopf-Ausgaben im Bildungsbereich, meine Damen und Herren. Ich denke, das müssen wir auch so fortfahren.

Daneben schafften wir es, trotz der bundesweit desolaten Arbeitsmarktlage die Zahl der Sozial- und Arbeitsb-

senhilfeempfänger nahezu konstant zu halten, was für viele andere Bundesländer nicht gilt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Besonders positiv für die Wirtschaft ist folgender Umstand, der in derselben Untersuchung hervorgehoben wird: Die Gewerbesteuerhebesätze der rheinland-pfälzischen Kommunen sanken von 2000 bis 2002 im Schnitt um 5 %. – Das bejubelt natürlich die „Wirtschaftswoche“, aber ich bejubele, dass trotz dieses Vorgangs dennoch seit Beginn dieses Jahres die Gewerbesteuererinnahmen der Kommunen im Durchschnitt erheblich gestiegen sind.

Meine Damen und Herren, die Eckwerte des Doppelhaushalts können sich sehen lassen. Auch bundesweit können sie sich sehen lassen. Die Verfassungsgrenze für die Nettokreditaufnahme wird in beiden Haushaltsjahren eingehalten. In diesem Zusammenhang möchte ich in Erinnerung rufen, dass die Zuführung zu dem Pensionsfonds, der heute schon mehrfach Thema war, die bereinigten Gesamtausgaben und folglich auch die Nettokreditaufnahme erhöhen. Das lässt sich nicht wegdiskutieren, wie Gleiches genauso für das Verstedigungsverlehen an die rheinland-pfälzischen Kommunen gilt. Wenn dies nicht der Fall wäre, hätten wir natürlich insgesamt 376 Millionen Euro weniger Kreditaufnahme in einem Jahr vorzunehmen.

Rheinland-Pfalz ist nach wir vor das einzige Bundesland, das sich bislang in dieser Form seiner Verantwortung stellt und diese Zukunftsbelastungen auch offen ausweist und offen etatisiert.

(Beifall der SPD und der FDP)

Die Empfehlungen des Finanzplanungsrats für die Steigerungsrate der bereinigten Gesamtausgaben werden auch unter Berücksichtigung der Auslagerungen, die wir jetzt beschließen, insbesondere der Auslagerung der Uni Mainz, weit unter der 1%-Rate liegen. Wir werden die Steigerungsrate auf 0,7 % in 2005 und 0,8 % in 2006 begrenzen können.

Das Thema, das wir eben ausführlich hatten, was die Schuldenbelastung angeht, kann man in der Tat ganz leicht mit einer Zahl betrachten. Die Zinsausgabenquote bleibt in beiden Jahren weiterhin unter 10 % und liegt somit seit Mitte der 80er-Jahre in dieser Größenordnung. So viel noch einmal zu den Vorwürfen der CDU.

Meine Damen und Herren, im Rahmen des Hochschulprogramms habe ich heute auch seltsame Aussagen gehört. Wir sind froh, dass wir in diesem Hochschulsonderprogramm über fünf Jahre mit 125 Millionen Euro 50 Millionen Euro in die Verbesserung der Grundausstattung unserer Hochschulen investieren können.

Frau Thomas, zehn Millionen Euro sind nicht alles. Die 20 Millionen Euro, die in die Rücklage kommen, sind nicht irgendwo versteckt oder dem Zugriff entzogen,

sondern es geht genau darum, die Hochschulen nicht in den Zwang des Haushaltsjahres zu setzen.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht genau darum, den Hochschulen auf diesem Weg mehr Entscheidungsfreiheit zu geben.

(Itzek, SPD: So ist es! Freiheit!)

Vielleicht lesen Sie es noch einmal nach.

(Beifall der SPD und des Abg. Creutzmann, FDP)

Der Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung an den bereinigten Gesamtausgaben steigt bis 2006 auf rund 32,9 %, und damit setzen wir ein deutliches Zeichen gegen den fatalen Trend, vor allem in CDUgeführten Bundesländern, wo die Hochschuletats einschneidend gekürzt werden.

Meine Damen und Herren, die Investitionsquote bleibt im Ländervergleich auf hohem Niveau.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da muss man immer dazu sagen, dass die von einem anderen Niveau als Rheinland-Pfalz ausgehen!)

– Wir haben heute schon etwas über die vielen gesagt, die in unsere schlechten Unis kommen. Das haben wir heute schon einmal abgehandelt.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Frau Thomas, aber trotzdem muss man die Wahrheit der Finanzsystematik begreifen und sich dann auch danach richten.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf des Abg. Jullien, CDU)

– Na ja, über Logik von Finanztransaktionen möchte ich mit Ihnen jetzt nicht diskutieren, lieber Herr Jullien. Ich bin froh, dass unsere Sparkasse noch solvent ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Die Personalausgaben mit 41,4 % in 2006 und 41,2 % in 2005 sind gegenüber 2004 trotz allem rückläufig.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Rechnen Sie doch einmal die anderen dazu! Es bestreitet doch eigentlich keiner offiziell, dass sie bei über 48 % liegen!)

– Sie wollen immer den Gesamthaushalt betrachten. Sie sind dennoch, wenn Sie den Gesamthaushalt betrachten, rückläufig.

Sie sind dennoch rückläufig, obwohl es Steigerungsraten im Tarif- und Besoldungsbereich gibt. Ich denke, das darf man sagen, auch wenn es Ihnen nicht so gefällt.

(Beifall bei der SPD –
Zuruf aus dem Hause)

– Das räume ich ein. Es ist zum Teil auf die organisatorischen Veränderungen zurückzuführen. Es ist aber auch auf die Maßnahmen der Landesregierung vom November 2002 zurückzuführen.

Herr Jullien, der Herr Ministerpräsident hat vorhin auch auf das Bild hingewiesen, das ich ständig vor mir habe, wo ein Galgen stand und ein großes Transparent hing, auf dem stand „Gauener und Politik“, vor dem Herr Jullien und Herr Bischel fotografiert sind.

Meine Damen und Herren, genau das ist die Frage.

(Beifall bei der SPD –
Jullien, CDU: Wo waren Sie denn?)

– Ich war auch da. Aber ich habe mich nicht zu den Gaunern gestellt.

(Zurufe von der CDU)

– Lassen Sie mich doch etwas zu den Steuereinnahmen sagen. Davon verstehen Sie doch etwas.

Die Steuereinnahmen gehen 2005 gegenüber 2004 voraussichtlich noch einmal um rund 250 Millionen Euro zurück, und auf die Entwicklung dieser anhaltenden Einnamenschwäche bei den Steuern hat das Land nur sehr begrenzten und auch nur mittelbaren Einfluss. Auch das muss man feststellen, wenn wir uns das immer um die Ohren hauen lassen müssen. Deshalb wird und muss das Land als Eigentümer umfangreicher Vermögenswerte durch den weiteren Verkauf von Wohnungsbauforderungen und die Optimierung von Vermögensoperationen die nicht steuerlichen Einnahmen erhöhen, und zwar um 645 Millionen Euro in 2005 und um 555 Millionen Euro in 2006. Damit können wir weitere teure Kredite vermeiden.

Meine Damen und Herren, auch hier ist Ihre Kritik sehr wenig seriös, wenn wir lesen, das Tafelsilber würde verkauft.

Worum geht es eigentlich: Das Wohnungsbauvermögen des Landes ist bislang nur unzureichend bewertet bzw. genutzt worden. Insbesondere dann, wenn Vermögenswerte nicht unmittelbar zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben zur Verfügung stehen müssen, ist eine optimierte Nutzung nicht nur vertretbar, sondern sogar geboten. Dies gilt insbesondere für werthaltige Forderungen, die bislang überhaupt nicht genutzt wurden. Damit kann nämlich auch ein vernünftiger Beitrag zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme geleistet werden.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schaut man wieder durch diese Fenster über den Rhein ins benachbarte Baden-Württemberg und ins benach-

barte Hessen, dann wird genau das von CDU-Landesregierungen in viel größerem Maß praktiziert. Vor allen Dingen werden dort auch noch gleich Liegenschaften in großem Umfang verkauft, was wir gar nicht tun. Dann zu behaupten, die rheinland-pfälzische Landesregierung verkaufe das letzte Tafelsilber, ist zumindest falsch, wenn nicht böseartig.

Richtig ist vielmehr, dass sich die Landesregierung durch die maßvolle Aktivierung von Landesvermögen Handlungsfähigkeit bis weit über den Doppelhaushaltszeitraum hinaus aufrechterhält.

Meine Damen und Herren, insgesamt ist festzustellen, dass es der Landesregierung mit dem vorliegenden Doppelhaushaltsentwurf gelungen ist, mit moderner, zukunftsweisender Haushaltspolitik das Ausgabenwachstum insgesamt zu begrenzen und dennoch die Mittel in zahlreiche politische Schwerpunkte leiten zu können.

Ich will sie noch einmal wiederholen, weil wir gelernt haben, dass wir auch von der Wiederholung leben können:

(Zurufe aus dem Hause)

Uns geht es um die Mobilität in diesem Land. Uns geht es um Kinder und Jugend in Ganztagschulen und bei der Unterrichtsversorgung. Uns geht es um die Innere Sicherheit. Es ist uns gelungen, in diesen Bereichen vieles sogar noch aufzustocken und gleichzeitig diesen Haushalt entsprechend im Griff zu haben.

Meine Damen und Herren, das ist ebenso wichtig für die Menschen im Land wie notwendig für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Ich sagte, ich komme noch einmal auf unsere Kommunen zurück, weil man das auch noch einmal deutlich machen muss. Die Ausstattung der rheinland-pfälzischen Kommunen hat für uns große Bedeutung. Ich glaube, die Damen und Herren in den kommunalen Spitzenverbänden wissen das auch, auch wenn sie selbst ihre Interessen mit anderen Worten formulieren müssen als wir, die wir Verantwortung für einen Landeshaushalt haben.

Aber weil wir die Situation der Kommunen kennen, wissen wir erstens, dass wir sie nicht im Regen stehen lassen können und zweitens, dass wir die Forderung nach einer Gemeindefinanzreform auf Bundesebene massiv mit unterstützen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund darf doch auch Folgendes gesagt werden: Die Finanzsituation unserer Kommunen hat sich deutlich aufgehellt. Die Gewerbesteuererinnahmen der Gemeinden sind im ersten Halbjahr um 40,3 %, das heißt, um 128 Millionen Euro, gestiegen. Die Absenkung der Gewerbesteuerumlage und die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen zur Stabilisierung der Bemessungsgrundlagen der Gewerbesteuer zeigen jetzt erkennbar Wirkung.

Auch durch die Zusammenfassung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden die rheinland-pfälzischen Kommunen ab 2005 um jährlich rund 33,5 Millionen Euro entlastet.

Das Land hat in den vergangenen Jahren erhebliche Anstrengungen zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft unternommen. Mit dem Beistandspakt wurde verhindert, dass die Steuereinnahmen seit 2001 über den kommunalen Finanzausgleich –KFA– unmittelbar die Kommunen belasten. Das Land garantierte den Kommunen in 2003 und 2004 insgesamt 1.606 Millionen Euro. In den kommenden Haushaltsjahren erhöht sich diese Garantiesumme um jeweils 1 % auf 1.622 Millionen Euro und 1.683 Millionen Euro. Diese Mindestgarantiesumme liegt deutlich oberhalb der bisherigen Finanzausgleichsmasse.

Die Differenzierung zur Garantiesumme stellt das Land den Kommunen im Wege eines zinslosen Darlehens zur Verfügung.

Ein Blick ins benachbarte Baden-Württemberg zeigt uns, dass andere Bundesländer –reichere Bundesländer– ihre Kommunen mit dem Hinweis auf Entlastung durch die Senkung der Gewerbesteuerumlage nicht so gut stellen, sondern diese Beträge gleich verrechnen und kein Darlehen gewähren. Rheinland-Pfalz hingegen wird seinen Kommunen in den Jahren 2005 und 2006 im Rahmen des Beistandspakts weitere Darlehen gewähren und wird diesen Beistandspakt fortentwickeln zu einem Stabilisierungsfonds, wie er mittlerweile in Hintergrundgesprächen von vielen anderen Bundesländern geprüft wird. Wir können davon ausgehen, dass dieses rheinland-pfälzische Modell wahrscheinlich auch von anderen Bundesländern übernommen werden wird.

Die Kommunen erhalten mit dieser Maßnahme erstmals in der Geschichte des Landes entlang eines Wachstumskorridors stetig steigende Mittel. Dennoch bleibt dabei das Verhältnis von allgemeinen zu zweckgebundenen Zuweisungen auch im Finanzplanungszeitraum in der bisherigen Kontinuität. In dieser Kontinuität wird es auch in der mittelfristigen Finanzplanung zugehen.

Ziel der rheinland-pfälzischen Finanzpolitik bleibt es weiterhin, ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wäre es ungerecht und unverantwortlich, nachwachsenden Generationen eine Staatsverschuldung zu hinterlassen, deren Zinslasten nicht mehr finanziert werden können. Herr Bracht, das wissen wir auch. Deswegen halten wir an dem Ziel fest, auch wenn es im Moment unverantwortlich und unmöglich ist, einen Haushalt so zu fahren, wie man sich das zu Zeiten hoher Wachstumsraten vorgestellt hat.

Die mittelfristige Finanzplanung 2004 bis 2008 zeigt, dass Rheinland-Pfalz aufgrund des so genannten Basiseffekts trotz der Anstrengungen auf der Ausgabenseite erst im Jahr 2009 wieder in der Lage sein wird, auf Sondereinnahmen durch den Einsatz von Vermögenswerten zu verzichten. Der Finanzplan zeigt insbesondere aber auch, wie mittelfristig verfassungskonforme Haushalte vorgelegt werden können, ohne dass wir das Land kaputtsparen. Außerdem zeigt er, dass es nach einer

Erholung der Steuereinnahmen in einem überschaubaren Zeitraum möglich sein wird, ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung legt damit trotz der aktuell schwierigen Einnahmensituation ein tragfähiges mittelfristiges Finanzierungskonzept für den Haushalt vor, mit dem die Zukunftsfähigkeit unseres Landes gesichert wird. Deshalb kann man im Blick auf die Überschrift der Rede des Herrn Finanzministers sagen: Wachstumskräfte werden gestärkt. Bildung, Innovation und Forschung werden gefördert. Die Zukunft unseres Landes liegt in guten Händen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Meine Damen und Herren, als Gäste begrüße ich Mitglieder der Betriebsortsgruppe der IG Bergbau, Chemie, Energie (ehemals Ruhrkohle Verkauf Mannheim). Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Natürlich ist dieser Haushalt und die Diskussion darum keine Freude. Wir wissen alle, dass wir uns das alle vor einigen Jahren viel schöner vorgestellt haben, wir die Schulden abbauen und nicht mehr wie vor vielen Jahren bei einer Rekordverschuldung stehen.

In einer solchen Situation würden wir alle natürlich gern Wünsche äußern. Ich glaube, jede und jeder, die bzw. der im Parlament sitzt, hat genug Wünsche, die wir vortragen könnten und die es wert wären, vorgetragen zu werden. Es gibt genug Wünsche, deren Erfüllung der Bevölkerung helfen würde. Außerdem gibt es genug Wünsche, deren Erfüllung die Arbeitslosigkeit bekämpfen würde. Wir haben aber einen Haushalt, der sehr knapp ist, und Einnahmen, die uns diese Wünsche nicht alle gestatten. Deswegen haben wir darüber zu diskutieren, was wir überhaupt noch bezahlen können und wo unsere Schwerpunkte in diesem Haushalt liegen. Wir haben von verschiedenen Schwerpunkten gehört. Klar ist, dass wir alle die Bildung als einen solchen Schwerpunkt ansehen.

Lassen Sie mich noch einmal zurückkommen auf die Positionen der einzelnen Parteien. Heute habe ich im Internet auf der Homepage von Werner Kuhn unter der Rubrik „Dafür stehe ich“ Folgendes gefunden: „Haushaltspolitik entscheidet die Zukunft. Verschuldung abbauen und Innovation fördern, das ist der Grundsatz liberaler Haushaltspolitik in Rheinland-Pfalz. Der mit dem Doppelhaushalt 1998/99 eingeleitete Abbau der Neuverschuldung wird konsequent fortgesetzt, sodass ab 2008 keine neuen Schulden mehr gemacht werden.“

Dann muss der kontinuierliche Abbau der Altschulden erfolgen. Die FDP wird die treibende Kraft sein, um den Schuldenberg im Interesse der Chancen künftiger Generationen so schnell wie möglich abzubauen.“

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass das nicht aktuell ist. Das steht aber im Internet auf der ersten Seite unter der Rubrik „Dafür stehe ich“ auf der Homepage des Fraktionsvorsitzenden der FDP. Vielleicht nehmen Sie das heraus und stellen aktuellere Texte ein.

Das zeigt aber genau die aktuelle Lage. Sie sagen, dass Sie die Schulden abbauen wollen. Gleichzeitig haben Sie aber in Ihrem Hauptministerium, im Wirtschaftsministerium, die meisten Subventionen und die meisten Ausgaben, die wir tatsächlich abbauen könnten.

(Creutzmann, FDP: Falsch!)

Deshalb können Sie nicht behaupten, dass Sie einen Sparhaushalt machen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Creutzmann, wir können uns natürlich darüber unterhalten, dass Sie auch die Kindergartenunterstützung und all das als Subvention ansehen, was im Sozialbereich läuft.

(Itzek, SPD: Das gehört aber dazu!)

Von den Subventionen, die wir abbauen könnten, und zwar unschädlich abbauen könnten, haben Sie die meisten in Ihrem Ministerium. Deswegen will ich darüber reden, was tatsächlich im Wirtschaftsministerium abgebaut werden könnte und wo noch Sparpotenziale liegen, meine Damen und Herren.

Bei den Zinsbelastungen, die wir zurzeit haben – die Zinsbelastung beläuft sich auf mehr als 1 Milliarde Euro pro Jahr –, müssen wir an den Stellen abbauen, an denen es unschädlich ist. Außerdem müssen wir darauf achten, dass es keine Mitnahmeeffekte gibt, auch nicht in der Wirtschaft. Deswegen sind wir der Auffassung, dass im Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums noch der eine oder andere Posten steht, dessen Ansatz gesenkt werden kann, meine Damen und Herren.

Wir haben von der CDU gehört, dass sie die Schulden verringern will, die Ausgaben für zu hoch hält, aber auf der anderen Seite auch Wünsche hat, nämlich den Wunsch, in der Bildungspolitik mehr auszugeben. Für äußerst problematisch in einem Diskurs in einem Parlament halte ich es jedoch, dass wir keine Lösungsvorschläge von Herrn Böhr gehört haben. In der jetzigen Zeit, wenn Sie als CDU auf die nächste Landtagswahl zusteuern und intern Diskussionsrunden führen, muss man im Parlament um die besten Vorschläge und um die Richtung kämpfen, in die man gehen will. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie müssen uns dann aber auch etwas anbieten. Sie müssen uns eine Diskussionsgrundlage anbieten, auf deren Basis wir mit Ihnen streitig diskutieren können um die besten Ideen in diesem Land, um die besten Möglichkeiten, dieses Land voranzubringen. Die CDU-Fraktion hat aber nicht einen einzigen Vorschlag gebracht, außer, dass der Ministerpräsident

nicht so viel mit dem Hubschrauber fliegen soll, Herr Bracht. Sie hat keinen Vorschlag gebracht, der tatsächlich zum Schuldenabbau dieses Landes führen könnte.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Frau Schneider, CDU: Bei der Einbringung oder bei der Verabschiedung?)

Ich halte das für enttäuschend, weil wir einen konstruktiven Streit um diese Vorschläge führen möchten. Deswegen möchte ich klarstellen, welche Innovationen wir voranstellen wollen, welche Innovationen uns wichtig sind und mit welchen Innovationen wir in Rheinland-Pfalz neue Arbeitsplätze schaffen können.

(Dr. Weiland, CDU: Welche Vorschläge haben Sie denn?)

Es wird Sie nicht wundern, dass einer dieser Punkte die Energiepolitik ist. Das sage ich nicht zum ersten, aber auch bestimmt nicht zum letzten Mal, meine Damen und Herren. Viele von Ihnen wissen, welche Chancen in diesem Bereich liegen. In der dezentralen Energiepolitik in Rheinland-Pfalz können wir neue Arbeitsplätze schaffen. Ich bitte jemanden von der FDP zu sagen, wie es sein könnte, eine neue Energiepolitik zu betreiben, und woher Sie es haben, dass wir neue Förderungstöpfe aufmachen wollen, gerade bei der Windkraft.

(Zuruf des Abg. Dr. Schmitz, FDP)

Wenn Sie richtig gelesen hätten und wenn Sie richtig das gesehen hätten, was wir bisher diskutiert haben, hätten Sie sehr wohl gemerkt, dass wir sagen, bei der Windkraft ist eine finanzielle Förderung nicht mehr notwendig, weil die Windkraft über das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert wird. Wir brauchen aber eine Förderung – auch der Windenergie – über die Baugenehmigungen. Wir brauchen auch eine Förderung über die Stimmung in diesem Land, und es liegt auch in der Verantwortung der Regierungsparteien, im Land eine Stimmung zugunsten von erneuerbaren Energien zu schaffen, die Wertschöpfung in diesem Land halten, die Wertschöpfung in diesem Land schaffen und die Arbeitsplätze in diesem Land schaffen können. Dazu stehen Sie in der Pflicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben natürlich auch weitere erneuerbare Energien – das sieht das Wirtschaftsministerium meiner Meinung nach inzwischen auch sehr deutlich –, nämlich die Möglichkeit, über die Biomasse neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir kennen die Biomassestudie, die von der Umweltministerin vorgelegt wurde. Innerhalb der nächsten zwei Jahre könnten wir die Biomasseverstromung um ein Vielfaches erhöhen und die Wärmeerzeugung verdoppeln. Darüber könnten wir gerade im ländlichen Raum Arbeitsplätze schaffen.

Herr Bauckhage, dazu gehört eine Umstrukturierung der Förderung, die in Ihrem Ministerium läuft. Dazu gehört nicht nur eine finanzielle Förderung – ich betone das –, sondern auch eine Beratungsförderung, damit die Men-

schen, die sich in diesem Bereich engagieren wollen, die Arbeitsplätze in diesem Bereich schaffen wollen und die Wertschöpfung erhalten wollen, vom Ministerium unterstützt und beraten werden. Das gilt auch für die Kommunen. Ich weiß auch, dass andere Bundesländer das durchaus schaffen. Nur Rheinland-Pfalz als ideales Bundesland für eine Biomasseverstromung und als ideales Bundesland für die Solarenergie schafft es nicht, eine entsprechende Beratung aufzubauen. Herr Bauckhage, das ist eine von vielen verpassten Chancen aus Ihrem Ministerium.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn wir Arbeitsplätze halten wollen und neue Arbeitsplätze schaffen wollen, gehört natürlich auch die Chemiepolitik in Rheinland-Pfalz mit zu den zentralen Aufgaben.

(Staatsminister Bauckhage: Jawohl!
Das ist aber wahr!)

– Herr Bauckhage, das ist vollkommen klar. Ich weiß, das werden Sie nachher in Ihrer Rede, sofern Sie reden werden, noch einmal betonen.

Die Chemiepolitik in Rheinland-Pfalz und in der EU kann nur zukunftsfähig sein, wenn wir sie einander angleichen, wenn wir die verschiedenen Industriestandards innerhalb der EU einander angleichen und wenn wir die Chemiepolitik und die Chemieindustrie verbrauchernäher gestalten. Das ist eine große Aufgabe. Natürlich ist das auch eine Belastung für die Firmen, weil sie neue Daten erheben müssen. Das ist aber eine Möglichkeit, die wir in der Zukunft ins Auge fassen müssen. Das ist eine Aufgabe, die die Firmen gerade während einer anspringenden Konjunktur auch leisten können. Also haben wir in Rheinland-Pfalz als Land der Chemieindustrie eine gute Chance, Innovationen mit einer zukunftsfähigen Chemiepolitik und mit einer zukunftsfähigen Chemieindustrie anzustoßen, die verbrauchernah und verbraucherfreundlich ist und die die Verbraucherinnen und Verbraucher auch aufklärt und die entsprechende Daten erhoben hat.

Ich sage Ihnen eines, gerade die Chemie birgt für die Zukunft ein Innovationspotenzial in sich wie in keiner anderen Art und Weise der Industrie.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

Nicht einmal beim Autobau und noch nicht einmal, glaube ich, bei den erneuerbaren Energien wären wir ohne die Chemie so innovationsfähig.

(Staatsminister Bauckhage: Das glaube ich aber nicht so ganz!)

Also kommt es darauf an, die Dinge, die in der Zukunft entwickelt werden, akzeptabel und umweltverträglich zu machen sowie sie innovativ und nachhaltig zu gestalten. Da haben wir dann eine ideale Kombination beispielsweise von Energiegewinnung, Energieeinspeisung, sozusagen Energielagerung – was innerhalb der Chemie auch entwickelt werden kann –, und wir haben innovati-

ve Potenziale im Land, die wir heben müssen und die wir auch heben können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden sich jetzt fragen, wieso gerade von den GRÜNEN dieses Bekenntnis zur Chemie kommt. Herr Creutzmann, jetzt kommt der kritische Ton. Sie hätten das ohnehin hinterfragt. Kein Mensch in diesem Land muss allen neuen Entwicklungen zustimmen, die es in diesem Land geben kann oder geben wird und die in der Forschung entwickelt werden können. Deshalb sage ich noch einen kritischen Ton zur grünen Gentechnik. Wir treiben die Industrie nicht aus dem Land, wenn wir kritisch zur grünen Gentechnik reden.

(Pörksen, SPD: Die freuen sich darüber!)

Wir sagen, die grüne Gentechnik enthält ein großes Risikopotenzial.

(Pörksen, SPD: Das wissen die auch!)

Wir wollen, dass Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden sowie Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz geschaffen und erhalten wird jenseits der grünen Gentechnik, weil da das Risiko viel zu groß ist und weil dort später wieder die Risiken auftauchen werden, die wir durch die alte Chemie ohnehin schon haben. Die Kommunen können ein Lied von Altlasten singen. Wenn Sie die Schulrenovierungen usw. betrachten, wird deutlich, was die Altlasten an Kosten verursachen und welche Investitionen zu ihrer Beseitigung notwendig sind. Deshalb können wir zu Recht zwischen risikobehafteter neuer Entwicklung und solcher, die wir durchaus unterstützen wollen, unterscheiden. Wir GRÜNEN nennen das, der Innovation eine Richtung geben. Wir wollen der Innovation eine Richtung geben und nicht blindlings alles unterstützen, was uns vorgesetzt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil wir sagen, wir wollen in der Politik mitgestalten – und wir können in der Politik mitgestalten –, brauchen wir – darüber besteht meiner Meinung nach Einigkeit im Parlament – auch eine breite Bildungspolitik, brauchen wir diesen Ressourcen schonenden Umgang mit den Menschen bei uns; denn unsere Hauptressource ist die Bildung. Unsere Hauptressource sind die Menschen, die hier leben. Unsere Hauptressource sind die Menschen, die hier ausgebildet werden. Deshalb freuen wir uns natürlich, wenn aus anderen Bundesländern oder aus dem Ausland Studentinnen und Studenten zu uns kommen. Meine Damen und Herren von der CDU, das darf doch nicht als Belastung angesehen werden, sondern das muss als Chance für dieses Land angesehen werden, weil diese Menschen in andere Bundesländer und andere Staaten zurückkehren und dort gut über Rheinland-Pfalz berichten werden, wenn sie hier eine gute Hochschule vorgefunden haben. Wir wollen natürlich auch den Ausbau der Hochschulen voranbringen.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es aber auch wichtig, dass wir früh fördern. Im Etat ist meiner Meinung nach nicht voll berücksichtigt, dass wir früh fördern müs-

sen, wir in die frühe Förderung ab drei Jahre und vielleicht, wenn das möglich ist, sogar noch darunter gehen müssen, wir viele Familien unterstützen müssen, weil sich die Familien im Moment in vielfältigen Krisen befinden, und wir mit der Frühförderung die Grundsteine für die späteren Karrieren der Menschen, die in Rheinland-Pfalz geboren werden, die in Rheinland-Pfalz aufwachsen und die in Rheinland-Pfalz ihre Bildung erfahren, legen. Deshalb müssen wir einen weiteren Schwerpunkt bei der Frühförderung setzen.

Eine Finanzierung soll über eine Mischfinanzierung erfolgen. Es soll durchaus eine Mitfinanzierung durch den Bund und nicht nur durch das Land erfolgen. Auch die Kommunen beteiligen sich an der Finanzierung. Wir müssen die Schwerpunkte aber dort legen, wo sie notwendig sind. Wir müssen sie dort legen, wo wir auch durchaus sagen können, die Kommunen haben eine Chance, sich in der Betreuung von Kindern zu entwickeln. Das Land hat die Chance, die Kommunen in diese Richtung zu steuern. Wir haben gute Chancen.

Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass wir bei der Ganztagschule gute Ansätze haben. Die Ganztagschule ist ein Hoffnungsschimmer für viele Familien. Die Ganztagschule ist auch ein Hoffnungsschimmer für die Bildung. Die Ganztagschule ist ein Hoffnungsschimmer für die Kinder, die dort zur Schule gehen. Ich kenne das aus eigener Anschauung. Mein Kind geht zu einer Ganztagschule in einer Integrierten Gesamtschule. Meine Damen und Herren, das ist ein gutes System, das wir weiter fördern müssen. Die Kinder lernen länger gemeinsam. Die Kinder müssen lernen, gemeinsam zurecht zu kommen. Das ist nicht im differenzierten Bildungssystem der Fall, das vor allem von der CDU und der FDP vorgeschlagen wird, die um des Teufels und Gottes willen davon nicht abrücken wollen, weil sie eine ideologische Bildungspolitik vertreten.

(Creutzmann, FDP: Das müssen Sie gerade sagen!)

Sie vertreten keine praktische Bildungspolitik.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Creutzmann, FDP: Oberideologe!)

Herr Creutzmann, wir werden uns noch lange darüber streiten können.

(Creutzmann, FDP: Herr Oberideologe!)

Dass die Erfolge in den skandinavischen Ländern größer sind als bei uns, liegt bestimmt zum Teil daran – vielleicht nicht ausschließlich, aber zum Teil –, dass es dort eine Art Gesamtschule gibt und es dort ein längeres gemeinsames Lernen gibt. Natürlich haben die skandinavischen Länder andere Eingangsvoraussetzungen und andere Bedingungen.

(Creutzmann, FDP: Aha!)

Ich sage nicht, dass das nur daran liegt, aber das liegt zum Teil daran. Diesen Teil dürfen Sie aus ideologischer Blindheit nicht außer Acht lassen, sondern Sie müssen gemeinsam mit der SPD, die sie dorthin nicht drängen

müssen, sondern die in diese Richtung gehen würde, in diese Richtung gehen. Wenn Sie nicht in diese Richtung gehen, wenn Sie von der FDP das verhindern, verhindern Sie Zukunftschancen für die Kinder in Rheinland-Pfalz und damit Zukunftschancen für Rheinland-Pfalz. Das darf in der Zukunft nicht der Fall sein, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben, um bei der Familienpolitik zu bleiben, neue Probleme zu diskutieren. Das hängt zum Teil mit der Betreuung zusammen. Es gibt viele Familien, die nicht mehr in das klassische Familienbild passen, das die CDU immer wieder entworfen hat. Ein erhöhtes Kindergeld hilft nicht, wenn die Familien nicht zusammenhalten, getrennt leben und Alleinerziehende – der Ministerpräsident hat es gesagt – keine Chance haben, arbeiten zu gehen, weil sie sonst die Erziehung vernachlässigen müssten.

Ich glaube, hier sind wir alle einer Meinung. Die Erziehung und Sorge für die Kinder geht immer vor. Das muss auch so sein. Es darf aber nicht sein, dass Alleinerziehende automatisch in die Sozialhilfe getrieben werden. Ich glaube, das ist ein Anliegen von uns allen. Wir müssen es zu unserer eigenen Sache machen, dass Menschen, nur weil sie sich dafür entscheiden, Kinder zu bekommen, Armutsrisiken tragen müssen. Das ist auch in Rheinland-Pfalz der Fall. Die Armutsrisiken sind bei den Menschen, die Kinder haben, viel höher als bei anderen.

Wir haben 12 % bis 15 % Kinder – in manchen Städten mehr –, die in Verhältnissen leben, die unter der Armutsgrenze sind. Deswegen können wir die Hilfen für die Familien in den Kommunen, die Kindererziehung, die Hortbeiträge und auch das Mittagessen in den Schulen nicht immer verteuern, sondern müssen schauen, dass wir alle, nämlich die Kommunen und das Land, daran arbeiten, in diesem Bereich nicht zu kürzen.

Meine Damen und Herren, das ist unsere soziale Verantwortung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einen Ausblick auf die Bundespolitik geben, die zum Teil eine große Rolle gespielt hat. Wir haben eine Diskussion darüber, wie die Gesundheitssysteme in Zukunft erhalten werden können. Sie wissen, die GRÜNEN haben einen Vorschlag genannt, nämlich die Einführung der Bürgerversicherung. Dabei ist uns wichtig, dass wir den Faktor Arbeit weiter zusätzlich entlasten können. Das ist wichtig, um Arbeitsplätze zu schaffen, zu halten und nicht abzubauen, wie beispielsweise über die Diskussion, die Lohnnebenkosten wären zu hoch. Ich glaube, dieser Vorschlag ist zukunftsweisend. Für die Bürgerversicherung brauchen wir die Unterstützung der SPD auf Bundesebene, der Länder sowie eine öffentliche Diskussion, die sich für diese einsetzt.

Nun könnten wir dankbar sein, dass die CDU und die CSU ohnehin nicht zu einem System kommen und sich bei der Gesundheitspolitik völlig zerlegt haben, weil dann kein anderes System zur Diskussion steht. Ich glaube,

Schadenfreude über die CDU und die CSU wäre nicht angebracht. Es ist wichtig, dass wir in der Zukunft ein System haben, das die Arbeitskosten senkt, das aber die Reichen, die mehr tragen können, mehr belastet als diejenigen, die nicht so viel tragen können. Das geht nicht über die Steuerumfinanzierung, die Sie vorhaben, sondern nur direkt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Schiffmann, SPD: Sehr gut!)

Die Diskussion der nächsten Jahre wird darum gehen, wie wir unsere Sozialsysteme finanzieren und erhalten können. In diesem Zusammenhang fallen mir noch einmal Hartz IV und die FDP in den neuen Bundesländern ein – die FDP in Rheinland-Pfalz hat sich für Hartz IV nicht so stark gemacht –, die plakatiert hatte: Herz statt Hartz.

(Zuruf des Abg. Kuhn, FDP)

Sie reden darüber, dass die CDU durch die Hintertür abgehauen wäre. Die FDP hat sogar Wahlkampf mit ihrer Flucht gemacht. Wenn die FDP mit Herz statt Hartz wirbt, muss man sagen: Liebe Bürgerinnen und Bürger, Achtung, es kann doch hier nicht mit rechten Dingen zugehen, weil die FDP sonst mit Herz doch gar nicht wirbt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der FDP)

Meine Damen und Herren, die Kommunen sind schwer belastet. Aus der Sicht meiner Kommune – wir haben mehrere Abgeordnete aus Ludwigshafen im Parlament – ist es nicht ganz ohne die eigene Schuld geschehen, dass man in eine solch tiefe Verschuldung gekommen ist. Man kommt aber ohne die Hilfen des Landes und des Bundes aus dieser Verschuldung nicht mehr heraus.

Der Bund hat das Seine dazu getan. Im letzten Jahr ist in Berlin beschlossen worden, dass die Gewerbesteuerumlage entsprechend um zehn Prozentpunkte gesenkt wurde. Insofern haben die Kommunen ohnehin schon mehr Mittel zur Verfügung. Wir wollen auch, dass die Kommunen weiterhin investieren können. Insofern ist das, was die Landesregierung vorschlägt, zwar nicht das, was Kommunen glücklich machen kann, aber zumindest das, was Investitionen erhalten könnte.

Wir glauben, dass auf Dauer die Kommunen diese Investitionen nicht zurückzahlen können. Deswegen muss sich die Landesregierung überlegen, ob solche Investitionen, die auf Darlehensbasis mitgetragen werden – diese 600 Millionen Euro, über die Sie reden, sind nur Kredite und keine Geschenke an die Kommunen –, nicht auf lange Frist bei den Kommunen verbleiben können, weil diese sonst aus der Schuldenfalle nicht mehr herauskommen können.

Dann können wir auch keinen Kreislauf eröffnen, in dem sich neue Arbeitsplätze generieren und Firmen aus dem Mittelstand in den Kommunen investieren können. Ich denke, es ist einen Gedanken wert, dass wir über die

jetzigen Vorschläge hinausgehen, um den Kommunen zu helfen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bei den Ausbildungsplätzen eine Situation, die durchaus bedenklich ist. Der Vorschlag, den ich für gut halte, ist, die Ausbildungsplatzumlage auszusetzen, um der Wirtschaft die Chance zu geben, bei den Ausbildungsplätzen nachzulegen.

(Dr. Schmitz, FDP: Das ist ganz
was Neues!)

– Das ist überhaupt nicht neu.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

– Herr Creutzmann, ich sage Ihnen, was neu ist. Neu ist, dass Sie es verstanden haben, wie unsere Position aussieht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben immer gesagt, dass die Ausbildungsplatzumlage nicht das Mittel zum Zweck ist, sondern zuerst geschaut werden muss, ob wir Ausbildungsplätze schaffen können. Wenn wir es nicht schaffen können, müssen wir diese Ausbildungsplatzumlage einführen.

Meine Damen und Herren von der FDP, der Unterschied zu Ihnen ist: Sie sagen, auch wenn wir keine Ausbildungsplätze haben, wollen wir trotzdem keine Umlage, sondern setzen weiterhin auf die Freiwilligkeit. – Das sagen wir nicht. Wir sagen: Die jungen Menschen müssen Ausbildungsplätze erhalten können und die Chance haben, ausgebildet zu werden. Deswegen muss entsprechender Druck auf die Industrie und die Wirtschaft ausgeübt werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir müssen klar feststellen, dass wir in Rheinland-Pfalz durch das Drohen mit der Ausbildungsplatzumlage noch nicht das Ziel erreicht haben, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen. Wir haben zurzeit Zahlen, die schlechter als im letzten Jahr sind. Das kann niemand bestreiten. Ich will das nicht abfeiern. Das ist bedauerlich. Deswegen müssen wir verstärkte Anstrengungen unternehmen, um diese Zahlen zu verbessern.

Wir haben einerseits weniger Ausbildungsverträge und andererseits mehr ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche. Falls es die Wirtschaft nicht schafft, müssen wir vonseiten des Landes verstärkt Druck ausüben, aber auch verstärkt in den Berufsschulen anbieten, die entsprechenden Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, das heißt, nicht nur die Schulschleifen zu drehen, sondern auch Verbünde zu schaffen, in denen Jugendliche ausgebildet werden können.

Meine Damen und Herren, dazu brauchen wir auch mehr Geld. Die berufsbildenden Schulen sind die Schulen, die im Moment am schlechtesten ausgestattet sind und am meisten Unterrichtsausfall haben. Das kann auf

die Dauer nicht sein, wenn wir Jugendliche statt einer Ausbildung in die berufsbildenden Schulen schicken.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen wollen wir dort einen Schwerpunkt legen. Wir haben diesen im letzten Jahr auch gelegt. Gerade in den berufsbildenden Schulen muss mehr getan werden.

Herr Schwarz, Sie sind Vorsitzender der Enquete-Kommission „Zukunft der Arbeit“. Wenn ich es richtig verstanden und die Diskussion richtig verfolgt habe, ist auch die Enquete-Kommission einhellig der Meinung, dass die berufsbildenden Schulen am meisten Bedarf sowohl an Innovationen als auch an finanzieller Ausstattung haben.

Ich denke, das sollten wir gemeinsam schultern. Ich bin gespannt, ob wir das können, die SPD und die FDP das mit vorschlagen und die CDU das mitträgt, wohl wissend, dass alle die gleichen Grundlagen haben und alle gemeinsam mehr Jugendliche in Ausbildung bringen wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt 25 % der Jugendlichen befinden sich in Ausbildungsschleifen und haben keinen Ausbildungsplatz zum Anfang dieses Ausbildungsjahres. Da kann man nicht die Frage der Ausbildungsfähigkeit – das ist eine Schutzdiskussion der Wirtschaft – stellen. Das ist eine Behauptung der Wirtschaft. Man muss vielmehr die Frage stellen: Wo sind die Ausbildungsplätze, welche Ausbildungsplätze stehen zur Verfügung, meine Damen und Herren?

Ich möchte zum Schluss noch einmal auf die Einsparvorschläge kommen, die wir für das Wirtschaftsministerium vorschlagen und die wir natürlich in der Verkehrsinfrastruktur beim Straßennetz immer wieder vorschlagen. Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist ein Land, das eine große und gute Infrastruktur beim Straßennetz hat. Es ist ein Land, das viele Fördertöpfe für die heimische Wirtschaft hat, meine Damen und Herren. Allerdings glaube ich, wir haben eine bessere Verkehrsinfrastruktur als Bildungsstruktur. Deswegen wollen wir von der Verkehrsinfrastruktur zugunsten der Bildungsstruktur umorientieren. So, wie die Analyse im Moment aussieht, ist die Bildung die Investition der Zukunft, meine Damen und Herren, und nicht die Verkehrsinfrastruktur allein. Deswegen diese Umschichtung.

Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Creutzmann das Wort.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Braun, Sie müssen einfach die

Fakten zur Kenntnis nehmen. Sie sollten sich nicht immer vor dieses Parlament stellen und Polemik gegen die FDP betreiben. Der Finanzhilfbericht dieses Landes ist am 30. September 2004 in Ihren Fächern gelegen. Er weist die Finanzhilfen für das Ministerium für Bildung, Jugend und Frauen mit 412,3 Millionen Euro aus, das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, das aus zwei Ministerien besteht, weist 280 Millionen Euro aus. Dieses Land setzt die Prioritäten richtig, nämlich in Bildung und Ausbildung, und es stimmt nicht Ihre immer wieder vorgetragene Behauptung, das Land würde anstatt in Bildung in Beton investieren. Das ist ausweislich der Zahlen des Finanzhilfberichts falsch.

Herr Kollege Braun, ich möchte noch eine Anmerkung zu Ihrer Bürgerversicherung machen, weil es Herr Bütkofer in diesen Tagen auf dem Parteitag abgelehnt hat, die Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung zu erhöhen. Es ist klar, Sie haben natürlich an Ihre Klientel gedacht. Als die Partei der Besserverdienenden kann ich das natürlich verstehen.

(Heiterkeit im Hause)

– So ist das, so ändern sich die Welten.

Herr Kollege Braun, wenn Sie uns immer vorwerfen, was völlig falsch ist, dass wir Klientelpolitik betreiben würden, dann möchte ich einmal Ihre Steilvorlagen aufgreifen. Wir betreiben in diesem Land Rheinland-Pfalz Bildungspolitik nach Maß. Ihre ideologischen Anwürfe, die Sie wieder hineinbringen wollen, um uns einen Vorwurf zu machen, sind völlig falsch. Die Krönung war Ihr Bekenntnis zur innovativen Chemie. Frau Künast behindert mit ihrem Gesetz zur Gentechnologie, dass innovative Chemie in diesem Land betrieben werden kann. Die Landesregierung war zu Recht gegen diesen Referentenentwurf und hat ihn im Bundesrat abgelehnt. Dann stellen Sie sich vor dieses Parlament und erzählen den Menschen draußen, Sie wären für innovative Chemie. Da kann ich nur lachen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Frau Kollegin Thomas, das war das zweite Mal bei Haushaltsreden, dass Sie sich Ihrem potenziellen Koalitionspartner angeboten haben, indem Sie den Versuch unternommen haben, ein Zerwürfnis in die Koalition hineinzureden, was nicht besteht. Herr Kollege Mertes hat sich dann bemüßigt gefühlt, sich demonstrativ zum Herrn Kuhn zu setzen. Sie haben versucht, Zwietracht in die Koalition hineinzureden, um sich dann anzubieten, Sie würden alles besser machen. Ich habe meine großen Zweifel, meine Damen und Herren. Ich bin auch sicher, dass die SPD Ihnen nicht auf den Leim geht.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das steht im Finanzplan; das hat
Herr Mittler gestern gesagt!)

– Frau Kollegin, Sie fordern eine restriktive Haushaltspolitik. Fünf Minuten später haben Sie angemahnt, mehr Geld für Betreuungsangebote, mehr Geld für Hochschulen, mehr Geld für Ganztagsbetreuung, mehr Geld

für Umwelt und Naturschutz, Klimaschutz und Energieprogramm. Wie passt das zusammen?

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das werden wir Ihnen noch zeigen!)

Wo ist denn Ihre Glaubwürdigkeit, zu sagen, wir müssen Ausgaben streichen, wir müssen restriktiv sein, und drei Minuten später fordern Sie mehr. Dies geht nicht, dies wird auch nicht zusammen gehen.

Es kommt immer wieder der dumme Vorwurf: Verkauf des Tafelsilbers. – Wenn man sich einmal völlig fiskalisch loslöst und unternehmerisch denkt, dann kann man in einem Unternehmen überlegen, wenn man nicht genügend Eigenmittel hat, wie man die Aufgaben bewältigen kann, einmal durch mehr Schulden, zum anderen durch Veräußerung von Vermögensteilen. Was hat das Land gemacht? Ich habe gestern mit Herrn Professor Dr. Deubel darüber gesprochen. Wäre es besser gewesen, mehr Schulden zu machen, als das Tafelsilber zu veräußern? Was das Land gemacht hat, war zu seinem Vorteil, meine Damen und Herren. Wir haben durch den Verkauf der Forderungen für dieses Land mehr bewirkt und Besseres bewirkt, als hätten wir neue Schulden gemacht. Das ist entscheidend.

Herr Kollege Dr. Weiland, es ist bei der Beurteilung der Schuldenhöhe auch immer entscheidend, welche Zinsquote Sie haben. Die Zinsquote ist die Fähigkeit, Zinsen und Tilgung in Zukunft zurückzahlen zu können. Die Zinsquote, die wir haben, ist etwa die gleiche, die wir in den 80er-Jahren gehabt haben. Wir haben übrigens mehr Vermögen aufgebaut als abgebaut, und zwar über zwei Komponenten: einmal über das Darlehen, das wir den Kommunen gegeben haben – das Geld bekommen wir wieder zurück –, und wir haben über den Pensionsfonds rund über eine Milliarde Euro an Vermögen aufgebaut. Dem stehen zwar Verpflichtungen gegenüber, aber wir haben 1,5 Milliarden Euro neues Vermögen geschaffen, und wir haben weniger abgebaut.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Dies muss von dieser Stelle aus auch einmal gesagt werden.

Herr Kollege Böhr – er ist im Moment nicht anwesend – hat heute Morgen die Behauptung aufgestellt, niedrige Steuereinnahmen zeigen eine schwache Wirtschaftskraft. Diese Aussage ist falsch. In einem Unternehmen ist man normalerweise stolz, wenig Steuern zu zahlen. Für ein Unternehmen ist es auch Aufgabe, Steuern zu optimieren, das heißt aber doch nicht, dass das Unternehmen keine Wirtschaftskraft hat. Solche Sprüche hier von diesem Pult aus kann ein Philosoph verbreiten – das verstehe ich –, aber niemand, der von Wirtschaft etwas versteht.

Dann wurde von diesem Pult aus beklagt, es wären von Rheinland-Pfalz keine Impulse ausgegangen. Darüber kann ich nur den Kopf schütteln, meine Damen und Herren. Wir haben den LBB, den LSV, die Ganztagschule, Hochschulen geschaffen und im Bundesrat die Ausbildungsplatzabgabe abgelehnt. Was wollen Sie denn mehr?

Natürlich hätten wir alle gern die Neuverschuldung in dem Ausmaß, wie wir sie im Haushalt ausweisen müssen, nicht ausgewiesen. Meine Damen und Herren, Sie wissen aber ganz genau, dass uns in den letzten Jahren die Steuern in einem Ausmaß weggebrochen sind, wie das nicht vorhersehbar war. Wir haben alle in diesem Hause gesagt, wir müssen eine Steuerreform machen. Wir haben sie in drei Stufen gemacht. Wenn dann aber das Geld nicht kommt, dann beklagen Sie das. Das passt nicht zusammen. Das geht so nicht.

(Beifall bei FDP und SPD)

Der Ministerrat hat im Jahr 2002 für die Jahre 2004 bis 2008 Einsparungen im Jahresdurchschnitt von 350 Millionen Euro beschlossen.

Das ist angesichts der steigenden Belastung durch den Pensionsfonds, des Versteigerungsdarlehens an die Kommunen, der gesunkenen Einnahmeerwartungen, in den Jahren 2005 bis 2008 pro anno um weitere 480 Millionen Euro, eine beachtenswerte Leistung.

Meine Damen und Herren, ohne die in den vergangenen Jahren eingeleiteten Reformen zur Verwaltungsreform, der Reform der Finanzverwaltung, der Agrarverwaltung, der Forstverwaltung, der Neustrukturierung in der mittleren Verwaltungsebene und vielen weiteren Projekten sowie dem seit längerer Zeit eingeleiteten, gezielten und aufgabenorientierten Subventionsabbau etwa bei der Wohnungsbauförderung sowie der notwendigen Begrenzung der Personalausgaben durch Reduzierung des Weihnachtsgeldes – Herr Ministerpräsident Beck hat es heute Morgen erwähnt – für die Beamtinnen und Beamten sowie die Eigenbeteiligung bei der Beihilfe bei den Beamtinnen und Beamten wäre diese Kraftanstrengung nicht möglich gewesen, meine Damen und Herren.

Das muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass Reformen in diesem Land eingeleitet wurden, die natürlich in die Zukunft wirken, deren viel stärkere Wirkungen sich in Zukunft entfalten werden und damit einen Beitrag leisten werden, dass wir die Neuverschuldung in Zukunft verringern können.

(Beifall der FDP und der SPD)

Ich will mich an dieser Stelle ausdrücklich bei den Beamtinnen und Beamten im Namen der FDP-Landtagsfraktion bedanken, die einen wesentlichen Beitrag durch einen Einkommensverzicht dafür geleistet haben, dass wir wieder einen Handlungsspielraum auch für Investitionen bekommen, die wir in Zukunft brauchen.

Da ein Großteil des rheinland-pfälzischen Haushalts durch bestehende Verpflichtungen, wie Personalaufwendungen, festgelegt ist, ist der Handlungsspielraum der Landesregierung für Einsparungen begrenzt, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Wer wie die Opposition die hohe Staatsverschuldung beklagt, der muss auch Alternativen aufzeigen, meine Damen und Herren. Davon höre ich seit Jahren nichts.

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Bischel, ich frage deshalb die CDU, CSU und die GRÜNEN: Wollen Sie weniger Ganztagschulen, die einen wesentlichen Beitrag in unserem Land leisten, damit nicht nur mehr Menschen einer Beschäftigung nachgehen können, sondern auch in Zukunft die Ausbildung unserer Kinder qualitativ verbessert wird?

(Staatsminister Bauckhage: Nein! –
Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Wollen Sie weniger Polizeibeamtinnen und -beamte, die für unsere Sicherheit in unserem Land unersetzlich sind?

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Herr Kollege Dr. Weiland, wollen Sie weniger Lehrerinnen und Lehrer, um dann die leider noch bestehenden Stundenausfälle an unseren Schulen lautstark beklagen zu können, wie das Ihre Kollegen machen?

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Herr Kollege Bracht, wollen Sie weniger Förderung für Existenzgründer, die neue, zukunftsweisende Arbeitsplätze in unserem Land schaffen?

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wollen Sie weniger Konversionsmittel, die es uns ermöglichen, neue Arbeitsplätze in unserem Land zu schaffen, wie beispielsweise der Flughafen Hahn mit mehr als 2.500 neu geschaffenen Arbeitsplätzen beweist?

Wollen Sie weniger Förderung der Ehrenamtlichen, die in unserem Land hervorragende Arbeit leisten und die unverzichtbar sind für diesen Staat?

Wollen Sie weniger Sportförderung, wo doch unsere Vereine in unserem Land mit relativ wenigen staatlichen Mitteln zur Entwicklung unserer Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag leisten?

Herr Kollege Bischel, Herr Kollege Bracht, wollen Sie weniger Investitionen im Straßenbau, die unbedingt notwendig sind, um die Mobilität der Menschen in diesem Land zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern?

Wollen Sie weniger Ausgaben für unsere Hochschulen, die unerlässlich sind, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen?

Wollen Sie weniger Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die erst die Grundlage sind, um in einem globalisierten Wettbewerb auch in Zukunft bestehen zu können?

Wollen Sie weniger Geld für unsere Landwirte, die unsere Landschaft erhalten und pflegen und die einen wert-

vollen Beitrag zur gesunden Ernährung in unserem Land leisten?

Wollen Sie weniger Geld für Hochwasserschutz, der in unserem Land notwendig ist, um hohe Milliarden Schäden bei Überschwemmungen zu vermeiden?

Wollen Sie weniger Vollzugsbedienstete in unseren Strafanstalten, obwohl gerade Sie immer wieder beklagen, dass diese überbelegt sind, Frau Kollegin?

Meine Damen und Herren, ich könnte diese Fragestellungen noch beliebig fortsetzen. Immer wieder würde ich ein Nein von der CDU und den GRÜNEN erhalten, davon bin ich überzeugt.

Diese beispielhafte Aufzählung zeigt, dass es scheinheilig ist, die hohe Nettoneuverschuldung zu beklagen, wenn man weiß, dass der Gestaltungsspielraum in unserem Haushalt begrenzt ist und die von mir aufgezeigten Ausgaben notwendig sind, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu sichern.

Wenn man selbst immer wieder neue Aufgaben und neue Ausgaben für Lieblingsprojekte fordert – Sie haben es heute getan, die GRÜNEN machen es permanent –, dann brauchen wir uns gar nicht mehr zu unterhalten, wie eingespart werden kann.

(Zuruf des Abg. Bischel, CDU)

Meine Damen und Herren, das heißt jedoch nicht, dass man nicht bei dem einen oder anderen Projekt – darüber wollen wir gar nicht streiten – in unserem Haushalt ein paar Euro einsparen kann.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das heute Morgen richtig gesagt: Dann muss die Opposition sagen, wo. Dann kann man darüber reden. Wir sind die Letzten, die nicht gute konstruktive Vorschläge aufnehmen werden.

(Beifall der FDP und der SPD –
Dr. Schiffmann, SPD: Sehr gut!)

So, wie Sie von der Opposition es machen, scheinheilig die Neuverschuldung zu beklagen, aber jeden Tag in einer Presseerklärung mehr Ausgaben zu fordern, wird dies nicht laufen, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der SPD)

Betrachtet man die politischen Schwerpunkte in den Haushalten 2005 und 2006, so sieht man, dass die Steigerungsraten in den nächsten beiden Haushaltsjahren verglichen mit den Ansätzen des Jahres 2004 in Bereichen liegen, die auch von der Opposition für Verbesserungen angemahnt wurden.

So erhöhen sich die Haushaltsansätze für die Innere Sicherheit von 511 Millionen Euro im Jahr 2004 auf 531 Millionen Euro und 536 Millionen Euro in den Jahren 2005 und 2006. Wegen weiterhin steigender Belegungszahlen und zur Verbesserung der Sicherheit in den rheinland-pfälzischen Strafvollzugsanstalten sollen die Mittel für den Strafvollzug von derzeit 108 Millionen Euro

auf 114 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren erhöht werden.

Einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur kommt im Hinblick auf die Schaffung und Sicherung guter Standortbedingungen eine besondere Bedeutung zu. Dieser Forderung trägt der vor uns liegende Doppelhaushalt Rechnung.

Die Ansätze steigen für den Landesbetrieb Straßen und Verkehr von 166 Millionen Euro in 2004 auf 176 Millionen Euro bzw. 187 Millionen Euro für die Jahre 2005 und 2006.

Die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze hat vor dem Hintergrund der anhaltenden konjunkturellen Schwäche weiterhin einen besonders hohen politischen Stellenwert. Deshalb begrüßt es die FDP-Landtagsfraktion, dass die Haushaltsansätze für Arbeit und Innovation in den nächsten beiden Jahren auf dem Niveau des Jahres 2004 gehalten werden.

Meine Damen und Herren, seit 1991 hat die Landesregierung den Ausbau der Kindergartenplätze forciert. Inzwischen hat Rheinland-Pfalz eine Spitzenstellung bei der Kita-Versorgung.

Meine Damen und Herren, dies sind weiche Standortfaktoren, die es uns erst ermöglicht haben und auch in Zukunft ermöglichen werden, eine niedrige Arbeitslosenquote in diesem Land zu haben und aufrechtzuerhalten.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das hohe Niveau dieser Kindertagesplätzeversorgung wird auch in den nächsten beiden Haushaltsjahren nicht gesenkt, was die FDP-Fraktion ausdrücklich begrüßt.

(Beifall bei FDP und SPD)

Nicht unerwähnt lassen möchte ich noch den engagierten Einsatz unseres Fraktionsvorsitzenden Werner Kuhn um den Ausbau unserer Hochschulen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Wir freuen uns, dass mit unserem Koalitionspartner eine Einigung über zusätzliche Finanzmittel für die Hochschulen in relativ kurzer Zeit erreichbar war, Frau Kollegin Thomas. Es zeigt, dass diese Koalition intakt ist.

(Beifall der FDP und bei der SPD)

Es werden auch Wünsche des kleineren Koalitionspartners berücksichtigt, genauso wie wir auf die Wünsche unseres Koalitionspartners zugehen.

(Mertes, SPD: Morgens, mittags, abends!)

– So ist es. Zu Lande, zu Wasser und in der Luft.

(Beifall bei FDP und SPD)

Meine Damen und Herren, nachdem das Land Rheinland-Pfalz mit der Errichtung von 300 Schulen als

Ganztagsschulen ein bundesweit beachtetes bildungspolitisches Zeichen gesetzt hat, wird jetzt durch die Aufstockung der Hochschulförderung ein neues Highlight rheinland-pfälzischer Bildungspolitik eingeleitet.

Ich sage Ihnen, das wird beachtet. Wir hatten dieser Tage in der Fraktion Professoren bei uns. Sie haben uns gefragt, wie das Programm umgesetzt wird. Sie waren sehr skeptisch, ob das, was wir angekündigt haben, auch umgesetzt wird.

(Zuruf des Abg. Wiechmann,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Professoren haben uns gesagt, sie werden in anderen Bundesländern nach diesem Hochschulprogramm gefragt. Die Menschen in anderen Bundesländern sind erstaunt. Wo andere Bundesländer ihre Mittel in diesem Bereich zurückfahren, fahren wir sie hoch, weil wir wissen, dass dies notwendig ist, um den Standort Rheinland-Pfalz zu verbessern.

Dies stärkt den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz in einem beachtlichen Ausmaß.

(Beifall des Abg. Dr. Schiffmann, SPD)

Die FDP-Fraktion ist sicher, dass durch die signifikante Stärkung unserer Hochschulen auch im Umfeld der Universitäten und Fachhochschulen neue Arbeitsplätze entstehen können.

(Beifall bei der FDP)

Bildungspolitik wird uns sicherlich auch in den nächsten Jahren beschäftigen. Die FDP-Fraktion ist entschlossen, durch innovative und unkonventionelle Lösungsvorschläge auch in Zukunft ihren Beitrag zu leisten.

(Beifall des Abg. Kuhn, FDP)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen versuchen den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz weiter nach vorn zu bringen. Meine Damen und Herren, in dieser Phase unternimmt die CDU-Landtagsfraktion immer wieder den untauglichen Versuch, den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz schlechtreden zu wollen.

Paradebeispiel war die Pressekonferenz der CDU-Landtagsfraktion am 26. August 2004, in der sie ein Papier mit Forderungen vorlegte, die – was Sie feststellen müssen, wenn Sie sie lesen – von dieser Landesregierung bereits längst realisiert sind.

Darin stand nichts Neues. Dabei wurde allerdings der untaugliche Versuch unternommen, mit zweifelhaften Statistiken den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz schlechtreden zu wollen. Die CDU hat in ihrer Pressekonferenz ein Bild von Rheinland-Pfalz gemalt, das mit der Realität nichts, aber überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall der FDP und der SPD)

Frau Kollegin Thomas, die Wirtschaftspolitik von Rheinland-Pfalz ist unter liberaler Federführung seit 1987

– oftmals gegen den Bundestrend – erfolgreich. Meine Damen und Herren von der CDU, Schwarzmalerei verschreckt nicht nur potenzielle Investoren, in Rheinland-Pfalz eine Ansiedlung vorzunehmen, sie schadet auch der Partei selbst, weil sie dadurch beweist, dass Ihr wirtschaftspolitischer Sachverstand sichtlich unterentwickelt ist.

(Zurufe von der CDU: Oh! –
Weitere Zurufe aus dem Hause)

– Das ist klar. Die CDU hat in ihrer Pressekonferenz – das wurde vorhin schon einmal ausgeführt – nur die Statistiken für ihre Beurteilung herangezogen, die ihr ein Schlechteden des Landes Rheinland-Pfalz ermöglichen, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der SPD)

Sie nimmt auch nicht zur Kenntnis, dass angesehene und seriöse Untersuchungen genau das Gegenteil beweisen.

In einem „Dynamikranking“ der „Wirtschaftswoche“ beispielsweise nimmt Rheinland-Pfalz den drittbesten Platz im Vergleich aller Bundesländer ein. Rheinland-Pfalz überzeugte vor allem durch solides Wachstum sowie deutlich steigende Pro-Kopf-Bildungsausgaben und schaffte es trotz bundesweit desolater Arbeitsmarktlage, die Zahl der Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfänger im Land nahezu konstant zu halten.

Rheinland-Pfalz hatte 2003 unter den alten Bundesländern das höchste Wachstum, und Sie wissen genau so gut wie ich, dass wir mit unserer Arbeitslosenquote den drittbesten Platz aller Bundesländer einnehmen.

Ich möchte heute bei den Haushaltsberatungen die Gelegenheit wahrnehmen, um die offensichtlich vorhandenen Defizite der Opposition zu beseitigen, meine Damen und Herren:

(Beifall der FDP)

Herr Kollege Weiland, Frau Huth-Haage – Herr Böhr ist nicht da, aber für ihn wäre es am interessantesten gewesen –, wussten Sie schon, dass Rheinland-Pfalz unter allen Flächenländern Deutschlands das Land mit der höchsten Produktivität im verarbeitenden Gewerbe ist?

(Beifall der FDP und der SPD)

Wussten Sie schon, dass Rheinland-Pfalz zur Spitzengruppe der besten Firmenstandorte gehört?

Wussten Sie schon, dass Rheinland-Pfalz mit einer Exportquote von über 42 % zu den exportstärksten Bundesländern gehört?

Wussten Sie schon, dass es in Rheinland-Pfalz derzeit bereits rund 70 US-amerikanische Unternehmen bzw. Beteiligungen gibt?

Wussten Sie schon, dass in Rheinland-Pfalz mit über 30.000 Betriebsneuerrichtungen im Jahr ein hervorragendes Gründerklima besteht?

Wussten Sie schon, dass Rheinland-Pfalz ein führender Standort im Bereich der Zukunftstechnologien ist?

Wussten Sie schon, dass nach einer Untersuchung der EU Rheinland-Pfalz zu den fünf Regionen in der EU gehört, in denen der Anteil an Beschäftigten in den Branchen der Hoch- und Spitzentechnologie am höchsten ist?

Ich könnte diese Aufzählung noch beliebig fortsetzen, um die bestehenden Defizite der Opposition zu vermindern.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Weiland, CDU: Wussten Sie schon,
dass Ihre Rede an Körperverletzung
grenzt?)

– Frau Kollegin Thomas, es schadet nichts, wenn Sie zuhören. Hier kann man auch noch etwas lernen. Deswegen meine ich, man kann es Ihnen von diesem Pult aus gar nicht oft genug sagen,

(Beifall der FDP und der SPD –
Dr. Weiland, CDU: Das ist unglaublich!)

damit Sie nicht draußen wider besseres Wissen – aber wahrscheinlich wissen Sie es nicht – Dinge verbreiten, die so nicht stimmen.

Herr Kollege Weiland, was sind die Gründe, dass wir mit unserer Politik in Rheinland-Pfalz so erfolgreich sind, was uns – um keinen falschen Zungenschlag hineinzubringen – nicht daran hindern sollte, uns noch mehr anzustrengen, um noch besser zu werden? Was sind die Gründe, dass wir den Menschen in Rheinland-Pfalz sagen können, dass die in den vergangenen Jahren eingegangene Neuverschuldung in Zukunft für uns alle ihre Früchte tragen wird?

Rheinland-Pfalz hat dank der Politik dieser Landesregierung einen starken Mittelstand. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben mit den initiierten Förderprogrammen dafür die Voraussetzungen geschaffen. Dank ideenreicher, fleißiger sowie bodenständiger Unternehmerinnen und Unternehmer und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann unser Land stolz auf eine sehr gesunde Wirtschaftsstruktur sein.

(Beifall bei FDP und SPD)

Dieser starke Mittelstand ist auch eine der Voraussetzungen für die Neuansiedlung ausländischer Unternehmen, da dieser Mittelstand flexibel ist und sich auf die Kundenwünsche sehr rasch einstellen kann. Das haben auch viele Großbetriebe in unserem Land erkannt, die durch verstärktes Outsourcing die Flexibilität, Dynamik und Zuverlässigkeit unseres Mittelstands für die Lieferung von Waren und Dienstleistungen nutzen, um dadurch Kosten in ihren eigenen Betrieben zu senken.

Die berufliche Aus- und Weiterbildung wird in unserem Land großgeschrieben. Das duale System der Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule garantiert für jene Qualität, die Voraussetzung für das Markenzeichen

„Made in Germany“ ist. Die Initiativen des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers helfen mit, dass jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Schulabgänger einen Ausbildungsplatz erhält. Herr Kollege Dr. Braun, warten Sie doch erst einmal ab, bis die Lotsen draußen im Land bei den Betrieben waren. Wir sind sicher, wir werden das, was die Wirtschaft versprochen hat, in Rheinland-Pfalz nicht nur erfüllen, sondern wir werden es mehr als erfüllen. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall der FDP und der SPD –
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Große Worte!)

In Rheinland-Pfalz gibt es gut ausgebildete und motivierte junge Menschen, die sich den Herausforderungen des Berufslebens stellen. Auch dies ist ein Standortvorteil, der dazu geführt hat, dass in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren 100.000 neue Arbeitsplätze entstanden sind. Das wird immer wieder vergessen, meine Damen und Herren. Ich nehme das Beispiel in Ludwigshafen. Die BASF hat rund 20.000 Arbeitsplätze von 52.000 – wir sind jetzt etwa bei 33.000 – abgebaut. Das muss man zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir die drittniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer haben, müssen in Rheinland-Pfalz neue Arbeitsplätze geschaffen worden sein. Die sind nicht vom Himmel gefallen, meine Damen und Herren.

(Beifall der FDP und der SPD)

Die sind dank dieser Politik, dank der Politik dieser Landesregierung entstanden.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Herr Dr. Weiland, wir haben die Rahmenbedingungen in diesem Land geschaffen, und das Ganztagschulangebot ist ein Beitrag dazu, dass mehr Menschen einen Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz finden.

(Dr. Weiland, CDU: Er weiß genau,
dass es anders ist! –
Zuruf des Abg. Keller, CDU –
Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ach, Herr Dr. Weiland! Dann fragen Sie – – –

(Dr. Weiland, CDU: Er weiß genau,
dass es anders ist!)

– Das ist doch überhaupt nicht wahr! Was ist denn anders? Sagen Sie, was anders ist. Hier ist nichts anders. Wir haben 100.000 neue Arbeitsplätze mit den Rahmenbedingungen in diesem Land schaffen können.

(Dr. Weiland, CDU: Er sagt die Unwahrheit!
Er sagt bewusst die Unwahrheit!)

Konversion ist immer wieder erwähnt worden. Der Hahn ist ein Leuchtturm dieser Konversionspolitik, meine Damen und Herren.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Weiland, CDU: Sie wissen genau,
dass es anders ist!)

Wenn es nach den GRÜNEN gegangen wäre, würden auf dem Hahn wahrscheinlich jetzt Schafe weiden

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So ein Quatsch! –
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bekämpfen doch weiterhin den Ausbau des Flughafens Hahn. Wer denn sonst? Wir wollen dort eine Erweiterung durchführen, damit mehr Frachtflieger starten und landen können. Das bekämpfen Sie. Wir wollen mehr Arbeitsplätze auf dem Hahn schaffen. Das bekämpfen Sie!

(Frau Kiltz meldet sich zu
einer Kurzintervention)

– Ach, Frau Kiltz, das ist die Krönung. Wenn Sie eine Kurzintervention machen, erklären Sie uns, dass alles, was ich sage, nicht gestimmt hat. Aber das können wir beweisen, Herr Kollege Mertes ist mein Zeuge.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Warten Sie doch ab, bis ich rede,
Herr Creutzmann!)

Er ist näher am Ball als ich. Er weiß doch, was Sie jeden Tag dort oben um den Hahn betreiben. Er kennt auch wahrscheinlich die Leute, die die Widersprüche einlegen und vor den Gerichten gegen den Hochmoselübergang klagen. Soll ich Ihnen das alles aufzählen? Wir kennen doch die Leute, die mit ihrer Politik die Arbeitsplätze in diesem Land verhindern wollen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz und Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach du lieber Gott! Jetzt ist es
aber gut mit Ihrem Theater! –
Beifall der FDP und der SPD)

– Frau Kollegin Thomas, schnelle Genehmigungsverfahren sind ein Markenzeichen in diesem Land.

Nun setze ich noch eines drauf, weil Sie immer dazwischenreden. Ich sage allen Leuten in der Vorderpfalz: Stellen sie sich einmal vor, sie hätten einen Präsidenten der Struktur- und Genehmigungsdirektion von der Partei der GRÜNEN. Dann bin ich mir nicht mehr so sicher, ob die Genehmigungsverfahren so schnell abgewickelt werden könnten, natürlich unter strenger Beachtung der staatlichen Prinzipien. Darin bin ich mir nicht mehr so sicher.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Herr Creutzmann, nehmen Sie sich doch
irgendeinen Pappkameraden und
beschimpfen Sie den!)

– Das passt Ihnen alles nicht, das ist mir vollkommen klar.

Wenn ich sage, die Rahmenbedingungen müssen in diesem Land stimmen, damit mehr Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden oder damit neu angesiedelte Arbeitsplätze möglich sind, so tragen schnelle Genehmigungen einen Teil dazu bei. Wir sind bundesweit führend, dass die Genehmigungsverfahren so schnell abgewickelt werden können. Damit können Investitionen in unserem Land schnell stattfinden.

Ich möchte Ihnen auch noch einmal verdeutlichen, dass eine gute Verkehrsinfrastruktur wichtig ist. Ein Paradebeispiel ist das Unternehmen BorgWarner Turbosystems, das aufgrund der hervorragenden Verbindung der A 63 von Kirchheimbolanden ins Rhein-Main-Gebiet bereit war, in den letzten Jahren rund 1.000 neue Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region zu schaffen, meine Damen und Herren.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
So ein Bockmist! Erzählen Sie doch einmal,
woher die Arbeitsplätze kamen!)

Sie sagen allen Ernstes, Straßenverkehr interessiere Sie nicht. Die Leute sollten mit dem öffentlichen Personennahverkehr zu ihren Arbeitsplätzen kommen. Arbeitsplätze entstehen nur dann, wenn eine gute Verkehrsinfrastruktur vorhanden ist, wenn die Bildungsinfrastruktur und die harten und weichen Standortfaktoren stimmen.

Herr Kollege Dr. Braun hat die Neuverschuldung angesprochen.

Dann kann ich Ihnen nur sagen, wir stehen dazu. Wir sind auch sicher, dass wir es in den nächsten Jahren schaffen werden, die Neuverschuldung zurückzufahren, wenn die Steuereinnahmen wieder stärker sprießen.

Der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen schon gesagt, wir investieren nicht nur in Beton, sondern wir investieren auch in die Verkehrsinfrastruktur, was die Schiene betrifft.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach!)

– Frau Kollegin, wenn aus Berlin die Bundesmittel nicht noch gestrichen worden wären, hätte man noch mehr machen können. Da gebe ich Ihnen Recht.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was ein Unfug!)

Wir können nicht alles ausgleichen, was uns aus Berlin für den Schienenverkehr gestrichen wird. Aber wir haben hervorragende Anschlüsse an den Knotenbahnhöfen mit regionalen Buslinien. Wir erschließen die ländlichen Räume und bieten mit dem öffentlichen Personennahverkehr, mit dem Schienennahverkehr ein gutes Angebot für Fahrten im Berufs- und Freizeitverkehr.

Dieses attraktive Angebot sowohl auf der Schiene als auch auf der Straße ist die Voraussetzung dafür, dass aus Rheinland-Pfalz viele Auspendler in anderen Bun-

desländern einen Arbeitsplatz erhalten konnten. Das wird uns von der Opposition auch immer wieder vorgehalten. Es heißt, wir würden die Menschen hierher locken, dass sie bei uns bauen und bei uns wohnen.

Wenn sie bei uns keinen Arbeitsplatz finden, dann gehen sie in die Bundesländer, in denen welche vorhanden sind. Dazu brauchen sie eine exzellente Verkehrsinfrastruktur.

Dann hält uns Herr Kollege Böhr die vielen Auspendler auch noch vor. Ich halte dies nicht für richtig. Die Verkehrsinfrastruktur, die Mobilität in diesem Land ist notwendig. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass Mobilität weiterhin in Rheinland-Pfalz stattfindet.

(Beifall bei der FDP –
Dr. Böhr, CDU: Habe ich das bestritten?)

– Nein. Aber Sie beklagen doch immer wieder, Herr Kollege Böhr, dass wir so viele Auspendler haben.

(Dr. Böhr, CDU: Aber heute habe ich
das ausnahmsweise nicht beklagt!)

Heute haben Sie es nicht beklagt, aber es war die kleine Variante – Sie waren vorhin nicht anwesend –, die Sie heute weggelassen haben. Ich habe vorhin etwas zur Neuverschuldung gesagt. Ich möchte das nicht noch einmal wiederholen.

Meine Damen und Herren, das Wirtschaftsministerium hat eine neue Abteilung „Forschung und Innovationen“ geschaffen. Dies ist gut so. Jeder Achte in Rheinland-Pfalz ist nach einer Untersuchung des Statistischen Amtes der Europäischen Union Arbeitnehmer in der Hochtechnologie. Bei einem Anteil der Beschäftigten in der Spitzentechnologie belegt Rheinland-Pfalz –ebenefalls nach Eurostat – den ersten Rang unter den EU-Regionen. Zur Spitzentechnologie werden die Herstellung von Büromaschinen, von Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik sowie die chemische Industrie gerechnet. Die Bio- und Gentechnologie zählt ebenso zu den aufstrebenden Branchen wie die Informations- und Kommunikationstechnologien.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wie viel Arbeitsplätze gibt es
denn in Rheinland-Pfalz? –
Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gentechnik! Nicht Biotechnologie!)

Meine Damen und Herren, was Frau Künast in Berlin mit ihrem Gesetz zur Nutzung der grünen Biotechnologie macht – dies ist nach Auffassung der FDP-Fraktion allerdings kein Gesetz für die Nutzung, das ist ein Gesetz zur Verhinderung von Nutzung grüner Biotechnologie –, ist eine Versündigung an dem Forschungsstandort Deutschland.

(Staatsminister Bauckhage:
Grüne Gentechnik!)

– Nein, das versuchen Sie, die GRÜNEN, uns immer einzureden. Ich nenne es Biotechnologie. Gentechnolo-

gie ist ein bisschen verengt, Herr Wirtschaftsminister. Das ist immer der Kampfbegriff der GRÜNEN mit der Gentechnologie. Ich lasse mich darauf nicht ein.

Das, was Frau Künast mit dem Gentechnikgesetz macht, ist eine Versündigung an dem Forschungsstandort Deutschland. Deshalb begrüßt es die FDP-Fraktion nachdrücklich, dass sich die Landesregierung im Bundesrat gegen dieses Gesetz ausgesprochen hat.

Wenn wir junge Menschen ermuntern, an den Schulen naturwissenschaftliche Fächer zu belegen, an unseren hervorragenden deutschen Universitäten Biochemie zu studieren, dann macht dies nur dann einen Sinn, wenn sie anschließend auch die Möglichkeit haben, ihr Wissen in der Forschung zu praktizieren.

Forschung an unseren Universitäten macht aber auch nur dann Sinn, wenn sie in der Wirtschaft fortgesetzt und auch angewendet werden kann. Mit der Politik, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem rheinland-pfälzischen Landtag fordert, nehmen wir vielen jungen Forschern eine Zukunftschance, bei uns in Deutschland einen interessanten Arbeitsplatz zu finden.

Es macht doch keinen Sinn, mit deutschen Steuergeldern an deutschen Universitäten Forscher auszubilden, die dann auswandern, um beispielsweise in den Vereinigten Staaten ihr bei uns gelerntes Wissen anwenden zu können. Wir werden diese Politik, die die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN immer wieder vertritt, mit allen Mitteln entschieden bekämpfen und werden den Menschen draußen im Land aufzeigen, wer die Schaffung neuer Arbeitsplätze in unserem Land verhindert.

Wer in Forschung und Entwicklung investiert, legt den Grundstein für ein höheres Wirtschaftswachstum und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das landesweite Netzwerk wissenschaftlicher Einrichtungen wie Universitäten, Fachhochschulen und Forschungsinstitute mit ihrem hohen Anwendungspotenzial stellt die Grundlage für den erfolgreichen Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft dar.

Für die Umsetzung in die unternehmerische Praxis sorgen in Rheinland-Pfalz unter anderem ein gut ausgebautes Netz von rund 20 anwendungsorientierten, fachbezogenen Transferstellen, Technologievermittlungstellen an Kammern und Hochschulen sowie die Technologiezentren des Landes. Dieses Netzwerk muss auch in Zukunft erhalten bleiben, damit die in den Forschungslabors gemachten Erfindungen rasch in die Praxis umgesetzt werden können. Dafür sieht der vor uns liegende Doppelhaushalt weitere Finanzmittel vor, was wir ausdrücklich begrüßen.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist das Weinbaugebiet Nummer 1 in Deutschland. Mit etwas mehr als 16.000 Betrieben ist mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Unternehmen im Weinbau tätig. Die Landesregierung hat mit ihrer gezielten Förderung des Qualitätsweins einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass unsere in Rheinland-Pfalz erzeugten Weine welt-

weit zu den Spitzenweinen zählen. Dazu gehört auch – deswegen habe ich es überhaupt gesagt –, dass die Forschung im Weinbau ausgebaut und weiterentwickelt wird. Um die Grundlagenforschung im Bereich der Biotechnologie in der Landwirtschaft zu fördern, hat das Wirtschaftsministerium das „Zentrum Grüne Gentechnik“ in Neustadt an der Weinstraße gegründet. Wir wissen zwar heute noch nicht, ob genveränderte Weintrauben vom Verbraucher in Zukunft akzeptiert werden und der daraus produzierte Wein eine Vermarktungschance hat, es wäre aber geradezu fahrlässig, die Forschung auf diesem Gebiet nicht weiter zu betreiben, weil ansonsten die Gefahr bestünde, dass andere Länder in den nächsten Jahrzehnten einen Qualitätsvorsprung erreichen und damit die Wettbewerbsfähigkeit unserer einheimischen Winzer in Gefahr geraten könnte.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Schwerpunkt rheinland-pfälzischer Politik muss auch in Zukunft in der Förderung des Tourismus liegen. Jährlich 100 Millionen Tagesgäste und 22 Millionen Übernachtungen, davon 4 Millionen aus dem Ausland, zeigen: Rheinland-Pfalz ist ein attraktives Reiseziel. Der hohe Wohn- und Freizeitwert spielt auch bei der Standortwahl von Unternehmen eine ganz wichtige Rolle, was ich betonen möchte. Deswegen müssen wir diese weichen Standortfaktoren auch erhalten und weiter ausbauen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch eine Überlegung anstellen, wie in Zukunft die Nettoneuverschuldung des Landes auch vermindert werden könnte. Wir sollten einmal gemeinsam überlegen – zumindest die Koalitionsfraktionen –, ob man staatliche Zuschüsse nicht in zinslose Darlehen umwandelt, die zu einem späteren Zeitpunkt von den Begünstigten wieder zurückgezahlt werden könnten. Damit wäre das Geld nicht verloren und spätere Landeshaushalte würden entlastet.

Sollte es die wirtschaftliche Situation des Zuschussnehmers nicht ermöglichen, ein gewährtes Darlehen zurückzuzahlen, so bestünde dann zu diesem Zeitpunkt immer noch die Möglichkeit, dieses Darlehen in einen Zuschuss umzuwandeln.

Ich weiß, dass meine Anregung nur in Zukunft Anwendung finden wird, da für gegebene Zuschusszusagen ein gewisser Vertrauensschutz besteht. Ich meine jedoch, dass mein Vorschlag ernsthaft in Erwägung gezogen werden sollte, weil er es dem Land ermöglicht, dringend notwendige Investitionsvorhaben heute zu realisieren, aber auch die Chance bestünde, die vorfinanzierten Zuschüsse zu einem späteren Zeitpunkt zurückzuerhalten und sie zur Schuldentilgung zu verwenden.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Grützmaker:

Ich erteile Frau Abgeordneter Kiltz das Wort zu einer Kurzintervention.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich ist es mir zu doof,

(Kuhn, FDP: Was?)

zum x-ten Mal auf Ihre falschen Behauptungen einzugehen. Ich tue das nur für die Protokollleserinnen und Protokollleser, die das nachher lesen, damit es klargestellt wird.

(Kuhn, FDP: Die ich hiermit herzlich grüße!)

Herr Kollege Creutzmann, die Fernsehkameras sind schon seit einer halben Stunde aus. Sie hätten sich gar nicht so echauffieren müssen. Ihre Rede wird nun leider nicht in die Haushalte in Rheinland-Pfalz übertragen. Für viele Teile, die Sie gesagt haben, bin ich Ihnen aber dankbar.

Ich komme aber jetzt noch einmal zu Ihren Behauptungen. Ich fange unten an. Sie haben zum 150. Mal die grüne Biotechnologie erwähnt. Wir lehnen die grüne Gentechnik, die Agrogentechnologie, die Agrogentechnik ab. Ich habe es schon einmal von diesem Platz aus erklärt. Es gibt ein Dach, das heißt Biotechnologie. Unter diesem Dach vereinigen sich mehrere Technologien, unter anderem die Gentechnik. Das sollte ein Mitarbeiter der BASF Ludwigshafen eigentlich wissen.

(Creutzmann, FDP: Aber Sie widersprechen mir gar nicht!)

Wir lehnen die grüne Gentechnik ab. Wir betrachten sie als Risikotechnologie und möchten sie so angewendet haben, wenn sie angewendet wird, dass sie den Ökoanbau und andere Anbauarten nicht gefährdet.

Jetzt nennen Sie mir bitte den Vergleich zwischen den Arbeitsplätzen in der ökologischen Landwirtschaft und in den Labors der BASF und bei Boehringer, die sich nur mit der Agrogentechnik beschäftigen.

(Creutzmann, FDP: Das sage ich Ihnen!)

Nur diese Zahlen will ich wissen und nicht, was die BASF oder Boehringer sonst machen. Diese Zahlen sind ganz anders.

Mobilität ist wichtig. Wir sind auch dieser Meinung. Mobilität ist ein ganz wichtiges Grundrecht zur Teilhabe an der Gesellschaft und für die Wirtschaft. Die spannende Frage ist, wie man das möglichst effektiv und umweltfreundlich organisiert. Herr Creutzmann, Sie betrachten das Problem immer nur aus der Windschutzscheibe. Ihnen fallen immer nur Straßen ein.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, FDP)

– Nein.

Für Sie ist der Maßstab der Freiheit die Motorisierung der Bevölkerung. Wir sehen das anders.

Sie haben den Rheinland-Pfalz-Takt angesprochen. Natürlich kommt das Geld aus Berlin. Natürlich haben

die Grünen in den ersten Koalitionsverhandlungen bei Rotgrün dafür gesorgt, dass die Regionalisierungsmittel kontinuierlich ansteigen. Den Rückfall brachte das Koch-Steinbrück-Papier, werte Kollegen von der CDU und auch von der SPD. Es war anscheinend eine einmalige Geschichte, dass das Land diesen Ausfall erst einmal mit Landesgeld aufgefangen hat. Im neuen Haushalt finden wir keine Mittel, die draufgesattelt werden.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich muss noch einen Satz zum Flugplatz Hahn sagen. Wir sind nicht dafür, dort Schafe weiden zu lassen; es sei denn, Sie wollen den Hirten spielen, dann ja.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Kollege Creutzmann zu einer Erwidern.

Abg. Creutzmann, FDP:

Frau Kollegin Kiltz, Sie haben mich gefragt, wieso das Arbeitsplätze kostet, wenn Sie gegen die grüne Gentechnologie im Agrarbereich sind. Ich will Ihnen das erklären. Deswegen ist es immer gut, wenn man noch im Beruf ist. Ich hatte dieser Tage eine Zahlungsanweisung für ein Versuchsfeld zu unterschreiben. Ich will dann auch immer den dazugehörigen Beleg sehen. Sie haben mir den entsprechenden Vertrag beigefügt. Ich habe mir den Vertrag für die Nutzung des Versuchsfelds durchgelesen. Es stand drin, dass der Landwirt auf diesem Versuchsfeld nur dann Veränderungen vornehmen darf, wenn er die Zustimmung der wissenschaftlichen Leitung der Forschung hat, die dort stattfindet. Es ist vollkommen klar, wenn ich hier in Deutschland keine Versuche mehr machen kann, brauche ich hier keine Forscher, die die Versuche begleiten. Dann tritt genau das ein, was wir schon immer wieder erlebt haben, dass die Forschung natürlich in andere Länder geht, wenn sie hier nicht angewendet werden kann. Das kostet jungen Forschern zukünftige Arbeitsplätze.

Jetzt hört Frau Kiltz nicht zu. Sie können es im Protokoll nachlesen. Jetzt geht sie auch noch hinaus. Frau Kollegin, das ist wirklich ein Verhalten! Wenn man in einen sachlichen Dialog eintreten will, muss man auch zuhören.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Werden Sie doch sachlich!)

Ich habe den Versuch unternommen. Ich habe den Beweis, dass Sie dort, wo Sie Forschung verhindern – Sie wollen diese Forschung verhindern –, Arbeitsplätze von Forschern und anderen vernichten.

Ihre Bedenken, die Sie haben – das ist völlig klar –, dass Felder nicht von anderen verseucht werden können, sind zu lösen. Damit haben wir kein Problem.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP)

Vizepräsidentin Frau Grützmacher:

Das Wort hat Herr Kollege Hartloff.

Abg. Hartloff, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Im Parlament gilt grundsätzlich das freie Wort. Das schätzen wir hoch. Es gilt gewiss auch der Grundsatz, dass auf einen groben Klotz ein grober Keil gehört. Ich habe mich gemeldet, um noch einmal kurz zu einigen Passagen der Rede von Herrn Kollegen Bracht Stellung zu nehmen.

(Vizepräsident Creutzmann
übernimmt den Vorsitz)

Wir haben das Protokoll angefordert. Es liegt noch nicht vor. Wir werden das noch genauer prüfen. Herr Kollege Bracht hat einmal sinngemäß einen Zusammenhang hergestellt, dass er dem Ministerpräsidenten persönliche Interessen in Verbindung mit drohender Insolvenz des FCK unterstellt hat. Ich habe dies entschieden zurückzuweisen und weise darauf hin, dass das die Methode ist, man wirft ohne jeden Grund und Inhalt mit Schmutz und die Hoffnung besteht, es bleibt irgendetwas hängen.

(Beifall der SPD –
Dr. Rosenbauer, CDU: Das sagt
der Richtige! –
Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

– Herr Kollege Dr. Rosenbauer, dann gibt es Kollegen wie Sie, die ganz laut lachen und dann noch etwas einwerfen, wie man miteinander umgeht.

(Dr. Rosenbauer, CDU: Das sagt
genau der Richtige!)

Es gibt eine zweite Sache, die Herr Kollege Bracht gesagt hat. Er hat Anstoß daran genommen, dass der Ministerpräsident in seiner Freizeit Spiele des FCK besucht und dort Sicherheitsbeamte dabei wären, und hat ihn aufgefordert, das weniger zu machen, damit nicht so viele Sicherheitsleute dabei wären. Ich halte das für ungeheuerlich.

(Beifall der SPD und der FDP)

Wer in etwa abschätzen kann, in welchem Zeitmaß überhaupt Freizeit für einen Ministerpräsidenten verbleibt, und wer sich dann noch anmaßt, darüber zu urteilen, wie er die Freizeit verbringt, und dann bei Sicherheits Einschränkungen fordert, der sollte sich sehr überlegen, ob er nicht die Gelegenheit zu einer Entschuldigung nutzt, Herr Kollege Bracht. Ich fordere Sie dazu auf. Ich darf Sie bitten, dass dieser Stil nicht für die Debatte prägend sein sollte.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Zur Erwidern hat Herr Abgeordneter Bracht das Wort.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Hartloff, ich denke, Sie hätten besser das Protokoll abgewartet, bevor Sie sich zu Wort gemeldet hätten.

(Beifall der CDU)

Sie hätten dann erkennen können und erkennen müssen, dass ich in keiner Form die Frage der Finanzierung des Stadions mit persönlichen Beziehungen in Verbindung gebracht habe. Das Wort „persönlich“ ist an keiner Stelle gefallen. Es ist immer so, dass es irgendwo Beziehungen gibt.

(Ministerpräsident Beck: Persönliche
Interessen haben Sie gesagt!)

Als die Straße in Buch gebaut wurde, habe ich Herrn Kollegen Mertes vorgeworfen, dass er das erreicht hat, weil er sich persönlich eingebracht hat.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck –
Zurufe von der SPD)

Er hat es anschließend vernünftig begründet.

(Mertes, SPD: Sie reden sich weiter
um Kopf und Kragen! Ein Kerl mit
Stil würde sich entschuldigen!)

Sie haben auch die Gelegenheit, die Gründe sehr klar darzulegen, weshalb sich das Land dort engagiert. Dann ist die Sache erledigt, wenn daraus erkennbar ist, dass ausreichend andere Gründe dafür vorliegen.

(Frau Schmitt, SPD: Sie haben das
schon 150-mal im Haushalts- und
Finanzausschuss gehört!)

Was die Frage betrifft, dass Kosten dadurch entstehen, wenn der Ministerpräsident beim FCK zum Spiel fährt, sage ich Folgendes: Es ist legitim, dass auch wir diese Fragen stellen.

(Zuruf von der SPD: Das ist unge-
heuerlich, wirklich eine Frechheit!)

Mir ist völlig klar, dass der Ministerpräsident nie Privatmann ist, wenn er in der Öffentlichkeit ist. Deshalb kann er dann alle Schutzvorrichtungen und alles in Anspruch nehmen, was ihm zur Verfügung steht.

(Zurufe von der SPD)

Es darf aber die Frage erlaubt sein, ob die dort erwachsenen Kosten in der Massivität so sein müssen. Die Fragen dürfen wir als Opposition wohl stellen.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, die CDU oder ich erlaube mir, dem Ministerpräsidenten nicht nur Honig um den Mund zu schmieren. Das erwartet er vielleicht oder erhofft er sich.

Aufgabe der Opposition ist es, kritische Fragen zu stellen.

(Ministerpräsident Beck: Meine Freizeit zu kontrollieren!)

– Nein, kritische Fragen zu stellen und zu hinterfragen, was an Kosten in diesem Land produziert wird.

(Zurufe von der SPD)

Nichts anderes habe ich getan.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Für die Landesregierung spricht nun Herrn Staatsminister Bauckhage.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin hier jetzt spontan an dieses Pult gekommen, um bestimmte Dinge einmal klarzustellen und zurechtzurücken; denn es ist für diejenigen, die auf dieser Bank sitzen, ein Problem, wenn man im Interesse der Öffentlichkeit steht und dann noch hier erleben muss, dass man unter der Gürtellinie solche Vorwürfe gemacht bekommt.

(Starker Beifall der FDP
und der SPD)

Diese Debatte ist heute geführt worden, und zwar in der Sache hart. Das muss man. Das ist gar keine Frage. Da gibt es unterschiedliche Positionen und unterschiedliche Politikentwürfe, die hier im Rahmen eines Haushaltsplans diskutiert werden müssen.

Da gibt es auch irgendwo eine Grenze des Stils, die man gefälligst nicht verlassen sollte und darf. Herr Bracht, dies einfach deshalb, weil da in einer Art und Weise – das ist das Schlimme dabei – ein Stück Neid geschürt wird und ein wenig Komplexe wach gemacht werden.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

Dann ist das so ein praktisches Thema, um auf niedrigstem Niveau primitiv zu diskutieren.

(Beifall der FDP und der SPD)

Das geht dann so weit, dass am Schluss diese Seite hier – gleich in welcher Position – bei Haushaltsberatungen und anderen Beratungen dann fragt: Was darf ich denn überhaupt? Darf ich mit meinem Privatwagen fahren? Darf ich mit meinem Dienstwagen fahren? – Das ist alles steuerlich geregelt. Das wissen wir. Wer dann noch einen besonderen Schutz hat, fragt sich, wie er damit umgeht. Soll er dann zum Schluss sagen: Parlament, bestimme du über meine Freizeit. – So sieht das aus.

Das können Sie nicht wollen, das will ich nicht, und das will auch diese Seite nicht. Das ist keine Frage. Man kann dann nicht mehr relativieren, wenn man solche Diskussionen in der Form anstößt. Dann muss man damit rechnen, dass man auf diesem Niveau diskutiert. Das will ich bewusst nicht tun. Ich weise nur diese Vorwürfe, die Sie in den Raum stellen, zurück. Das ist in Wahrheit das Gefährliche. Stellen Sie es einmal in den Raum, dann kann man interpretieren, wie man will. Das ist in Wahrheit das Gefährliche. Wenn man so etwas aber in der Diskussion in den Raum stellt, dann hätten Sie es besser abgeräumt, anstatt das hier noch einmal zu verstärken. Ich weise jedenfalls Ihre Vorwürfe mit aller Entschiedenheit für diese Seite zurück.

(Starker Beifall der FDP
und der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Zu einer Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Dr. Böhr das Wort.

Abg. Böhr, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Bauckhage, ich schlage vor, dass wir die Kirche im Dorf lassen

(Beifall der CDU)

und diese Debatte, die ich gern zu führen bereit bin, ohne Heuchelei führen.

(Ministerpräsident Beck: Die Debatte
über meine Freizeit wird
gerade geführt!)

– Herr Kollege Ministerpräsident Beck, ich kann sehr gut verstehen, dass man auf solche Diskussionen sehr empfindsam reagiert.

(Hartloff, SPD: Haben Sie die Äußerungen
des Kollegen Bracht gehört?)

Ihre Fraktion hat – wenn ich mich recht erinnere – mich drei Jahre in den Zusammenhang eines Skandals gerückt, der dieses Land erschüttert hat, und jede Woche ist unwidersprochen auch von Ihnen die Behauptung aufgestellt worden, dass ich durch persönliche Vorteilnahme im Mittelpunkt dieses Skandals zu suchensei.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

– Doch. Ich will überhaupt nicht reden von der Erwähnung, die natürlich heute Morgen auch noch einmal kam mit dieser Fußballbroschüre, zwei Jahre lang vor der Staatsanwaltschaft, bis das Verfassungsgericht dieses Landes dem einen Riegel vorgeschoben hat, und – Entschuldigung – mutterseelenallein in diesem Hause.

(Beifall der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gleichwohl rechtfertigt das alles nicht, den Spieß umzudrehen, damit das völlig klar ist.

(Staatsminister Bauckhage: Das ist schon einmal gut!)

– So ist es. Das wird nie ein Mittel der politischen Auseinandersetzung für uns werden. Ich gehöre zu den wenigen in diesem Hause, die wissen, wovon Sie in diesem Zusammenhang reden.

(Schmitt, CDU: So ist das!)

Ich habe den Herrn Kollegen Bracht völlig anders verstanden, als Sie ihn hier wiedergegeben haben, Herr Hartloff.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Sie waren doch gar nicht da!)

Der Herr Kollege Bracht hat doch nicht kritisiert, dass der Herr Ministerpräsident mit seiner Sicherheit das Fußballspiel besucht.

(Ministerpräsident Beck: Doch! – Hartloff, SPD: Natürlich!)

– Aber selbstverständlich nicht. Bevor wir uns hier jetzt die Köpfe einschlagen, schlage ich vor, warten wir das Protokoll ab und lesen nach, was der Kollege Bracht wirklich gesagt hat. Ich kann Ihnen zusichern, der Kollege Bracht ist ein anständiger Mensch.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Wenn er sich im Ton vergriffen hat, dann wird er sich dazu bekennen und das aus der Welt bringen. Aber mein Eindruck war, er hat sich nicht im Ton vergriffen. Hier ist eine Empörung laut geworden, die ich beobachtet habe. Ob sie begründet war, werden wir feststellen, wenn wir schwarz auf weiß nachlesen können, was hier wirklich gesagt wurde.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aussprache über die erste Beratung des Landeshaushalts – Drucksache 14/3460 – beendet. Der Überweisungsvorschlag für das Landeshaushaltsgesetz und den Finanzplan lautet Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung der Fachausschüsse, die zu den Beratungen eingeladen werden. Wenn es hierzu keinen Widerspruch gibt, dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Aufhebung des Landesgesetzes über die Bindung der Rückflüsse aus Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3270 –
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
– Drucksache 14/3470 –**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass das Landesgesetz zur Aufhebung des Landesgesetzes über die Bindung der Rückflüsse aus Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung ohne Aussprache behandelt wird. Wir kommen damit zur unmittelbaren Abstimmung über den Gesetzentwurf – Drucksache 14/3270 –. Die Beschlussempfehlung des zuständigen Haushalts- und Finanzausschusses – Drucksache 14/3470 – empfiehlt Ihnen die Zustimmung. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung einstimmig verabschiedet.

Wir kommen dann zur Schlussabstimmung. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Damit ist das Landesgesetz zur Aufhebung des Landesgesetzes über die Bindung der Rückflüsse aus Darlehen zur sozialen Wohnraumförderung in zweiter und dritter Lesung einstimmig verabschiedet.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**...tes Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3229 –
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache 14/3471 –**

Wir können unmittelbar über diesen Gesetzentwurf abstimmen, da die Beschlussempfehlung die Annahme empfiehlt. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Vielen herzlichen Dank. Das war einstimmig. Damit ist das Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes verabschiedet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3380 –
Zweite Beratung**

dazu:

**Beschlussempfehlung des Innenausschusses
– Drucksache 14/3472 –**

Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen die unveränderte Annahme. Wer dem Gesetzentwurf in zweiter Beratung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Das ist einstimmig.

Dann kommen wir zur Schlussabstimmung. Wer in der Schlussabstimmung für den Gesetzentwurf ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Auch dies ist einstimmig. Damit ist das Landesgesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften verabschiedet.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Landesseilbahngesetz
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3381 –
Zweite Beratung**

**dazu:
Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Wirtschaft und Verkehr
– Drucksache 14/3473 –**

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Gesetzentwurfs. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Dies ist einstimmig.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Auch dies ist einstimmig. Damit ist das Landesseilbahngesetz mit den Stimmen aller im Landtag vertretenen Fraktionen verabschiedet.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Erstes Landesgesetz zur Stärkung der kommunalen
Selbstverwaltung durch Flexibilisierung
landesrechtlicher Standards (Erstes
Standardflexibilisierungsgesetz)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3407 –
Erste Beratung**

Die Fraktionen haben beschlossen, diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Innenausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Ausführung des Zwölften Buches
Sozialgesetzbuch (AGSGB XII)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3424 –
Erste Beratung**

Gemäß der Absprache im Ältestenrat wird dieser Gesetzentwurf ohne Aussprache behandelt. Der Gesetzentwurf wird zur Beratung an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend – sowie an den Rechtsausschuss überwiesen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**...tes Landesgesetz zur Änderung
des Ministergesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 14/3459 –
Erste Beratung**

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz über die Errichtung der LBS Landes-
bausparkasse Rheinland-Pfalz und zur Änderung
sparkassenrechtlicher Bestimmungen
Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU,
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 14/3462 –
Erste Beratung**

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr – federführend –, an den Haushalts- und Finanzausschuss und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

Wir hatten vergessen, **Punkt 3** der Tagesordnung, Landesgesetz zur Änderung des Landesfinanzausgleichsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 14/3425 – betreffend, an die Ausschüsse zu überweisen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

– Ein Mitarbeiter der Landtagsverwaltung macht mich darauf aufmerksam, dass wir das vorhin nicht behandelt haben.

Der Gesetzentwurf wird ohne Aussprache an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, an den Innenausschuss und an den Rechtsausschuss überwiesen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Landesgesetz zur Ausführung des Zweiten
Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB II)
Gesetzentwurf der Fraktionen
der SPD und FDP
– Drucksache 14/3435 –
Erste Beratung**

Die Fraktionen haben eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart.

Ich erteile Frau Abgeordneter Grosse das Wort.

Abg. Frau Grosse, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir besprechen heute in erster Lesung eines der wichtigsten Reformvorhaben, das in diesem Land je geschultert worden ist. Es geht um die Umsetzung von Hartz IV, SGB II.

Wir haben heute im Zuge der Haushaltsberatungen schon viel zu der Umsetzung von Hartz IV gehört. Insgesamt hat dies zum Ziel, unter der Überschrift „Fördern und Fordern“ den Menschen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern und sie somit wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Meine Damen und Herren, durch dieses Landesgesetz sollen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass die Kommunen dieses Gesetz umsetzen können. Das gesamte Konstrukt auf Bundesebene ist überaus kompliziert. Das Landesgesetz soll jetzt einen einwandfreien Mechanismus erarbeiten, der erarbeitet worden ist, um eine leichte Umsetzung zu realisieren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Insgesamt geht es um drei wesentliche Punkte, zunächst um § 1, dass die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende die kreisfreien Städte und Landkreise sind. Das ist ein wesentlicher Punkt des Landesgesetzes.

Ein zweiter wesentlicher Punkt des Landesgesetzes ergibt sich aus § 2 Abs. 1 bis 4, wo es darum geht, inwieweit und ob die Verbandsgemeinden bzw. die verbandsfreien Gemeinden in die Umsetzung, wie das geregelt werden soll, welche Freiheiten es gibt und wie dies vonstatten gehen soll, einbezogen werden sollen.

Im Einzelnen möchte ich auf die Paragraphen bzw. Absätze nicht eingehen,

(Pörksen, SPD: Warum denn nicht?)

sondern nur erläutern, dass das Land – ich habe es eben schon einmal gesagt; ich wiederhole es aber noch einmal – die grundsätzlichen Rahmenbedingungen hierzu schaffen soll. Die „Musik“ zur Umsetzung von Hartz IV muss und soll vor Ort spielen, weil wir vor Ort so viele verschiedene Gegebenheiten haben, denen auch nur vor Ort Rechnung getragen werden kann.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das heißt, wenn sich eine Kommune entscheidet, nach § 44 b Bundesgesetz vorzugehen, also eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen, kann sie das so machen, wie sie das vor Ort für richtig hält und wie es vor Ort den Umständen angemessen ist. Ich meine, das ist eine völlig richtige Vorgehensweise, weil sie den kommunalen Gebietskörperschaften die Freiheit lässt, das zu verabschieden, was vor Ort richtig ist.

Ich darf zwei Beispiele nennen. Bad Kreuznach hat gerade den Vertrag zur Arbeitsgemeinschaft unterzeichnet; im Übrigen parteiübergreifend.

(Pörksen, SPD: Gute Stadt!)

Das ist etwas, was ich für sehr wichtig halte. Bad Kreuznach – übrigens die Stadt Kaiserslautern auch – hat uns etwas vorgemacht, das wir uns in den Kommunen anschauen können, damit wir den bundesweiten Kompromiss, der zwischen SPD, GRÜNEN und der CDU erzielt worden ist, möglichst im Land wie auch in den kommunalen Gebietskörperschaften durch ein möglichst einstimmiges Votum weitertragen.

Ich glaube, es macht wenig Sinn, sich vor Ort darüber zu streiten um wessen Spielförmchen es sich gerade handelt, das im Sandkasten ist, sondern es geht darum, dass die Leistungen für diejenigen ausgezahlt werden können, die am 1. Januar Leistungsempfänger sein werden. Es geht einzig darum, den Menschen zu helfen, die am 1. Januar Anspruch auf ihr Geld haben, und geordnete Verhältnisse vorweisen zu können.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich darf sagen, im Landkreis Mainz-Bingen werden wir morgen darüber beraten. Ich hoffe, dass wir auch fraktionsübergreifend verabschieden können. Die Unterschrift für eine Arbeitsgemeinschaft soll dann am Montag erfolgen, wenn alles nach Plan verläuft.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dem Land zu danken. Es ist vorhin schon angeklungen, das Land, insbesondere Ministerin Dreyer, hat die Kommunen bzw. die Landkreise und kreisfreien Städte bei dieser sehr schwierigen Prozedur, Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammenzulegen, sehr intensiv begleitet. Meinen herzlichen Dank noch einmal an das Land.

(Beifall der SPD)

Ich glaube, diese intensive Begleitung und dieser intensive Kontakt mit den Kommunen ist, wenn ich das richtig beurteile, bundesweit einmalig.

Lassen Sie mich noch etwas zu den Kosten sagen. Das Land wird jeden Cent, der vom Bund über das Land weitergegeben wird, an die Kommunen weitergeben. Insgesamt sind es 18 Millionen Euro auf Landesseite, die durch die Revision bzw. Änderung des ehemaligen Wohngelds zustande kommen. Das wird direkt an die Kommunen weitergegeben.

Ein Wort noch zu den 25 %, die die Verbandsgemeinden für die Leistungen nach den §§ 22 und 23 zahlen sollen. Das lehnt sich an die bisherige Sozialhilfepraxis an. Ähnlich wie das gesamte Gesetz entspricht dies den Strukturen der jetzigen Sozialhilfepraxis, ist also überhaupt nichts Neues und darum auch völlig legitim. Ich glaube auch, dass insgesamt bei der Umsetzung des Pakets Hartz IV sich herausstellen wird, wenn wir vernünftig miteinander umgehen – von daher mein Appell an die CDU und an alle Fraktionen –, werden die Probleme, die es vielleicht vor Ort noch gibt, zu einem guten Schluss kommen; denn es gibt viele Probleme, die sich

inzwischen auch gelöst haben – siehe Bad Kreuznach –, und zwar sehr gut gelöst haben.

Ich bin fest überzeugt, dass wir die Umsetzung von Hartz IV gemeinsam und erfolgreich zu Ende bringen werden.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Frau Abgeordneter Thelen das Wort.

Abg. Frau Thelen, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben mit Hartz IV eine der weitgehendsten Sozialreformen der vergangenen Jahrzehnte im Rahmen eines schwierigen Vermittlungsverfahrens und eines daraufhin zustande gekommenen Kompromisses mitgetragen. Es wird für viele Menschen erhebliche Veränderungen im Alltag mit sich bringen, neue Ansprechpartner in Behörden bzw. Arbeitsgemeinschaften, aber auch neue Leistungsgewährer. Das sind für die Kolleginnen und Kollegen der BA völlig neue Aufgabenstellungen, sodass eine Situation, die sich schon vom Bundesgesetz her als schwierig darstellen wird, durch ein gutes Landesausführungsgesetz so begleitet werden muss, damit es nicht noch zu weiteren Schwierigkeiten kommt.

Deshalb hat es uns gewundert, dass in solch einer schwierigen Situation nicht ein Entwurf der Regierung mit dem entsprechenden Vorlauf vorgelegt wurde, sondern ein Entwurf der SPD- und der FDP-Fraktion, der quasi in einer Art verkürztem Verfahren zustande kommt.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Sie hätten doch keinen Referentenentwurf erarbeiten müssen. Das alles hätte dem Entwurf gutgetan. Allein an der Zeit kann es nicht gelegen haben, Frau Ministerin. Andere Länder waren in der Lage, einen Regierungsentwurf in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen.

Für umso wichtiger halten wir es, dass wir eine sehr intensive Debatte im Ausschuss und eine sehr intensive Debatte mit den Experten führen, um festzustellen, ob die Bestimmungen, die im Entwurf vorliegen, für Rheinland-Pfalz dazu beitragen – wie es bereits meine Vordrönerin gesagt hat –, dass die Dinge vor Ort möglichst reibungslos, bürgernah und möglichst effizient durchgeführt werden können.

Im Rahmen der ersten groben Bewertung haben wir einige Punkte festgestellt, bei denen es sicherlich einen verstärkten Diskussionsbedarf geben wird. Ich nenne beispielhaft die so genannte 25%ige Interessenquote der Kommunen, die durch die Kommunen oder kreisfreien Städte herangezogen werden kann. Dabei hat man sich sehr stark an dem Ausführungsgesetz zum BSHG orientiert, was vielleicht sogar nahe liegend war. Die Situation unterscheidet sich aber meines Erachtens sehr

deutlich von dem, was bisher durch das BSHG geregelt war.

Wir haben Arbeitsgemeinschaften und einen Bürger, der nur Teilleistungen von den Kommunen erhält. Er erhält gleichzeitig wesentliche andere Leistungen von den Agenturen. Die Kommunen haben vergleichsweise nur noch wenig Einfluss darauf, diesem Bürger beim Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt zu helfen. Das war aber damals die Begründung für die 25%ige Interessenquote bei der Ausführung des BSHG. Man hat damals gesagt, dass damit dazu motiviert wird, die Menschen aus der Sozialhilfe herauszubringen. Ich mache ein Fragezeichen daran, ob das Sinn macht.

Hinzu kommt, dass im Prinzip das Geld von der einen kommunalen Kasse in die andere kommunale Kasse geschoben wird, und zwar mit einem relativ hohen bürokratischen Aufwand, den man sicherlich in heutigen Zeiten, in denen man kein Geld hat, vermeiden sollte.

Darüber hinaus wird der Delegationsrahmen zu überprüfen sein. Wir sind froh, dass es in diesem Zusammenhang ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes geben wird. Unseres Erachtens wird der Delegationsrahmen, der durch das Bundesgesetz vorgegeben wird, durch unser Ausführungsgesetz überschritten, weil es Aufgaben umfasst, die eigentlich der BA obliegen und in der Ermächtigungsgrundlage nicht vorgesehen sind.

Ferner kommt hinzu, dass wir eine andere Motivation aufseiten der Kommunen hinsichtlich ihrer Beteiligung haben werden. Als es um die Grundsicherung ging, waren viele Kommunen bereit, diese Aufgabe vor Ort wahrzunehmen, weil es ihnen wichtig war, bürgernah und den Menschen ein Ansprechpartner vor Ort zu sein. In diesem Fall ist es etwas anderes. Es werden Arbeitsgemeinschaften gebildet, die in anderen Räumlichkeiten tagen werden. Das heißt, dass nicht mehr die Aufgaben, die im Rathaus erfüllt werden. Damit ist die Motivation der Kommunen eine andere. Deshalb muss man ihnen weitgehend entgegenkommen, weil sie für die Umsetzung ihre Erfahrungen mitbringen.

Frau Grosse, ich hoffe, dass sich Ihr Optimismus bewahrheitet. Ich habe in den vergangenen Stunden einige Gespräche geführt. Heute Morgen fand beim Landkreistag ein Workshop zum derzeitigen Umsetzungsstand von Hartz IV in Bezug auf die Gründung von Arbeitsgemeinschaften statt. Ich rate all denen, die jetzt Verträge schließen: Lassen Sie die Sektkorken erst dann knallen, wenn die Genehmigungen von der Regionaldirektion vorliegen.

(Beifall der CDU)

Viele Verträge drohen zurzeit zu platzen, weil sich eine sehr zentralistische Monsterbehörde wie diese Bundesagentur nicht vorstellen kann, dass die Welt in Mainz eine andere als in Hintertupfingen ist. Daran krankt dieses System. Wir haben bis heute noch nicht die Software, die es ermöglicht, die Angaben in die EDV einzugeben. Sie wird voraussichtlich erst Ende Oktober zur Verfügung stehen. Wir werden uns alle also sehr anstrengen müssen, um dafür zu sorgen, dass die Menschen zum 1. Januar nicht im Regen stehen. Lassen Sie

uns daran arbeiten. Dabei wünsche ich Ihnen viel Glück, Frau Ministerin.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Creutzmann:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Schmitz.

Abg. Dr. Schmitz, FDP:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die FDP ist für Hartz IV. Wir verstecken uns nicht. Wir haben auch kein Verständnis für diejenigen, die sich verstecken. Selbstverständlich sind wir als Fraktion auch für dieses Landesausführungsgesetz. Wir sind auch deshalb für Hartz IV, weil wir einen wesentlichen Teil der Vaterschaft für uns reklamieren. Trotz des Namens „Hartz“ steht dahinter die alte liberale Forderung, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzufassen. Jetzt haben wir das.

Ich will nicht verhehlen – daher gibt es bei der Bewertung keinen Dissens mit unserer Bundestagsfraktion –, dass wir durchaus andere organisatorische Vorstellungen hatten. Wir hatten Vorstellungen, die subsidiärer waren. Wir haben ein Grundmisstrauen der Bundesagentur gegenüber, die in der Vergangenheit nicht unbedingt durch sprühende Aufgabenerfüllung auf sich aufmerksam gemacht hat. Wir sind davon überzeugt, dass dieses Gesetz nur dann von den Betroffenen, die zum Teil wirklich harte Nachteile hinnehmen müssen, akzeptiert wird, wenn es auf Dauer durch die Vielzahl entschlossener Reformen zu einem Erfolg, insbesondere im Bereich der niedrig qualifizierten Arbeitslosen, kommt. Nur dann wird dieses Gesetz mit den Härten, die es mit sich bringt, in der Bevölkerung akzeptiert werden.

In diesem Zusammenhang sind wir der Meinung, dass dieses Gesetz leider Gottes zu spät kommt. Wir bedauern ausdrücklich, dass im Jahr 1998 Dinge abgeschafft wurden, mit denen man damals schon auf dem richtigen Weg war und die nun mühevoll wieder aufgebaut werden mussten. Wenn wir in das Lob der 400-Euro-Jobs einstimmen, dann ist es umso bedauerlicher, dass es die 630-Mark-Jobs damals für eine längere Zeit nicht mehr gab. Das ist aber Schnee von gestern.

Nach unserem Dafürhalten müssen wir soziale Leistungen nicht statisch, sondern dynamisch sehen. Soziale Leistungen in einer sozialen Marktwirtschaft sind immer nur das, was in der Wirtschaft in der jeweiligen Situation erwirtschaftet werden kann. Für uns spricht nichts dagegen, das soziale Füllhorn wieder stärker als jetzt auszugießen, wenn die Wirtschaft wieder anders Fuß gefasst hat, als sie das zurzeit tut.

Frau Kollegin Thelen, wir teilen Ihre Befürchtungen, dass es zum 1. Januar 2005 bei diesem ambitionierten Gesetzeswerk zu Friktionen kommt. Es würde mich wundern, wenn es anders wäre. Ich bitte aber alle – auch diejenigen in diesem Saal –, die Anstrengungen und die Grundskepsis nicht so zusammenzuführen, dass man auf den Misserfolg wartet. Wir müssen alle gemeinsam

auf den Erfolg warten; denn die gesamte Gesellschaft ist zu diesem Erfolg verpflichtet.

(Beifall der FDP)

Das Zeitfenster für Reformen wird immer kleiner. Hartz IV ist ein wichtiger Schritt. Ich sage es noch einmal: wir unterstützen das.

Danke sehr.

(Beifall der FDP und der SPD)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Marz das Wort.

Abg. Marz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder interessant zu bemerken, wie Reden des Kollegen Dr. Schmitz fast schon körperliche Schmerzen bei der SPD im Haus hervorrufen.

(Pörksen, SPD: Was?)

Inzwischen sieht man Ihren Gesichtszügen an – – –

(Dr. Schmitz, FDP: Gestatten Sie einen kurzen Einwurf?)

– Nein, Sie können eine Kurzintervention machen.

Inzwischen sehe ich an Ihren Gesichtern, dass es ein wunderschönes Gefühl ist, wenn der Schmerz nachlässt. Das kann man an Ihrer Entspannung ablesen.

(Schweitzer, SPD: Sagen Sie doch einmal etwas zur Sache! Mein Gott!)

– Selbstverständlich, Herr Schweitzer. Dazu komme ich noch. Das ist schließlich meine Redezeit.

Ich danke zunächst einmal Frau Kollegin Thelen dafür, dass sie das Wort „verfassungswidrig“ im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf heute nicht in den Mund genommen hat. Dies steht im Gegensatz zu einer Pressemitteilung der CDU in den vergangenen Tagen.

(Schneiders, CDU: Darin steht auch nicht „verfassungswidrig“, sondern „rechtswidrig“!)

– Na gut, rechtswidrig. Das ist etwas abgemildert. Ich bin der Meinung, dass auch das nicht angemessen ist, es aber gleichwohl richtig ist, das in Frageform zu fassen.

Es ist die Rede davon gewesen, dass es sich bei dem Bundesgesetz um ein sehr großes Reformwerk handelt. Das unterstreiche ich. Wir reden heute über einen Teil der Umsetzung, die von der Landesebene zu erledigen ist.

Ich will an dieser Stelle einige wenige Bemerkungen machen, auf die es meiner Meinung nach ankommt.

Marianne Grosse hat gesagt, es kommt auf die Umsetzung vor Ort an. Das ist zweifellos richtig. Dort wird tatsächlich die Musik spielen. Vor allem kommt es auf die reibungslose Umsetzung vor Ort an. Wir befinden uns im Moment in einem Stadium, in dem es nicht deshalb auf eine reibungslose Umsetzung ankommt, weil damit die eine oder die andere Seite Recht behält, wenn das reibungslos umgesetzt wird, sondern es kommt im Interesse der Betroffenen darauf an, dass es reibungslos umgesetzt wird.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang sollten wir im Moment überall dort, wo wir stehen, beispielsweise dafür sorgen, dass die Betroffenen, die in einem viel zu kleinen Ausmaß bisher ihre Anträge abgegeben haben, diese Anträge abgeben und abgeben können. Wenn in einem relevanten Ausmaß am 1. Januar die Anträge nicht bearbeitet sind, werden nicht nur die Betroffenen, sondern auch wir, die Kommunen und diese Gesellschaft ein großes Problem haben. Deshalb müssen unsere Bemühungen jetzt darauf ausgerichtet sein, dass es in diesem Bereich zu einer reibungslosen Umsetzung kommt.

Wir müssen vor Ort auch dafür sorgen, dass die entsprechende Beratung geleistet wird. Wer die Anträge schon einmal gesehen hat, weiß, dass sie nicht so ohne weiteres auszufüllen sind. Ich will damit nicht sagen, dass man dazu ein Hochschulstudium braucht, und wenn ja, welches. Es sind auch eine ganze Reihe von Bescheinigungen beizubringen. Es gibt Kommunen, die im Bereich der Beratung vorbildlich vorgehen. Sie gehen auch vorbildlich im Hinblick auf die Beschaffung von notwendigen Bescheinigungen voran. Das Ministerium hat meiner Meinung nach die Aufgabe, diese Beispiele in die anderen Kommunen zu transportieren, damit wir die verbleibende Zeit, die nicht mehr sehr lang ist, sinnvoll nutzen können.

Auf die düstere Rede des Herrn Kollegen Dr. Schmitz will ich am Schluss noch einmal zurückkommen. Die düstere Rede war natürlich gespickt mit Befürchtungen zu Schwierigkeiten, die es geben könnte. Ich bin auch der Meinung, dass man natürlich wachsam sein muss, da es Schwierigkeiten geben wird. Das ist völlig normal, wenn man ein solch großes Reformwerk, das Ihre Partei auf der Bundesebene gern noch verschoben hätte, Herr Dr. Schmitz, umsetzen will. Solche Schwierigkeiten wird es immer geben. Deshalb wird es wichtig sein, dass wir in den ersten Monaten des nächsten Jahres sehr wachsam sind, damit es keine schlimmeren Verwerfungen gerade im Sinne der Betroffenen gibt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Creutzmann:

Ich erteile Frau Staatsministerin Malu Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerin für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Herren und Damen! Ich bedanke mich zunächst einmal bei der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion herzlich für die Einbringung des Gesetzentwurfs.

(Beifall bei SPD und FDP)

Frau Abgeordnete Thelen, Sie wissen, wie lange es gedauert hat, bis auf Bundesebene das Gesetz gestanden hat. Deshalb war es der Landesregierung nicht möglich, ein Ausführungsgesetz in der entsprechenden Zeitabfolge auf den Weg zu bringen. Daher war es notwendig, dass die Fraktionen diese Aufgabe übernommen haben. Vielen Dank dafür. Wir alle tragen die Verpflichtung dafür, dass wir rechtzeitig die Umsetzung dieses Gesetzes auf Landesebene hinbekommen.

Ferner ist gesagt worden, dass das die weitreichendste Sozialreform in der Geschichte überhaupt ist. Das bedeutet, dass wir alle eine Verpflichtung dafür tragen, dass die Umsetzung einigermaßen reibungslos läuft. Wir versuchen mit diesem Ausführungsgesetz von den halten her auch in Rheinland-Pfalz Rechtsklarheit zu schaffen. Dieses Ausführungsgesetz enthält also nur die notwendigen Regelungen, um eine reibungslose Umsetzung tatsächlich zu gewährleisten. Das begrüße ich natürlich als Ministerin, weil ich nicht davon ausgehe, dass es vonseiten der Kommunen gewünscht ist, ein umfassenderes und detaillierteres Gesetz vorzulegen.

Frau Thelen, ich darf noch auf Ihre inhaltliche Kritik eingehen. Natürlich ist der Versuch, einen Gleichklang zu den anderen Ausführungsgesetzen des Sozialrechts herzustellen, ein richtiger Versuch; denn derzeit haben wir Leistungsbereiche, die demnächst auf die Arbeitsgemeinschaften oder in die Option übergehen. Es handelt sich derzeit um klare Leistungen des Sozialrechts nach dem BSHG. Insofern handelt es sich um kommunale Aufgaben, die dann übertragen werden, sodass es naheliegend ist, die Ausführung entsprechend zu gestalten.

Vielleicht auch noch ein Satz zur Interessenquote. Wir haben diese Frage auch als Landesregierung vielfältig diskutiert. Wir sind – genauso, wie das jetzt im Gesetzentwurf vorgesehen ist – zu dem Ergebnis gekommen, dass die Interessenquote durchaus berechtigt ist. Dies zum einen deshalb, weil die übergehenden Leistungen den jetzigen BSHG-Leistungen entsprechen. Auch da gilt die Interessenquote. Zum anderen kann es auch nicht unser Ziel sein, dass die Verbandsgemeinden und Landkreise, die sich in diesem Bereich betätigen, einen Nachteil dadurch erleiden, dass sie im Vergleich zu anderen Verbandsgemeinden, deren Bürgerinnen und Bürger über Dritte im Rahmen dieses Ausführungsgesetzes versorgt und unterstützt werden, auch noch allein die Kosten tragen.

Ich möchte auch noch etwas zu den Heranziehungs-möglichkeiten sagen, zu denen im Vorfeld schon eine große Debatte geführt wurde. Ich halte es für richtig, dass der Gesetzentwurf dies sehr weit fasst. Das kann eigentlich nur im Interesse der Kommunen sein. Es ist

aber schon gesagt worden, dass es im Ausschuss eine Anhörung geben wird. Man muss sorgfältig darauf achten, was die kommunalen Vertreter sagen. Es wäre sehr leicht, eindeutige Entscheidungen zu treffen, wenn sowohl bei der Interessenquote als auch bei der Heranziehung die Kommunen eine identische Meinung hätten. Das ist aber nicht der Fall. Das wird man wahrscheinlich auch in der Anhörung erleben. Das bedeutet, dass man am Schluss eine Entscheidung treffen muss, die nicht allen gerecht wird.

Ich halte es für wichtig, noch ein oder zwei Sätze zum Umsetzungsstand zu sagen. Auch dieser Bereich ist angesprochen worden. In Rheinland-Pfalz befinden sich die Kommunen schon eine ganze Weile auf dem Weg. Dennoch ist es natürlich so, dass es nach wie vor in sehr vielen Gebietskörperschaften Probleme auszuräumen gibt. Da viele Landtagsabgeordnete auch Mitglied von Kreistagen und Stadträten sind, möchte ich in diesem Kreis erwähnen, dass es sehr wichtig wäre, wenn man jetzt zügiger zu Vertragsabschlüssen käme,

(Beifall bei SPD und FDP)

auch wenn die eine oder andere Frage noch nicht abschließend geklärt ist. Ich möchte auch noch ein kleines Plädoyer für die BA halten. Die hiesige Regionaldirektion ist inzwischen sehr beweglich geworden. Sie hat sehr deutlich erklärt, dass sie unbedingt möchte, dass die Verträge vor Ort zustande kommen. Ich bin der Meinung, dass man sich teilweise auf kommunaler Seite auch auf die berechtigten Interessen der Regionaldirektion ein Stück zubewegen muss.

(Beifall der SPD)

Wenn ich mir die Probleme anschau, über die man sich teilweise wochenlang streitet, weiß ich auch, dass es etliche Gebietskörperschaften gibt, in denen es nur eines kleinen Sprungs von beiden Seiten bedürfte, um diesen Vertrag zur Abschlussreife zu bringen. Dafür bitte ich Sie herzlich, Ihren Einfluss auf der kommunalen Ebene geltend zu machen.

Ein letztes Wort zu Herrn Marz. Natürlich haben wir die Verpflichtung, daran mitzuwirken, dass die Anträge ausgefüllt werden. Wir liegen in Rheinland-Pfalz mit der Quote nicht schlecht. Wir liegen inzwischen bei weit über 50 %. Wir müssen natürlich zu 100 % kommen, und zwar abzüglich derer, die keine Ansprüche haben. Auch hier ist es wichtig, dass jeder die Verantwortung wahrnimmt, immer wieder zu appellieren und zu werben.

Mein persönlicher Eindruck ist, dass die Menschen es teilweise nicht kapieren, dass sie, wenn sie heute Leistungen erhalten, ab Januar kein Geld sehen, wenn sie ihren Antrag nicht abgeben. Das muss man immer wieder sehr deutlich in der eigenen Kommune kommunizieren, um klar zu machen, dass es wichtig ist, den Antrag abzugeben, auch wenn man nicht richtig weiß, wie er auszufüllen ist.

Ich denke, bei einer solch riesigen Reform kann man nicht erwarten, dass es am 1. Januar 2005 genauso läuft, wie es das Gesetz vorgesehen hat. Es wird vor Ort den einen oder anderen kleinen Punkt geben, wo es vielleicht nicht optimal läuft. Ich glaube, auch hier muss man die Gelassenheit haben, das nicht zu überhöhen. Wir befinden uns in einer großen Umwälzung. Kleine Probleme kann man beheben.

Wir versuchen als Land, unserer Verpflichtung nachzukommen und diejenigen, die die Verantwortung tragen, nämlich die Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit, vielfältig zu unterstützen und zu beraten, dass in der Umsetzung alles so läuft, wie wir es uns vorstellen. Im Übrigen sollten wir auch als Politiker und Politikerinnen die Gelassenheit haben, am 1. Januar 2005 über das eine oder andere Problem hinwegzusehen, wenn es nicht so läuft, wie es das Gesetz dezidiert vorsieht.

Im Übrigen bin ich nach wie vor optimistisch, dass wir das ganze Regelwerk auch von der Umsetzung her hinbekommen. Wir werden weiterhin als Landesregierung alles tun, um diese Umsetzung zu befördern.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und der FDP)

Vizepräsident Creutzmann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf – Drucksache 14/3435 – an den Sozialpolitischen Ausschuss – federführend –, an den Innenausschuss und an den Rechtsausschuss zu überweisen. Gibt es dagegen Bedenken? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Ich lade Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, dem 10. November 2004, ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 17:23 Uhr.